



Bundesministerium
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

DOKUMENTATION

Lebensperspektiven und Gesellschaftsbilder junger Menschen in belasteten Wohngebieten **Herausforderung an die Jugendarbeit**

Forum im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen
junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, Leipzig, Dezember 1999



Verband für
sozial-kulturelle
Arbeit e.V.

in Zusammenarbeit mit:



NETZWERK Südost e.V.

Liebe Leser,

wir legen Ihnen hiermit die Dokumentation des Forums „Lebensperspektiven und Gesellschaftsbilder junger Menschen in belasteten Wohngebieten“ vor. Diese Veranstaltung im Rahmen des Bundesprogramms „E&C“ (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten) fand vom 13. bis 15. Dezember 1999 in Leipzig-Stötteritz statt. Verantwortliche und Mitarbeiter/innen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern (vor allem) der im Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten Jugendarbeit hatten sich dafür zusammengefunden.

Innerhalb von drei Tagen sollten aktuelle Erkenntnisse aus der Jugendforschung aufgearbeitet, Beispiele gelungener Praxis vorgestellt und in Workshops diskutiert werden. Darüber hinaus ging es darum, Schwerpunktsetzungen und Perspektiven für die künftige Arbeit im Zusammenhang des E&C-Programms zu entwickeln.

Ein kühnes Unterfangen, das - Realisten hätten es voraussagen können - nicht in vollem Umfang umgesetzt werden konnte.

Das entspricht dem Maß der „Herausforderung an die Jugendarbeit“, von der im Untertitel der Tagung die Rede ist. Allzu schnelle Antworten und allzu eifertig verkündete Rezepte könnten auf mangelnde Ernsthaftigkeit bei der Bereitschaft schließen lassen, sich den Problemen zu stellen, zu deren Lösung die Jugendarbeit ihren Beitrag liefern will.

Die Akteure aus den unterschiedlichen Bereichen („Säulen“) - der kulturellen, politischen und sportlichen Jugendbildung, der offenen, mobilen und aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit sowie der Jugendverbandsarbeit - sprechen verschiedene Sprachen und stehen in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen.

Auf der Tagung kam es zu Berührungen und zu Begegnungen, aber kaum zu Grenzüberschreitungen. Die „Säulen“ blieben in den Workshops, aber auch im informellen Teil der Tagung weitgehend unter sich. So nutzten sie die Tagung als Chance, sich in ihren eigenen bundesweiten Zusammenhängen zur angesprochenen Thematik zu verständigen. Der darüber hinausgehende Schritt, sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fachbereichen auseinanderzusetzen und die eigenen Erfahrungen in einen interdisziplinären Dialog einzubringen, wurde zwar von allen Seiten für sinnvoll und notwendig erklärt, aber auf der Tagung nur ansatzweise realisiert.

Hier bleibt noch viel zu tun. Die Diskussion muss weitergehen. Wir wollen mit der Dokumentation dafür eine Grundlage schaffen.

Wir sind den Referentinnen und Referenten dafür dankbar, dass sie uns erlaubt haben, nicht ihre Manuskripte zur Grundlage der Veröffentlichung zu machen, sondern die Mitschrift des „gesprochenen Wortes“. Wir sehen darin die mutige Bereitschaft zu einem Dialog, der nur gelingen kann, wenn Unfertiges, Spontanes und Flapsiges zugelassen ist - und nicht nur sorgfältig Abgewogenes, das die Selbstzensur passiert hat. Wir hoffen, dass damit die Dokumentation auch etwas vom „Geist der Tagung“ ‚über die Rampe‘ bringen kann.

Dr. Herbert Scherer,
Verband für sozial-kulturelle Arbeit

Diese Dokumentation und weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter:
**[www.jugendinformation.de/
jugendforum-leipzig](http://www.jugendinformation.de/jugendforum-leipzig)**

Montag 13.12.1999

- 10.00 Uhr **Eröffnungsveranstaltung** (Marienkirche)
Frau Dr. Edith Niehuis,
Parlamentarische Staatssekretärin
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten - eine Aufgabe der Jugendpolitik“
- 11.00 Uhr **„Erwachsen werden in unterschiedlichen regionalen Kontexten“**
Dr. Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut
- 11.45 Uhr **„Soziale Stadt: Wege öffnen - Räume schaffen“**
Dr. Kurt Walter, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
- 14.00 Uhr **Fachforen zu Fragen der Jugendforschung** (diverse Orte)
- 1. Dazu gehören - dagegen sein**
mit Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen
 - 2. Außen vor?**
mit Dr. Lothar Lappe, Deutsches Jugendinstitut
 - 3. Umwege, Abwege, Irrwege, Auswege**
Ratlose Praxis und der Ruf nach Nulltoleranz
mit Prof. Dr. Christian Wolfersdorf, Universität Leipzig
- 16.30 Uhr **Plenum** (Marienkirche)
- 20.15 Uhr **Molodoi** - Jugendtheater des großstadtKINDER e.V. (Scheune)

Dienstag 14.12.1999

- 9.30 Uhr **Markt der Möglichkeiten** (diverse Orte)
Ausstellungen, Projektdarstellungen, Diskussionen
- 14.00 Uhr **Workshops** (diverse Orte)
- 1. „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern ...“**
mit Prof. Dr. Max Fuchs, BKJ
 - 2. „Politik geht mir cool am Arsch vorbei ...“**
mit Peter Ogrzall, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, GEMINI
 - 3. „Heiße Pflaster - Was tun, wenn's brennt ...“**
mit Elvira Berndt, BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit
 - 4. „Die Muskeln spielen lassen ...“**
mit Dr. Christoph Breuer, Deutsche Sporthochschule Köln,
in Zusammenarbeit mit der Deutschen Sportjugend
 - 5. „Allein machen sie dich ein ...“**
mit Prof. Dr. Hans Gängler, Universität Chemnitz,
in Zusammenarbeit mit dem DBJR
- 20.15 Uhr **Glaube, Liebe Hoffnung** - Film von Andreas Voigt über Leipziger Jugendliche

Mittwoch 15.12.1999

- 9.30 Uhr **Plenum** (Scheune)
Szenarien der Jugendarbeit in belasteten Gebieten
Feedback, Ideen, Diskussion, Verabredungen, Planung
- 12.00 Uhr **Zukunftsvisionen eines Überraschungsgastes**

Vorwort

Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kulturelle Arbeit 2

Tagungsprogramm 3**Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – eine Aufgabe der Jugendpolitik**

Dr. Edith Niehuis, Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 4

Erwachsen werden in unterschiedlichen regionalen Kontexten

Dr. Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut 10

Soziale Stadt: Wege öffnen – Räume schaffen

Dr. Kurt Walter, Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen 16

◉ Fachforen zu Fragen der Jugendforschung 21**Dazu gehören – dagegen sein – Jugendkultur als Selbstausdruck**

Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen 21

Außen vor? – Ausbildung, Arbeit, Lebensperspektiven aus der Sicht benachteiligter Jugendlicher

Dr. Lothar Lappe, Deutsches Jugendinstitut 26

Umwege, Abwege, Irrwege, Auswege – Jugendkriminalität und Jugendhilfe

Prof. Dr. Christian von Wolffersdorff, Universität Leipzig 38

◉ Workshops „Experimentierlabor zu Methoden der Jugendarbeit“ 52**„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...“ – Kulturarbeit in sozialen Brennpunkten**

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung 52

„Politik geht mir cool am Arsch vorbei...“ – Voraussetzungen, Schwierigkeiten, Angebote politischer Bildung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, GEMINI 68

„Heiße Pflaster - Was tun, wenn's brennt...“ – Möglichkeiten

und Grenzen von Streetwork und Mobiler Jugendarbeit
BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit 80

„Die Muskeln spielen lassen...“ – Sport als Chance zur Brückenbildung Deutsche Sportjugend	95
„Allein machen sie dich ein...“ – Ansätze und Konzepte aus der Jugendverbandsarbeit für benachteiligte Kinder und Jugendliche Deutscher Bundesjugendring	106
◦ Praxisbeispiele aus dem Markt der Möglichkeiten und aus den Workshops	115
BKJ: Theater mit Straßenjugendlichen, Berlin Platzgestaltung, Nürnberg	115
AdB/GEMINI: Stadtteilorientierte politische Jugendbildung, Berlin Politische Bildung mit Mädchen, Bremen	115 121
BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit: Mobile Jugendarbeit mit Aussiedlerjugendlichen, Berlin Gemeinwesenorientierte Mobile Jugendarbeit mit Migranten, Berlin Zwischen Strohfeuer und Straßenschlacht, Berlin	124 126 128
dsj: Mädchenbauprojekt, Duisburg	134
DBJR: Integration von jugendlichen Spätaussiedlern, Meppen Der „Callboy“, Baden-Württemberg Arbeit mit arabischen Jugendlichen, Essen	138 141 144
BAG OKJE: Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative für Jugendliche, Weinheim Schulhofgestaltung, Nürtingen	148 153
◦ Szenarien der Jugendarbeit in belasteten Gebieten Feedback, Ideen, Diskussion	156
◦ Zukunftsvisionen eines Überraschungsgastes Wolfgang Ullmann	164
◦ Teilnehmerinnen und Teilnehmer	172

Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – eine Aufgabe der Jugendpolitik

Dr. Edith Niehuis, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu diesem dreitägigen Diskussionforum sehr herzlich. Ich freue mich, dass Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind. Das heute beginnende Jugendforum ist eines von drei zentralen Diskussionsforen, mit



denen im Kontext einer Vielzahl spezifischer Fachforen das neue jugendpolitische Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ eingeleitet wird. Ziel der Foren ist es, alle jugendpolitischen Akteure in die Umsetzung des Programms einzubeziehen und sie für Maßnahmen in sozialen Brennpunkten zu motivieren und zu mobilisieren.

Die breite Resonanz, auf die die Einladung zu diesem Forum getroffen ist, belegt m.E. zweierlei: Das Forum und das „E&C“- Programm thematisieren Probleme, deren Lösung von vielen als dringend erforderlich anerkannt wird. Sie als Vertreterinnen und Vertreter wichtiger Verbände und Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bekunden mit Ihrer Teilnahme Ihre Bereitschaft und Ihren Willen, Ihre Erfahrungen und Ideen

einzubringen, um somit zur Realisierung des Programms aktiv beizutragen.

Gerade letzteres begrüße ich sehr, denn Ihre Kompetenz und Ihre mannigfaltigen Erfahrungen sind in diesem Programm in besonderer und neuer Weise gefragt.

In den letzten Jahren haben wir eine Entwicklung bestimmter Sozialräume - Stadtteile ebenso wie strukturschwacher ländlicher Regionen - zu verzeichnen, die durch eine kontinuierliche Zuspitzung von Problemen und Konflikten sowie deren Potenzierung geprägt ist. Ganze Stadtgebiete und strukturschwache ländliche Regionen sind durch erhebliche Strukturdefizite bedroht, ins soziale Abseits zu rutschen. Defizitär gestalten sich die soziale Struktur, der bauliche Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt. Es sind Entwicklungen erkennbar, die auf eine dauerhafte Marginalisierung ihrer Bewohner hinweisen. Es kommt in diesen Stadtteilen zu einer Konzentration sozialer, insbesondere jugendlicher, Problemgruppen.

Meine Damen und Herren,

Sie als Expertinnen und Experten wissen, gerade für Kinder und junge Menschen entstehen durch den Niedergang von Stadtteilen und ländlichen Regionen, in denen sie leben, besonders

gravierende Nachteile und problematische Lebensbedingungen. Vor allem durch fehlende Ausbildungs-, Arbeits-, Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten steht die berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in diesen Gebieten generell in Frage. Ihre Zukunfts- und Entwicklungschancen sind durch diese Bedingungen erheblich eingeschränkt.

Denn gerade Kinder und junge Menschen brauchen ein Lebensumfeld, das ihre Entwicklung fördert und ihnen Chancen für die Zukunft eröffnet. Wer dieses weiß, darf die Augen nicht verschließen, sondern ist aufgefordert zu handeln. Es gilt, den Abwärtstrend zu stoppen und jungen Menschen in diesen Sozialräumen wieder Entwicklungschancen zu eröffnen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt mit seinem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ hier an: Durch Vernetzung und Bündelung unterschiedlicher jugendpolitischer Ressourcen soll ein Beitrag zum Stopp des Verfalls dieser Sozialräume geleistet und die Entwicklung der in den Gebieten lebenden jungen Menschen gefördert werden.

Das „E&C“-Programm bindet sich in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt - städtische Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ ein. Möglichst viele Ansätze, Zugänge und Maßnahmen sollen durch den Bund, die Länder und die Kommunen in sozialen Brennpunkten konzentriert und über ein Stadtteilmanagement konzen-

triert eingesetzt werden. Daraus werden Synergieeffekte erwartet, mit denen die Abwärtsentwicklung in diesen Sozialräumen gestoppt werden kann.

Die jugendpolitischen Akteurinnen und Akteure, die Verbände und anderen Träger der Jugendhilfe, haben zur Gestaltung der Lebensbedingungen und der Entwicklung von Perspektiven junger Menschen in belasteten Gebieten eine Vielzahl von Erfahrungen und tragfähigen und innovativen Konzepten einzubringen. Sie zu bündeln und weiterzuentwickeln, sehe ich als eine Chance bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich hinsichtlich der Förderung sozialer Brennpunkte stellen.

Es geht zunächst darum, das vorhandene Wissen und die bewährten Erfahrungen der Praxis darüber, wie wir Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten für Leben und Arbeit „stark machen“ können, besser zugänglich und nutzbar zu machen.

Wir können davon ausgehen, dass Schulen, Einrichtungen und Initiativen der Jugendhilfe, Bildungsträger und Betriebe in den letzten Jahren eine Vielzahl von Praxismodellen entwickelt haben, die geeignet sind, auch Jugendlichen mit ungünstigen Voraussetzungen und in schwierigen Lebensumständen zu helfen, die bestehenden Hürden im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Weil viele dieser erfolgreichen Praxismodelle bestenfalls in ihrer Region bekannt sind, wird an anderen Orten das Rad häufig neu erfunden und die Qualität der Hilfen für die Jugendlichen bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Das Bundesjugendministerium hat darum einen Wettbewerb für Praxismodelle ausgeschrieben, die neue Wege zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen beschreiten. Über 400 Projekte haben sich mit ihren Erfahrungen an diesem Wettbewerb beteiligt. Eine Jury aus Praxis, Politik und Wissenschaft hat 100 Preisträger ausgesucht, die von Frau Ministerin Dr. Bergmann am 3. Dezember ausgezeichnet wurden.

Durch Broschüren oder Videos, auf Fachveranstaltungen und lokalen Arbeitskonferenzen werden die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Projekte verbreitet und bekannt gemacht, um sie vielfältig nutzen und multiplizieren zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, die Unterstützung-, Bildungs- und Arbeitsangebote für Kinder bzw. Jugendliche in sozialen Brennpunkten besser abzustimmen und sicherzustellen, dass die Hilfen bei den Betroffenen auch ankommen.

Wir wissen, dass es oft eine Kluft gibt zwischen Ämtern und pädagogischen Fachkräften einerseits und den Lebenslagen und -orientierungen der AdressatInnen ihrer Arbeit andererseits. Aufgrund der insgesamt problematischen Lage wirkt sich dies in belasteten Gebieten weitaus schlimmer aus als in anderen Sozialräumen.

Familien, Kinder und Jugendliche, die Beratung oder Hilfe benötigen, erleben Ämter, Einrichtungen und Maßnahmen oft als undurchschaubar, unübersichtlich, fremd oder auch feindlich. Erfahrungen mit Stadtteilmanagement, Pra-

xismodelle und andere Beispiele zeigen jedoch, dass das Konkurrenz- und Zuständigkeitsdenken zwischen Ämtern und Trägern aufgehoben und die Distanz zu hilfebedürftigen Familien und Jugendlichen überwunden werden kann, wenn dafür Strukturen und Verfahren - z.B. Stadtteilmanagement, Vernetzung von Akteuren und Leistungen u.a. - geschaffen werden.

Gleichermaßen ist die Koordination und Kooperation der verschiedenen staatlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) notwendig. Im Rahmen von „E&C“ soll diese Vernetzung erprobt und weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch der Einsatz und die Kombination unterschiedlicher Fördermöglichkeiten. In lokalen Modellversuchen (best practice) sollen Strukturen und Verfahren systematisch erprobt werden, durch die Angebote und Leistungen für Familien, Kinder und Jugendliche besser abgestimmt, leichter zugänglich gemacht und wirkungsvoller eingesetzt werden können. Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe werden dabei vor allem vernetzte Kinder- und Jugendhilfeplanungen speziell in sozialen Brennpunkten erprobt.

Wir müssen jedoch auch neue Wege beschreiten, um den Risiken der gesellschaftlichen Ausgrenzung oder Selbstaussgrenzung einer wachsenden Zahl von Jugendlichen zu begegnen. Darin liegt ein weiterer Schwerpunkt unseres Programms.

Alarmierend ist, dass die (registrierte) Jugendarbeitslosigkeit auch und gerade in solchen sozialen Brennpunkten extrem hoch ist, in denen ein quantitativ durchaus ausreichendes Angebot

an Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten für Jugendliche besteht. Wie u.a. die Erfahrungen des um ein Jahr verlängerten Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zeigen, verweigert eine wachsende Zahl Jugendlicher die Teilnahme an vorhandenen schulischen und außerschulischen Förderangeboten, weil diese ihren Voraussetzungen, Zielen und Erwartungen nicht entsprechen.

Das Bundesjugendministerium hat deshalb mit dem „Sozialen Trainingsjahr“ ein neues, freiwilliges Förderangebot entwickelt, in dem praktische Arbeitserfahrungen mit attraktiven Qualifizierungsbausteinen verbunden werden. Ziel des Angebotes ist es, Orientierung und Motivation für die Aufnahme einer Berufsausbildung oder auch die Rückkehr zur Schule zu schaffen.

Auf der gesetzlichen Grundlage des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) soll dabei erprobt werden, ob ein freiwilliges Engagement geeignet ist, benachteiligten Jugendlichen berufliche und soziale Schlüsselqualifikationen für den Zugang in Ausbildung oder Beruf zu vermitteln. Eine enge Kooperation mit Schulen, Sozialamt, Jugendamt und der Arbeitsverwaltung ist auch hierfür eine unerlässliche Voraussetzung.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Programm „Entwicklung und Chancen“ konzentriert sich nicht nur auf städtische belastete Gebiete. Gerade auch bestimmte ländliche Regionen sind vor allem durch den Wegzug der Aktiven, der potenziellen Leistungsträger und dadurch von einer „Entleerung“ bedroht.

Auch hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Erforderlich ist, die lokalen und regionalen Wirtschaftsstrukturen zu beleben oder aufzubauen. In diesen Fällen reicht es nicht, Jugendliche nur zu fördern und zu qualifizieren. Sie brauchen in der Region auch berufliche Perspektiven.

So wichtig es also ist, die Defizite an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen durch Förder- und Qualifizierungsangebote auszugleichen, so unbefriedigend bleibt doch, dass die ausgebildeten Jugendlichen danach gezwungen sind, auf der Suche nach Arbeit der Heimatregion den Rücken zu kehren. Aus dieser Einsicht heraus haben örtliche Träger in einigen Regionen begonnen, Hilfen zur beruflichen Integration von Jugendlichen mit Aktivitäten der Regionalentwicklung zu verknüpfen.

Derart unkonventionelle Verknüpfungen von Jugendberufshilfe und Regionalentwicklung liegen bisher quer zu den normalen förderpolitischen Instrumenten. Das Bundesjugendministerium wird deshalb in wissenschaftlich begleiteten Modellversuchen die Entwicklung, Erprobung und Verbreitung neuer Strategien zur Verbindung der beruflichen Förderung von Jugendlichen mit regionaler Strukturpolitik vorantreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie aus meinen bisherigen Ausführungen erkennen können, legen wir mit unserem Programm insgesamt einen deutlichen Schwerpunkt darauf, die Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbes-

sern. Wir wissen jedoch auch, dass mit diesem Maßnahmebündel Ausgrenzungsprozesse nicht automatisch und wie von selbst gestoppt werden können. Die notwendige und angezielte Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten kann nur gelingen, wenn die Betroffenen selbst dafür gewonnen und mobilisiert werden können. Nur wenn Kinder und junge Heranwachsende praktisch erfahren, dass sie nicht am Rande stehen, sondern einbezogen werden, können sie ihre Chancen zur Entwicklung und Integration auch nutzen.

Es geht also um Partizipation und demokratische Teilhabe junger Menschen in Formen, die ihnen angemessen sind und von ihnen akzeptiert bzw. selbst hervorgebracht werden.

Dies ist, wie Sie hier alle bestens wissen, keine leichte Aufgabe.

Nicht selten besteht das Dilemma manch gut gemeinter Maßnahmen und Angebote darin, gerade jene Jugendlichen nicht zu erreichen, die eigentlich deren Zielgruppen sein sollten.

Allzu oft werden diese Kinder und Jugendlichen vor dem Hintergrund ihres sozialen Umfeldes und ihrer objektiv eingeschränkten Chancen nur als defizitär wahrgenommen. Die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen - wie individuelle, soziale und kulturelle Kompetenzen und Motivationen oder familiäre und soziale Netzwerke - stoßen oft auf geringes Interesse und werden nur selten gefördert. Aber es bleibt dennoch richtig, dass eine erfolgreiche integrative, die Entwicklung fördernde Arbeit nur mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen

möglich ist. Es bedarf dazu der Anerkennung ihrer Person und Lebenslage, ihrer Lebensorientierungen und Bedürfnisse, wie auch der darin eingebetteten und entwickelten Kompetenzen und Ressourcen.

Gerade über diese Lebensorientierungen oder „Gesellschaftsbilder“ benachteiligter junger Menschen gibt es zu wenig Greifbares in der Forschung. Dies stellt sich zunächst als ein Definitionsproblem dar. Wer ist eigentlich damit zu beschreiben? Allgemein akzeptiert wird wohl das Verständnis von



sozialer Benachteiligung als einer Bündelung von sozial ungünstigen Lebens- und Entwicklungsbedingungen. Doch wo oder wie ist die Grenze, der Schwellenwert zu bestimmen, bei dem ungünstige Bedingungen in tatsächliche Benachteiligungen „umkippen“? Sie sehen, wir kommen hier wohl nahe der kontrovers geführten Debatte um die Frage nach den Definitionen um offene und verdeckte Armut in Deutschland. Die Frage ist, wie kann also die Zielgruppe so erfasst werden, dass wir halbwegs repräsentative Aussagen zu deren Einstellungen zu Gesellschaft, Gemeinwesen, Politik und Demokratie bekommen, die Ihnen und uns als Ministerium helfen, entsprechende Zu-

gänge zu entwickeln, um Einstellungsänderungen zu bewirken bzw. Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Das Bundesministerium beauftragte vor diesem Hintergrund das Institut für Praxisorientierte Sozialforschung (IPOS)/Forschungsgruppe Wahlen mit einer Wiederholungsbefragung zu „Lebensbedingungen und politischen Einstellungen junger Menschen in Deutschland“ mit dem Schwerpunkt der besonderen Berücksichtigung benachteiligter Jugendlicher (vorgegangen waren die IPOS-Studien 1993 und 1995). Die Arbeiten im Feld haben sich allerdings als sehr zeitaufwendig herausgestellt, so dass die Hoffnung, Ihnen heute daraus Ergebnisse vorstellen zu können, sich leider zerschlagen hat. Ich gehe jedoch davon aus, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung zu Beginn des nächsten Jahres vorliegen und veröffentlicht werden.

Ich freue mich, dass sich Herr Dr. Walter Bien, Leiter der Abteilung Sozialberichterstattung des DJI, kurzfristig bereit gefunden hat, für die Thematik relevante Forschungsergebnisse aus dem Familiensurvey in seinem Referat zum Thema „Erwachsen werden in unterschiedlichen Kontexten“ zur Diskussion zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

geht es um die Entwicklung von Partizipation und demokratischer Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, sind Sie, die Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, dabei in besonderer Weise gefordert.

Im Bereich der sozialen Arbeit in städtischen Brennpunkten ist in den letzten 30 Jahren ein breites Spektrum an

mittlerweile bewährten Strategien und Arbeitsformen vor allem im aufsuchenden, begleitenden, beratenden und präventiven Bereich entwickelt worden. Zugleich wurde in anderen Praxisbereichen eine Vielzahl von Ansätzen und Konzepten erprobt und eingesetzt - u.a. im Bereich der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der außerschulischen Jugendbildung.

Die in die Breite wirkenden Angebote der Jugendarbeit und außerschulischen Jugendbildung - Politik, Kultur und Sport sowie offene Jugendarbeit - bieten gute Möglichkeiten, die themen- sowie lebenswelt- und lebenslagenbezogene Förderung und Entwicklung junger Menschen auch in diesen belasteten Sozialräumen zu ermöglichen. Das verlangt jedoch von den Trägern aller relevanten Bereiche auch eine kritische Auseinandersetzung mit ihren bisherigen Methoden und Ansätzen. Vor allem muss überprüft werden, wie Angebote strukturiert sein müssen, damit sie für die unterschiedlichen Zielgruppen dieser Regionen und Gebiete annehmbar sind und akzeptiert werden. Programminhalte müssen bei den tatsächlichen Lebensentwürfen, die das Bewusstsein dieser Jugendlichen prägen, ansetzen.

Es ist danach zu fragen, wie Angebote und Programme gestaltet sein müssen, um auch Jugendliche zu erreichen, die nicht nur desinteressiert sind, sondern sich in ihren Weltbildern und Erklärungsmustern schon weit von dem entfernt haben, was man unseren „gesellschaftlichen Grundkonsens“ nennen könnte, z.B. Jugendliche aus kriminellen, rechts- oder linksradikalen, extremistischen Milieus, Straßenkinder usw. Ein hohes Maß an Offenheit, Innovation

und Flexibilität ist dafür erforderlich. Ich bin davon überzeugt, in den Trägern der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zuverlässige, kompetente und engagierte Partner bei der Realisierung der anspruchsvollen jugendpolitischen Aufgaben, die mit dem „E&C“-Programm verbunden sind, zu haben. Die bevorstehenden drei Tage werden vielfältige Möglichkeiten bieten, die relevanten Probleme zu diskutieren, neue Ansätze vorzustellen und Zielstel-

lungen zu formulieren. Ein anspruchsvolles ansprechendes Programm steht vor Ihnen.

Ich wünsche Ihnen für die Tagung einen erfolgreichen Verlauf und gute Ergebnisse.

Erwachsen werden in unterschiedlichen regionalen Kontexten

Dr. Walter Bien, Deutsches Jugendinstitut

Das Programm E&C und damit das Thema der Tagung ist interessant und wichtig. Für jemand, der sich seit Jahren mit Regionalanalysen beschäftigt, ist es besonders erfreulich, dass jetzt Initiativen begonnen werden, die den Regionalbezug mitberücksichtigen. Womit ich etwas Probleme habe, und damit sind wir genau bei erwartbaren Schwierigkeiten, ist, dass das Programm wie auch das Thema „Lebensperspektiven und Gesellschaftsbilder junger Menschen in belasteten Wohngebieten“ Assoziationen hervorrufen oder Vorurteile widerspiegeln, die durch die empirische Sozialforschung nicht abgedeckt sind. Dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele geben.

Man muss, wenn man über die Lebenslage von Menschen redet, deutlich unterscheiden zwischen Einstellungen,

dem Verhalten und den Randbedingungen. Neben einer eventuellen objektiven Beschreibung existiert zu all diesem die eigene persönliche Sicht. Der Betroffene hat Vorstellungen über seine Einstellungen, er kennt sein Verhalten und sieht die Randbedingungen unter denen er lebt. Zu den Eigenschaften und Wahrnehmungen einer Person kommt das real existierende persönliche Umfeld. Dazu gehört die Familie, gehören die Peers, d.h. die Gleichaltrigen, gehören Schule, Arbeitsplatz, Nachbarschaft, Wohnviertel, Gemeinde, Region, Land. All das hat Einfluss auf das Leben, steht in Wechselwirkung zueinander, d.h. verstärkt sich zum Teil oder aber hebt sich auch wechselseitig auf.

Darüber gestülpt gibt es noch die Gesellschaft, die auch Einfluss nimmt, aber nur als ein Element unter vielen. Wenn hier im Titel relativ exklusiv „Gesellschaftsbilder“ steht, dann ist ein Bereich angesprochen, der als direkter

Einfluss in Konkurrenz zu anderen „näheren“ Bereichen steht und als „Bild“, d.h. Wahrnehmung schon relativ weit entfernt von dem ist, was eine einzelne Person im Alltag bewegt.

Ich habe mir für diesen Vortrag verschiedene Jugendstudien, die IPOS-Jugendstudien, den Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts, die gerade herausgekommene Jugendstudie des Landes Sachsen, die vorletzte Shell-Studie sowie eigene Daten angeschaut. All die Jugendstudien beschreiben im Wesentlichen die Einstellungen von Jugendlichen. Der Familiensurvey, an dem ich arbeite, hat einen etwas anderen Ansatz. Wir versuchen die situativen Randbedingungen, unter denen Personen leben, das Verhalten dieser Personen und eher an letzter Stelle auch Einstellungen zu erfassen. Ein genereller Überblick über diese Studien zeigt als erstes Ergebnis, dass regionale Unterschiede in den Einstellungen eher gering sind, also auch „Gesellschaftsbilder“ von Jugendlichen sich kaum regional unterscheiden.

Das bedeutet erstens, dass die Probleme, die in belasteten Wohngebieten aufzufinden sind, nur ein Teilproblem der generellen hohen Ausdifferenziertheit der Bundesrepublik Deutschland sind.

Zweitens: Die deutlich sichtbare Ausdifferenzierung der Lebenslagen führt zu unserer Überraschung nicht zu einer Ausdifferenziertheit der Einstellungen. Drittens: Für Jugendarbeit in belasteten Wohngebieten ist das Hauptproblem nicht, dass die Jugendlichen dort so anders denken als die Jugendlichen in anderen Wohngebieten, sondern

dass es innerhalb aller Wohngebiete und damit auch in belasteten, eine riesige Varianz der Lebenssituationen und Beurteilungen gibt. Das Problem für Praktiker ist daher weniger die Besonderheit von Werturteilen und Einstellungen einzelner Wohngebiete im Vergleich zu anderen, als mehr die große Verschiedenheit im Umgang mit den Eigenheiten eines Wohngebiets durch die Wahrnehmung, Bewältigungsstrategien und Ressourcen der einzelnen Einwohner. Es gibt Personen, die es schaffen, unter den gegebenen Bedingungen ein akzeptables Leben zu führen, und in der gleichen Wohnumgebung andere Personen, die dies nicht schaffen, und es wird sehr schwer fallen herauszufinden, wer zu welcher Gruppe gehört, und wie insbesondere den Personen geholfen werden kann, die massive Probleme in der Lebensbewältigung haben.

Eine der wichtigsten Variablen, hinsichtlich derer die Bundesrepublik große Unterschiede aufweist, ist die Bevölkerungsdichte. Wir haben Gemeinden mit über 1.200 Einwohnern je Quadratkilometer und wir haben Gemeinden oder Gebiete mit unter 25 Personen pro Quadratkilometer. Dies führt zu deutlich unterschiedlichen Lebensbedingungen. Wir haben im Familiensurvey versucht, unterschiedliches Verhalten z.B. Geburtenhäufigkeit zur Bevölkerungsdichte in Bezug zu setzen. Dabei haben wir für die alten Bundesländer gefunden, dass die Bevölkerungsdichte tatsächlich das meiste erklärt. Das gilt nicht für die neuen Bundesländer. Dort sind Bevölkerungsdichte und z.B. das generative Verhalten, also ob man Kinder bekommt

oder nicht und wie viele man bekommt, eher unabhängig von einander. Aber trotzdem ist auch dort die Bevölkerungsdichte die wichtigste Regionalvariable. D.h. trotz der im internationalen Vergleich generell dichtbevölkerten Bundesrepublik gibt es große regionale und für die Lebenssituation des Einzelnen relevante Unterschiede, die mit der Einwohnerzahl je Quadratkilometer variieren.

Es gibt Stadt- bzw. Landkreise, in denen der Prozentanteil von Personen unter 18 Jahren bei 15% liegt, und es gibt Kreise, bei denen er bei 25% liegt, also fast 70% höher. Auch das führt zu unterschiedlichen Erfahrungen bei den Jugendlichen. Die städtischen Gebiete haben relativ gesehen den geringsten Anteil an Jugendlichen. Der erste Fehler, den man jetzt machen kann, ist zu sagen, die Städte sind jetzt bald kinder- bzw. jugendlichenlos – ein großer Irrtum. Weil die Bevölkerungsdichte in den Städten so hoch ist, leben trotzdem mehr Kinder und Jugendliche in Städten als im ländlichen Bereich. Man kann sagen: etwas über ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen lebt in städtischen bzw. großstädtischen Gebieten, ein Drittel in den Randgebieten der Städte und nur etwas unter einem Drittel auf dem Land. Obwohl der relative Anteil an allen Einwohnern in den Städten geringer ist als auf dem Land, leben sehr viele Kinder und Jugendliche in den Städten.

Kommen wir jetzt zu einigen Indikatoren, die etwas zu Benachteiligung oder Nichtbenachteiligung aussagen, z.B. der Versorgungsgrad im Bereich Kinderbetreuung. In den neuen Bundes-

ländern, das sind allerdings die Zahlen von 1994, gibt es Kreise mit 65-100% Plätzen für Kinder, in anderen Gebieten - Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen - gibt es Kreise mit 15-25 Plätzen je 100 Kinder, auch hier also ein bedeutender Unterschied. Wenn man die Veränderung von 1994 zu 1997 betrachtet, sieht man eine generelle Zunahme des Versorgungsgrads, bei gleich hoher Variabilität. Was auch auffällt, ist der gewaltige Unterschied zwischen Ost und West bei Krippen- und Hortplätzen.

Ein weiterer wichtiger Unterschied, der die Lebenslage beschreibt, ist die regionale Arbeitslosenquote. Hier findet man zwischen Mecklenburg-Vorpommern bzw. Berlin verglichen mit Baden-Württemberg und Bayern Unterschiede von 300-400%. Wenn man in Bayern bei 20- bis 25-Jährigen mit einer Arbeitslosenquote von 6,1% lebt und in Berlin mit einer von 20%, dann ist dies ein deutlicher Indikator für die Verschiedenheit der Lebenssituation. Klar ist, dass sich diese Unterschiede auch auf die Einstellung auswirken, aber eher in Abhängigkeit davon, ob jemand arbeitslos ist oder nicht, wie sicher der aktuelle Arbeitsplatz ist und welche Ausbildung vorliegt, als welches Viertel bewohnt wird.

Beim Anteil der jüngeren Arbeitslosen an allen Arbeitslosen scheint es so, dass in den neuen Bundesländern die Situation gar nicht so schlecht ist. Dies ist aber trügerisch, da in Wirklichkeit die Absolutzahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern höher ist, und es dort sehr viel mehr alte Arbeitslose gibt. Und deswegen sind die an sich gleich häufig jugendlichen Arbeitslosen

natürlich im Prozentanteil geringer. Also, immer vorsichtig bei spektakulären Zahlen, denn nicht immer sind die ersten Interpretationen richtig. In diesem Fall bedeutet also der scheinbar vorteilhafte Anteilswert nicht, dass die schöne neue Welt in den neuen Bundesländern liegt.

Die Interpretation der Anteile von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bei 15- bis 17-Jährigen ist ebenfalls nicht einfach. Auch hier



gibt es wieder sehr große Unterschiede. Es gibt Kreise, wo er zwischen 0,1-0,9% liegt und andere, wo er, wie in Hamburg, 22% ausmacht. Auch hier sieht man den Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern, aber da ist man eher auf Praktiker der Jugendhilfe und Sozialarbeit angewiesen, die erklären könnten, warum in den neuen Bundesländern der Anteil eher niedrig ist. Vergleichbare Unterschiede finden sich bei den 18- bis 24-Jährigen oder bei anderen Indikatoren zur Jugendhilfe. Die großen Unterschiede stehen damit für ein Land, in dem gleiche Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen eher eine Verfassungssillusion denn die Wirklichkeit sind.

Wenn man das weiß, kann man natürlich überlegen, wo es sich denn am besten in Deutschland lebt. In der Zeitschrift Focus ist eine Untersuchung dargestellt worden, die für sämtliche deutschen Städte eine Rangordnung aufgemacht hat darüber, wo es sich am besten und am schlechtesten lebt. Es wurden die Bereiche Erziehung, Spiel, Sport, Umfeld und Sicherheit bewertet. Im ersten Bereich, Erziehung, lebt man danach, also wenn man für seine Kinder etwas Gutes tun will, in Potsdam am besten. Bei schöner Wohnen ist Potsdam nicht an erster Stelle, da liegen Ulm, Koblenz und Erlangen ganz vorne. Super Spielen ist am besten in Freiburg im Breisgau gewährleistet. Freiburg ist auch die Stadt, die insgesamt als die attraktivste Stadt für Kinder gewonnen hat.

Sicher leben: Siegen, Göttingen, Pforzheim, Kassel, Heidelberg. Also auf jeden Fall nicht die Großstädte. Bei all diesen Rangordnungen findet man kaum Großstädte.

Die Lebenssituationen in Deutschland unterscheiden sich regional gewaltig, die Einstellungen und Werte weniger.

Dies gilt auch auf der europäischen Ebene, wie eine Untersuchung zu Landjugendlichen in Europa, in Estland, Finnland, Schweden, Italien und Deutschland (Brandenburg) zeigen kann. Wir haben versucht festzustellen, wie die Landjugend in Europa zurzeit ist. Die Untersuchung „Youth and History“, u.a. finanziert durch die Körber Stiftung, in der insgesamt 32.000 Jugendliche, 14 bis 15 Jahre alt, aufgefordert wurden, die Wichtigkeit von bestimmten Bereichen einzuschätzen,

war hierfür eine wichtige Datenquelle. Die Untersuchung ergab über alle Länder, dass Familie das Allerwichtigste ist, als nächstes kommen die Freunde. Und was von uns nicht erwartet worden war, ist, dass die Unterschiede zwischen den Ländern kleiner als eine halbe Einstufungskategorie waren. Die Jugendlichen in Europa, ob Estland, Finnland, Kalabrien, Spanien oder wo auch immer, sind sich einig, dass Familie an erster Stelle steht. Da gibt es kaum große Unterschiede. Wenn wir schon kaum Unterschiede zwischen den Staaten gefunden haben, können Sie sich vorstellen, dass zwischen Stadt und Land praktisch überhaupt keine Unterschiede auffindbar sind. Familie, Freunde sind wichtig, daneben aber auch Meinungsfreiheit für alle, Frieden um jeden Preis, Armutssolidarität im eigenen Land, Armutssolidarität mit der Dritten Welt. Die hohen Rangplätze von idealistischen Werten belegen, dass es nicht so ist, dass die Welt demnächst untergeht, weil die Werte bei Jugendlichen sich dramatisch zum Schlechteren verändert hätten.

Eine andere Untersuchung der Zeitschrift Focus, in der Kinder gefragt worden sind, was sie ändern würden oder wovor sie in der Stadt Angst haben, zeigt, dass das Bild der Stadt als Bedrohung durchaus bei den Kids in den Städten wiederzufinden ist. Die Hälfte hat Angst vor anderen Menschen, 40% vorm Straßenverkehr, ein Drittel vor Kriminalität und nur 16% vor der Dunkelheit. Das ist das, was man ehesten erwartet. Was ist euch auf den Straßen eurer Stadt sehr wichtig? Weniger Autoverkehr; Polizisten, die vor Verbrechen schützen. Auch das ist eine Vorstellung,

die man manchmal den Kindern nicht zutrauen würde. Wie gefällt dir die Stadt? Nicht so gut, schlecht 67%. Es gibt verschiedene Plätze um Spielen, welche sind da wichtig für dich? Ein eigener Garten, versteckte, abenteuerliche Plätze, Straßen zum Spielen. Daran sieht man schon, warum die Stadt unattraktiv ist. Welche Sportanlagen sind für dich sehr wichtig? Erlebnisbad 83%. Sie können sich vorstellen, wie wenige der ländlichen Jugendlichen eine Chance haben an die Erlebnisbäder heranzukommen. Für die in der Stadt lebenden Jugendlichen und Kinder ist das schon was Bedeutendes. Damit eine Stadt ganz toll ist, welche Sachen sind da ganz wichtig für dich? Eisdielen und McDonald's. Da haben wir ja fast einen Sättigungsgrad über die gesamte Bundesrepublik erreicht, der die Kids zufrieden stellen könnte.

Noch einen letzten Einstellungswert zur Rente, den ich vor kurzem in der Zeitschrift „Der Spiegel“ gefunden habe. Dort sind alle möglichen Personen aus der Bevölkerung gefragt worden, was die Rente mit 60 bedeutet. Und es wird gezeigt, dass es nicht die Jungen sind, die gegen die Rente mit 60 sind, sondern eher diejenigen, die schon in Rente sind. Wogegen die 18- bis 24-Jährigen eine Meinung haben, die leger formuliert sagt: Gebt mir lieber einen Arbeitsplatz, dann füttere ich gerne zwei oder drei Rentner durch, als dass die Rentner in Arbeit sind und ich ohne Arbeit bin.

Also die Randbedingungen, unter denen die jungen Menschen in Deutschland leben, sind sehr verschieden, die Einstellungen nicht.

Wie sieht das mit dem Verhalten der jungen Leute aus, z.B. Zu- und Wegzüge, die eine Reaktion auf die verschiedenen Lebensbedingungen und die gleichen Wünsche sein können. Es gibt Kreise mit hohem Zugang, z.B. München oder Berlin bzw. um die großen Städte herum. Und es gibt die großen ländlichen Bezirke, in denen es einen sehr starken Überhang der Fortzüge gibt. Das heißt, junge Menschen reagieren auf die Angebote der Region mit Verhalten. Leider gibt es zum regional bedingten Verhalten ansonsten relativ wenig Informationen.

Vielleicht noch eine Information zu einem aktuellen Thema, d.h. Gewalttaten mit erwiesenem rechtsextremistischen Hintergrund. Auch hier sind die Unterschiede über die Bundesländer sehr groß. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin und Sachsen gibt es die meisten rechtsextremistischen Taten, d.h. in Ländern wo der Ausländeranteil z.T. eher niedrig ist.

Dazu passt: Vergleicht man einmal die Arbeitslosenquote und den Ausländeranteil miteinander, zeigt sich, da wo viele Ausländer sind, ist die Arbeitslosenquote relativ gering, da wo die Arbeitslosenquote sehr hoch ist, gibt es keine Ausländer, aber Rechtsradikalismus. D.h. da wo keine Ausländer sind, gibt es Ausländerablehnung und hohe Arbeitslosenquoten. Und da wo Ausländer sind, ist es eher umgekehrt. An sich ist der Ausländeranteil ein Indikator für eine gut prosperierende Region und nicht dafür, dass es eine wechselseitige Bedrohung in Bezug auf Arbeitsplätze gibt.

Zum Schluss noch einige theoretische Überlegungen. Wie kommt es, dass die Einstellungen gleich sind, obwohl die Randbedingungen so verschieden sind? Es ist so: Sich selbst erlebt man sehr direkt. Das Umfeld, von der Familie bis zum Land, beruht nur zum Teil auf eigenen Erfahrungen und persönlichen Kontakten, aber auch schon viel auf Hörensagen. Je weiter sich das Umfeld Richtung Gesellschaft entfernt, desto mehr ist man auf die Vermittlung über Medien angewiesen. In diesem Bereich trifft man auf die Situation, dass Sie, egal ob Sie in Kalabrien oder Finnland sind, die gleichen amerikanischen Familienserien z.B. mit einem schönen heilen oder etwas bizarren Familienbild vorgesetzt bekommen. Und dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kids, wenn sie alle dasselbe sehen, sagen: So etwas hätte ich gerne oder an diesem Leitbild orientiere ich mich. Dadurch, dass die Einstellungen z.T. über Ländergrenzen hinweg von den gleichen Medieninhalten beeinflusst werden, haben sie einen großen Einfluss auf eine wachsende Egalität. Das heißt aber auf der anderen Seite, dass Kinder und Jugendliche in einem Spannungsfeld aufwachsen. Unterschiedliche Lebenslagen, die gleichen Einstellungen – wie werden sie damit fertig? Was mich verblüfft ist nicht, dass es Probleme in den Spannungsgebieten gibt, sondern wie wenige das an sich sind. Als Professioneller z.B. im Bereich der Jugendhilfe macht man auch immer den Fehler, dass man die Welt aus der Sicht der Professionellen sieht, d.h. man sieht im wesentlichen nur die Kids, mit denen man als Klientel in Verbindung kommt. Oder Brechts Dreigroschenoper

einmal umgekehrt: Die einen stehn im Dunklen, doch die im Hellen sieht man nicht. Wenn man sich Auffällige versus Unauffällige anschaut, lassen sich natürlich je nach Sicht unterschiedliche Quoten errechnen. Aber es ist schon so, dass die Kinder in der Größenordnung von 80, 90, 95% aufwachsen, ohne jemals einen professionellen Helfer zu sehen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass es eine Dunkelziffer gäbe, wird es immer noch so sein, dass auch in sozialen Brennpunkten die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen unauffällig sind.

Eine spannende Frage ist: Wie kommt es, dass diese Jugendlichen, die unter schwierigsten Randbedingungen aufwachsen, es trotzdem meistens schaffen? Auch bei denen, die einmal gestrauchelt sind, gibt es eine hohe Quote von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, die wieder auf die Füße kommen. Und dies alles trotz und manchmal sogar wegen der Herkunft aus belasteten Wohngebieten.

Soziale Stadt: Wege öffnen – Räume schaffen

Dr. Kurt Walter, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Wir beschäftigen uns im Ministerium, und nicht nur wir, sondern auch die Länder und die Gemeinden, mit dem Begriff der städtebaulichen Erneuerung für die wir den Begriff „die Soziale Stadt“ gefunden haben. Als wir diesen Begriff entwickelten, haben wir nicht gewusst und auch nicht geahnt und auch nicht zu hoffen gewagt, welch ein Echo dieser Begriff „die Soziale Stadt“, diese Kombination von städtischem Gefüge und Sozialgefüge, an positiver Reaktion auslösen würde, sowohl in der fachlichen als auch in der politischen Öffentlichkeit. Dadurch entstanden für uns allerdings auch Probleme, weil wir uns gelegentlich Anforderungen ausgesetzt fühlen, bei denen wir nicht immer sicher sind, ob wir sie

auch einlösen können. Städtebauliche Erneuerung betreiben wir organisatorisch, rechtlich und finanziell seit 1971. Was haben wir seit 1971 gemacht? Wir haben gebaut. Wir haben versucht, soziale Nachteile auszugleichen, die sich aus dem Neubau ergeben. Wir haben im Wesentlichen darauf geachtet, unsere verfallenen Städte wieder schön zu machen, als Standort, als Wohnstandort, als Lebensstandort, als Standort für Gewerbeansiedlung. Das war unser Ziel. Das ist es immer noch. Das ist es vor allem auch in den neuen Ländern. Wer das Ende der DDR 1989 oder 1990 gesehen hat und wer die Städte, nicht nur Leipzig, heute wieder sieht, der weiß schon, was diese Aufgabe Städtebauförderung in den letzten zehn Jahren gerade in den neuen Ländern geleistet hat.

Inzwischen hat sich das Spektrum unserer Aufgaben geändert. Während wir uns in den Jahren seit 1971 im Wesentlichen mit der baulichen Erneuerung beschäftigt haben, haben wir es jetzt mit anderen sozialen Zusammenhängen zu tun. Wir haben eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, dadurch eine Zunahme der einkommensschwachen Haushalte. Und daraus resultiert die wachsende Zahl der Sozialhilfeempfänger und derjenigen, die nicht in das Wirtschaftsleben zu integrieren sind. Das sind insbesondere Ausländer und Aussiedler. Und dann der Punkt, der hier vielleicht am meisten interessiert, das sind die sinkenden Zukunftserwartungen insbesondere unter Jugendlichen bis zur Perspektivlosigkeit. Ich weiß nicht, ob das Ihre Sicht trifft oder ob Sie das anders sehen. Darüber müssen wir dann diskutieren.

Die Stadt ist ein Gefüge, das nicht nur für Jugendliche da ist, das natürlich alle Gesellschaftsformen beherbergt. Die gebrandmarkten Gebiete sind die vernachlässigten öffentlichen Räume. Der öffentliche Raum ist ein ganz entscheidender Punkt im städtischen Gefüge, die leerstehenden Gebäude, die Drogenprobleme und die zunehmende Gewaltbereitschaft bis hin zum Vandalismus.

Nach unserer Erfahrung gibt es stigmatisierte Räume, in denen sich das, was sich uns als Anforderung an die Soziale Stadt stellt, ganz besonders findet. Das sind zum einen die innerstädtischen Gebiete, aber auch die innenstadtnahen Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter

Bausubstanz und unterdurchschnittlicher Umweltqualität, die großen Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit, einschließlich der sozial gefährdeten Bereiche wie die Plattensiedlungen der neuen Bundesländer. Das ist ein Riesensproblem für uns. Und zwar, weil wir die Feststellung gemacht haben, dass wenn wir die Anträge der neuen Länder haben für das Programm die Soziale Stadt, sind das fast ausschließlich Anträge aus, nennen wir es kurz, aus der Platte. Weil die neuen Länder und auch die Gemeinden sagen, in der Platte haben wir die größten Probleme und hier müssen wir sie auch lösen und hier müssen wir sie mit den städtebaulichen Mitteln lösen. Und der dritte Punkt sind die Gebiete, die aufgrund ihrer peripheren Lage und z.T. als Folge dieser Lage und auch durch die Einwohnerstruktur vergleichbare Defizite aufweisen wie die anderen.

Als Anschauungsmaterial zur Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten dienten uns eine ganze Reihe von Erfahrungen aus dem Ausland. Wenn Sie das Ausland betrachten, dann könnte man fast denken, wir leben in Deutschland auf der Insel der Seligen. Wenn Sie die Quartiers en crise in Frankreich sehen, die heruntergekommenen Viertel in Portugal, in Spanien sehen, dann sind das Dimensionen, die wir uns hier in Deutschland nur schwer vorstellen können. Und ich habe Zweifel, dass die Familie dort auch für alle Jugendlichen ein Hort des Zusammenhalts ist. Wenn Sie in den Pariser Vororten die Algerier sehen, wenn Sie in den Pariser Vororten die Marokkaner sehen, da ist nichts von Familie. Ich bin ja wahrscheinlich der Älteste

hier im Raum, aber ich habe Kinder und Enkelkinder, und alle wachsen in wunderschönen heilen Verhältnissen auf. Wenn man dann nach Paris kommt - das ist für mich immer das signifikanteste Beispiel - wer von Ihnen nach Paris fährt, sollte nicht nur auf den Eiffelturm fahren um runterzugucken, sondern er sollte es wagen in eine der Vorstädte zu fahren. Da finden Sie auch nicht den Hauch einer heilen Welt.

Wir haben uns gefragt, was ist der Erfolg einer Stadt, warum funktioniert eine Stadt? Das bestimmt ja nicht ein einziger Faktor, sondern eine Vielzahl von Faktoren, die zusammenwirken und zum Erfolg einer Stadt führen.

Wenn aber der Erfolg einer Stadt aus vielen Faktoren entsteht, dann entsteht auch der Misserfolg einer Stadt aus vielen Faktoren. Und wenn man weiß, dass der Misserfolg einer Stadt oder eines städtischen Gebiets aus vielen Faktoren besteht, die zusammen im Bündel erst das ausmachen, was wir unter dem Image einer Stadt oder eines Stadtviertels verstehen, dann müssen wir auch unsere Werkzeuge, die wir dagegen einsetzen, bündeln.

Das sagt sich leichter als es sich tut, weil nämlich in der ministerialen Wirklichkeit die Dinge ein bisschen hart aufeinanderstoßen. Wir haben in der Bundesregierung eine ganze Reihe von Einzelprogrammen. Wir haben die Städtebauförderung, wir haben die Wohnungsbauförderung, wir geben Geld aus für den Verkehr, für die Arbeits- und für die Ausbildungsförderung, für die Sicherheit, für die Frauen-

Familien- und Jugendhilfe, für Wirtschaft, für Umwelt, Kultur und Freizeit. Wir geben für alles Geld aus. Das Problem ist, dass diese Programme, die sich auf diese Aufgaben beziehen, alle schön nebeneinander, parallel laufen. Das Geheimnis zur Verbesserung der Ergebnisse wäre eigentlich, diese Hilfen, diese Förderungsprogramme zusammenzubringen. Und dabei sind wir. Es gibt nach unserer Verfassung eine Ressortverantwortung, d.h. jedes Ministerium ist für die politische Linie, die es verfolgt, auch verantwortlich. Und es ist auch für das Geld verantwortlich, was es für die Umsetzung dieser politischen Linie einsetzt. Und daraus erwächst, das mag man nun beklagen, aber es ist so, auch ein Ressort-Egoismus. Wenn Sie jetzt denken, es muss doch zu machen sein, dass man die Programme bündelt, dann bräuchte man eigentlich nur ein großes Gefäß zu nehmen und aus allen Töpfen schüttet man da was hinein, und daraus fördere ich die Lösung der Probleme in der stigmatisierten Stadt. Ganz so einfach ist das nicht.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Nehmen wir mal an, das Jugendministerium hätte ein Riesenprogramm und der Städtebauminister hätte ein kleines Programm. Und der Städtebauminister ist aber auf die Idee gekommen, dieses Soziale-Stadt-Programm zu entwickeln und würde jetzt sagen, nun gib du uns mal das Geld dafür. Dann sagt der Jugendminister oder in diesem Fall die Jugendministerin: Ich bin doch nicht blöd - ich geb dir mein Geld und du machst draußen Reklame damit. So einfach und so schwierig ist das. Es erfordert eine relativ harte Ar-

beit, die Dinge trotzdem zusammenzubringen.

Und wenn es uns schon nicht gelingt, alle Waggonen in denen Geld ist, hinter eine Lok zu spannen und einen Zug daraus zu machen, dann wäre schon viel gewonnen, wenn wir es schaffen, alle Züge zur gleichen Zeit im Bahnhof ankommen und alle Züge zur gleichen Zeit auch wieder abfahren zu lassen. Was wir nämlich brauchen und woran es uns mangelt ist, dass wir alle wunderschönen Programme, die da so nebeneinander bestehen, so zusammenbringen, dass wir sie zur richtigen Zeit am richtigen Ort haben. Und das versuchen wir zurzeit und da hat dieser Begriff „die Soziale Stadt“ eine Art Katalysatorfunktion übernommen. Wir hatten diese Idee, und plötzlich haben alle Ressorts gesagt, ja, prima, da machen wir mit. Ihr müsst uns nur sagen, wo das ist. Die Kollegen im BMFSFJ unterstützen uns am eifrigsten und arbeiten auch am eifrigsten mit. Und auch andere Ministerien - plötzlich kommt das Innenministerium auf die Idee und sagt, wir haben doch unser Programm für Spätaussiedler, wir haben unser Programm zur Kriminalprävention. Es kommt das Arbeitsministerium und sagt, wir haben das Programm „100.000 Jugendliche“, wir müssen nur wissen, wo wir es einsetzen können. Das verbuchen wir als großen Erfolg. Wir werden auch versuchen auf diesem Wege weiterzugehen um zu erreichen, dass in der Mitte dieses Programm „die Soziale Stadt“ steht und sich die übrigen Programme andocken. Die Kunst und die Schwierigkeit bei der ganzen Geschichte besteht darin, dass wir den einzelnen Programmen ihre ei-

gene Programmrationale lassen. Jedes verantwortliche Ressort behält sein Programm auch als sein eigenes. Was wir gerne möchten ist, dass jedes Programm zur rechten Zeit und am rechten Ort an diesem gemeinsamen Programm „Soziale Stadt“ mitwirkt, um zu dem angestrebten Ziel zu gelangen.

Was sind die Einsatzgebiete der „Sozialen Stadt“, die wir uns vorstellen? Wir möchten mit dem Programm eine verstärkte Bürgermitwirkung erreichen, wir möchten das Stadtteilleben aktivieren und die örtlichen Potenziale aktivieren. Wir möchten vor allen Dingen, und das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt, ein Stadtteilmanagement erreichen, weil wir sehr genau wissen: Das Ganze funktioniert nicht, wenn nicht am Ort jemand ist, ob nun eine Institution oder eine Person, der all diese Fäden zusammenbringt, d.h. der notfalls auch Klinken putzt. Dieses zu finanzieren ist aus Städtebaumitteln ein bisschen schwierig, weil die Städtebauförderungsmittel, so will es die Finanzverfassung von 1969, investive Mittel sind. Weil die Finanzverfassungsreform von 1969 an solche Aufgaben dieser sozialen Qualität überhaupt nicht gedacht hat. Es wurde ans Bauen gedacht, ans Renovieren, aber an die Lösung sozialer Probleme wurde nicht gedacht. Also sind wir, wie gesagt, mit unseren Städtebaumitteln im engeren Sinne dadurch ein bisschen gehandikapt und buhlen um jede Mark, die aus einem anderen Topf zur Erreichung des gemeinsamen Ziels kommt. Dazu ist die Bereitschaft der Ressorts groß und darüber sind wir sehr froh. Wir stehen am Anfang der Aufgabe und wir müssen sehen.

Meine Damen und Herren,

unser Programm läuft an. Und wir haben, um das am Leben zu halten, eine ganze Reihe von Aktionen geplant. Wenn wir die Projektanmeldungen der Länder haben, dann wollen wir die Resorts wieder zu einem Gespräch einladen. Das werden wir in der nächsten Woche tun. Wir wollen einen bundesweiten Kongress und auch ein Verbändegespräch. Das ist eigentlich der Hauptpunkt, der Sie interessieren sollte, denn bei allem was man so hat, ist ja immer die Frage, wie komme ich da dran und wie bringe ich mich da ein. Ich kann Ihnen dafür kein Patentrezept liefern, ich kann Ihnen nur den Weg erklären. Die Gemeinde selbst, der Rat der Stadt, der Rat der Gemeinde, muss feststellen, ob er solch ein belastetes Gebiet hat oder nicht. Und wenn er eins hat, muss er es beim Land anmelden zur Förderung und das Land gibt das an uns weiter. Und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel wird es dann in ein Programm aufgenommen oder nicht.

Ich glaube, dass die verfügbaren Mittel sehr viel flexibler sind als man gemeinhin denkt. Es heißt ja nicht, dass man, wenn man 100% Probleme hat, auch sofort 100% löst. Aber wenn man zunächst 40%, dann wieder 40% und dann wieder 20% löst, ist das ja auch schon eine ganze Menge. Dass nicht immer Problembestand und Mittelbestand zusammenpassen, das wissen wir auch. Es gibt aber ein Problem, das Sie wahrscheinlich nicht lösen können. Ich sage das deswegen, weil ich in den letzten Wochen und Monaten verstärkt angerufen werde von Verbänden, von Vereinen, die fragen: Wie kommen wir

an das Geld? Wie können wir uns einbringen? Und ich sage dann, das müsst ihr bitte schön, wenn es geht, vor Ort machen.

Wenn Sie herausfinden, dass in Ihrer Stadt solche Gebiete sind, dann kann ich Ihnen nur raten: Bitte gehen Sie zu Ihrer Stadt, besprechen Sie das mit den Leuten, die in der Stadt etwas dazu zu sagen haben. Das ist eigentlich der einzige Rat, den ich Ihnen wirklich geben kann. Der falscheste Rat wäre der zu sagen, geht zum Bund damit. Der sitzt so weit weg und kann dabei eigentlich nichts weiter tun als den Rahmen zu setzen. Was wirklich an Aufgabenlösungen zu bewerkstelligen ist, das kann nur vor Ort geschehen und da ist auch Ihr Ansatzpunkt, an den Sie ran müssen.

Der Bund stellt im Haushalt 99, und das wird er auch in den nächsten Haushalten tun, 100 Millionen Mark zur Verfügung. Das ist 1/3 der förderungsfähigen Kosten, die aus dem Topf des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die aus unserem Topf zu bezahlen sind. Diese Mittel sind im Wesentlichen als investive Mittel gedacht, die aber sozusagen als Sauerteig wirken sollen, um die anderen Töpfe mit für denselben Zweck zu aktivieren. D.h. also, wenn Sie jetzt die drei Ebenen - Bund-Land-Gemeinde - zusammennehmen, dann haben Sie für diesen Bereich der Förderung 300 Millionen im Jahr. So schlecht ist das nicht.

Fachforen zu Fragen der Jugendforschung

Dazu gehören – dagegen sein – Jugendkultur als Selbstaussdruck

Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen

Die Industrie hat über 400 Jugendkulturen gezählt. Sie hatte natürlich ein Interesse festzustellen, wie viele und welche Jugendkulturen es gibt, weil sie an ihnen Geld verdienen will. Viele von denen, die sie da gezählt und schubladiert hat, hat sie natürlich auch selbst erfunden. Die Streetball-Kultur beispielsweise, wo ja ganz groß Adidas dahintersteht. Alles, was es je gab in Deutschland an Jugendkulturen, gibt es heute immer noch, also die Rocker der sechziger Jahre, die Rockabillys, die Psychobillys, - vielleicht in unterschiedlichen Quantitäten, aber es ist eigentlich nichts verschwunden. In den achtziger und neunziger Jahren ist natürlich viel hinzugekommen über Techno, House, über Hip-Hop-Musik, aber es gibt alles irgendwo im Untergrund noch. Es ist nur nicht immer alles gleichermaßen spektakulär und in den Medien. Es wird jetzt aber vieles von den alten Strömungen wieder entdeckt.

Edward, 25 Jahre, Skater: „Der Jugendliche hat heutzutage so viele Möglichkeiten sich selber zu entfalten, dass er schon gar nicht mehr weiß, was er eigentlich machen soll.“

Wenn man versucht, ein Kennzeichen der Jugendkulturen der neunziger Jahre festzustellen, dann das, dass alles neu gemischt wird. Crossover der Kulturen, wie man so schön neudeutsch sagt.

Also, alte Szenen werden wieder entdeckt, werden ein bisschen abgewandelt und tauchen in verändertem Gewand neu wieder auf. Das konnte man z.B. im deutschen Schlager-Revival sehen.

Kathrin, 18 Jahre, Techno-Aussteigerin: „Ich mach’ was ich will, scheiß drauf. Vor dem Druck der Gesellschaft flüchten, versuchen sich nicht einzufügen, nicht zu werden wie die.“

Die meisten Jugendkulturen, die man kennt, definieren sich über die Musik-Szene. Musik ist das Wichtigste im Leben von Jugendlichen, damit verbringen sie die meiste Zeit. Es gibt eigentlich nichts, was ihnen wichtiger ist. Etwas später kommt der Sport, noch später Computer. Deswegen sind fast alle Jugendkulturen auch Musikkulturen. Egal ob Punk, HipHop, Skins oder Techno, Musik steht immer im Mittelpunkt dieser Szenen. Musik war schon immer für Jugendliche wichtig, das kennt man auch schon aus der frühen Jazz-Jugend, aus der Swing-Jugend. Seit es Musik auf dieser breiteren öffentlichen Ebene gibt, sind Jugendliche davon fasziniert, sie hören und machen gerne Musik. Heutzutage, wo es extrem viele Stilrichtungen gibt und immerhin zwei Fernsehkanäle, die rund um die Uhr nur Musik senden, ist das erst recht nicht verwunderlich.

Musik ist für Jugendliche eine starke und leicht zugängliche Möglichkeit, ihre

Gefühlswelt auszudrücken: Lebensfreude, Aggressionen bis zum Hass, sie ermöglicht emotionale und körperliche Bewegung bis an die Grenze. Musik fördert die Kreativität von Jugendlichen, gibt die Chance zum Selbstausdruck, zum Erfolg, zum Umsetzen von Träumen. Und sehr wichtig ist auch, dass man durch das Hören von Musik einer bestimmten Stilrichtung die Zugehörigkeit zu einer Gruppe erwirbt und sich gleichzeitig von anderen abgrenzt, also Identität gewinnen kann. Das wird noch dadurch verstärkt, dass Musik heute nicht nur gehört, sondern vor allem auch gesehen wird. Auf diese Weise wird gleich mit der Musik das zur Szene gehörige Outfit transportiert.

Jens, 21 Jahre, Skater: „Ein stinknormaler Junge sein - das ist doch kein Leben!“

So unterschiedlich wie sie aussehen, sind Jugendkulturen allerdings gar nicht, vielleicht abgesehen von politischen Orientierungen, sofern sie eine haben. Sie haben immer die gleichen Funktionen: Jugendliche wollen über die Zugehörigkeit zu Szenen Freunde finden, Gleichgesinnte finden, Gleichaltrige finden, mit denen sie die Freizeit verbringen können, das ist das Wichtigste. Jugendkulturen stiften also positive Identität über die gemeinsame Praxis. Nicht, dass nun alle Werte abgeglichen werden müssen, sondern es geht ja meistens nur um den gemeinsamen Musikgeschmack und um das Outfit, und dass man sich in bestimmten Sza-netreffs aufhält.

Die zweite wichtige Funktion von Jugendkulturen ist sich abzugrenzen ge-

gen den Rest der Gesellschaft, den man dann nicht so gut leiden kann, das heißt, sowohl gegenüber den Älteren als auch gegenüber den ungeliebten Gleichaltrigen. Und das gilt für alle Jugendkulturen, die schon immer diese beiden Funktionen hatten.

Das wichtigste Mittel zur Identifikation und auch zur Abgrenzung ist das Outfit, also Klamotten, Stiefel, Schnürbänder, Haartracht, Schmuck, Bemalung, das ist das Einfachste. Wie erkenne ich, ob jemand mit mir etwas gemeinsam hat? Das ist natürlich durch optische Signale schnell deutlich, deutlicher als bei „Stinos“ beispielsweise, also stinknormalen Leuten. Die müssen sich erst stundenlang unterhalten um vielleicht Gemeinsamkeiten herauszufinden. Aber sobald Menschen ein gemeinsames äußeres Kennzeichen haben, und sei es nur ein Fußballschal – oder wenn sie im Ausland ein paar deutsche Worte hören, dann denken sie sofort: aha, ein Freund – entstehen sehr schnell Gemeinsamkeit und Zugehörigkeitsgefühl. Durch Outfit kann man also sehr schnell signalisieren, dass man was Gemeinsames hat und Freunde finden will. Das ist das plakativste Symbol.

Hanna, 16 Jahre, Punk: „Manchmal hab ich schon Bock drauf die Leute zu schocken.“

Die größten Jugendkulturen sind im Augenblick Techno und HipHop, Millionen Jugendliche hören Techno und HipHop. Beim Techno weiß man das, da gab es die Love Parade, das musikalische Massenereignis. HipHop ist aber musikalisch sogar populärer. Das ist nicht unbedingt proletarischere Musik, sondern

das ist eine Musik, die vor ungefähr zehn Jahren vor allem von Einwanderer-Jugendlichen gehört wurde und auch praktiziert wurde und wird. Denn zum HipHop gehört ja nicht nur Musik, also Rap, sondern auch Breakdance und Graffiti. Und was in den frühen achtziger Jahren als Breakdance populär wurde, das kam überwiegend von Einwanderer-Jugendlichen, die sich mit diesem Image identifizieren konnten – Ghetto-Musik, von schwarzen Jugendlichen geschaffen. Man konnte eben diese Musik nicht nur hören, sondern sie auch leicht machen und sich danach bewegen, sogar fast schon künstlerische Fähigkeiten entwickeln. Aber inzwischen ist die Fangemeinde von HipHop so groß geworden, dass man das alles gar nicht mehr so sagen kann. Er ist zwar unter Einwanderer-Jugendlichen immer noch sehr populär, aber er hat längst auch die Gymnasien erreicht. Und seit solche Boy-Groups in den neunziger Jahren vermehrt rappen, wird HipHop sehr viel von 14- bis 15-jährigen Mädchen gehört.

HipHop ist, oberflächlich betrachtet, eine Musik, die simpel erscheint, obwohl es schon auch eine Kunst ist, sie zu machen. Aber weshalb sie sich so massenhaft durchgesetzt hat, liegt vielleicht auch daran, dass man dafür nicht unbedingt teure Technik braucht. Ein schönes lautes Radio tut es für den Anfang auch. Vor allem aber ist es eine ausgesprochen verbal orientierte Musik. Das war und ist gerade für Einwanderer-Jugendliche spannend, weil sie da die Möglichkeit haben sich auszudrücken, auch in ihrer Sprache und auch mit ansonsten unzureichenden Deutschkenntnissen. In dieser Musik

kann man sehr viel erzählen, wenn man was erzählen möchte. Deshalb ist diese Musik gerade für Jugendliche wichtig geworden, die sonst wenig Gelegenheit haben sich auszudrücken, weil man ihnen sonst vielleicht nicht zuhört. Sie haben sich gesagt, über Kunst, über Kultur, über Musik und Tanz, da hören die Leute eher zu, weil das spannender ist als wenn da einer redet.

Floh, HipHoper: „Du fängst als ganz kleiner Stinker an und merkst, wie du langsam besser wirst.“

Und man konnte vom Image her groß und berühmt werden. Eine echte Chance hatte man natürlich nicht wirklich, das ist nur diese Mär vom Tellerwäscher zum Millionär. Aber es gab schon in den achtziger Jahren 14-, 15-jährige Einwanderer-Jugendliche, die mal locker 500 bis 2000 Mark im Monat verdient haben, indem sie in kommerziellen Diskotheken vorgetanzt haben. Also da war schon Geld zu holen und zwar auf legale Art. Das geht jetzt nicht mehr so unbeding, weil es einfach zu viel gibt und weil sich die Industrie dann darauf gesetzt hat, die die Musik einfach professioneller anbieten kann. Es gibt einige Graffiti-Leute, ganz wenige, die einen guten Namen haben, die Ruhm haben, Fame haben, wie es heißt, und die von Geschäftsleuten engagiert werden um Fassaden zu verschönern. Manchmal beauftragen auch Vermieter oder Bezirksverwaltungen Jugendliche mit dieser Art von Stadtverschönerung. Und die verdienen damit schon Geld. Aber für die meisten Jugendlichen gilt das nicht.

Hannah, 16 Jahre, Breakdancerin: „Mit dem Tanzen lernte ich auch viele andere Dinge kennen: Wie es ist, im Mittelpunkt einer großen Menge zu stehen, wie es ist, wenn so viele unbekannte Augenpaare auf einem haften, die sehen wollen, was man kann.“

Wenn der Traum vom großen Geld auch unrealistisch bleibt, so lässt sich für viele Jugendliche doch immerhin ein anderer Traum mit dieser Musik realisieren, nämlich aus der Masse herauszuragen, sich zeigen zu können mit seinen Talenten, gesehen, gehört und anerkannt zu werden. Ob das nun wer weiß wie bezahlt wird, das ist da zweitrangig. Wichtig ist eher, dass man dadurch viel bessere Chancen hat bei den Mädchen, denn der größte Teil dieser Szene wird von jungen Männern dominiert. Das gilt allerdings für alle Jugendkulturen mehr oder weniger.

Für die Gothic-Szene, die so genannten Gruities, gilt das allerdings noch am wenigsten, aber für die meisten anderen Szenen gilt das eindeutig. Außerdem, je größer die Gruppen werden, umso mehr drücken sich die Männer in den Vordergrund. Bei Techno ist das unterschiedlich, aber je mehr die Szene professionalisiert und auch kommerzialisiert wird, umso mehr sind auch die Männer wieder im Vordergrund. Bei rechten Szenen, bei jeglicher Art von gewaltorientierten Szenen, gibt es fast keine Frauen.

In der Gothic-Szene, wo es recht viele junge Frauen gibt, geht es darum, mit schwarzer Kleidung, schwarz bemalten Gesichtern und viel Symbolschmuck zum Ausdruck zu bringen, dass man

sich auch mit negativen Aspekten des Lebens beschäftigt, wie etwa mit Krankheit und Tod, sie nicht zu verdrängen, sondern ins Leben zu integrieren. In dieser Szene schreibt zum Beispiel fast jeder Gedichte. Und sehr viele arbeiten in sozialen Berufen, sind Krankenschwestern, Altenpfleger usw., das ist schon auffällig. Mit ihrem Äußeren grenzen sie sich stark von anderen Gruppen ab, die sie als oberflächlich ansehen. Man könnte sie vielleicht vergleichen mit den Existenzialisten der früheren Jahre. Und obwohl sie so düster rumlaufen, gibt es keine Hinweise



dafür, dass sie in besonderer Weise suizidgefährdet sind. Sie wollen eben nur die dunklen Seiten des Lebens ausdrücklich auch zulassen. In der Farbe Schwarz steckt auch der Protest gegen alles allzu Bunte, Vorlaute, Schnelle, Kommerzielle. Für Frauen drückt Schwarz häufig auch Selbstbewusstsein aus und auch Distanz. Die Zeichensprache ist schon vielfältig.

Andreas, 23 Jahre, Techno-Freak: „An Politik interessiert mich gar nichts eigentlich.“

Die ganz große Mehrzahl der Jugendlichen begreift sich als unpolitisch im klassischen Sinne, weil sie Politik redu-

zieren auf Parteipolitik. Und Parteipolitik ist langweilig, korrupt etc. und für Jugendliche einfach deshalb uninteressant, weil sie sehen, dass sie da keine Wirkungsmöglichkeit haben. Die wirklich brisanten politischen Entscheidungen werden ohnehin nicht auf den offiziellen politischen Kanälen getroffen, sondern im inoffiziellen Bereich, oder die Wirtschaft entscheidet. Also ziehen sie daraus den Schluss: es lohnt sich nicht sich da zu engagieren.

Michael, 18 Jahre, HipHoper: „Was ich am Rap gut finde ist: es gibt dort keine Rassenprobleme. Ich glaube, es gibt keinen Rapper, der ein Rassist ist.“

Trotzdem ist es so, dass Jugendliche sich heute mehr engagieren und demonstrieren als je zuvor, sogar mehr als in den guten alten achtundsechziger Jahren. Die damals aktive Jugend hat vielleicht den Zeitgeist mehr geprägt, aber es haben bei weitem nicht so viele Jugendliche demonstriert. Fast alle Demonstrationen der Gegenwart sind von jungen Menschen unter 30 Jahren dominiert. Davon wird vieles allerdings öffentlich nicht so wahrgenommen. Wahrgenommen werden vor allem rechte oder rechtsradikale Demonstrationen, obwohl sich die große Mehrheit der Jugendlichen von Rechtsradikalen und rechter Gewalt abgrenzt. Man kann sagen, dass mindestens achtzig Prozent der Jugendlichen in Ost wie West mit Rechtsradikalen und Gewalttätern nichts zu tun haben wollen. Das heißt aber nicht, dass nicht ein größerer Prozentsatz durchaus rassistische Denkelemente hat, die ja in der ganzen Bevölkerung weit verbreitet sind. Aber trotzdem grenzen sich die meisten gegen

rechte Gewalttäter ab. Und das ist auch das, was alle großen Jugendkulturen eint, sie sind nicht rassistisch und im Wesentlichen auch nicht gewalttätig.

Suat, 21 Jahre, HipHop-hangaroud: „Es gefällt mir, weil es hier keinen Chef gibt oder keinen, der so tut. Wir sind alle gleich.“

Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass es in Szenegruppen und Jugendkulturen kaum autoritäre Strukturen gibt – wenn man die wenigen rechtsradikalen Szenen mal außer Acht lässt. Wobei auch die meist nicht so autoritär strukturiert sind wie früher. Also auch neonazistische Jugendcliquen haben meistens keine so strammen Hierarchien, sondern es ist eher so, dass derjenige, der am ältesten ist, die größte Klappe hat und deswegen am meisten zu sagen hat. Aber autoritäre Strukturen gibt es fast gar nicht bei Jugendlichen, das lehnen sie auch ab. Es ist immer derjenige der maßgebliche Typ, der am längsten dabei ist, der die meiste Erfahrung hat, der die meisten Kontakte hat, bei manchen ist es der, der körperlich am kräftigsten ist. Bei den meisten ist es der, der am witzigsten ist, der verbal gewandt ist, das spielt eigentlich die viel größere Rolle. Einfach derjenige, der was bietet: Abwechslung, Parties, Action usw. Das sind da so die Kriterien. Aber festzuhalten ist, dass es hierarchische Strukturen bei Jugendlichen so gut wie gar nicht gibt, jedenfalls keine institutionalisierten.

Kontakt und weitere Informationen:
www.jugendkulturen.de

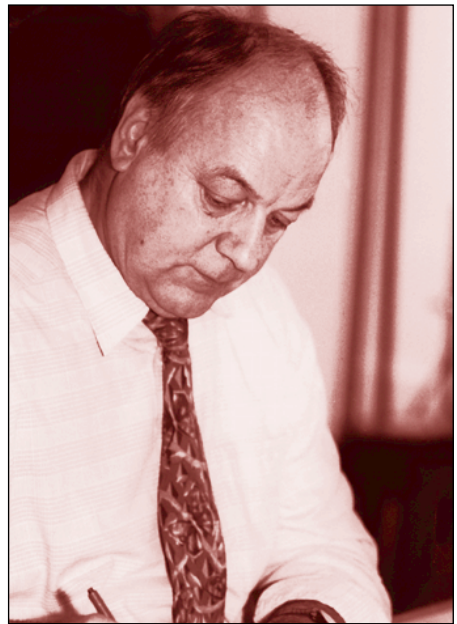
Außen vor? – Ausbildung, Arbeit, Lebensperspektiven aus der Sicht benachteiligter Jugendlicher

Dr. Lothar Lappe,
Deutsches Jugendinstitut

Auf der einen Seite haben wir immer noch 400.000 arbeitslose Jugendliche in der Bundesrepublik und wir haben ja laut Emnid noch 1,3 Mio. Jugendliche ohne Berufsausbildung zwischen 20 und 29 Jahren. Und auf der anderen Seite haben wir diese Zukunftsbranchen, die boomen wie verrückt und die suchen händeringend nach Jugendlichen. Den Politikern und vielen anderen fällt als einziges nur ein, einen Niedriglohnbereich zu schaffen, wobei widerlegt ist, dass das geht. Die Arbeitslosigkeit ist nämlich dort am höchsten, wo die Löhne am niedrigsten sind, in den USA, Großbritannien, wir haben uns die Feder wund geschrieben darüber. Über diese Diskrepanz will ich sprechen. Der Kollege Bien hat heute morgen sehr viel über regionale Differenzen geredet. Darauf will ich mich auch beziehen, aber in erster Linie zwei Gruppen herausgreifen: die Jugendlichen ohne Berufsausbildung und die arbeitslosen Jugendlichen nach der Berufsausbildung und dann die Regionen benennen, was das dort heißt. Das wären die beiden ersten Punkte.

Der nächste Punkt ist der Brennpunkt Ostdeutschland. Da haben wir eine Studie gemacht über den Arbeitsamtsbezirk Cottbus, über innovative Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Dabei sind wir ziemlich blass geworden, bei der Suche nach Arbeits- und

Ausbildungsplätzen. Die Ergebnisse kann man, so glaube ich, ziemlich deutlich extrapolieren auf andere Regionen, vielleicht auch auf einige westdeutsche. Der vierte Punkt soll Maßnahmen zur Integration arbeitsloser Jugendlicher zeigen, da werde ich vor allem schwerpunktmäßig zur Umwelt, zur Ausbildung in Umweltökologie usw. sprechen.



Mein letzter Punkt, das ist mein Steckenpferd: Arbeitsplätze in den dynamischen Bereichen der Zukunftsindustrie. Da will ich noch mal auf die wahnsinnige Diskrepanz zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und den Jugendlichen ohne Berufsausbildung und dieser enormen Nachfrage nach Jugendlichen eingehen. Jugendarbeitslosigkeit

verteilt sich in der Bundesrepublik extrem. In München, da ist das Auge des Taifuns. In München gab es fast keine Probleme mehr. In Norddeutschland dagegen liegt das erste Schwierigkeitsgebiet. Wohingegen München, Frankfurt, Stuttgart zu dem zweiten Block gehören, Hessen, Pfalz und Bayern, wo es Jugendarbeitslosigkeit kaum gibt. Die Landeshauptstädte sind dann immer noch besser dran als die Länder, aber trotzdem sind die Arbeitslosenzahlen verdammt gering. In den Ballungszentren sind die Zahlen besonders gering. Und oben ist die erste Problemregion, die Nordregion. Und dann kommt es eben ganz dicke, mit Berlin angefangen. Vor allem Berlin West hat gnadenlose Arbeitslosenziffern. Die Arbeitslosigkeit ist im Durchschnitt in den östlichen Bundesländern enorm hoch. Dass Jugendliche keine Ausbildungsstellen finden, das ist der Punkt. Das ist in einigen Regionen wie Berlin/Brandenburg sehr stark der Fall und in der Gruppe von 20 bis 25 Jahren sind es wieder vor allem diejenigen, die nach einer Ausbildung nicht übernommen werden. Man kann nicht einfach sagen, na ja, die Arbeitslosen sind alle unqualifiziert, das sind alles Dödel sozusagen und mit denen kann man eh nichts anfangen, also schaffen wir Billigjobs. Politiker denken da häufig zuerst mal an Schuhputzer, Kofferträger und vielleicht, wenn sie einer Frau begegnen, an Haushaltshilfen. Und dann denken sie darüber nach, wie kann man Subventionen implementieren, damit man Niedriglohnbereiche schafft. Das ist nicht unser Weg, das ist weder im Westen noch im Osten oder Süden der Weg der Bundesrepublik Deutschland.

Wir sind ein Hochqualifikationsland und vor allem durch die duale Ausbildung ein Mittelqualifikationsland. Wir haben kaum Bodenschätze, Braunkohle, da rede ich gleich mal ein bisschen drüber. Aber wir sind auch kein Entwicklungsland. Und wenn Sie sehen, wie die industrielle Entwicklung verläuft, es wird outgesourct, alle unqualifizierte Arbeit wird an die Peripherie Europas oder sonst wo hingeschoben. Das ist die Entwicklung, und dann reden Politiker darüber, dass man Niedriglohnbereiche einrichtet, das ist völlig verrückt. Da kann ich nur sagen, die Realität wird euch die Antwort geben. Unsere Antwort kann nur sein, was auch die neu formierten Informati- ons- und Kommunikations-Bereiche brauchen: Qualifizierung noch und noch.

Die Arbeitslosigkeit, aber auch die Chancen von Jugendlichen, werden natürlich stark beeinflusst durch die Industriestruktur der Region. Ein Beispiel hierfür ist Westberlin. Die Stadt hatte sozusagen eine wertschöpfungsarme Industrie. Westberlin ist ausgeblutet in der ganzen Zeit der existierenden Mauer. Berlin war die verlängerte Werkbank Westdeutschlands. Alle Betriebs- spitzen sind nach Westdeutschland abgewandert, außer Schering. Berlin hatte eine Masse an niedrig qualifizierten Arbeitsplätzen, sozusagen die Werk- bänke, und aus diesem Grund ist Westberlin durch die industrielle Re- strukturierung gnadenlos getroffen worden.

Daraus ergibt sich das Problem: einen ganz hohen Anteil ausländischer Ju- gendlicher, vor allem diejenigen ohne

Berufsausbildung und Arbeitslose und die Frauen hat es ganz massiv getroffen, weil die sehr oft die unqualifizierten Arbeitsplätze in den industriellen Zonen Berlins hatten. Der Bereich Ost hat natürlich eine völlig andere Geschichte und ist aus ganz anderen Gründen ‚ausgeblutet‘. Da kann man nur sagen: Treuhandgesellschaft und Folgen. Man kann nicht einfach behaupten, dass alle Betriebe konkurrenzunfähig gewesen seien. Es gab genügend Betriebe, die sehr wohl konkurrenzfähig waren, es waren auch Leitindustrien dabei, siehe Druckmaschinenbau usw. Es gab sehr viele hoffnungsvolle Anfänge. Aber das ist alles aus Mangel an Strukturpolitik heruntergefahren worden. Das Problem hier im Osten ist also ein ganz anderes, strukturelles Problem. Hier haben wir qualifiziert ausgebildete Jugendliche, die dennoch arbeitslos sind.

Im süddeutschen Raum dagegen, von München, Frankfurt, Stuttgart bis Düsseldorf, scheint zurzeit die Sonne, da sind sämtliche strukturellen Vorteile versammelt. Alle qualifizierten Strukturen sind von Westberlin nach Westdeutschland gegangen. Denken Sie jetzt nur an den Länderfinanzausgleich, was für eine Ungerechtigkeit das ist. Es geht nicht nur um Geld, sondern ganz Westdeutschland hat die Westberliner Industrie- und Leitungsstrukturen, die Forschungs- und Entwicklungsstrukturen gekriegt und das ist mit ein Grund, warum es da so boomt. Sie haben dort eine wunderbare Strukturpolitik gemacht, vor allem im Raum München, da ist wenig Stahl und sehr viel Hightech. Nur so viel zu den strukturellen Hintergründen.

Die Problemgruppe 1, zu der ich jetzt komme, das sind die Jugendlichen ohne Berufsausbildung und parallel dazu die Sichtweise auf den schrumpfenden Arbeitsmarkt für Un- und Angelernte. Das muss man immer im gleichen Atemzug nehmen. Es gibt eine Ernid-Studie, die im Abstand von zehn Jahren die Lage der Jugendlichen in Westdeutschland untersucht. Die neueste Studie hat in der gesamten Bundesrepublik 1,3 Mio. Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsausbildung gezählt und das können wir uns eigentlich gar nicht leisten angesichts des Bedarfs in anderen Bereichen. 43% davon haben eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, 24% gehen einer ungelerten Beschäftigung nach, fast 20% sind im Haushalt beschäftigt, sind junge Frauen. Jeder Zehnte ist arbeitslos gemeldet. 5% geben an, dass sie gar nichts unternehmen, dass sie einfach zuhause oder sonst wo sitzen und die Hoffnung aufgegeben haben, noch irgendeine Ausbildung zu machen oder sich um einen Job zu bemühen.

Außerdem gibt es einen riesigen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen. Da ja Berlin die viertgrößte türkische Stadt Europas ist, kann man sehen, dass es ein sehr starkes Berliner Phänomen ist, aber auch im Ruhrgebiet und im Raum Frankfurt gibt es das. Insofern ist das eine ganz prekäre Situation. Referenzarbeitsplätze sind verschwunden, sie sind niedergemacht, sie sind outgesourct worden durch die Restrukturierung unserer Wirtschaft, durch die Tendenz zu Höherqualifizierung. Diese verlängerten Werkbänke in Berlin und auch in Westdeutschland sind stark

geschrumpft. Wir werden diese Niedriglohnbereiche für diese Jugendlichen nicht wiederbekommen, also bleibt nur Qualifizierung übrig.

Aus der neuesten Emnid-Studie geht hervor, dass ein großer Teil der arbeitslosen Jugendlichen überhaupt nicht leistungsschwach ist und auch keinerlei Lernprobleme auf theoretischem Gebiet hat, sondern dass sie an anderen sozialen Problemen scheitern, eine Berufsausbildung abzuschließen oder aufzunehmen oder sich richtig zu bewerben, z.B. an familialen Problemen oder an Problemen, die sie in der Schule haben. Man kann sagen, dass hier durchaus ein Qualifikationsreservoir vorhanden ist, das ist das Entscheidende an dieser Gruppe.

Ein anderes Problem ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit nach qualifizierter Ausbildung, das erleben wir ganz massiv im Osten der Bundesrepublik. Dazu gibt es eine einzige detaillierte Studie vom BIB. Von 1995 bis 1998 wurden 850 jugendliche ostdeutsche Fachkräfte befragt, ob sie befristet, unbefristet oder gar nicht übernommen wurden. Es gaben 43% unbefristet an. Da muss man auch unterscheiden, die unbefristeten Übernahmen gehen auch in Westdeutschland gewaltig zurück. Einen befristeten Arbeitsvertrag haben 17% bekommen, 37% kein Übernahmeangebot. Es zeigte sich da schon, was man auch jetzt sieht, dass die Frauen sehr stark betroffen sind. Am Anfang standen die Bauberufe noch gut da, jetzt werden sie wohl schlechter dastehen. „Sei schlau, geh zum Bau“ dürfte jetzt nicht mehr gelten. Wer wurde arbeitslos nach der Ausbil-

dung? Maurer 14%, Elektriker 19%, Warenkaufleute 43%, Bürokaufleute 48%. Besonders die Dienstleistungsberufe hat es getroffen. Die Frauen sind besonders betroffen. Das können Sie etwa am Beispiel Cottbus sehen, wo die Frauen zu einem sehr hohen Anteil in außerbetrieblichen Maßnahmen vertreten sind. Da ist die Chance, wenn man als Frau in einer solchen Maßnahme ist, statistisch gesehen gleich hoch, danach auch arbeitslos zu werden. Daraus folgt natürlich, dass die Mobilitätsbereitschaft der jungen Frauen im Osten sehr hoch ist.

Seit geraumer Zeit schrumpfen die sogenannten ungelerten Arbeitsmärkte, den Niedriglohnbereich haben wir kaum noch, so dass unqualifizierte Jugendliche z.B. im Raum Cottbus gar keine Möglichkeit haben überhaupt Beschäftigung zu finden. Wichtig ist, dass zwar die Großbetriebe die Erstausbildung zur Verfügung stellen, wie die Laubag, die eine hervorragende Erstausbildung hatten und haben. Die Laubag hatte sehr gute Ausbildungswerkstätten, wie viele andere damals in der DDR auch. Aber mittlerweile ist es so, dass sie nicht mehr genügend Jugendliche ausbilden. Die Betriebe haben ihre Stammebelegschaften gefunden und die Jugendlichen stehen sozusagen vor dem verschlossenen Tor. Das führt für die Jugendlichen dazu, dass sie ohne Betriebserfahrung bleiben. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist entscheidend, dass man Arbeits- und Betriebserfahrung gewinnt und dafür gibt es sehr viele Maßnahmen. Früher haben kleine und mittlere Betriebe über den Ersatzbedarf hinaus qualifiziert, gerade in Westdeutschland, das

Handwerk als Schule der Nation. Das ist ebenfalls stark reduziert worden. Jetzt machen sie genau dem Ersatzbedarf entsprechend Ausbildung, das heißt, man bildet nur für seinen Bedarf aus um fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen.

Das ist das eine Problem, die schwierigen Übernahmen und daher diese über 30% außerbetrieblichen Ausbildungen, die wichtig sind, und die ich auch für völlig richtig halte im Hinblick auf die Zukunft und auf den Bedarf der Informations- und Kommunikationsindustrie. Das muss auf jeden Fall erhalten bleiben, das ist eine ganz wichtige Sache, obwohl viele Stimmen dagegen sprechen, dass das ja nicht marktgerecht sei. Auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können sehr wohl marktgerecht sein.

Zum Punkt der hohen Mortalitätsrate der Klein- und Mittelbetriebe: Man sollte einen Betrieb wenigstens drei bis dreieinhalb Jahre am Leben erhalten, damit die Azubis ihre Ausbildung beenden können. Das Problem der Konkurslehrlinge war ein typisches und massives Problem nach der Wende in Ostdeutschland. Weil so viele Betriebe zumachen, standen die Lehrlinge, die eine Lehre begonnen hatten, wieder auf der Straße. Dieses Problem nimmt schon wieder zu durch die Schließung vieler Klein- und Mittelbetriebe.

Ich will zum dritten Punkt übergehen und zu den Maßnahmen kommen. In unseren Studien haben wir zurückgegriffen auf Ideen und Arbeiten am WZB in Berlin von dem Kollegen Schmid, der das Konzept der Beschäftigungs-

brücken entwickelt hat. Es geht darum, dass wir wesentlich flexiblere Übergänge haben sollten für alle Altersgruppen, vor allem aber für die Problemgruppen zwischen Arbeit und Nichtarbeit: Bei den Maurern zwischen zuhause bleiben, Schlechtwettergeld und wieder einsteigen; bei den Frauen zwischen Kinderkriegen und wieder einsteigen in den Beruf; bei den Alten zwischen Rente und Arbeit; bei den Jugendlichen natürlich, weil das die sensibelste Phase ist, die Vermittlung zwischen Bildung, Ausbildung und Arbeit. Alles, was man tut mit Jugendlichen, sollte auf der einen Seite etwas mit Arbeit zu tun haben, mit dem Arbeitsmarkt, aber es sollte an Ausbildung und Bildung gekoppelt sein, gerade in dieser Phase, das ist das Besondere an diesem Konzept. Bei Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren ist das das zentrale Moment. Das alte Arbeitsförderungs-gesetz zeichnete sich ja gerade durch die Kuriosität aus, dass die Zugangskriterien völlig getrennt waren. Sie konnten Weiterbildung machen oder sie konnten Arbeitsbeschaffung machen, mit ganz unterschiedlichen Zugangskriterien, so dass sie teilweise Wartezeiten von 6 Monaten dazwischen hatten. Das ist verbessert worden.

Das Stichwort für die Jugendlichen ist „Qualifizierung“. Sie müssen sich qualifizieren können und zwar ohne Warte-prozesse dazwischen in Kauf nehmen zu müssen. Das ist das eine. Das zweite wären die Strukturanpassungsmaßnahmen. Das sind eigentlich typische Beschäftigungsbrücken, wie z.B. im Umweltschutzbereich, im Denkmalschutzbereich, im Jugendhilfereich.

Der Umweltschutz ist ein Bereich, wo viele gedacht haben, es könnte sich gerade in Ostdeutschland ein Expertentum für Umweltschutz herausbilden. Der Meinung bin ich immer noch. Jugendliche sind besonders empfänglich für dieses Thema, könnten dort sehr gut implementiert werden, aber weit gefehlt. Es gibt Studien darüber,



dass die Jugendlichen enorm unterproportional eingesetzt werden. Stattdessen hat man festgestellt, dass völlig fehlqualifizierte Leute im Umweltschutz eingesetzt werden. Kaum Ingenieure, kaum Biologen, kaum Leute, die ausgebildet sind, und kaum Jugendliche, die sich dafür interessieren. Es gibt ein einziges Berufsbild, den Ver- und Entsorger, dabei gibt es bei jedem Berufsbild diese Umweltanteile. Maschinenschlosser, Zerspanungstechniker, Elektriker usw. - überall gehört immer ein bisschen Umwelt dazu. Damit man z.B. weiß, Altöl gehört nicht in den Gully, sondern in die Entsorgung.

Aber in Ostdeutschland gibt es ja Probleme ganz anderer Art. Man könnte dort Arbeits- und Ausbildungsfelder schaffen in der Braunkohlesanierung, z.B. BergvermesserInnen, die natürlich ein spezielles Wissen über die Braunkohlegruben haben, darüber was passiert, wenn man das Wasser nicht mehr abpumpt, dass dann die Spree

womöglich rückwärts läuft. Was passiert mit den entsorgten Chemikalien in den so genannten ökoeffizienten Dienstleistungen? Beratung wird hier im Mittelpunkt stehen. Denken Sie nur an Solarenergie, Gebäudeautomatisierung und vieles andere mehr, was z.Z. stark blockiert wird. Und denken Sie daran, was alles noch nicht gesagt wird im Zusammenhang mit dem Atomausstieg. Es muss auch dafür eine Strukturveränderung geben, in die Milliarden fließen müssen, so wie sie in die Atomindustrie auch geflossen sind. Dieser Markt braucht enorme Anstöße auch damit ein Beschäftigungsprogramm entsteht, und zwar ein marktfähiges. Das ist noch Zukunftsmusik und damit möchte ich es beim Umweltthema belassen.

Ein weiterer Punkt sind die offensiven Existenzgründungsförderungsprogramme. Im Land Brandenburg wurden 16 Jugendliche gefördert, in Niedersachsen waren es 18. Diese Existenzförderung war nicht besonders gelungen. Es gibt dazu auch einige kritische Äußerungen und es gibt dazu Forschung unserer Nachbarländer. Die Gefahr ist groß, dass man, wenn man es nach dem Gießkannenprinzip macht, neue Armut, wie in Großbritannien, schafft, dass Frauen, Jugendliche u.a. so dürftige Einkommenssicherungsaussichten haben, dass auch ihre Rente nicht gesichert ist. Es gibt durchaus positive Vorbilder wie Dänemark, wo man Betriebe nicht neu gründet, sondern die vorhandenen coacht und berät. Man stellt Geld dafür bereit und Leute, die im finanztechnischen, ökonomischen, Markterschließungs-, Marketingbereich beratend zur Seite stehen.

Der wichtigste Punkt für mich ist die Lebensdauer dieser neu gegründeten Betriebe. Uns ist aufgefallen, im IHK-Bereich, nicht im handwerklichen Bereich, dass es in einer bestimmten Periode und Region 8.000 Neugründungen gab und 6.000 Schließungen. Die Mortalitätsrate im ganzen Osten, darüber gibt es eine Untersuchung, ist enorm hoch. Da sind natürlich viele Pornoshops und Gaststätten dabei, und nicht alle bilden aus. Aber man müsste auf jeden Fall von politischer Seite darauf dringen, dass die Betriebe, die ausbilden, die Ausbildungsdauer zumindest überleben.

Jugendförderbetriebe können sich all den Problemen widmen, mit denen benachteiligte Jugendliche behaftet sind, nicht nur Qualifizierungsmaßnahmen durchführen, sondern auch Persönlichkeitsdefizite bearbeiten, Mehrfachbenachteiligte unterstützen, mit dem Vorteil, dass am Ende ein ausgegründeter Zweckbetrieb steht. Das gibt es ja durchaus. Es sollte eigentlich so sein, dass Jugendliche marktnah ausgebildet werden. Das scheint mir im Computer- und im Softwarebereich besonders der Fall zu sein. Interessant ist, dass gerade auch im Raum München mit dieser durchmischten industriellen Struktur solche Betriebe sehr gut funktionieren.

Eine Maßnahme, die berühmte Jobrotation, ist in Dänemark ein Hit gewesen. Das Modell ist so: Ältere, 55-Jährige, rotieren aus den Betrieben heraus und qualifizierte oder unqualifizierte junge Leute rotieren ein, werden weiterqualifiziert und bekommen Arbeit. Dieses Modell schafft Arbeitsplätze, aber es funktioniert nur in dichten Industrie-Regionen, nicht in ländlichen Regionen.

Überall wo die Betriebsdichte ganz niedrig ist, hat dieses Modell eigentlich keine Funktion, obwohl es sehr phantasievoll und interessant ist.

Damit wäre ich an meinem letzten Punkt angelangt, dem Auseinanderklaffen von Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungslosigkeit und dem enormen Bedarf der neu aufsteigenden Informations- und Kommunikationsindustrien. Das ist ein Bereich, der uns etwas hoffnungsvoller in die Zukunft blicken lässt. Es ist so, dass die Informations- und Kommunikationsindustrie mittlerweile zur Jobmaschine geworden ist. Viele sagen, wir haben es verschlafen. Schauen wir nach Amerika, wir haben hier weder IBM, noch Oracle, Sun Microsystems, wir haben nur SAP und Siemens. Aber wie wir am neuen Markt sehen, gibt es sehr viele kleine und mittlere Betriebe. Und es ist so, dass es im Augenblick ganz wenig Informationen über den Bereich gibt. Der Spitzenverband der deutschen Softwareindustrie hat sich erst im Mai gebildet. Andere Verbände folgen. Im Moment tut sich viel in diesem Bereich. Das ist vergleichbar mit der Gründungsphase am Ende des 19. Jahrhunderts. Mit großer Geschwindigkeit entstehen neue Berufsfelder. Die Klein- und Mittelbetriebe werden wieder ein ganz gewaltiges Gewicht bekommen. Der pfiffigste Betrieb ist für mich zweifellos „Intershop“, der wurde hier im Osten gegründet. Das ist ein Softwareunternehmen, das unglaublich boomt und jetzt auch international expandiert. Der Multimediabereich wird immer überschätzt, das sind fast nur kleine Betriebe, die kaum mehr als fünf Mitarbeiter haben. Aber dieser gesam-

te Bereich ist noch schwer überschaubar, und selbst die Experten der Computerwelt haben große Probleme die rasanten Entwicklungen nachzuvollziehen.

Die gesamte Softwareindustrie, nicht zu vergessen die vielen Internetportale, die auch hier gegründet wurden, ist ein wahnsinnig interessanter Bereich. Das ist der Wirtschaftsmotor der Zukunft. Es ist mittlerweile so, dass der Bedarf an Arbeitskräften enorm ist. Vor sechs, sieben Jahren wurde der Programmierer noch gar nicht als Zukunftsberuf angesehen. Auch die Nachfrage, die Qualifikationsprofile ändern sich. Jetzt kommt eine Welle an Nachfragen nach jungen Leuten, die diese Software beherrschen und Anwendungen implementieren können, und es müssen nicht unbedingt Akademiker sein. Die Berufsbezeichnungen, die Abschlüsse sind völlig uneinheitlich. Die Lufthansa z.B. bietet praxisnahe Ausbildung zum Fachinformatiker und stellt Lehrstellen zur Verfügung. Die Betriebe nehmen es zunehmend in ihre eigene Hand und bilden Leute aus, die sie brauchen. Siemens schafft zusätzliche Lehrstellen im I&K-Technikbereich mit verschiedenen Schwerpunkten in Europa, weil Siemens die so genannte Globalisierung vorantreibt. Ich bin der Meinung, dass wir für diesen Bereich durch gezielte Maßnahmen viele Jugendliche ohne Ausbildung qualifizieren können.

Aus der Diskussion:

„Ich bin im Verband für sozial-kulturelle Arbeit. Wir haben ein Jugendprojekt ‚Internetcafé‘ und einen Jugendserver. Ins Internetcafés kommen hauptsächlich die Jugendlichen, die zuhause keinen Computer haben. Über die Hälfte davon sind Mädchen, viele mit türkischer Herkunft, die sonst nie an dieses Gerät herangehen würden. Dadurch haben sie auch später die Möglichkeit sich für einen dieser Berufe zu entscheiden.“

„Ich komme von Outreach und wir arbeiten auch mit ziemlich stark benachteiligten Jugendlichen. Die meisten haben keinen Schulabschluss, das sind ziemlich viele, die wir durch die Straßenarbeit kennen lernen und nach und nach mit Computerwissen ausstatten. Die Jugendlichen nutzen das Angebot, der Computer ist Mittelpunkt des Interesses und sie kommen schon zu erstaunlichen Ergebnissen.“

„Wie macht man aus diesem Interesse von Jugendlichen an Computern einen Schritt in Richtung Qualifizierung, so dass man alles ein bisschen systematisiert und was dabei rauskommt?“

„Ihre Bedenken kann man teilen, was die Arbeitsplatzschaffung dieser neuen Industrie betrifft. Im Augenblick verliert die Industrie ja immer noch Arbeitsplätze, obwohl das Wachstum steigt. Zwischenzeitlich haben wir mal geglaubt, der Dienstleistungsbereich wird das kompensieren. Das war nicht der Fall. Aber insgesamt scheint es so zu sein, dass im Augenblick, zumindest im süddeutschen Raum, ganz eindeutig

ein Arbeitsplatzzuwachs stattfindet. Natürlich gibt es pessimistische Stimmen, was die Arbeitsbelastung betrifft. Die Arbeitsplätze werden unsicherer. Die Flexibilität, die den Leuten abverlangt wird, heißt aber auch enormer psychischer Stress und enorme räumliche Mobilität. Sicherlich kann man nicht davon ausgehen, dass mit schweren Sozialisationsdefiziten behaftete Jugendliche das können. Mich ärgert, dass wir auf der einen Seite diese Gespensterdiskussion über die arbeitslosen Jugendlichen ohne Berufsausbildung haben und auf der anderen Seite diesen irrsinnigen Bedarf der Industrie. Und dann wird immer noch so getan, als seien das alles Dödel, die nicht eins und eins zusammenzählen können. Dagegen wehre ich mich. Ich denke, da muss man einfach die Initiative ergreifen.“

„Ich komme aus Augsburg und mache dort Streetwork, aufsuchende Jugendarbeit. Ich arbeite auch mit Jugendlichen ohne Schulabschluss. Ich glaub auch, dass diese Jugendlichen zum größten Teil in der Informations- und Kommunikationsindustrie durchaus Ausbildungsfähigkeit hätten, wenn es Ausbildungsplätze gäbe, die sie da kompetent vom sozialpädagogischen Standpunkt und auch vom Know-how her ranführen könnten. Was ich feststelle: Die Jugendlichen, die ich zur Berufsberatung oder zum Arbeitsamt begleite, werden oft in Grundausbildungslehrgänge z.B. zum Maler gesteckt, wo absehbar ist, dass es da niemals einen Arbeitsplatz geben wird. Und es gibt viele junge Menschen, die eine Ausbildung gemacht haben ohne einen Arbeitsplatz zu finden. Sie wer-

den nach wie vor in solche Lehrgänge gesteckt, wo sogar das Arbeitsamt eher empfehlen wird, Zeitarbeit wäre gar nicht so schlecht. Eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Kommunikationsbereich sehe ich nur in ganz kleinen Ansätzen.“

„Ich komme aus Meißen. Bei uns ist es so, dass einigermaßen mobile junge Leute längst weg sind. Sie sind entweder in Dresden oder im Westen. Was dann bei uns sitzen bleibt, sind wirklich die benachteiligten Jugendlichen, was durchaus kritisch ist, weil da Benachteiligung produziert wird. Die Eltern von diesen Jugendlichen sind die, die aus den Großbetrieben freigesetzt wurden und dann noch eine ABM-Stelle bekommen haben und denen es dreckig geht zuhause. Sie sprechen kein Wort englisch und die Kinder genauso. Das sind Mechanismen, die kaum aufgefangen werden, weil es bei uns kaum fachlich kompetente Sozialarbeit gibt. In den Beschäftigungsprojekten stellt man auch Überlegungen an im Hinblick auf die Computertechnik. In Dresden gäbe es vielleicht Chancen im mittleren Bereich, auf der Facharbeiterebene oder so. Die Kids können zwar ihren Namen schreiben, aber sie haben noch nie einen PC angemacht. Wo soll man da anfangen mit solchen Qualifizierungsmaßnahmen?“

„Was hier angesprochen ist, stimmt natürlich. Macht man nichts, werden durch die Beschäftigung mit dem Computer die Guten besser und die Schlechten schlechter. Ich denke, man kann es so nicht stehen lassen. Keiner wird heute sagen, weil Lesen und Schreiben so unheimlich schwer zu ler-

nen ist, legen wir Programme auf und versuchen benachteiligten Jugendlichen Schreiben beizubringen. Wenn man 50 Jahre zurückschaut, war z.B. der Führerschein etwas absolut Privilegiertes. Heute, wenn man eine Pizza austragen will, braucht man einen Führerschein. Und es wird nicht mehr lange dauern, da muss man Programmierer sein, um den Besen auf der Straße zu schwingen. Die Kehrmaschinen haben jetzt schon eine Komplexität, wo man fast einen Computerführerschein braucht um sie zu bedienen. Es ist eben so, die EDV-Technik bevorzugt die kognitiv Starken. Aber das entlässt uns trotzdem nicht aus der Notwendigkeit, auch den Schwachen den Umgang mit dem Computer beizubringen. Es macht ihnen ja auch Spaß. Und wenn man es nicht tut, kriegen sie zusätzlich zu ihrer Benachteiligung den Analphabetismus-Stempel aufgedrückt. Ich komme nun aus der Computerbranche, aber bei vielen anderen verhindern die eigenen Ängste vor dem Computer, die geeigneten Lernstoffe zu finden für die nachfolgende Generation, die in einer ganz anderen Welt aufwächst.“

„Es scheint so, dass sich die Welt zu spalten beginnt zwischen denjenigen, die an der globalisierten Welt teilhaben können und denjenigen, die nicht teilnehmen und in der Provinz bleiben. Das ist auch gut beschrieben worden von Sennet ‚Der mobile Mensch und der moderne Kapitalismus‘. Er hat an der amerikanischen Entwicklung deutlich gemacht, dass diese Gesellschaft sich spaltet, nicht etwa zwischen den weißen mittelständischen Amerikanern, den Schwarzen und den Puertorica-

nern, sondern zwischen denjenigen, die einen Computer zuhause haben und in der Schule Computerunterricht haben oder nicht. Daher muss man eigentlich viel früher ansetzen. Was ich traurig finde ist, dass es in den Schulen keine ausreichenden Ansätze gibt. Ich habe ein israelisches Projekt gesehen. Dort hat sich ein Industriezweig gefunden, der im Fußwegradius zu mehreren Schulen ganze Computerkomplexe aufbaut für Kinder mit der entsprechenden Hard- und Software, um Lerninhalte virtuell nachzuvollziehen am Computer und auch physikalisch durch Experimente am Arbeitstisch. Die Firma verkauft sich gut in Südafrika, in Argentinien usw. Der Mensch, der das verkauft, ist nach Berlin gekommen und leider voll gegen die Mauer gefahren, weil das deutsche Bildungssystem so etwas überhaupt nicht ermöglicht.“

„Wenn das nicht Teil der Kulturtechnik wird, so normal wie das Telefonieren, werden wir natürlich irgendwann hinten sein und es wird immer einen Teil geben, der an der globalisierten Welt teilnehmen kann und der andere nicht.

Die bundesrepublikanischen Familien geben in der Woche 30 Mio. DM für den sekundären Bildungsbereich aus. Das ist das Bürgertum, das sich das leisten kann, mit Nachhilfeunterricht, Computerkauf und Bertelsmann-CD. Der andere Teil fällt einfach raus, weil in der Schule in dieser Richtung wenig läuft.

Als Bill Gates eingeladen war bei Sabine Christiansen, hat er eine bemerkenswerte Sache gesagt: Ihr Deutschen haltet immer nur an Arbeitsplätzen fest.

Aber man kann keine neuen Arbeitsplätze schaffen, ohne andere zu vernichten. Das ist sehr amerikanisch. Aber wir müssen wohl oder übel in diese Richtung denken.“

„Ich bin von Outreach Berlin. Wir arbeiten mit Aussiedlerjugendlichen und auch mit deutschen Jugendlichen. Die nehmen das Internet ohne Probleme an. Für sie ist es ein integrativer Bestandteil. Sie lernen dadurch Fuß zu fassen und sich zurecht zu finden. Die andere Sache sind mehrfach benachteiligte deutsche Jugendliche, die haben mit Computern nichts am Hut. Klar wissen die, wie er anzuschalten geht und bestenfalls wie man irgendwas spielt. Es war auch nicht unser Ziel aus ihnen Computereinsteiger zu machen. Aber sie können heute am Computer sitzen und haben keine Angst mehr davor. Es geht auch darum ihnen Schwellenängste zu nehmen. Es ist wichtig für sie zu wissen, das ist ein Computer, den brauche ich überall, und wenigstens zu wissen, wie funktioniert da was.“

„Zu den Ausbildungsbereichen: Sehr viele Maßnahmen gibt es in den traditionellen Bereichen wie Gärtner, Maler, Lackierer. In den Studien wird deutlich, dass das die typischen Abbrecherberufe sind. In diesen Bereichen haben wir auch häufig schlechte Meister und katastrophale Dozenten. Wenn da ein Konflikt entsteht, ist das anders als im Betrieb, da gibt es keine Ausweichmöglichkeit und es wird abgebrochen. Bei Feiseurinnen ist die Abbrecherquote ähnlich hoch. Ich nenne ein Beispiel. Da wird über eine Maßnahme ein Auto bezahlt, vier Frauen tun sich zusam-

men und fahren zu einem Kurs zur Ausbildung von Kosmetikerinnen. Keiner braucht das, aber man macht es, nur um irgendetwas zu tun.“

„Ich komme aus Bremen, strukturschwaches Gebiet. Ich bin keine Maschinenstürmerin, aber dennoch möchte ich da ein paar Wehrmutstropfen reingeben, was Chancen und Perspektiven für junge Frauen angeht. In Bremen boomen die Callcenter. Und die Wertigkeit dieser Arbeitsplätze kommt der von Friseurinnen und Arzthelferinnen ziemlich nahe. Das Einstiegsgehalt bleibt mindestens für zehn Jahre konstant und ist nicht ausreichend um eine Familie zu ernähren. Vielleicht noch ein positives Beispiel aus unserem kleinen Bundesland. Es gibt eine Expertinnenberatung für junge Frauen, wo Frauen, die eine Lehre gemacht haben und zumindest eine qualifizierte Ausbildung und einen Job haben, andere junge Frauen, die eine Ausbildung machen wollen, beraten und ihnen als Paten zur Seite stehen.“

„Ich habe eigentlich keine Angst vor dem Chaos. Aber Chaos löst durchaus Angst bei mir aus, weil nicht klar ist, wer diese schnellen gesellschaftlichen Prozesse steuert. Es geht ja zunächst bei der Entwicklung der neuen Märkte um das Verdienen. Aber es geht dabei nicht um die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung für Entwicklung von Qualifikation und Integration in diese Gesellschaft, sondern es geht auch um etwas Anderes. Wir leisten uns die beste Schule in Europa, aber es entsteht noch kein berufsorientierendes System in der Schule, das durch den Computer, der dort steht,

entwickelt wird. Sondern da brauchst du ein ganz anderes Profil. Wir haben in Rheinsberg Jugendliche am Start einer Maßnahme für Berufsorientierung befragt. Die wenigsten Informationen zu ihren beruflichen Chancen kamen von der Schule, noch weniger haben sie vom Arbeitsamt erhalten. Da gibt es einen Entwicklungsbedarf, der gesteuert werden müsste. Vielleicht beinhaltet dieses Jugendförderprogramm solche kleinen Schritte. Aber ich weiß nicht, ob das als solide Entwicklung zu bezeichnen ist. Das was zu dieser Tagung geführt hat, die Verantwortung stärker zu entwickeln für belastete Wohngebiete, ist für mich auch ein Signal, dass das ins Auge gehen kann, wenn man ausschließlich diese Bereiche betrachtet. Die Gesellschaft hat in vielen Gesetzen festgehalten, dass die Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern und zu entwickeln ist. Und da muss man eben bei den 97% der ‚Unauffälligen‘ ansetzen und dort die notwendigen Entwicklungsfolgen für junge Menschen und Kinder entwickeln. Für mich bleibt im Moment nur die Befriedigung, dass wir im kleinräumigen Bereich vielleicht noch eine Steuerungsmöglichkeit haben. Im Großen habe ich diese Hoffnung erstmal auf Eis gelegt.“

„Es entsteht eine verrückte Situation. Auf der einen Seite haben wir einen Arbeitsmarkt, der sich unheimlich entwickelt, auf der anderen Seite haben wir Schule, die immer noch drüber nachdenkt, ob sie denn Computer in der Schule haben will. Wir haben immer noch Lehrer, die nicht wissen, wo ein PC angeschaltet wird. Wir haben zwar ein gutes Ausbildungssystem,

aber wenn man selber über Beruf und Berufsausbildung arbeitet – ich bin da weggelaufen, weil die Pädagogen, die an der Berufsschule das Sagen haben, wirklich vorsintflutlich sind. Das Problem ist einfach, dass diese beiden Stränge nirgends aufeinander treffen. Ich sehe nicht, wo da das Ausbildungssystem bleiben kann, und wo wir mit den Ansätzen für Jugendarbeit bleiben. Das Einzige, was ich im Moment sehe, ist, außerhalb der sich widerstreitenden Ebenen Kontakte zu Firmen aufzubauen, ihnen quasi zuzuarbeiten und sich direkt dem Markt anzubieten.“

„Wir hatten mal vor 15 Jahren eine Debatte über die Gefahr der betriebsspezifischen Ausbildung, dass man dann woanders keine Chancen mehr hat, wenn man einmal bei Siemens oder MAN betriebsspezifisch ohne gültiges Zertifikat ausgebildet wird. Die Gefahr sehe ich wohl, wenn sich jetzt so viele große Firmen wie Microsoft oder Cisco in die Berufsausbildung einklinken.“

„Das ist die alte Debatte über das Entstehen der Berufsbilder und um die Frage: Wie viel kapitalinteressenspezifische Elemente von Emanzipation und allgemeiner Bildung müssen rein in die Berufsbildung? Im Augenblick ist wirklich das öffentliche System der Berufsbildung auf dem Rückzug, es kommt gar nicht so schnell hinterher.“

Umwege, Abwege, Irrwege, Auswege – Jugendkriminalität und Jugendhilfe

Ratlose Praxis und der Ruf nach Nulltoleranz - das Problem mit der Jugendkriminalität

**Prof. Christian von Wolffersdorff,
Universität Leipzig**

Die Erregung über extreme Einzelfälle wie jüngst der Mord an einer Lehrerin in Meißen schlug in letzter Zeit wiederholt in Forderungen um, die aus den Reformansätzen der siebziger und achtziger Jahre hervorgegangenen Initiativen im Bereich der Jugend- und Straffälligenhilfe endlich einer konsequenten Revision zu unterziehen. Gerade dort, wo man im Umgang mit Jugendkriminalität bislang auf präventive, „lebensweltorientierte“ Lösungen setzte, bekommt die Praxis zu spüren, dass sich der Wind gedreht hat. Vor allem an den wieder aufgeflamten Auseinandersetzungen über geschlossene Heime lässt sich zeigen, dass es bei den jüngsten Kontroversen nicht nur um Sachdiskussionen über einen zweifellos vorhandenen „harten Kern“ hochproblematischer, aggressionsbereiter Jugendlicher geht, sondern auch um ein Stück symbolische Politik - sozusagen um Probeläufe für eine Praxis, die sich unter dem Druck finanzieller Engpässe und zunehmender „law and order“-Bedürfnisse vom Konzept der Resozialisierung verabschiedet.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zum Begriff Nulltoleranz. Während sich das geltende Kinder- und Jugendhilfegesetz an einem sozial-integrativen Konzept von Prävention

orientiert und die lebensweltliche Gestaltungsfunktion sozialer Arbeit hervorhebt, erleben wir in der Justiz- und Sicherheitspolitik das Vordringen einer ganz anderen Auffassung von Prävention. Prävention wird dabei nicht mehr als „empowerment“ für eine soziale Kultur des Konfliktausgleichs verstanden, sondern in eine räumliche Überwachungsstrategie mit expansiven Märkten für Sicherheitstechniken verwandelt. Diese Tendenz zeigt sich nicht nur an der Ausbreitung so genannter Sicherheitsdienste. Auch an einer fortschreitenden Ausdifferenzierung und Polarisierung des öffentlichen Raums kommt sie zum Ausdruck. Wo die gut bewachten Zentren des globalen Industrie- und Bankenkomplexes und die Risikozonen einer wachsenden Armuts- und Unterklasse hart aufeinanderstoßen, steigt das Bedürfnis nach Abgrenzung und Isolierung. Die soziale Spaltung der Gesellschaften setzt sich in einer räumlichen Segregation fort und verstärkt die Ansätze einer urbanen Apartheid. Die Beschreibungen von Pierre Bourdieu über das „Elend der Welt“ im Alltag der französischen Gesellschaft haben das mit großer Eindringlichkeit gezeigt. Während einstmals öffentliche Räume zunehmend privatisiert und von ökonomischen Schaltzentralen besetzt werden, bleibt eine wachsende Unterklasse, die für Arbeitsmarkt und Konsum keine Rolle mehr spielt, außen vor. Ebenfalls „privat“ gesponserte Sicherheitsdienste sorgen dafür, dass sie von den neuen Konsum-, Freizeit- und Wohntempeln ferngehalten werden, solange sie sich

nicht als Marktteilnehmer legitimieren können. Eine Kriminalpolitik, die sich auf einen solchen exklusiven (also auf gesellschaftlichen Ausschluss bezogenen) Präventionsbegriff festlegen lässt, riskiert heute, in ein gefährliches Fahrwasser zu geraten.



Worum geht es eigentlich bei den Formen von Jugenddelinquenz, die den gegenwärtigen Diskurs beherrschenden Aggressions- und Gewaltdelikten sowie der Drogenkriminalität? Folgende Charakteristika stechen hervor:

(1) Es handelt sich dabei vorwiegend um ein männliches Gruppenphänomen. Der überwiegende Teil der Delikte, die öffentliches Aufsehen erregen und Kriminalitätsängste schüren, geschieht aus Gruppenzusammenhängen heraus. Wie die statistischen Zahlen zeigen, ist dieser Trend in den neuen Bundesländern sogar noch schärfer ausgeprägt als in den alten. In den Thesen des letzten Jugendgerichtstages heißt es: „Vergleicht man die verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft, dann ist die Gewalt dort am häufigsten, wo besonders ausgeprägte Machokulturen herrschen“.

(2) Vor allem in den städtischen Ballungszentren kumulieren familiäre Belastungen, Langzeitarbeitslosigkeit, ethnische Spannungen und psychosoziale Probleme zu einer Konfliktlage, die Übergriffe auf Fremde begünstigt. Aggressive Feindbilder von schmarotzenden Ausländern, Asylbetrüglern u.ä. führen zu Phantasien von einer „Bereinigung“ der Situation. In den Gruppierungen selbst führt die Bereitschaft, soziale Normen zu verletzen, zu Statusgewinn - am meisten dort, wo es um die empfindlichsten Tabuzonen der bürgerlichen Gesellschaft geht: zum einen ihr ambivalentes Verhältnis zur Gewalt, die sie einerseits fürchtet wie der Teufel das Weihwasser, nach der sie andererseits aber auf geradezu süchtige Weise versessen ist; zum anderen der Bereich nationalsozialistischer Symbolik, d.h. die Angst, das Verdrängte von gestern könnte noch so lebendig sein, dass mit seiner Wiederkehr jederzeit zu rechnen sei. Je spektakulärer die Tabuverletzung, desto größer die Aufmerksamkeit der Medien, die über entsprechende Aktionen einerseits pflichtgemäß berichten, sie andererseits aber auch überhaupt erst sichtbar werden lassen. Und nichts benötigen diese Gruppierungen für ihren inneren Zusammenhalt mehr als Sichtbarkeit nach außen.

(3) Schließlich: Alkohol und illegale Drogen üben bei alledem eine Verstärkerfunktion aus. Kollektives Trinken stärkt den Zusammenhalt der Gruppe, senkt Hemmschwellen beim Zuschlagen, erleichtert das Vergessen von Problemen, erlaubt Ich-Entgrenzung und schafft so die Voraussetzungen zur „Verbrüderung“ des Männerbundes. Jeder dieser Komplexe beinhaltet auch

für die Praxis der Jugend- und Straffälligenhilfe wichtige Aspekte. Betrachten wir diese drei Elemente noch etwas ausführlicher:

(zu 1): Was Gruppenzugehörigkeiten, Symbole und Stile bedeuten, kann nur verstehen, wer sich mit den „Trägern“ dieser Merkmale auseinandersetzt. Aus der Kriminologie wissen wir: Oft handelt es sich um Gruppierungen von jungen Männern mit einem ausgeprägten Bedarf an Feindbildern. Angemessener als die eindimensionale These von Unterschichtzugehörigkeit, Anomie und (Status)Frustration ist die Beschreibung dieser Gruppierungen als lockeres Netzwerk, als aktivierbare Clique auf der Suche nach action und Erregung. Oft ist die Gruppe/Clique so etwas wie eine Ersatzfamilie, die Schutz, Sicherheit und „Heimat“ bietet. Die zentralen Themen der Mitglieder sind „Ehre“, demonstrative Härte und coole Präsenz. Die öffentliche Zurschaustellung von harter, aggressiver Männlichkeit beinhaltet für sie eine letzte Ressource von Selbstwert. Wenigstens auf diesem Wege gelingt es, sich selbst als anerkannt und bedeutsam zu erfahren - auch dann noch, wenn die biographischen Schlüsselerfahrungen in Familie und Schule, in der Arbeitswelt und auf dem Heiratsmarkt eigentlich nur noch eine Botschaft vermitteln: Du hast nichts zu sagen und bist weniger wert als (fast) alle anderen. Vor diesem Hintergrund entwickeln sich unter männlichen Jugendlichen Auseinandersetzungen um Vorherrschaft, die zugleich dazu dienen, Orientierung und Ordnung herzustellen, Zugehörigkeit zu demonstrieren und den Unterschied zwischen Freund und Feind deutlich zu machen.

Im Sinne des Konzepts von hegemonialer Männlichkeit geht es um den Beweis von Mut und Stärke, um ständige Kampfbereitschaft, um die Darstellung souveräner Kompetenz im Umgang mit Motorrädern, Autos und Waffen. Der Kult heterosexueller Potenz geht einher mit aggressiver Schwulenerachtung und der Tabuisierung alles Weichen und „Weiblichen“. Die körperliche Auseinandersetzung schafft einen Spannungszustand von höchster Intensität und Gegenwärtigkeit, wie er in unserer Gesellschaft ansonsten kaum noch erfahrbar ist.

(zu 2): Vor diesem Hintergrund wird die Konfrontation mit fremden ethnischen Gruppierungen zum Auslöser für Konflikte und Kämpfe. Dabei geht es um die Besetzung von Räumen, aber auch um Respekt, um die männliche und nationale Ehre, um Frauen und andere Statusobjekte. Wie wir aus den Erfahrungen der neuen Bundesländer wissen, ist die reale Größenordnung, in der „Fremde“ tatsächlich vorkommen, dabei zweitrangig. Marginalisierte Jugendliche des Heimatlandes sehen sich als Beschützer ihres angestammten Territoriums aufgerufen. Bei dessen Verteidigung gegen Fremde, Eindringlinge und vermeintliche Parasiten aller Art erfahren sie sich plötzlich in einer ordnungsstiftenden Funktion - wie in Hoyerswerda und Rostock, wo aus dem Schulterchluss einer gewaltbereiten rechten Szene und einer gewaltambivalenten, schweigenden Gemeinschaft von Zuschauern plötzlich die Bereitschaft zum Pogrom hervorbrach.

(zu 3): Ein extrem hoher Prozentsatz von Straftaten steht bekanntlich in di-

rektem oder indirektem Zusammenhang mit Alkohol und illegalen Drogen. Dass auch hier wichtige Aufgaben für die Jugend- und Straffälligenhilfe liegen, ist heute unbestritten. Dies gilt sowohl für den Bereich der Prävention als auch für den institutionellen Bereich - etwa den Strafvollzug, wo die Verfügbarkeit von Drogen aller Art ein zusätzliches Hindernis für erzieherische, an sozialer Integration orientierte Bemühungen darstellt. Besonders um die Prävention war es bislang, trotz viel anders lautender Rhetorik, schlecht bestellt. Mehrere Ursachen spielen dabei eine Rolle - auch in der Schule und in der Jugendhilfe. Viel zu lange versuchte man dort bisher, sich um das Problem der Suchtprävention herumzudrücken und es an Experten außerhalb des eigenen Hilfesystems zu delegieren. Im Gegensatz zur alten, defizitorientierten Auffassung von Prävention kommt es heute darauf an, Konzepte wie die Förderung von „Lebenskompetenz“ nicht nur programmatisch zu beschwören, sondern sie bei der Erziehung gefährdeter Kinder und Jugendlicher rechtzeitig zu praktizieren.

Deutlich wird, dass die bloße Tabuisierung, Ächtung und Ausgrenzung von Gewalt, so gut sie gemeint sein mag, nicht ausreicht um diese Jugendlichen zu erreichen. Präventive Wirkungen lassen sich von der Jugendarbeit hier nur dann erreichen, wenn sie sich bewusst und methodisch durchdacht auf Gewalt bezieht. Das geht nicht im Sinne eines entpersonalisierten Lernprogramms, sondern nur auf der Basis persönlicher Glaubwürdigkeit, die zwar von einer Haltung des Verstehens (nicht des Verständnisses) ausgehen

muss, der Konfrontation mit problematischen Einstellungen aber nicht ausweichen darf. Nur auf einer solchen Grundlage kann es sinnvoll sein, von „akzeptierender Jugendarbeit“ zu sprechen. Die pädagogische Kompetenz, die dafür Voraussetzung ist, muss auch eine Kompetenz zur persönlichen Konfrontation umfassen - eine Fähigkeit zur unmittelbaren Auseinandersetzung. In Reaktion auf die Verschärfung der rechten Jugendgewalt muss diese Kompetenz heute zum Teil neu gelernt werden. Wichtige Fortschritte dazu enthält etwa das Konzept des Sozialen Trainings, wie es im Bereich der offenen Straffälligenhilfe seit den frühen achtziger Jahren entwickelt wurde. Voraussetzung ist allerdings, dass Konzepte dieser Art im jugendhilfefexternen Verteilungskampf überhaupt noch eine Chance haben - und dass sie nicht als Abspulen eines kursähnlichen Curriculums, sondern als gezielte Auseinandersetzung mit den individuellen Dispositionen und den situativen Auslösern von Gewalt praktiziert werden. Zu Recht vielbeachtete Ansätze dazu finden sich im Ansatz des so genannten Anti-Aggressivitäts-Trainings, das ursprünglich im Bereich des Strafvollzugs entwickelt wurde, in letzter Zeit aber mehr und mehr auch in der offenen Jugendarbeit praktiziert wird.

Dass sich die gegenwärtige Debatte über Kinder- und Jugendkriminalität im Kreise dreht, fällt auch Außenstehenden auf. Offenbar krankt sie daran, dass die zur Ursachenanalyse verwendeten Beurteilungsmaßstäbe entweder überkomplex oder überkonkret sind. Ersteres muss zahlreichen der in Mode gekommenen Versuche vorgehalten

werden, den Anstieg von Kriminalitätszahlen und vor allem die zunehmende „Gewaltbereitschaft“ Jugendlicher direkt aus epochalen Prozessen wie Individualisierung, Armut und (angeblicher) gesellschaftlicher Desintegration abzuleiten. Letzteres gilt für das von den Massenmedien zur Perfektion getriebene Jonglieren mit schlimmen Einzelfällen, die je nach Bedarf als Vorboten des Wertezersfalls, als Anzeichen für den Zusammenbruch der Familie oder als Resultat liberaler Erziehung präsentiert werden können. Beide Strategien zeichnen sich dadurch aus, dass sie Analyseansätze, die auf der makrosoziologischen Ebene durchaus ihren Sinn haben, in unzulässiger Verdichtung auf Teilprobleme von allenfalls mittlerer Reichweite übertragen. Beide Strategien schließlich provozieren die Frage, ob dem Phänomen der Jugenddelinquenz in der gängigen Debatte nicht Bedeutungen unterlegt werden, die weniger der empirisch wahrnehmbaren Kriminalität als der auf sie projizierten Angst entspringen.

(1) Die sozialpädagogischen Auffassungen, von denen die Reformansätze im Bereich der Jugend- und Straffälligenhilfe einmal getragen waren, sind unter Druck geraten. Mitverantwortlich dafür sind verschärfte gesellschaftliche Widersprüche, die mit den rapiden gesellschaftlichen Umbrüchen der letzten Jahre zusammenhängen. Zu diesen Widersprüchen gehört die misslungene Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen (vor allem was ihre Jugend betrifft) ebenso wie die Verwahrlosung öffentlicher Räume und die Verfestigung perspektivloser jugendlicher Randgruppen. Worin die Rolle der So-

zialarbeit bei der Lösung solcher Strukturprobleme bestehen kann und soll, ist nach einer Phase optimistischer sozialpädagogischer Konsolidierungsansätze (Verabschiedung des KJHG mit modernen Handlungsprinzipien wie Lebensweltorientierung, Partizipation, politische Einmischung, Vernetzung etc.) wieder fragwürdig geworden. Auch die Reformperspektiven von einst bedürfen vor dem Hintergrund neu aufgebrochener Konflikte und rückläufiger Finanzierungsmöglichkeiten für Sozialhilfe und Sozialarbeit erneuter Reflexion. Eine nüchterne Bestandsaufnahme neuerer Berichte aus Schule und Jugendarbeit, aus Krisennotdiensten, Heimen und Gefängnissen lässt nur den Schluss zu, dass diese Probleme gegenwärtig eine weitere Zuspitzung erfahren.

(2) Gerade deswegen muss die Praxis jedoch gegen die platten Vereinfachungen in Schutz genommen werden, die in der Arbeit mit Randgruppen nur noch eine gesellschaftliche Entsorgungsaufgabe sehen. In der Auseinandersetzung mit den üblichen law-and-order-Konzepten, die nicht zuletzt durch die weltweite Medieninszenierung des amerikanischen Nulltoleranzkonzepts an Boden gewonnen haben, geht es nicht um Reformnostalgie. Wichtiger erscheint es, die Möglichkeiten einer sozialpolitisch verpflichteten, präventiven Jugendhilfe neu auszuloten. Dabei genügt es nicht, die schlichte Botschaft von Härte und Ausgrenzung, auf der das neue Nulltoleranz-Denken aufbaut, lediglich zu „entlarven“. Einer aus nachvollziehbaren Gründen verunsicherten Bevölkerung muss vermittelt werden, dass medien-

wirksam inszenierte Kampagnen für Strafverschärfungen allenfalls kurzfristig von den wirklichen gesellschaftlichen Problemen ablenken können, sich aber letztlich als untaugliche Versuche am untauglichen Objekt erweisen müssen.

(3) Das Problem jugendlicher Gewaltkriminalität lässt sich nicht abstrakt betrachten. Es hängt zusammen mit einer Gesellschaftsentwicklung, in der die Kluft zwischen den sozialen Welten wächst. Dem Leben in Arbeitslosigkeit, dem Mangel an Bildung und Ausbildung, der wachsenden Armut und den prekären Lebensbedingungen alter sowie neuer Randgruppen stehen der rapide zunehmende Reichtum ökonomischer Führungseliten und die demonstrative Verantwortungslosigkeit einer auftrumpfenden leisure class gegenüber. Das Versprechen sozialer Gerechtigkeit erhält für die aus dem ökonomischen Prozess ausgesteuerten Teile der Bevölkerung immer mehr den Beigeschmack bitteren Hohns. In einer solchen Situation wächst der Bedarf an Ersatzlegitimationen, die sich aus dem Reservoir der Ängste vor sozialem Abstieg und des Ressentiments gegen Fremde bedienen.

(4) Eine Integration in den Arbeitsmarkt kommt für beträchtliche Teile der jungen Generation nicht mehr in Frage. Doch dass diese Tatsache beträchtliche psychosoziale Folgen hat, wurde lange ignoriert oder verdrängt. Je deutlicher sich das Verdrängte nun in wachsenden Zahlen perspektivloser, resignierter junger Menschen zurückmeldet, desto mehr wird es auf ein individuelles, pathologisches Phänomen

reduziert, für das die klassischen Helfersysteme von Pädagogik und Justiz zuständig sein sollen, ohne für eine so weitreichende gesellschaftspolitische Aufgabe auch nur im mindesten instandgesetzt zu werden. Doch wird die Soziale Arbeit durch diesen scheinbaren Aufgabenzuwachs eben auch nur scheinbar gesellschaftlich aufgewertet - in Wirklichkeit sogar systematisch überfordert. Umso fataler ist es, dass sich die Jugenddiskussion während der letzten Jahre weitgehend auf eine Jugend-Kriminalitäts-Diskussion verengt hat, in der es nur noch um die Frage zu gehen scheint, wie die verschiedenen Akteure von Jugendhilfe und Justiz bei der „Bekämpfung“ abweichenden Verhaltens zusammenwirken können.

(5) Es scheint daher an der Zeit, sich daran zu erinnern, dass die Vorgaben des KJHG zur Kooperation, zur gemeinsamen Hilfeplanung und zur Partizipation der Betroffenen einer anderen Logik folgten und unter Kooperation etwas sehr viel Grundsätzlicheres meinten. Um hier nicht missverstanden zu werden: Nichts gegen die Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie - wenn diese Zusammenarbeit in Kenntnis und Anerkennung der unterschiedlichen Handlungsansätze geschieht, mit denen es die Beteiligten zu tun haben. Doch die gutgemeinte Programmatik des Kinder- und Jugendhilfegesetzes mit ihren Ausführungen zur Kooperation zwischen den Helfersystemen laufen leer, wenn sie nur noch als Bekämpfungsprogramm zur Verhinderung sozialer Abweichung wahrgenommen werden - und wenn die sozialpolitische Dimension dieses

Ansatzes wieder einmal auf der Strecke bleibt. Wo aber finden sich in der gegenwärtigen Praxis von Jugendhilfe, Schule, Justiz, Politik etc. Initiativen und Arbeitsbündnisse, bei denen es um die strukturelle Verbesserung von Lebensbedingungen geht?

(6) Zugleich erhöht sich das Risiko, dass sich auch in den Handlungsfeldern der Jugend- und Straffälligenhilfe die Tendenz zu einer Aufspaltung der Handlungsfelder verstärkt: Sozialintegrative, lebensweltorientierte Ansätze nur noch für Bessergestellte; Disziplinierung und Verwahrung für die Abkömmlinge der anwachsenden Rand- und Problemgruppen, die keiner mehr will. Die sozialpolitischen Geschäftsgrundlagen der Sozialen Arbeit verändern sich. Deutlicher als bisher zeigt sich, wie sehr sie neben ausreichender Finanzierung und guter personeller Ausstattung auf einen demokratischen Konsens über soziale Gerechtigkeit und Solidarität angewiesen ist. In dem Maße, wie die bisherigen Umverteilungsprozesse von unten nach oben diesen Konsens aushöhlen und in Teilen der Bevölkerung zu Apathie, Politikverdrossenheit und antidemokratischen Einstellungen führen, geraten auch die Ansätze einer sozialpolitisch verpflichteten Jugendhilfe, wie sie das geltende Kinder- und Jugendhilfegesetz eigentlich stärken wollte, in die Defensive. Die Leitkonzepte dieses Gesetzes (s.o.) machen keinen Sinn mehr, wenn ihnen in der Praxis keine verlässlichen, aufeinander abgestimmten Strukturen entsprechen. Nur in einem erweiterten Verständnis von Kooperation und Vernetzung, das die herkömmlichen Grenzen zwischen Jugendhilfe,

Schule, Justiz etc. überschreitet, können sich solche Strukturen entfalten.

(7) Die Polarisierung der Gesellschaft entlang ökonomisch definierter Schließungsgrenzen und der Zusammenbruch des alten Außenfeindes Kommunismus haben einen diffusen Bedarf an inneren Demarkationslinien entstehen lassen: Oben und unten, gut und böse, schuldig und unschuldig, vertraut und fremd, inländisch und ausländisch, erziehbar und unerziehbar. Der Trend zur Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, den die Sozialwissenschaft dokumentiert, führt zwar zu einer bisher ungeahnten Vielfalt biographischer Optionen, erzeugt aber gleichzeitig neue Rückzugsphänomene. Gerade in Teilen der Jugendszene lässt sich beobachten, wie durch Abschottung überschaubarer Kerngruppen rigide Muster für die Regelung von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit entstehen. Je mehr die Erfahrung von Nähe und Gemeinschaft, die solche Gruppen vermitteln, als bedroht oder zerstört erlebt wird, desto stärker der Zwang, sich nach außen abzugrenzen und Fremdes zu bekämpfen. Der Umgang mit Haltungen, in denen aggressive Abgrenzung nach außen mit einem tabuisierten Bedürfnis nach Zuwendung und Nähe einhergeht, bereitet der Jugendhilfe insgesamt immer mehr Kopfzerbrechen.

(8) Bislang überwogen in der Sozialpädagogik Skepsis und Abwehr gegen eine neue law-and-order-Politik, die sie im Umgang mit delinquenten Jugendlichen wieder auf Repression, Strafe und Ausgrenzung festzulegen versucht. Doch wie die internationalen Diskus-

sionen der letzten Jahre zeigen, könnte sich das ändern, wenn man das sensible Feld der Kriminalpolitik Scharfmachern überlässt, die in unseren Städten lieber pseudopolizeiliche Bürgerwehren als soziale Projekte errichten wollen. In diesem Sinne bleibt die Frage nach zeitgemäßen Reformen aktuell.

Aus der Diskussion :

„In Leipzig ist eine Kamera eingerichtet worden am Connewitzer Kreuz. Es gab da besetzte Häuser, Krawalle, es gab Polizeieinsätze als Übung zum Umgang mit Besetzungen. Es gibt da also Leute, die anders sind, die ihre Freiheit suchen und sie sich genommen haben. Ich habe den Auftrag bekommen zu sehen, was können sie als Selbsthilfe leisten? Ich habe Zugang zu den Leuten bekommen und die sagten als erstes: Wie geht es eigentlich weiter? Unsere Mietverträge laufen aus. Wenn sie nicht verlängert werden, machen wir Randalen. Wir haben uns hingesetzt, die Fähigkeiten der Leute aufgenommen und eine alternative Wohngenossenschaft gegründet.

Die Leute lernen mit ihren Fähigkeiten umzugehen. 1995 wurde eine Verwaltungsvorlage erarbeitet, die heißt: ‚Unterstützung alternativer Wohn- und Lebensformen‘. Es hat sich bis heute nichts bewegt. Was tatsächlich passiert ist: eine Kamera wurde installiert. Das ist Teil einer Tendenz, die in Großbritannien schon sehr weit fortgeschritten ist, wo Innenstadtbereiche durch Kameras erfasst sind zwecks Kriminalprävention. Es ist interessant, wie das von der Ideologie her als Prävention gesehen wird. Es geht nicht mehr um

soziales Empowerment, sondern um räumliche Überwachung.“

„Es gibt doch ganze Straßen, die von Einkaufsketten gekauft werden. Dort kommt so ein Gorilla und kontrolliert genau, wer da rein- und rausgeht. Also werden ganze Straßen gekauft und kontrolliert, obwohl die Straße erst einmal ein öffentlicher Raum ist.“

„Das Hausrecht am Potsdamer Platz in Berlin wird ausgeübt von den dortigen Geschäftsleuten. Vor ein paar Monaten wollte die Gewerkschaft dort Flugblätter verteilen. Sie ist daran gehindert worden durch die Geschäftsleute. Dies zeigt den Strukturwandel der Öffentlichkeit, es geht nicht mehr um öffentliche Räume, sondern um private Verfügnungsgebiete.“

„Ich traf Sozialarbeiter am Niederrhein. Die Polizei observiert ein Haus, macht 300 Fotos, legt sie dem Kollegen vor und fragt: ‚Kennst Du einen davon?‘ Er sagt, ich kann mich nicht erinnern. Aber letztendlich ist die einzige Chance für den Kollegen, dass er sich absichern lässt, damit er in solchen Fällen keine Aussage machen muss. Das heißt für mich, ich muss die politische Ebene in Bewegung setzen, dass sie hinter mir steht, damit ich nicht zwischen alle Stühle gerate. Wenn die Leute sich nicht absichern, eine Konzeption haben, die das verhindert, und das Jugendamt und der Jugendhilfeausschuss dahinter stehen, dann haben sie in solchen Situationen ganz schlechte Karten.“

„Es kommt schon auf die Einzelperson an. Ich arbeite im Essener Norden. Da

klappt die Zusammenarbeit. Wir sitzen alle zwei Wochen im Jugendamt. Mit der Kripo arbeite ich eng zusammen. Ich bekomme Informationen von der Kripo, aber ich muss keine geben.“

„Wenn die These erhoben wird, dies funktioniert auf der persönlichen Ebene, dann wäre auch klar, warum das nicht in jeder Stadt funktionieren kann, weil es mit Sicherheit auch etwas mit dem Auftrag zu tun hat.“

„Die Frage ist: Mit welchem gemeinsamen Ziel treffen sich Sozialarbeiter, Jugendamt und Polizei? Ist das Ziel Prävention? Ist das Ziel Sicherheit? Ich bin unsicher, wie ich damit umgehen soll, wie weit ich mich da als Jugendsozialarbeiter nach vorne bewegen soll. Wir besetzen ja die Begriffe Prävention und Sicherheit für uns. Deshalb ist mir nicht ganz so klar, wie fest man sich mit der Polizei an einen Tisch setzt.“

„Es gibt aus den letzten 10 bis 20 Jahren vorzügliche Beispiele einer guten Kooperation zwischen Polizei und Jugendhilfe. Aber ich nehme auch wahr, dass sich in der Jugendhilfe wieder etwas einschleift, was es früher gegeben hat, nämlich dass es so etwas gibt wie Spezialisten für normale Jugendliche und Spezialisten für Problemkids wie Drogengefährdete, Dissoziale, Neurotische usw. Dieses Kästchendenken hatten wir schon mal und ich sehe einige Bestrebungen, die z.Z. diskutiert werden, deswegen kritisch, weil sie in eine Auffassung von Jugendhilfe zurückführen, wo die einen sich mit den normalen Jugendlichen beschäftigen können, weil sie die anderen Jugendlichen als Störenfriede weggeräumt ha-

ben, um es einmal ganz platt zu sagen. Haben Sie solche Wahrnehmungen auch in der Praxis gemacht, das Delegieren von Problemfällen - das machen bitte die Spezialisten, die sind dafür da?“

„Das ist eine spannende Frage, die verschiedene Ebenen berührt. Erstens ist es eine Berufsperspektive für Menschen im sozialpädagogischen Feld, diese Kompetenz zu verkaufen um damit bestimmten Tendenzen zumindest drei Schritte entgegenzuwirken. Zweitens reden wir auf der höheren Ebene gerade über diese Programme. Mit den Millionenscheinen ist gewedelt worden und darin liegt die Verführung von Sonderprogrammen für belastete Stadtteile. Ihr habt nur dann eine Chance, wenn ihr euch nicht um die normalen Jugendlichen kümmert. Die Anfälligkeit dafür ist natürlich groß, besonders wenn die Ressourcen insgesamt knapp sind.“

„Anfang der 50er Jahre gab es die Jugendpflege, ‚Jugend weg von der Straße‘. Die Jugendpflege sollte vorbeugend tätig sein und die Jugend nicht von den ‚Faulen‘ angesteckt werden. Und wir bewegen uns wieder ein Stück weit dorthin.

Das Ausführungsgesetz zum KJHG in Niedersachsen trennt durchaus wieder Jugendpflege und Jugendsozialarbeit.“

„Wir haben in Bremen eine deutliche Tendenz, dass Streetwork wie offene Jugendarbeit überall da stattfindet, wo es eine geringe Versorgung mit Einrichtungen oder eine hohe Bereitschaft der Einrichtungen gibt, Jugendliche auszugrenzen. Es gelingt zuweilen, Jugendliche wieder in die Einrichtungen hinein-

zuholen, dann aber unter der Maßgabe, dass die Kollegen der aufsuchenden Jugendarbeit die Jugendlichen auch in diesen Räumen betreuen. Die Mitarbeiter, die eigentlich dort arbeiten, können sich dann zurücklehnen. Das sehe ich als ausgesprochen problematische Tendenz an.

Ich denke aber, dass das auch mit dem unterschiedlichen Verständnis von Jugendarbeit zu tun hat. Einrichtungsbezogene Arbeit in der Tradition, wie sie in Verträgen auch oft formuliert ist: Du bist zuständig für die Besucher deiner Einrichtungen. Alles andere geht dich nichts an. Wenn Kollegen sagen, mich gehen doch nicht nur die Jugendlichen dann was an, wenn sie bei mir drin sind, sondern ich gehe auch raus - dann gibt es vom Dienstvorgesetzten Maßregeln. Das führt auch zur Verringerung der Qualität des Angebotes in der Einrichtung. Deshalb wäre es für mich die richtige Richtung zu sagen, wie verorten wir nicht nur die Vernetzung, sondern wie versuchen wir auch Verantwortungsbereiche so zu pointieren, dass dabei kleinräumige Entwicklungsangebote innerhalb von Ortsteilen und eine gemeinsame Entwicklung ausgehend von verschiedenen einrichtungsbezogenen Arbeitsfeldern, von Spezialdiensten bis hin zu aufsuchenden Angeboten herauskommen. Da ist sehr viel Entwicklungsarbeit nötig. Das beinhaltet in einem weiteren Schritt nicht nur die Arbeit mit den so genannten Adressatinnen und Adressaten in der Jugendhilfe, sondern auch die politische Einmischung wieder ganz anders in den Blick zu nehmen.“

„Bei uns gibt es das Phänomen: weg von der Jugendarbeit. Das trifft für öf-

fentliche und private Jugendhilfeträger genau so zu wie für freie Träger - Arbeit mit problematischen Jungen, Jungenarbeit als Jugendarbeit. Was wir eigentlich als Jugendarbeit erwarten, passiert immer weniger. Es folgt der Rückzug auf Kinderarbeit mit der Theorie, dass wenn man heute Kinder betreut, hätte man sie morgen noch als Jugendliche. Das funktioniert nicht. Es kommt die Hinwendung zur Familienarbeit und zur Frauenarbeit. Selbst in unserem Jugendzentrum machen wir jetzt so einen gemütlichen Frauentag. Mit den Jugendlichen zu arbeiten, die Probleme bringen, ist man immer weniger bereit, weil andere Felder bequemer sind.“

„Bis vor zwei Jahren hätte ich auch noch der These zugestimmt, dass sich die Disziplinen separieren. Ich arbeite in Berlin in der mobilen Jugendarbeit und ich sehe grenzüberschreitende Methoden und Projekte, die versuchen diese Tendenz - Spezialisten für bestimmte Kids und für bestimmte Gebiete - zu verlassen. Auf der anderen Seite fordert die Förderlogik genau das ein.“

„Welche Funktion hat denn soziale Arbeit, hat präventive Jugendarbeit? Ist das nicht eher eine Form der Kontrolle? Man macht schöne sozialpädagogische Projekte, so dass die Jugendlichen, ob nun auf der Straße oder in der Einrichtung, immer erreichbar und überwacht sind, wenn auch nicht im Sinne von Überwachung durch polizeiliche Kontrolle. Welche Rolle wollen wir da überhaupt noch übernehmen?“

„Meine Name ist Sven-Olaf Obst, ich bin vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Frage lautet doch: Welche Anforderungen werden von der Politik in diesem Zusammenhang an die Jugendhilfe gestellt? Da werden von vielen Seiten bestimmte Dinge geäußert und auch beklagt und immer wieder thematisiert. Für mich ist die Diskussion nicht ganz neu. Jugendkriminalprävention ist in meinem Referat federführend für das BMFSFJ angesiedelt. In diesem Rahmen fördern wir eine ganze Reihe von Modellprojekten, z.B. in Leipzig einen von fünf Projektstandorten des Modellprojekts ‚Ambulante intensive Betreuung‘, wo es um die Umsetzung eines niederländischen Modells auf die deutschen ‚Jugendhilfe‘-verhältnisse geht, wie man mit intensiv delinquenten Kindern und Jugendlichen oder besser: wie die Jugendhilfe mit ihnen umgehen kann. Genau das ist eigentlich der Punkt, dass sich die Jugendhilfe immer wieder beklagt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richte sich sehr stark in Richtung Polizei und Justiz. Dort sollen Antworten gefunden werden, die die Jugendhilfe offensichtlich nicht zufriedenstellend geben kann (oder will?). Ich sage ganz bewusst, dass die Öffentlichkeit eine Antwort erwartet: Was tun wir, was kann man mit solchen Kindern, mit solchen Jugendlichen tun? Die Aufmerksamkeit richtet sich v.a. auf die mehrfach delinquenten Jugendlichen, die nicht nur einmal ‚ladendiebstahlmäßig‘ auffallen. Darauf muss Jugendhilfe eine Antwort geben, sonst wird sie bei der Polizei und bei der Justiz gesucht und das kann nicht im Sinne der Jugendhilfe sein. Also müssen wir doch versuchen, mit den

Möglichkeiten der Jugendhilfe eine Antwort zu finden und sagen, was wir mit diesen Kindern und Jugendlichen machen wollen und können. Da gibt es natürlich Probleme, die häufig auch das normale Jugendamt überfordern. Oft sind keine adäquaten Angebotsstrukturen vor Ort vorhanden, wie man mit den mehrfach Delinquenten umgehen kann, und es werden dann verzweifelt Lösungen gesucht, man delegiert das Problem nach außen (Stichwort: Pädagogik unter Palmen), ohne sich mit dem Thema wirklich inhaltlich auseinanderzusetzen. Genau da setzt die Kritik an der Arbeit der Jugendhilfe an. Und da kommt einer der oft vorgebrachten Vorbehalte wieder zum Tragen: ‚Man‘ – also die Jugendhilfe - hat viel zu viel Verständnis. ‚Man‘ geht nicht darauf ein, dass die Bürger auch Besorgnisse haben, dass sie für ihre Steuermittel ‚Leistungen‘ von der Jugendhilfe erwarten, denn die Jugendhilfe ‚lebt‘ ja von Steuermitteln. Welche ‚Leistungen‘ erwartet werden, ist bekannt. Sie decken sich nicht oft mit Prinzipien der Jugendhilfe. Lamentieren hilft aber nicht: Wir müssen dafür Antworten finden. ‚Ambulante intensive Betreuung‘ könnte eine mögliche Antwort sein. Im Kern geht es dabei um die Verbesserung der Vernetzung aller betroffenen staatlichen Stellen unter Einbeziehung des persönlichen Umfeldes des Jugendlichen. Ein weiteres interessantes Modellprojekt, in dessen Mittelpunkt der Vernetzungsgedanke zwischen Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Schule steht, ist der ‚Evaluationsverbund Kinder- und Jugendkriminalprävention‘ unter Beteiligung von Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Nürnberg und Stuttgart.

Und wir haben beim Deutschen Jugendinstitut eine ‚Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalprävention‘ eingerichtet, die u.a. Übersichten zusammenstellt, welche bewährten oder intelligenten Methoden Jugendhilfe bisher entwickelt hat, an welche Leute man sich wenden kann, die solche Erfahrungen haben etc.

Ich betone noch einmal, es ist von existenzieller, von zentraler Bedeutung, in der Jugendhilfe Antworten auf die hier aufgeworfenen Fragen parat zu haben, um in der Politik ernst genommen zu werden. Das heißt, dass man nicht nur ‚abschiebende‘ Antworten oder gar keine Antworten hat, sondern dass man wirklich adäquate Alternativen aufzeigen kann, um so dem Vorwurf zu begegnen, Jugendhilfe sei nur noch was für normale Jugendliche, mit den Problemjugendlichen soll die Polizei umgehen. Es ist wichtig, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Ich kann nur appellieren, die Scheu zu überwinden und sich intensiv mit konkreten Vorschlägen und natürlich auch Ergebnissen an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Sonst überlässt man das Feld anderen.“

„Es ist eine teuflische Logik, die die Jugendhilfe schon eingefangen hat, weil der Umkehrschluss ist, wenn sich Jugendhilfe nicht diesem Thema widmet, tut es die Polizei, und dann wird Jugendhilfe nicht mehr gebraucht.“

„Ich bin vom Projekt Stattknast in Berlin, das ambulante Maßnahmen für straffällige Jugendliche anbietet. Jugendhilfe muss aufpassen, dass sie der allgemeinen Diskussion um Straffälligkeit nicht aufsitzt. Wir wissen alle,

dass Straffälligkeit von Jugendlichen ein vorübergehendes Phänomen ist und dass nur 3% dieser Jugendlichen mehrfach auffällig und problematisch sind. Dieses Thema wird in der Öffentlichkeit immer sehr aufgepusht, weil es geeignet ist mit Emotionen umzugehen, die die Sorge um den Nachwuchs und um die Generation beinhalten, die die Rente verdient. Man hat die Illusion, man könne Lösungen anbieten in einer Zeit, wo Politik sich sehr schwer tut, wirkliche Lösungen anzubieten. Und es geht immer auch um Steuergelder. Für den Strafvollzug würde sich eine solche Frage nie stellen. Auch er kostet Geld und nicht einmal wenig. Die Zahlen der Rückfälle im Strafvollzug sind auch nicht besonders erfreulich.“

„Ich komme vom Kinder- und Jugendring des Landes Sachsen-Anhalt. Es erschreckt mich immer, wenn schon im Thema Kinder- und Jugendhilfe und Jugendkriminalität zusammenfällt. Und wenn Herr Dr. Obst vom Ministerium das noch so verstärkt, dass sich die Jugendhilfe beeilen muss, um noch den Fuß in die Tür zu bekommen, dann erschrecke ich mich noch mehr. Wir können doch nicht einfach hinnehmen, dass Jugendhilfe gesellschaftliche Missstände lösen soll, dass Jugendhilfe sich zurückentwickelt zur Reparaturbrigade. Die Jugendhilfe wird im KJHG so gut beschrieben und die Aufgaben werden verteilt, die nicht vordringlich Reparaturmaßnahmen sind. Dort steht nirgends, dass Jugendhilfe kriminalpräventiv arbeiten muss. Letzlich ist sie doch dazu angetreten, den Kindern und Jugendlichen Hilfen zu geben, um in der Welt zurechtzukommen. Jugend-

hilfe will nichts weiter als Angebote zu machen, damit Kinder und Jugendliche auch in belasteten Wohngebieten klar kommen.“

„Es gerät aber nicht nur die Jugendhilfe unter Druck. Auch Jugendliche geraten unter Druck durch bestimmte Strategien und Schwarz-Weiß-Denken, dadurch dass auch in der öffentlichen Debatte für bestimmte Verhaltensweisen bestimmte Sanktionen gefordert werden.“

„Die letzten Jahre waren voll von Modellentwicklungen. Es fing an mit der ambulanten Straffälligenhilfe über die intensive Einzelbetreuung und die sozialpädagogische Familienhilfe, die geöffnete Heimerziehung, die auch ein Stück Horterziehung macht und sich in die Lebenswelt der Familien hinein öffnet. Aber wir sehen heute in der Ausstattung der Jugendhilfe gravierende Schwächen, diese Modellentwicklungen auch wirklich zu einem Stück Struktur werden zu lassen. Wird da nicht manchmal so etwas wie Vogel-Strauß-Politik gemacht bzw. müssen Modelle immer dafür herhalten, die Innovationsfähigkeit der Jugendhilfe zu demonstrieren? Es wird aber selten gefragt, wie viel in der Praxis auch so ankommt, dass jemand, der diese Jugendlichen betreuen will, auch wirklich darauf zurückgreifen kann. Das ist keine direkte Kritik am Ministerium, sondern die Frage, ob wir erprobte Modelle alltäglich in der Praxis umsetzen können oder immer wieder warten müssen, dass das Modell in die Alltagspraxis kommt. Wo gibt es z.B. soziales Training, Täter-Opfer-Ausgleich oder Erlebnispädagogik? Es gibt immer

tolle Beispiele. Aber wenn wir uns fragen, ob sie auch für die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort verfügbar sind, muss man oft Fehlanzeige anmelden.“

„In den neuen Bundesländern ist der Versorgungsgrad mit ambulanten Maßnahmen deutlich niedriger. Dort wo Projekte vorhanden sind, auf die das Jugendamt und die Jugendgerichtsbarkeit zurückgreifen können, wird anders mit Jugendstraffälligkeit umgegangen als in anderen Bundesländern. Brandenburg hat z.B. einen wesentlich höheren Anteil an Arresten und Jugendstrafen bei Ersttätern. In diesem Kontext wären ambulante Maßnahmen flächendeckend bereitzustellen. In Berlin gibt es den Versuch ambulante Maßnahmen zu beschreiben und Standards zu entwickeln. Und jetzt sagt die Jugendhilfe, das versuchen wir auch und damit werden letztlich Angebote untergraben.“

„In meinem Arbeitsfeld spielt Anti-Aggressions-Training eine Rolle. Ich würde es aber nicht so nennen. Ich habe Jugendliche, die freitags sagen, dieses Wochenende bleibe ich sauber, es aber nicht bis Montag früh durchstehen. Sie sind bereit an einem solchen Training mitzuarbeiten. Gegenüber anderen Jugendlichen müssen andere Zugänge geschaffen werden. Es heißt dann nicht Anti-Aggressions-Training, hat aber inhaltlich die gleiche Fragestellung: Was kannst Du selber tun um deine Deeskalationsfähigkeiten zu erhöhen?“

„In Essen bekommen sie neben Bewährungshilfe die Auflage vom Gericht ein Anti-Aggressions-Training zu ma-

chen. Auf der einen Seite ist das ganz gut, auf der anderen Seite weiß ich nicht, wie sinnvoll das ist, wenn die innere Bereitschaft nicht da ist.“

„Es muss nicht Anti-Aggressions-Training heißen, damit es zur Bewältigung von gewalttätigen Situationen der Jugendlichen taugt. Ich hatte Kontakt zu jugendlichen Frauen, die zum Thema Gewalt trainieren wollten. In der Veranstaltung war eine Frau, die permanent in Konfliktsituationen gerät. Sie hat mit männlich orientierter Gewalt zu tun in einer entsprechenden familiären Situation. Für diese junge Frau ist dabei die Frage rumgekommen: Was musst du eigentlich tun, um deine eigenen Strukturen zu verändern?

Wir haben Arbeitsansätze, die lassen sich so benennen, und wir haben andere, die nennen wir bewusst nicht so, weil wir davon ausgehen, dass eine andere Zugangsmöglichkeit zu den Jugendlichen, zu den jungen Mädchen, häufig der bessere Weg ist genau zu dieser Einstellung in ihrer sozialen Lage zu kommen.“

„Ich finde diese Ansätze gut. Aber ich finde es z.B. problematisch, dass sie in der herkömmlichen Struktur des Knastes als Alibiveranstaltung benutzt werden können, um nicht mehr darüber zu reden, was sich im gesamten Strafvollzug ändern muss, damit Jugendliche dort andere Umgangsformen entwickeln können, sondern dass alles auf das Anti-Aggressions-Training delegiert wird. Dass der Knast selbst wieder Gewalt produziert, müssen sie dann nicht mehr thematisieren. Es ist eine Verdichtungsformel um das Problem zu individualisieren. Es sind wie-

der nur die Individuen, die sich ändern müssen. Aber die Frage, in welche Rahmenbedingungen kehrt er oder sie zurück, darf dabei nicht vergessen werden.“

„Ich habe so meine Probleme mit den Methoden, weil sie sehr an den Wirkungen ansetzen. Im Knast verlassen sie die Gruppe und gehen in die Zelle. Wenn ich in der Gruppe jemand provoziere und der verlässt die Gruppe und bewegt sich auf die Straße hinaus, bleibt mir nur eine vage Vorstellung, was er dort anrichten kann. Deshalb finde ich Methoden effektiver, die die Persönlichkeit des Jugendlichen mehr achten.“

„Wenn ich mich mit den Jugendlichen darüber unterhalte, warum Gewalt im Spiel war, tritt Gewalt häufig da ein, wo sie sich nicht mehr verbalisieren können. Da schaukelt sich was hoch und auf einmal greifen sie auf vertraute Handlungsmuster zurück. Das reduziert sich häufig auf das Zuschlagen. Mit Anti-Aggressions-Training komme ich selbst nicht recht klar. Es geht ganz klar um Selbstwert und Selbstwertgefühl. Ein wichtiger Ansatz mit den Jugendlichen ist ihr Selbstwertgefühl zu verbessern, damit sie sich nicht mehr in solche Konflikte begeben müssen.“

Workshops

„Experimentierlabor zu Methoden der Jugendarbeit“

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...“

Kulturarbeit in Sozialen Brennpunkten

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung

Theoretische und praktische Zugänge zum Raum

Prof. Max Fuchs

Der Raum der Dinge:

Die Frage danach, worin die Benachteiligung von Stadtteilen und „sozialen Brennpunkten“ besteht, lässt sich leicht mit bewährten spiel- und kulturpädagogischen Methoden erschließen. Es genügt bereits eine erste Bestandsaufnahme von „Dingen“ (Einrichtungen, Gebäuden, Spielmöglichkeiten etc.) im Stadtteil. Auch und gerade Kinder als Spielforscher ihres eigenen Stadtteils (G. Knecht) erkennen recht schnell, was es alles im eigenen Stadtteil gibt - und was es nicht gibt: Denn es verfügt der eine Stadtteil über Video- und Spielotheken, Imbissbuden und Kioske, karitative Einrichtungen und Zweigstellen des Sozialamtes, wohingegen der andere Stadtteil das Museum und das Theater, Arztpraxen und Kanzleien, Stadtbücherei und Hallenbad hat. Die Aufteilung von „Dingen“ in der Stadt geschieht offenbar nach bestimmten Mustern, die eine schlichte Bestandsaufnahme bereits erkennen lässt. Daher: „Soziale Benachteiligung“ muss nicht mühsam aus Sozialhilfestatistiken erschlossen werden, sie hat eine sinnlich wahrnehmbare sozialräumliche

Dimension (vgl. Dangschat: Sozialräumliche Aspekte der Armut im Jugendalter. In: Klocke/Hurrelmann 1998, S. 112 ff.).

Der soziale Raum:

Räume oder Felder entstehen durch Beziehungen und lassen sich nach der Art der Beziehungen unterscheiden. Das lernt auch schon das Baby, das mit wachsender Begeisterung auch noch ein zehntes Mal die Rassel hinwirft und den immer mühsamer lächelnden Erwachsenen zwingt, diese wieder aufzuheben. Der Gegenstand der Rassel und seine Bewegung im Raum lehrt so nicht nur die elementare Physik des Fallgesetzes, wodurch Baby zugleich den Erkenntnisstand von Galilei und Newton erwirbt. Baby lernt auch, dass die gegenständliche Tätigkeit des Werfens mit Dingen soziale Beziehungen schafft: Man kann absichtsvoll das Verhalten von anderen beeinflussen. Der Andere lässt sich in den eigenen Kosmos durch gemeinsame Tätigkeit integrieren. Ja, mehr noch: Baby hat seine erste Lektion in Machiavellismus gelernt: Der soziale Raum ist auch politischer Raum, insofern eine simple Rassel dazu dient, diesem großen unförmigen Wesen mit dem Grinsgesicht auch noch den eigenen Willen aufzuzwingen. Vermutlich

hat Baby auch schon Skinner gelesen, denn das Schmecken im Rücken der Erwachsenen wird stets mit freundlichem Jauchzen so belohnt, dass der Erwachsene fälschlicherweise den Eindruck bekommt, er hätte - selbstgesteuert - das Baby zum Lachen gebracht.

Ich knüpfe an diese Überlegung zum sozialen Raum mit drei Hinweisen an:

1. Offenbar gibt es nicht bloß einen sozialen Raum, der sich auf dem durchaus gleichen Gegenstandsraum aufbaut, sondern es gibt sehr verschiedene soziale Räume. Im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern kann man sich das leicht klarmachen, da dieselbe Gegend in unterschiedlichen Altersstufen immer neue Reize und Gefahren, immer neue Aspekte und „Vernetzungsmöglichkeiten“ offenbart, die angeeignet werden können und müssen. Und diese verschiedenen Räume haben etwas mit sich verändernden Relevanzstrukturen - also mit Sinn - zu tun.
2. Die Soziologie entdeckt in den letzten Jahren verstärkt zwischen der hochabstrakten und anonymen Makroebene (des Staates, der globalisierten Welt etc.) und der emotional hochgradig besetzten Mikroebene (der Familie, der engen Freunde) als Zwischenstufe die Mesoebene. Dies ist der Bereich, zu dem man selbst noch persönliche Beziehungen aufnehmen kann, die jedoch nicht mehr so emotional eng sind wie in der Familie. Dies ist also die Ebene der weiteren Nachbarschaft, des Quartiers oder sogar des Stadtteils, wo ich die Leute kenne und sie mich, wo man sich grüßt und gegebenenfalls mit bestimmten Hilfeleistungen rechnen kann. Diese Nachbarschaft wird vermutlich in Zukunft sogar

noch wichtiger werden - wenn es gelingt, ihren Zerfall zu verhindern -, da etwa das gesellschaftspolitische und ökologische Ziel der Nachhaltigkeit wesentlich dadurch umgesetzt werden kann, dass benötigte Güter und Dienstleistungen im unmittelbaren Umkreis erworben werden.

3. Allerdings geht auf der Quartiers-ebene auch am meisten schief in der Stadt. Denn ein Problem moderner Stadtentwicklung ist die z.T. bewusst gewollte, z.T. sich „spontan“ aufgrund von Marktgesetzen ergebende Segregation. Damit ist eine Aufteilung und Aufspaltung der Stadt in Stadtteile oder sogar Gettos (für Arme und für Reiche) gemeint, die sehr unterschiedlich mit Infrastruktur versorgt werden. So gibt es eben die Quartiere der Schmutzkinder, in denen - wie oben beschrieben - keine Museen und Musikschulen, dafür aber Trinkhallen und Videotheken zu finden sind. Die Ursache für diese Entwicklungen hat schon der CDU-Kommunal-Politiker Konrad Adenauer erkannt, der viele Jahre Oberbürgermeister von Köln war. Sie besteht darin, dass die Stadt zwar für die einen Lebenswelt und Lebensgrundlage ist, für die anderen jedoch Spekulationsobjekt. Es sind also die Eigentumsverhältnisse und die daraus zu erzielenden Gewinne, die diese spezifische Raumgestaltung der Segregation bewirken.

Dass Wohnungsgebiete „belastet“ sind, ist also mitnichten ein Naturgesetz, sondern die Ansammlung von Armutsrisiken, die sich sozialräumlich auf bestimmte „soziale Brennpunkte“ konzentrieren, ist also gezielte Kommunalpolitik.

Doch was ist eigentlich ein „sozialer Brennpunkt“? Der Deutsche Städtetag einigte sich im Jahre 1979 auf die folgende Definition: „Soziale Brennpunkte sind Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Ju-



gendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten“ (zitiert nach Dangschat in Klocke/Hurrelmann 1998, S. 124). Insbesondere ist es Armut, die diese Entwicklungschancen reduziert. Es gibt - ebenfalls nach Aussage des Deutschen Städtetages im Jahre 1987, also vor der deutschen Einigung - vor allem drei Grundtypen „sozialer Brennpunkte“:

1. „Altbauten in früheren Arbeiterwohngebieten, die noch nicht saniert und/oder durch privatwirtschaftliche Aufwertung oder kulturelle Umwertung („Gentrification“) erfasst wurden;
2. Schlichtwohnungen der späten 40er oder 50er Jahre, die zwar aus den Be-

legungs- und Mietpreisbindungen einer Sozialmietwohnung herausgefallen sind, nicht jedoch in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden und sich überwiegend im Besitz kommunaler Wohnungsbaugesellschaften befinden;

3. Großsiedlungen der späten 60er, der 70er und 80er Jahre, in die aufgrund der Belegungspraktiken der kommunalen Wohnungsämter und/oder der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zunehmend Menschen eingewiesen werden, die mit sich selbst Probleme haben und/oder den Nachbarn Probleme machen“ (ebd., S. 125).

Diese Gebietstypen sind ähnlich strukturiert im Hinblick auf: Anteile an Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Bezieher niedriger Einkommen, Menschen mit niedriger Bildung und Nichtdeutsche (ebd.).

Nun führen schlechte Sozialisationsbedingungen nicht naturgesetzlich und automatisch zu Krankheit, Kriminalität, Prostitution oder Drogenkonsum: „... jeder Jugendliche - auch der ärmste - schafft sich seinen eigenen Sinn aus den ‚Angeboten‘ der sozialen Umwelt“ (ebd., S. 126).

Die Schmuttelkinder sind also nicht von vornherein zum „Elend“ verdammt; ebenso wenig wie das Aufwachsen unter günstigeren Rahmenbedingungen per se Lebensglück garantiert. Es ist an dieser Stelle vielmehr darauf hinzuweisen, dass bestimmte Lebensrisiken - etwa im Hinblick auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze - heute im Grundsatz für alle gelten. Doch darf die Gefahr problematischer Prozesse der Identitätsentwicklung aufgrund mangelhafter Ressourcen nicht vernachlässigt werden. Ein Grundproblem

scheint darin zu bestehen, dass die in dem engeren sozialen Kontext durch- aus funktionalen Sozialisationen außer- halb dieser Milieus nicht akzeptiert oder sogar kriminalisiert werden.

Hier kann Kulturpädagogik ansetzen, freilich nicht mit dem Ziel, Ungleichheiten grundsätzlich ausbügeln zu können, aber doch um

- soziale Netzwerke aufzubauen (vgl. Fuchs 1988);
- Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen, sich soziale Anerkennung über kulturpädagogische Projekte zu erwerben und darüber
- Integrationsmöglichkeiten quer durch verschiedene soziale Schichten zu schaffen.

Der Raum der Symbole:

Die neue Sichtweise einer kulturellen Ungleichheit - jeder inszeniert nach eigenem Belieben seinen eigenen Lebensstil - war nicht nur keine Frage der Sozialpolitik mehr, die diese Ungleichheit beheben müsse: Im Gegenteil, die kulturellen Ungleichheiten wurden als Ausdruck eines (kulturellen) Reichtums verstanden, der zu unterstützen und nicht zu verhindern ist. Spätestens seit der deutschen Einigung sind jedoch die Stimmen wieder leiser geworden, die die klassische soziale Frage als gelöst betrachten.

Man entdeckt vielmehr die Genialität der Bourdieuschen Lebensstilanalyse, der die klassische sozialökonomische Ungleichheit mit der lebensstilorientierten kulturellen Ungleichheit in Einklang brachte. Menschen, so Bourdieu, unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf ihren Besitz, sondern auch im Hinblick auf die sozialen Netzwerke, in

denen sie sich befinden, und hinsichtlich ihrer kulturellen Erziehung. Demzufolge unterscheidet Bourdieu neben dem klassischen „ökonomischen Kapital“ auch das „soziale“ und das „kulturelle Kapital“. Insbesondere dient der Kulturkonsum, dienen also Ästhetik und Kunst in der Gesellschaft dazu, Unterscheidungen herzustellen: Es entstehen „Lebensstile“ als Geschmacksgemeinschaften, die sich voneinander deutlich unterscheiden. Diese Lebensstile sind allerdings nicht gleichberechtigt. Vielmehr entscheidet der Lebensstil über den Platz im gesellschaftlichen Raum.

Das Heimtückische an dieser kulturellen Positionierung im Raum besteht darin, dass - über die Beherrschung bestimmter ästhetischer Codes - man sich scheinbar freiwillig selber seinen Platz in der Gesellschaft sucht und somit das bisherige System sozialer Ungleichheit immer wieder reproduziert. Diese Freiwilligkeit der Ein- und Unterordnung über individuelle („autonome“) ästhetische Wahlentscheidungen: dies bezeichnet Bourdieu als „symbolische Gewalt“.

Wie gut dieser Prozess funktioniert, lässt sich gerade am Thema der Benachteiligung studieren. Denn die „Lebensstile“ mit ihren spezifischen ästhetischen Präferenzen werden von Stadtpolitik und -entwicklung unterschiedlich bedient: So vermitteln die Konsummeilen in den Innenstädten bestimmte ästhetische Botschaften, die die richtigen Adressaten erreichen - und die falschen abschrecken sollen. Lassen diese sich nicht freiwillig abschrecken, sondern beharren auf ihrem Recht, auch in der Stadtöffentlichkeit sichtbar zu bleiben, hilft man mit

Platzverweisen juristisch nach. Lebensstile und Milieus verteilen sich also sozialräumlich in der Stadt, und diese Verteilung ist leicht an der Ästhetik der Oberfläche (der Architektur und Stadtplanung) zu erkennen. Dies ist die oft beschriebene „Segregation“. Der kommunalpolitische Skandal besteht darin, dass „die Aufmerksamkeit seitens der kommunalen Politik, der Stadt(teil)planung und der Märkte ... sich nicht mehr auf alle Teile einer Stadt in gleichem Maße“ richtet (Dangschat in Klocke/Hurrelmann 1998, S. 130). Die postmoderne Stadt, deren Politik sich nach dem Marktparadigma richtet, ist eine Stadt der separierten Lebensstile, die sich sozialräumlich verteilen und die höchst unterschiedlich mit Ressourcen und Infrastrukturen „bedient“ werden (Dangschat 1999). Hier erhalten also Prozesse der sozialen Sichtbarkeit, der Anerkennung oder Missachtung der Lebensstile eine zentrale Bedeutung.

Das ist eine Chance für die Kulturpädagogik als genuiner Disziplin der „Sichtbarkeit“ und der ästhetischen Codes, nämlich Öffentlichkeit für jugendliche Lebensstile erst einmal wiederherzustellen und damit einen ersten Schritt in Richtung sozialer Anerkennung zu machen. Dies ist ein Prozess der Ermutigung - der „empowerments“, wie es zurzeit in der Sozialphilosophie und -arbeit heißt -, es ist zugleich eine Chance, Kompetenz im Umgang mit ästhetischen Codes zu vermitteln und so das „eherne Gesetz“ von Bourdieu zu durchbrechen.

Kulturpädagogik kann sich also einmischen in den Kampf der Lebensstile als Kampf um Anerkennung, als Kampf um einen legitimen Platz in der Öffent-

lichkeit. Dass dies bereits Jugendliche selber so machen, hat seit den siebziger Jahren die Jugend(kultur)forschung in Birmingham gezeigt.

Jugend, Ästhetik, Jugendstile:

Die zentrale Botschaft von St. Cohen, J. Clarke (1979), St. Hall und P. Willis (1979, 1981) vom Birmingham Centre für Contemporary Cultural Studies war für deutsche Traditionen revolutionär. Denn die Kulturindustrie, um deren Nutzung es in diesen Studien ging, konnte in Deutschland bis dahin kaum anders als affirmativ, unterdrückend, manipulativ, kurz: als antihuman aufgefasst werden. Dies war die einflussreiche Lesart des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, so wie sie am eindrücklichsten in der „Dialektik der Aufklärung“ (vor allem im Kapitel „Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug“) dargestellt wurde (Horkheimer/Adorno 1971; zuerst 1944).

Die Jugendforscher aus Birmingham sahen dies anders: Sie sahen, wie gerade die Arbeiterjugendlichen subversiv und kreativ die Symbole und Kulturangebote der Kulturindustrie aufnahmen, veränderten, in ihr Leben integrierten - kurz: sie zur Entwicklung ihrer ureigensten Ausdrucksform und Identität verwendeten. Auch der Umgang mit Kulturindustrie führte zur Selbstbehauptung, zur Selbstinszenierung, zur Kompetenz, zur Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung.

Paul Willis (1991) hat diesen konzeptionellen Grundgedanken weiterentwickelt und liefert heute ein tragfähiges konzeptionelles Gerüst zum Verstehen jugendkultureller Ausdrucksfor-

men. Er spricht gleichermaßen von einem „semiotischen Krieg“ (durchaus im Sinne von Bourdieu „symbolischer Gewalt“) als Streit um öffentliche Präsenz und Anerkennung der je eigenen ästhetischen Präferenzen. Er spricht aber auch von der „symbolischen Kreativität“, die sich eben nicht (nur) rund um die elaborierten Codes der „Hochkultur“ ausbreitet, sondern die im alltäglichen Umgang mit Dingen, mit sich und anderen zu finden ist. Es gibt - ohne Frage - die Macht der Symbole (Fuchs 2000). Aber auch die Schmuttelkinder haben ihre eigenen Lieder, haben also Verfügungsgewalt über ihre eigenen oder angeeigneten ästhetischen Symbole.

Hier kann Kulturpädagogik ohne sozialpolitische Überforderung anknüpfen. Sie kann Symbolkompetenzen entdecken und bewusst machen, sie kann „symbolische Kreativität“ fördern, neue Symbolsysteme und Codes zugänglich machen und damit die Kinder und Jugendlichen fit machen für den „semiotischen Krieg“.

Symbolkompetenz heißt das Stichwort, über die - wie beschrieben - soziale und politische Prozesse der Anerkennung gesteuert werden können. Hier lässt sich dann auch personenbezogene Bildung (als Entwicklung von Symbolkompetenzen) zwanglos mit politischer Einflussnahme verbinden: Kulturpädagogik als symbolische Aneignung von (ästhetischem) Raum ist dann zugleich öffentliche Artikulation von legitimen Lebensansprüchen.

Die Langfassung des Beitrags ist nachzulesen in: BKJ (Hrsg.), Kulturarbeit und Armut, Remscheid 2000. Dort finden sich auch die Literaturhinweise.

Aus der Diskussion:

„Was beeinflusst im Selbstlauf, quasi als ehernes Gesetz ohne kontrollierte pädagogische Einflussnahme, die Geschmacksausrichtung der Kinder und Jugendlichen? Es sind zwei Instanzen: die Familie und die Schule. Als Soziologe könnte man sagen, o.k., das sind die Gesetze, als Sozialist ist man damit überhaupt nicht zufrieden. Es ist ja ein Mechanismus gefunden, der gesellschaftliche Ungleichheit produziert. Deswegen nimmt man den Auftrag an, zusammen mit anderen Kollegen ein Bildungskurriculum zu entwickeln, weil gesagt wird: an die Eltern kommen wir nicht ran, aber wenn wir das eherne Gesetz durchbrechen wollen, geht es nur über den zweitbesten Weg - die Pädagogik.

Es ist notwendig, die Kinder fit zu machen, mit ästhetischen Codes spielerisch umzugehen, bewusster ihre Entscheidungen treffen zu können und dieses Spiel der Macht über die Geschmacksfragen steuern zu können. Das ist für Kulturpädagogik der legitime Ansatz. Wenn es so ist, dass Kunst soziale Ungleichheit reproduziert, dann ist der beste Weg, diese Waffe, die da so klammheimlich wirkt, explizit zu machen. Von daher ist pädagogischer Umgang mit den Künsten sinnvoll, weil dabei überall die anderen Wirkungen, wie Persönlichkeitsentwicklung, Selbstbehauptung, sich produktiv zu erleben, als quasi kognitive Kompetenz die Fähigkeit mit Ästhetik umzugehen, enthalten sind.“

„Es gibt gleichberechtigte symbolische Formen, Sprache ist eine, Kunst ist eine, Wissenschaft ist eine, Politik ist

eine, Wirtschaft ist eine. Wir brauchen sie alle. Und da kriege ich dann locker eine anthropologische Begründung, warum Kunst, neben anderen Dingen, eben auch zum Mensch-Sein gehört. Von Kunst habe ich nicht gesprochen, weil das in meiner pädagogischen Arbeit schwieriger ist. Ich spreche von Gestaltungsprozessen, das ist mir lieber als dieser ideologisch hochbelastete Kunstbegriff.“

„Wenn du vom Sozialraum Familie sprichst und von den Rahmenbedingungen, die den Alltag der Kinder und Jugendlichen prägen, dann achte ich den sehr wohl. Mir fiel auf, pädagogisches Denken ist ausgerichtet auf die Entwicklung und Stabilisierung des einzelnen Menschen. Und mir wurde noch mal deutlich, dass die Enge des E&C-Programms dann doch sehr problematisch wird, wenn ich daran denke, wie es geschrieben ist: Stopp dem Zerfall der Sozialräume, Stabilisierung der Quartiere. Das ist ein Sozialraumbezug, der mich als pädagogisch Handelnde eigentlich in eine falsche Ecke drängt und mir u.U. eine viel zu hohe Latte vorgibt, was ich bewältigen muss. Ich kann letztendlich dann nur an den Symptomen ansetzen, damit muss ich umgehen. Ich bin nicht diejenige die baut, die diesen Sozialraum setzt. Und mir wurde klar, es ist ja ganz stark ein Nachfolgeprogramm des Bauministeriums, wo ich dann als Träger von Jugendarbeit, als pädagogischer Träger, die Begrenzungen merke, die damit verbunden sind, und auch Kritik entwickle daran, mich auf diese Schiene von Stabilisierung von Sozialräumen zu eng einlassen zu müssen. Ich muss mich einlassen auf das Pro-

blem reduzierter Perspektiven und Möglichkeiten von Menschen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und das tun wir in vielen Projekten auch. Aber in dem Moment, wo es diese Engführung gibt, haben mir deine Ausführungen eher noch mal eine Chance gegeben mich dagegen zu wehren, trotz aller konzeptionellen Offenheit und auch Herausforderungen.“

Helma Fehrmann vom JugendKultur-Zentrum Pumpe in Berlin berichtet vom Theaterprojekt mit Straßenjugendlichen „Peng * Knall, Fall und Wir“:

Ich habe viel mit Streetworkern zusammengesessen, weil mich die Schmuttelkinder immer sehr interessiert haben, wie leben sie, was denken sie, was tun sie, wo wollen sie hin. Was tun wir denn eigentlich, fördern wir sie oder versorgen wir sie? Bei Herrn Fuchs kam ja auch der Ausdruck Konsumenten. Ich habe auch in meiner Jugendarbeit beobachtet, dass die Jugendlichen mehr und mehr konsumieren und nicht mehr produzieren. Das hat mich am meisten gestört, weil ich glaube, ein tätiger oder produzierender Mensch kann mehr gestalten und steuern in seinem Leben als derjenige, der nur konsumiert.

Also haben wir die Theatergesetze nutzbar gemacht und gesagt, Theater heißt, wenn ich entlang ihres Lebens spiele oder arbeite. Das bedeutet, dass ich mich in Bezug zu meinem Leben setze. Ich habe die Möglichkeit zu reflektieren über Stationen in meinem Leben, ich kann sie darstellen, ich gehe noch mal rein, allerdings mit Dis-tanz, kann sie betrachten und anderen

betrachtbar machen.

Wir haben festgestellt, dass Straßenjugendliche Einzelkämpfer sind, die sich irgendwie durchkämpfen, einen Schlafplatz ergattern oder etwas zu essen, ein Stück Liebe, ein Medikament oder ein Stück Droge, dass sie in der Gruppe Fähigkeiten entwickeln, wieder ein soziales Wesen zu sein oder werden zu wollen. Das fand ich spannend: Einzelförderung in der Reflexion, im Spiel und das beginnende Vertrauen in der Gruppe zu fördern.

Ich habe nicht nur mit Theatermitteln gearbeitet. Ich fand den körperlichen Zustand dieser Straßenjugendlichen so schlecht oder so unbewusst, sage ich mal lieber, dass sie nicht links und rechts, vorne und hinten haben unterscheiden können, koordinieren mit Anderen schon gar nicht, noch nicht mal die Koordination im eigenen Körper hat geklappt, so dass ich diese Förderung ganz wichtig fand. Deswegen haben wir das Element Tanz und auch das Element Rhythmus per Trommeln dazugenommen.

Das ganze Projekt fand ich faszinierend, weil gewisse moralische Gesetze außer Kraft gesetzt werden, weil Theatergesetze eigene sind. Musik hat ein Gesetz, das muss ich befolgen. Da brauche ich nicht mehr zu erziehen, das erleichtert meine eigene Arbeit, weil die Gruppe selber festgestellt hat, wenn sie arhythmisch arbeitet, hört es sich einfach nicht gut an. Das haben sie begriffen und es hat für sie einen Erfolg gebracht, der hörbar war für sie selber und für das Publikum. Wenn sie gespielt haben, waren sie auch sichtbar. Das hatte ich vor, dass ihr Leben

sichtbar und hörbar wird für sie selbst und ihre Familie. Wir haben immer auch die Eltern eingeladen. Das hat manchmal sehr berührende Ereignisse im Publikum hervorgerufen, auch für die Jugendlichen emotional bewegend, weil sie dadurch ihrer eigenen Geschichte gegenüberstanden und mit ihrer eigenen Arbeitsleistung zurück in ihr Leben gegangen sind. Da entstand Kontakt, entstand Bewegung, Begreifen von Geschichte oder auch von Entscheidungen, denn diese Jugendlichen haben sich ja alle, in welchem Bewusstseinsstand auch immer, dafür entschieden auf der Straße zu leben. Das war entscheidend für die Reflexionsebene während der Arbeit, entscheidend ist das Bewusstsein in dem sie leben. Sie haben keine Anforderungen an sich selber gestellt, weil sie ja per se das Ziel hatten, auf der Straße zu leben und dieses auch als Freiheit zu bezeichnen, also Drogen zu konsumieren, nachts auf der Straße zu schlafen, in gefährliche Situationen zu geraten, mit Freiern Kontakt zu haben, kriminelle Handlungen zu begehen. Das musste ich akzeptieren, ob es mir schmeckte oder nicht, weil das Projekt von Anfang an als niedrigschwellig ausgewiesen war. Folglich mussten wir dort beginnen, wo wir mit ihnen in Kontakt kamen.

Wir hatten für die Arbeit bestimmte Regeln und wir mussten sie teilweise durchsetzen, was manchmal nicht ganz einfach war. Wir haben in einem Jugendkulturzentrum gearbeitet, wo auch andere Jugendliche und Kinder hinkamen. Wir wollten diesen anderen Teil schützen, also wollten wir nicht, dass sie Drogen nehmen in den Räumen,

dass sie in den Arbeitsräumen bzw. in den Produktionsräumen essen, trinken oder abhängen. Das haben wir als Regel für alle, also auch für das Team, aufgestellt. Wir haben uns als gleichberechtigt gegenüber den Forderungen ausgewiesen. Kein Teammitglied durfte z.B. auf dem Stuhl sitzen, während gearbeitet wurde.

Was hatten wir noch für Regeln? Keine Gewalt, kein Nikotin in den Räumen. Wir haben Pausen gemacht, wo geraucht werden durfte. Wir haben auch ein ‚Honorar‘ für die Probenarbeit ausgegeben, d.h. jeder, der zu den Proben kam, bekam für den Probenstag einen Schlafplatz und Essen. Wir haben das Projekt bewusst in den Winter gelegt, denn mit der Sonne zu konkurrieren ist ziemlich sinnlos.

Weitere Regeln: Auf keinen Fall im Produktionsraum abhängen, auch wenn sie Drogen genommen haben, was wir nicht verhindern konnten, wenn sie es vorher gemacht haben, in den Räumen selber war es natürlich verboten. Trotzdem kamen sie manchmal bedröhnt zur Arbeit und sie mussten trotzdem mitmachen. Und was für uns wichtig war, diese Regel hatte Erfolg und die Jugendlichen waren und sind auch sehr stolz auf ihre Leistung.

Förderung ist Herausforderung, eben nicht nur geben, sondern auch Leistungen fordern von den Jugendlichen. Ihre Stärken stärken, mit den Schwächen gar nicht arbeiten und auch nicht lange darüber diskutieren, warum sie nicht können. Und produzieren statt konsumieren. Das waren die drei wichtigsten Thesen, die wir aufgestellt und mit den Jugendlichen besprochen haben. Und soweit ihnen das bewusst ist, wurde das auch akzeptiert.

Wir waren eine Streetworkerin, ein Streetworker und drei Künstler. Wir fanden diese Mischung sehr wichtig, weil wir auch arbeitsteilig vorgegangen sind. Die Streetworker haben es übernommen, während der Arbeit Probleme zu klären, sie haben z.B. bei Streit die beiden Kampfahne rausgenommen. Der Produktionsvorgang war Priorität Nr. 1. Probleme haben wir nicht als Störung im Raum gelassen, sondern der Produktionsprozess lief weiter. Es war von Anfang an klar, dass wir mindestens eine Aufführung machen, wobei der prozessorientierte und der ergebnisorientierte Arbeitsvorgang einen Zusammenhang gefunden haben. Wir haben nicht ‚entweder... oder‘ gearbeitet.

Man kann sich fragen, was mache ich da eigentlich? Setzt sich das, was an Zerstörung da ist, fort, wann breche ich ab, gehen sie weg, kommen sie wieder? Wie gehe ich damit um? Wenn es niedrigschwellig heißt, ist natürlich klar, dass diese Problematik im Raum ist. Die Jugendlichen waren so aufgeregt vor der Aufführung. Dass sie sich beballert haben, konnten wir nicht verhindern oder haben es nicht verhindert.

Als der Alex mit der Geschichte kam, war er weiß um die Nase und hat gesagt, er möchte diese Szene gerne spielen. Es hat ihn selber sehr getroffen, weil es seine Geschichte war. Je öfter wir das wiederholt haben, damit die Szene sicher wird, um so zynischer wurde er. Das ist für mich ein Problem, weil Theaterarbeit Wiederholung ist.

Als Alex gefehlt hat, hat ein anderer gespielt. Immer wenn ich diese Szene sehe, fällt es mir wieder ein, es muss

eine Lösung dafür geben, oder ich distanziere mich und sage, ihr habt die Verantwortung für diese Szene, ich stehe nicht dahinter, aber ich setze damit etwas in Gang, was ich nicht mag. Dem Alex war zum Teil bewusst, dass er mit dem Toten im Stück sehr zynisch umgegangen ist, er hat ihm auch noch das Portemonnaie geklaut. Und wir hatten im Team lange darüber diskutiert, ob wir die Szene streichen oder nicht. Da war natürlich die Förderung von Alex Priorität Nr. 1. Wenn wir ihm die Szene wegnehmen, ist der totbeleidigt, kommt nicht mehr, also müssen wir die Szene drinlassen. Das sind Ereignisse, die mich beschäftigen, die ich mit den Jugendlichen kaum berechnen kann, weil sie dafür meistens kein Ohr haben.

Am Ende gibt es eine Szene, die fast eine Antwort auf diese Frage ist. Krümel, ein Mädchen auf Heroin, 15 Jahre alt, seit drei Jahren auf der Straße, hochintelligent, hat eine Szene mitgebracht. Sie wollte, dass ein Mensch auf einer Tonne sitzt, rechts die Droge gespielt wird von einem Menschen und links das Leben. Die Droge und das Leben kämpfen um diesen Menschen auf der Tonne. Das haben wir gespielt. Da passieren dann so witzige Sachen, dass derjenige, der das Leben gespielt hat, es so langweilig gespielt hat, dass ich beim Zusehen gedacht habe, ich finde die Droge auch interessanter. In der letzten Szene wird eigentlich die Hauptfrage gestellt, lebe ich mit Droge oder ohne und wer gewinnt, die Droge oder das Leben. Das war natürlich das zentrale Thema von allen. Ob sie kiffen oder Extasy nehmen, Koks oder Heroin, spielt in dem Falle keine Rolle.

Ich habe zwei Jahre mit ihnen gearbeitet. Dieses Stück haben wir zweimal aufgeführt und zwei Monate mit ihnen gearbeitet, letztes Jahr haben wir drei Monate gearbeitet und drei Aufführungen gemacht. Es ist immer ein Warten, ob sie alle kommen, und wir haben beide Male Glück gehabt, sie waren bei den Aufführungen alle da.

Zur Gesamtresonanz: Es waren sehr viele aus der Fachöffentlichkeit, viele Sozialarbeiter, viele von den Jugendlichen, die sie von Betreuungsverhältnissen kennen, viele Eltern, viele aus dem Senat und normale Interessierte da, sehr gemischt. Ganz vorne saßen natürlich die Kumpels, die teilweise am Anfang bei der Theaterarbeit dabei waren und dann irgendwie ausgestiegen sind.

So wie das Stück angefangen hat, hörte es auch auf, dass sie einen Wunsch äußern, den sie nächstes Jahr für ihr Leben haben. Wenn da so kam, ich wünsche, dass mein Papa möglichst bald abkratzt, das haben wir dann z.B. nicht erlaubt. Sie hatten schon die Aufgabe sich was Positives zu überlegen für sich oder für ihre Umwelt. Damit war schon anerkannt, das Leben auf der Straße ist nicht gesund. Das sagen sie selber, nur ist die Frage, wie sie rauskommen. Teilweise darf man sich auch nichts vormachen, dass sie alle positiven Bemühungen nicht auch streckenweise mal kurz hinter sich schmeißen und mal gesagt haben, na, motiviert uns mal wieder schön zum positiven Leben. Also da ist auch Zynismus, mit dem ich umgehen kann, der muss einem aber auch bewusst sein.

Wir haben auch das Programmheft zusammen gemacht und den Laufzettel, wo die Szenen betitelt wurden. Die Konzeption war ja klar: wo komme ich her, wo will ich hin und wo bin ich im Moment. Das geht auch schon in Richtung Zukunft. Das haben wir sehr oft improvisiert, gesammelt. Da die Fluktuation sehr hoch war - in zwei Monaten sind da 60 Jugendliche durchgelaufen und zum Schluss standen dann 15 auf der Bühne - haben sie auch ersatzweise gespielt, immer mit der Vorgabe, wenn der Autor dieser Szene zurückkommt, hat er das Vorrecht. Also eine Kollegialität war schon da. Sie wussten, worum es geht.

Mir war wichtig, dass sie immer auf der Bühne waren. Wer keine Szene gespielt hat, war da als Kollege und hat die Spannung gehalten, weil ich das Kollegiale fördern wollte. Beim Training hatte ich festgestellt, dran sein hieß für sie, ich rede oder ich spiele eine Szene und danach falte ich mich zusammen und bin nicht mehr vorhanden. Das wollte ich nicht fördern. Ich wollte fördern, dass wenn einer an einer Szene arbeitet, die anderen als Energiegeber gefordert sind. Das haben sie auch allmählich begriffen. Beim Trommeln, das sie sehr genossen haben, war es klar, Solos hatten wir da nicht, es waren immer alle zusammen. Letztendlich war bei der ganzen Arbeit unser Ziel, aus unseren Angeboten ihre zu machen, wo sie dahinter stehen. Der Titel wurde kurz vor der Premiere geboren. Krümel, dieses witzige und intelligente Mädchen sagte, das Ding heißt 'Peng'. Peng - es macht Peng, es ist wertfrei. Sie sind tatsächlich drei Tage vor der Premiere zu einer Penggruppe geworden, sie haben die Ver-

antwortung dafür übernommen. Es war für mich der entscheidende Erfolg, dass sie wirklich gesagt haben, wir ziehen das durch. Ihr braucht keine Angst zu haben, dass wir nicht kommen. Ich habe immer gesagt, ich bin solange ihr Anwalt, bis sie für sich selber einstehen. In dem Moment, wo sie die Verantwortung dafür übernehmen, kann ich loslassen.

Der Probenzeitraum war eine Überforderung für die Jugendlichen, insofern, dass drei Monate ein unüberschaubarer Zeitraum sind. Damit hatten wir nicht gerechnet. Nach eineinhalb Monaten hatte die Gruppe fast gewechselt und wir fingen wieder von vorne an. Wir haben gemerkt, der Zeitraum ist zu lang, die Fluktuation ist so hoch und die Unverbindlichkeit wird dadurch gesteigert. Wir wollten ja mit ihnen einen Kulturraum schaffen, der eine andere Verhaltensweise zumindest möglich macht.

Mein Fazit aus dieser Arbeit ist: längerfristig mit diesen Jugendlichen zu arbeiten macht Sinn. Wir haben uns beim ersten Projekt noch einmal pro Woche getroffen, wir haben im Grips-Theater nach einem halben Jahr noch eine Aufführung als allmählichen Abschluss gemacht. Das waren noch einmal vier, fünf Monate, sich wöchentlich zu sehen, so ein allmähliches Abnabeln. Trotzdem würde ich immer dafür plädieren, mit solchen Jugendlichen noch zwei, drei Jahre zu arbeiten, damit sie stabil werden und ins betreute Wohnen oder von da in eine eigene Wohnung gehen. Schulausbildung, das ist ja eigentlich das Zukunftsziel auch für sie selber, denn sie laufen sich ja

tot in dem Kreis, erschöpfen sich auf der Straße oder geraten wirklich in die Drogenwelt oder in die Prostitution, dass sie fast keinen Ausweg mehr finden.

Was mich sehr beschäftigt ist, wie bringe ich Negativerlebnisse auf die Bühne mit ihnen, wie kann ich sie übersetzen, damit auch eine Frage entsteht und nicht nur die platte Abbildung. Das zweite wäre, wie kann ich Geld vom Senat fordern, damit es nicht immer nur kleine Highlights sind. Es ist insofern ein niederschwelliges Projekt, weil es dabei bleibt, dass es einmal im Leben so etwas gibt und dann gehen sie wieder in ihr schlechtes Leben hinein.

Unser Partner war die Kontakt- und Beratungsstelle. Die hat einen Bus am Bahnhof Zoo, dreimal die Woche mit juristischer Beratung, medizinischer Betreuung, Essen, Trinken, Zusammensein. Wir haben die übrigen Tage als Probenstage genommen, so dass sie ganzwöchig ein Angebot hatten. Nach dem Projekt sind sie im Grunde genommen zurück in ihre betreuten Wohnungen oder haben betreute Wohnverhältnisse begonnen, haben Freundschaften geschlossen und sind weiterhin ihrer Wege gegangen, was ich sehr bedauere. Denn sie hatten viel Energie eingesetzt, um überhaupt auf neue Gedanken zu kommen, einen Ansatz zu entwickeln ihr Leben in andere Bahnen zu lenken.

Bei langfristigem Arbeiten würde ich am liebsten in Richtung Stadtschule gehen, weil sie alle Lernverweigerer sind. Und da eine Möglichkeit zu finden, mit kreativen Mitteln ein kontinu-

ierliches Angebot, einen Rahmen zu schaffen zu dem sie Vertrauen entwickeln, wo sie ihre Kumpels treffen und wo sie einen Weg herausfinden aus dem Loch. Baustein für Baustein müsste man das mal vordenken, wie das möglich wäre. Es gibt ja diese Stadtschule-Leute, denen es nicht in erster Linie um Wissensvermittlung geht, sondern um Vermittlung von sozialer Kompetenz. Das würde ich mit diesen kreativen Mitteln schon sehr förderlich finden.

Die Jugendlichen haben immer wieder formuliert, statt zum Zoo gehe ich hierher, das ist was Besseres. Da ist kein Freier, der mich anquatscht, hier wird mir keine Droge angeboten. Natürlich sind sie manchmal auch verschwunden um sich einen Druck zu besorgen, aber sie sind wiedergekommen. Dieses positive oder lebensförderliche Angebot haben sie sehr wohl begriffen als eine Chance für sich. Aber ich glaube nicht daran, dass ich in zwei Monaten jemanden so gefördert habe, dass der in sich stabil ist und sich selber hält. Die Frage wäre, was habe ich für ein Ziel. Ich kann auch sagen, o.k., ich hab zwei Monate mit ihnen gute Erfahrungen gemacht und vor allem sie haben eine gute Erfahrung, die kann ihnen keiner wegnehmen. Aber mal ehrlich: Ist das nicht Selbstbeweihräucherung?

Gemessen an dem, was sie am Bus geboten bekommen, stellt sich die Frage: Gewöhnen wir sie nicht an das Konsumentenverhalten? Sie kriegen Liebe, sie kriegen einen Apfel, sie kriegen medizinische Betreuung und sie kriegen eine Wohnung und sind letztendlich ein Teil der meckernden Bevölkerung, mehr nicht. Und das kann es ja

nicht sein. Also muss ich sie zu Produzenten machen, zu Gestaltern. Wenn ich das längerfristig betreibe, kann ich mir vorstellen, dass es irgendwann mal durchsickert zu ihrer Seele. Wer gar nicht will, der kommt sowieso nicht wieder, den rette ich auch nicht.

Wir haben gute räumliche Bedingungen in der Pumpe gehabt. Und wir haben das Projekt - natürlich hatten wir auch hohe Personalkosten - aus Spenden z.B. von den Frauen vom Lions-Club finanziert. D.h. ganzjährig ist das ohne staatliche Hilfe oder Förderung nicht zu schaffen, oder man muss jemand haben, der dieses Projekt wirklich total fördert.

Kontakt:

**JugendKulturZentrum Pumpe,
Helma Fehrmann, Lützowstr. 42,
10785 Berlin, Tel.: 030/264 848 30**

Hans Dönitz vom Theaterpädagogischen Zentrum DAS EI in Nürnberg stellt die Creative Aktion Melanchton-Platz (CAMP) vor:

Das Projekt steht in der Folge von zwei Projekten, die vorher stattgefunden haben, beide mit dem Ziel in einem benachteiligten Stadtteil mit benachteiligten Jugendlichen, mal mehr, mal weniger zu arbeiten und sich dabei auf den Stadtteil zu konzentrieren. Was daran neu ist: Vorher haben wir auf der Bühne Halt gemacht. Wir haben aufgeführt und es war ein großes Engagement da bei den Jugendlichen und bei den Zuschauern. Dann kam der Gedanke: Jetzt ist die Energie da, sind die Leute da, jetzt müsste man doch weitermachen!

Aber dann war das Geld weg, waren die Kulturpädagogen weg. Wir haben zwar noch Kontakt zu den Leuten in den Projekten, aber die Chance, einen konkreten Stadtteil wirklich materiell zu verändern, haben wir zweimal nicht nutzen können. Und da haben wir beim dritten Mal gedacht: die nutzen wir. Wir wollen das mal gezielt probieren. Das Viertel, das wir uns ausgesucht haben, ist im Moment in den Schlagzeilen. In Nürnberg sind gerade viele Arbeitsplätze bedroht, z.B. weil bei ADTRANS ein Betrieb geschlossen wird. Genau dieses Viertel ist vor allem betroffen. Es hat nicht die Gunst gehabt, dass es mühsam restauriert worden wäre, sondern es wird heute vornehm als ‚dichte Blockbebauung‘ beschrieben. Es ist die Nürnberger Südstadt, sie ist durch Enge, kaum Grün und ein unheimliches Verkehrsaufkommen belastet.

Für die Kinder gibt es auf dem Melanchtonplatz, wo wir gearbeitet haben, einen relativ guten Kinderspielplatz, der vor zehn Jahren errichtet worden ist vom Gartenbauamt. Für die Jugendlichen gab es bisher eigentlich nichts. Die traditionellen Sachen wie Kaufhäuser, die gibt es natürlich. Aber einen Ort, wo sie sich treffen können, gibt es nicht. Wir haben deshalb gefordert, da muss etwas passieren. Und haben gesprochen mit Leuten, mit dem Jugendamt, dass es so nicht weitergehen kann. Das kann man auch als Theaterpädagogin nicht einfach so beschließen, sondern da steht ja ein massiver Apparat von Bürokratie dahinter. Gerade für Jugendliche ist es wichtig Identifikationsmöglichkeiten zu haben, da sie sich zuhause bei ihren Eltern nur noch relativ wenig aufhalten, und viele

Sachen, die für ihre Identifikation wichtig sind, zuhause auch nicht stattfinden. D.h. sie brauchen Räume um sich identifizieren zu können. Sie nehmen das an, was ihnen angeboten wird. Wenn nur die Kaufhäuser angeboten werden, dann identifizieren sie sich in den Kaufhäusern oder in der U-Bahn oder woanders. Dabei fallen sie teilweise auch negativ auf. Deshalb haben wir gezielt gesagt, in der Südstadt muss etwas passieren.

Wir haben ziemlich lange gerungen. Wir haben auch ein bisschen Glück gehabt, dass die Verwaltung in Bewegung kam. Wir haben ein Konzept vorgelegt, das haben wir Skate genannt - Städtische Kompetenz aktivieren mit Theater - als Entwurf.

Ich habe zu diesem Projekt meinen Bruder angeheuert, der in Dortmund Raumplanung studiert und da u.a. mit den „Stadtkindern“ arbeitet, die in der BKJ auch bekannt sind und Raumplanungsarbeiten mit Kindern machen und zwar mit kreativen Methoden. Die „Stadtkinder“ haben überlegt, wie denken Kinder räumlich, und sie probieren z.B. durch Modellbau, durch alle möglichen Werkstätten, die Ideen von Kindern zu sammeln, um dann eine Planungsvorlage daraus zu machen für das Gartenbauamt, dass bspw. ein Spielplatz gebaut werden kann.

Wir wollten einfach mal zeigen, dass Jugendliche unheimliche Fähigkeiten haben. Es geht nicht so sehr darum ihnen etwas beizubringen, was sie noch nicht können, sondern es geht eigentlich nur darum, einen Rahmen zu finden, in dem sie diese Fähigkeiten mit den Leuten aus dem Gartenbauamt ins Gespräch bringen können.

Wie bei den „Stadtkindern“ ist ein

Baustein das Arbeiten mit Modellen. Die Jugendlichen gestalten mit Ton und Knete den Platz selbst. Das ist Maßstabs-Modellbau, wo vor allem die Techniker unter den Jugendlichen gefragt waren. Maßstabsgenauigkeit ist wichtig, damit ein Basketballkorb nicht zu hoch ausfällt im Vergleich zu den Bänken usw. Dann habe ich als Theaterpädagoge mit Repräsentationsräumen gearbeitet. Das sieht erstmal relativ normal aus. Zwei Jugendliche sitzen dort oben und diskutieren. Es ist aber so, dass die da in einer Rolle sind, die sie erst seit einer halben Stunde kennen, d.h. sie haben sich da noch nicht ganz eingefühlt aber schon ein bisschen. Das Konzept ist, dass sie relativ schnell reingehen und sich in dieser Rolle bewegen, in dem Raum, der gestaltet werden soll. Die Grundidee ist, deshalb heißt es Repräsentationsrolle, dass das nicht irgendwelche Rollen waren, sondern die schwierige Aufgabe für die Jugendlichen war, vier Rollen zu finden, die alle Jugendlichen aus dem Viertel, die diesen Platz nutzen oder nutzen wollen, abbilden. Wenn da jetzt vier Jungs kommen und sagen: „Hey, wir wollen jetzt voll die Skateanlage bauen“, dann haben wir gesagt, o.k., du hast hier die Enda, die Leseratte aus der Realschule, und du hast den Jan, der die Schule schwänzt und am Nachmittag mit den kleinen Kindern Fahrräder repariert usw. Wir haben im Laufe der Zeit vier Rollen entwickelt, die ein relativ breites Spektrum an Interessen abbilden. Wir wollten Verhaltens-Vorschläge sammeln mit diesen Rollen.

Was wir noch nicht hatten war: wie können wir jetzt in Echtgröße diese Ideen testen, wie können wir diesen

Platz so aufbauen wie auf dem Modell und die Rollen da reinschicken und die dann ausprobieren lassen, passt das so? Wenn sie z.B. ihre Raucher- und Gammecke haben, kann man da auch noch in Ruhe drin lesen? Solche Fragen dann nicht nur diskutieren zu müssen, sondern spielerisch ausprobieren zu können.

Wir haben also eine Lesehöhle. Nach einem Vorschlag ist Enda in der Lesehöhle. Daneben haben wir einfach eine Skate-Anlage eingerichtet. Wir haben die Jugendlichen skaten lassen neben der Lesehöhle, das war richtig laut. Die Jugendlichen konnten selber erfahren, dass es da richtig kräftig abgeht und dann soll die dabei lesen. Solche Konflikte konnten wir mit diesen Mitteln begreiflich machen.

Ein Testmodell ist im Prinzip - da haben wir uns vom Bauhaus beraten und sponsern lassen - eine Lattenkonstruktion, ähnlich wie Fischertechnik, bloß mit zwei Meter langen Latten, die man zollstockmäßig auseinander ziehen und zusammenschrauben konnte. Dann konnte man mit Umzugskartons und Kirchentagshockern Ebenen bauen, auf denen man rumlaufen konnte und die dann mit Planen verkleidet wurden. Das sollte möglichst schnell und flexibel sein. Diese Methode haben wir den Ämtern vorgeschlagen, und nach mühsamen internen Abstimmungsprozessen haben sie den Melanchtonplatz zur Verfügung gestellt.

Das Projekt hatte vier Phasen. Angefangen hat es in der Hauptschule mit Unterrichtseinheiten, die die Lehrer durchgeführt haben. Da war das Bild vom Schulhaus, zu dem eine Unterrichtseinheit stattgefunden hat, die Ge-

schichte von dem Platz, dann Sozialkunde mit der Bedeutung von Plätzen. Das haben die sich zugetraut. Wir haben diese Unterrichtseinheiten mit den Lehrern zusammen entwickelt. Es gab auch eine Kunstseinheit, wo sie den Platz ausgemalt haben mit eigenen Ideen und sie haben einen Aufsatz geschrieben. Die Jugendlichen wurden in der Schule im Rahmen des Unterrichts auf das Projekt vorbereitet.

In einem zweiten Schritt haben wir auf dem Platz ein riesiges Zelt aufgebaut, in dem ganz viel Material war und wo die Klassen einen Tag mit uns CAMP - Creative Aktion Melanchtonplatz - gemacht haben. Da haben sie die drei Methoden kennen gelernt. Jede Klasse hat vier Rollen entwickelt und sie haben am Schluss als Klasse einen eigenen Entwurf abgeliefert und gelernt, ihn den anderen zu präsentieren.

Danach sollte eine Kernphase kommen, in der interessierte Jugendliche aus den verschulten Einheiten wiederkommen und nachmittags zusammen mit Jugendlichen vom Platz, die sich mittlerweile für das Projekt interessiert haben, weiterarbeiten.

Vierte Stufe: Die Vorschläge der fünf Klassen konnte man mit Fototafeln nebeneinander stellen. Man konnte sagen, hier Leute, das sind fünf Vorschläge, das muss jetzt eins werden.

In der Abschlussphase sollte das dann an die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Leute von den Ämtern sollten kommen und man kommt mit ihnen ins Gespräch darüber, wie das umgesetzt werden soll.

Die Probephase auf dem Platz ist teilweise weggeregnet worden. Wir mussten dann im Zelt arbeiten und haben den ganzen Bereich mit den Festmodel-

len vergessen können. Die Arbeit ging trotzdem weiter. Es wurde erst einmal geknetet von Jugendlichen. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Die Jungs, die uns zuerst mit richtig großer Fresse begrüßten, sind teilweise trotz Regens gekommen, um im Zelt bei widrigsten Bedingungen mit farbiger Knete zu bauen.

Auch das Theater ist ein wenig weggebrochen. Wir haben dann, der Regen wurde etwas weniger, ganz massiv und gezielt Jugendliche von dem Platz anzusprechen versucht. Das ging nur, weil wir mit dem Zelt schon drei Wochen dort gestanden haben. Wir haben im Zelt auch übernachtet, sonst wären wir vielleicht irgendwann am Morgen wiedergekommen, und die Modelle wären zerstört gewesen. Das wollten wir auf alle Fälle verhindern. Das war für die Jugendlichen in der ersten Zeit etwas komisch, aber nach einer Weile haben sie dann angefangen sich mit uns auseinanderzusetzen. Wir haben sehr schnell erkannt, dass auf dem Platz eine bestimmte Struktur ist und wir konnten relativ gezielt zwei, drei Jugendliche ansprechen und hatten drei, vier Tage vor dieser Abschlusspräsentation auf einmal wieder 10-15 Jugendliche, die intensiv an der Präsentation gearbeitet haben.

Das Projekt wurde quasi 5 vor 12 doch noch zum Erfolg. Es wäre wirklich ein Misserfolg gewesen, wenn wir keinen Planungsvorschlag gemacht hätten. Das war vorher abgesprochen, es gab einen Vertrag mit der Stadt, das ist ein Planungsvorhaben, genauso wie es ein kulturpädagogisches Projekt ist. Es ist aber nicht so wie es bei kulturpädagogischen Projekten der Fall ist, dass

man sagen kann, irgendwas wird schon auf die Bühne kommen, sondern es war ganz klar, dass sich bei der Abschlusspräsentation entscheiden würde, ob das eine Planungsvorlage ist oder ob die Leute vom Amt hergehen, das auseinandernehmen und eine völlig neue Planung machen müssen.

Diese Planungsvorlage ist entstanden und war sehr interessant. Es gab auch neue Ideen für einen Jugendlichen-Raum, z.B. einen Breakepalast einzurichten.

So eine Umsetzung kostet natürlich viel Geld, viel mehr als so ein kulturpädagogisches Planungsprojekt. Für einen Platz von ungefähr 800 m² Größe braucht man ungefähr 150.000 bis 300.000 Mark. Man glaubt gar nicht, wie teuer das ist, allein wegen der vielen Auflagen, gerade wenn die Pläne ein bisschen von der Norm abweichen und es nicht einfach nur Parkbänke sind.

Pünktlich zur Abschlusspräsentation brachte der Leiter des Gartenbauamts quasi das erste Geschenk mit, womit dann die Anderen in Handlungsdruck kamen auch ihren Fuffie auf den Tisch zu legen. Damit ist dann eine sehr positive Entwicklung in Gang gekommen, die auch noch nicht abgerissen ist, weil im nächsten Sommer die Umsetzung stattfindet auf dem Platz. Im Januar wird der endgültige Entwurf in der Schule präsentiert und dann noch mal mit den Jugendlichen diskutiert vom Gartenbauamt aus. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch bei der Umsetzung einige Jugendliche dabei sein werden, allerdings in einem sehr begrenzten Rahmen. Denn wenn ein Jugendlicher etwas baut, was zusammenbricht, ist das nicht versichert. Das kann die

Stadt nicht machen, weil es da Probleme gibt. Aber es ist von den Ämtern ganz klar der Wille da, sie wollen es versuchen. Auch die Jugendlichen haben ganz klar gesagt, sie wollen.

Kontakt:

**Theaterpädagogisches Zentrum DAS EI
Hans Dönitz, Hochstr. 31 RG
90429 München, Tel.: 0911/26 53 24**

„Politik geht mir cool am Arsch vorbei...“ – Voraussetzungen, Schwierigkeiten, Angebote politischer Bildung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Gemeinsame Initiative der Träger der politischen Jugendbildung (GEMINI)

Chancen, Grenzen und Rahmenbedingungen politischer Jugendbildung mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen

Peter Ogrzall

Heute vormittag ist eine Reihe von Beispielen präsentiert worden und es werden später weitere folgen, in denen die politische Jugendbildung deutlich macht, dass sie eine Vielzahl von Arbeitsansätzen in sozialen Brennpunkten und mit benachteiligten Jugendlichen entwickelt hat. Gleichzeitig ist es ein offenes Geheimnis, dass der politischen Jugendbildung, gerade wenn es um die Arbeit in diesen Problemgebieten bzw. mit diesen Zielgruppen geht, eine eher untergeordnete Rolle zugewiesen wird. Vielfach wird ihre Sinnhaftigkeit und vor allem ihre Wirksamkeit gänzlich bestritten. Diese Aussage wird vor allem auf die hier zur Diskussion stehenden Jugendlichen bezogen. Von denen heißt es, sie sind von politischer Bildung ohnehin nicht erreichbar. Als Begründung für solche Einschätzungen werden dabei vor allem

zwei Punkte genannt bzw. unausgesprochen unterstellt: Zum einen wird darauf hingewiesen, dass die politische Bildung krankt an der Kluft zwischen dem von ihr behaupteten gesellschaftlichen Bedarf an politischer Bildung und den von den Jugendlichen selbst formulierten realen Bedürfnissen nach politischer Bildung. Oder in einer sich immer mehr durchsetzenden Sprache formuliert, es wird darauf verwiesen, dass die Nachfrage nach dem Produkt politische Jugendbildung am Markt nur schwer erkennbar ist.

Auf der anderen Seite wird z.B. von Zuwendungsgebern immer wieder der Eindruck artikuliert, dass in der politischen Bildung viel von Demokratie, gesellschaftlicher Partizipation usw. gerechnet wird, dies aber nur mit handverlesenen eher privilegierten Jugendlichen möglich sei. Während mit den so genannten benachteiligten Jugendlichen unter der Überschrift politische Bildung in der Regel sozialpädagogische Beziehungsarbeit und klassische Sozialarbeit geleistet wird, die so oder

ähnlich auch in vielen anderen Bereichen stattfindet. Und dann könne man doch besser gleich das Original fördern.

In einer Zeit, in der vieles unter dem Stichwort Produkt betrachtet wird, und zwar in Richtung deutlich unterscheidbares Produkt, ist Verschwommenheit tödlich, weil sehr schnell der Eindruck des Überflüssigen entsteht.

Ich will im Folgenden daher nicht weitere praktische Beispiele beschreiben, sondern vielmehr den Versuch unternehmen, vor dem Hintergrund dieser weit verbreiteten Einschätzungen, einiges zu den Chancen und Grenzen und damit auch zur Wertigkeit politischer Bildung für die hier genannte Zielgruppe zu sagen; gleichzeitig aber auch zum zentralen Inhalt politischer Bildung in Überschneidung, aber auch in Abgrenzung zu anderen Arbeitsbereichen. Die Hoffnung dabei ist, dass so ein Rahmen entsteht, der eine Einordnung und auch Bewertung der vielen Beispiele aus der praktischen Arbeit ermöglicht.

Zuerst einige wenige und daher zwangsläufig auch verallgemeinernde Sätze über die Rahmenbedingungen, mit denen sowohl die Jugendlichen als auch wir in unserer Arbeit zu tun haben. Wir befinden uns in einer Gesellschaft, die sich grundlegend wandelt, in der das gesamte traditionelle Gefüge auseinander bricht und Fragen aufgeworfen werden, auf die niemand eine Antwort hat, vielfach auch keine Antwort haben kann, auch nicht die gewählten politisch Verantwortlichen. Die Begriffe, die für diese Entwicklung

im Umlauf sind, heißen:

- vielschichtige Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen
- Auflösung sozialer Milieus
- vielfältige Erosions- und Spaltungsprozesse.

Je nach Sichtweise ist die Rede von:

- Risiko-, Erlebnis- und Zivilgesellschaft
- Bürger-, Dienstleistungs- oder Mediengesellschaft.

Über die Ursache ist man sich weitgehend einig: Sie heißt allumfassende Globalisierung.

Das entscheidende Merkmal all dieser unterschiedlichen Entwicklungen ist wohl, dass das Individuum sie weit mehr als früher selbst miteinander verbinden muss, d.h. durch eigenes Handeln in die Biografie hereinholen muss und damit natürlich auch direkt für die Ergebnisse verantwortlich ist. Folgt man z.B. Ulrich Beck in seiner ‚Risikogesellschaft‘, dann besteht die Reaktion großer Teile der Politik vielfach in einer Ästhetisierung von Politik, in der es immer weniger um die Bearbeitung realer Probleme geht und immer mehr um ihre publizistische Bewältigung. Der Grundton politischer Äußerungen klingt manchmal, als wolle man weniger politisch gestalten, als den WählerInnen den Spaß nicht verderben. Die zunehmende Komplexität von Entwicklungen und die gleichzeitig abnehmende Fähigkeit von PolitikerInnen, befriedigende Lösungsansätze zu entwickeln, die über den nächsten Wahltermin hinausreichen, hat dabei gerade auch bei vielen Jugendlichen zu einem tiefen Misstrauen gegenüber der herrschenden Politik geführt.

Und die Jugendlichen sind natürlich von diesen Entwicklungen am meisten betroffen, geht es doch um nicht weniger als ihre Zukunft. Im 9. Jugendbericht heißt es dazu:

„Worum es ihrer Meinung nach in der Politik geht, machen die Jugendlichen mit überwältigender Übereinstimmung deutlich: Um Geld und um Betrug.

85% der Jugendlichen in den neuen und 82% der Jugendlichen in den alten Bundesländern stimmen dem Statement ‚in der Politik dreht sich doch alles nur um Geld‘ zu, während sich 85% der Jugendlichen in den neuen und 81% der Jugendlichen in den alten Bundesländern von den Politikern betrogen fühlen.“

Diese deprimierenden Ergebnisse dürfen sich durch die Entwicklungen und Schlagzeilen der letzten Wochen von Hombach bis Stoiber, von Glogowski bis Kohl kaum positiv verändert haben. Hier wird u.a. durch unverantwortlichen Umgang mit demokratischen Grundprinzipien ein Klima geschaffen, das die Herausbildung von Politikferne, Politikverdrossenheit und politischer Apathie fördert. Innerhalb weniger Tage werden hier Ansätze kaputt gemacht, für deren Aufbau viele Arbeitsbereiche der Jugendarbeit lange Zeit benötigt haben. Es grenzt doch im Grunde an Zynismus, wenn in einer solchen Situation anschließend politische BildnerInnen aufgefordert werden, Jugendliche zu tolerantem Verhalten, zur Achtung demokratischer Prinzipien und zur Partizipation an demokratischen Prozessen zu motivieren.

In vielen Debatten der politischen und auch wissenschaftlichen Öffentlichkeit wird ein Verhalten vieler Jugendlicher,

das die offizielle Politik in der beschriebenen Weise betrachtet, jetzt gegen die Jugendlichen gewendet, indem man Klage führt über das nachlassende politische Interesse bei Jugendlichen. Und zwar gerade auch bei den hier zur Diskussion stehenden Jugendlichen.

Dabei werden mehrere Sachen deutlich:

Einerseits erweist sich die Jugend schon immer als ein ausgezeichnete Gegenstand, um gesellschaftliche Probleme und Risiken zu transportieren. Es fällt auf, in welchem starkem Maße Hoffnungen und Ängste auf diese Generation projiziert werden. Geraten dem einen die Jugendlichen zur Metapher für die tiefe soziale Krise und den Verfall der Werte, so sehen andere in ihnen ihre Hoffnungen auf eine bessere gesellschaftliche Zukunft verwirklicht. Dabei liegt eine gewisse Ironie darin, dass die pessimistischen Stimmen am stärksten aus dem Bereich der Erziehung und Bildung zu vernehmen sind, während die Hoffnungen am offensivsten von den Vertretern der Kultur- und Freizeitindustrie und der Banken geäußert werden. Gleichwohl muss man nicht besonders pessimistisch sein um festzustellen, dass das Engagement Jugendlicher in Parteien, Verbänden, selbst Sportvereinen und Jugendverbänden nachlässt, die Wahlbeteiligung der ErstwählerInnen dramatische Minusrekorde aufstellt und das Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, und zwar aller Parteien, wächst.

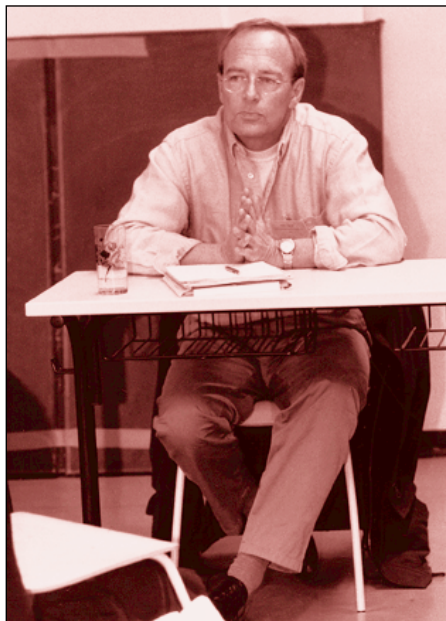
Vergleichen wir die Politik mit anderen Lebensbereichen, so zeigt sich, dass Politik oder vielleicht besser, das was

die Jugendlichen darunter verstehen, für sie selbst die geringste Bedeutung in ihrem Lebenszusammenhang hat. Das gilt für Ost und West gleichermaßen, obwohl klar ist, dass die Betrachtungsweise von Politik in den neuen Bundesländern zusätzlich natürlich noch aus völlig anderen Erfahrungen resultiert.

Das heißt auch, ein immer größer werdender Teil von Jugendlichen verweigert die Beteiligung bei der Regelung öffentlicher Angelegenheiten im Rahmen traditioneller Organisationsformen. Aber nur ein kleiner Teil bringt dies in spektakulärer Weise zum Ausdruck. Die überwiegende Mehrheit zieht sich einfach zurück, taucht unter und verschwindet aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung, da sie in keiner Weise besondere „Auffälligkeiten“ zeigt und sich „normal“ verhält.

Die in Berlin vor einem Jahr durchgeführte so genannte Mertens-Studie nennt hier ein Zahlenverhältnis von 90:10, d.h. 10% der Jugendlichen gelten als „Auffällige“ und diese leben vielfach in den Gebieten, sog. sozialen Brennpunkten, die den Hintergrund auch für das hier zur Diskussion stehende E&C-Programm bilden. Diese Sichtweise vieler Jugendlicher auf Politik und auch die damit gemachten Erfahrungen wirken sich natürlich auch auf die Bewertung der politischen Bildung durch ihre potenziellen NutzerInnen aus. Dies ist ein Grund dafür, warum die politische Bildung an direkter mangelnder Nachfrage krankt, d.h. politische Jugendbildung spielt für die Jugendlichen eine eher untergeordnete Rolle, wenn man darunter die sicht-

bare, sich selbst artikulierende Nachfrage Jugendlicher nach politischer Bildung versteht. Obwohl wir uns da durchaus in prominenter Gesellschaft befinden, denn die direkte Nachfrage nach Schule dürfte etwa genauso hoch



sein. Ganz so einfach scheint der Hinweis, die Angebote sollen sich an der Nachfrage orientieren, also offensichtlich nicht zu sein.

Der zweite zu Beginn angesprochene Punkt ist der speziell von Zuwendungsgebern und teilweise auch anderen Arbeitsbereichen der Jugendarbeit formulierte Einwand: Die Übergänge zu kultureller Bildung, zu beruflicher Qualifikation, vor allem aber zu Angeboten der Sozialpädagogik erscheinen als völlig fließend. Eine spezifische Aufgabenstellung der politischen Bildung ist vielfach nicht erkennbar. Und das gerade auch bezogen auf die hier zur

Diskussion stehende Zielgruppe von Jugendlichen in besonders belasteten Wohngebieten. Kritisch angemerkt und hinterfragt wird, dass in Veranstaltungen der politischen Bildung, an denen benachteiligte Jugendliche teilnehmen, häufig pädagogische Aufgaben in den Vordergrund treten, die scheinbar nicht vorrangig Aufgaben der politischen Bildung sind. Also im Klartext „lediglich Sozialarbeit“ stattfindet.

Meines Erachtens haben wir in der politischen Jugendbildung Tätigen viel zu dieser Situation beigetragen, einer Situation, in der uns jetzt Bilder vorgehalten werden, an deren Zustandekommen wir z.B. durch unklare Beschreibungen und überzogene Selbstdarstellungen selbst mitgewirkt haben. Wir haben das eine oder andere Mal wohl mehr versprochen als zu halten war. Und wir haben vor allem zu lange unterstellt, dass die Unabdingbarkeit politischer Bildung doch eigentlich jedem klar sein müsste. Aber genau dieser Konsens existiert gesellschaftlich so nicht mehr und damit stimmt auch der Satz „Demokratie braucht politische Bildung“ nicht mehr per se. Denn er stimmt natürlich nur, wenn wir eine aktive mitzugestaltende Form von Demokratie meinen. Daher ist es notwendig, genauer als bisher eine Beschreibung und Präzisierung des Politischen in der politischen Bildung, gerade bezogen in Bezug auf diese Zielgruppe, zu formulieren. Nur so ist die Notwendigkeit und Existenzberechtigung politischer Jugendbildung langfristig begründbar.

Die Eckpunkte einer solchen Präzisierung sind dabei m.E.:

1. Politische Bildung ist ein übergrei-

fendes Prinzip, das basiert auf der Vorstellung des lebenslangen Lernens, das zur Persönlichkeitsentfaltung des Einzelnen führen, und zum aktiven Mitgestalten der Gesellschaft beitragen soll.

2. Politische Jugendbildung hat Angebote zu machen, in denen es insbesondere um die Bearbeitung der politischen und gesellschaftspolitischen Anteile an insgesamt sehr komplexen Problemstellungen geht. Es gehört zum Anspruch politischer Bildung, dass sie zwar die individuelle Situation der Teilnehmenden einbezieht, jedoch nicht auf dieser Ebene verharret, sondern vorrangig die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in den Blick nimmt.

3. Solche Ansätze, die ausschließlich im Alltag verhaftet bleiben, haben dann den Begriff politische Bildung nicht verdient, wenn sie die grundlegenden Fragen nach der demokratischen Regelung öffentlicher Angelegenheiten ausschließlich aus der subjektiven Sicht der Betroffenen heraus wahrnehmen.

4. Politische Bildung muss sich sowohl von ihren inhaltlichen Bestimmungen, als auch von den Methoden her anderen Bereichen öffnen. Es ist klar, dass Überschneidungen zu anderen Bereichen nicht nur fast unvermeidlich sind, sondern auch notwendig und gewünscht.

Folgt man diesen Punkten, so ergeben sich daraus einerseits durchaus handhabbare Kriterien zur Beschreibung der inhaltlichen Spezifika politischer Bildungsarbeit in den jeweils durchgeführten Angeboten. D.h. auch, es können Maßstäbe entwickelt werden, die eine Unterscheidbarkeit von anderen

Angeboten der Jugendarbeit erleichtern. Andererseits wird natürlich an dieser Stelle auch überaus deutlich, dass die Segmentierung in verschiedene Arbeitsfelder weniger auf einer inneren sachlichen Notwendigkeit beruht, sondern vielmehr traditionellen Förderstrukturen geschuldet ist.

Wenn alle Angebote der Jugendarbeit entsprechend dem gesetzlichen Auftrag an den Interessen junger Menschen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden sollen und sie zur Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Mitverantwortung und sozialem Engagement befähigen soll, dann beinhalten alle Angebote der Jugendarbeit immer auch einen Anteil zur politischen Jugendbildung. Das heißt aber nicht, dass damit das Aufgeben eines jeweils eigenständigen Auftrages verbunden ist, sondern im Gegenteil, das Spezifische zu beschreiben ist. Das Spezifische der politischen Jugendbildung liegt dabei weniger in den Methoden, sondern vor allem in ihrem Auftrag.

Der Auftrag politischer Jugendbildung heißt: Jugendliche zur Einmischung in politische Prozesse zu befähigen. Damit aber ist eine Handlungsorientierung untrennbarer Bestandteil des Bildungsprozesses. Handlungsorientierung meint in diesem Zusammenhang mehr als die Vermittlung von operationalem Wissen z.B. über Wahlverfahren usw. Sie ist undenkbar, wenn sie nicht die Motivation, Ermutigung, Befähigung und Unterstützung der Teilnehmenden mit einbezieht. Eine solche Persönlichkeitsbildung wird von allen in der politischen Jugendarbeit Tätigen

geradezu als Grundlagenarbeit dargestellt, um darauf aufbauend weitere Ziele der politischen Bildung angehen zu können. Wo nicht Persönlichkeit entwickelt wird, findet auch keine politische Bildung statt. Oder: Zu politischer Handlung zu befähigen, setzt geradezu Persönlichkeitsbildung voraus.

Wenn bei der Präzisierung der Beschreibung politischer Bildung einer der zentralen Punkte die Handlungsorientierung ist, dann muss die politische Jugendbildung die Frage nach den Handlungsfeldern, auf die sie sich bezieht, beantworten. Die Notwendigkeit solcher Handlungsfelder beschreibt der 9. Jugendbericht:

„Demokratie ist nicht allein durch Lernen zu erfahren, sondern bedarf der Einübung und Erfahrung im alltäglichen Leben. Ohne eigene Erfahrungen der Macht und Ohnmacht, der Mehrheits- und Minderheitsposition, der Verantwortung und der Bindung, d.h. ohne das Erleben von individuellen und kollektiven Aushandlungsprozessen können demokratische Verfahrensweisen keine kognitive und emotionale Akzeptanz finden.“

Stellt sich die Frage: Was kann politische Jugendbildung bei den bekannten Rahmenbedingungen, die für diese Jugendlichen häufig heißen: fehlende qualifizierte Schulabschlüsse, fehlende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, schlechte soziale Infrastruktur, zunehmende Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen usw., überhaupt leisten? Wie ist die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Engagements deutlich zu machen und damit der alltäglichen Realität entgegenzutreten, in der

gerade diese Jugendlichen permanent vorgeführt bekommen, dass sie und ihre Fähigkeiten nutzlos sind, gesellschaftlich nicht gebraucht werden und sie daher öffentlich immer nur als „Störfaktor“ und „Problemgruppe“ wahrgenommen werden? Die präsentierten Praxisbeispiele haben diese Frage, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, beantwortet. Wir haben gesehen, die möglichen Handlungsfelder liegen nicht primär auf der Ebene der großen Politik. Denn die anfangs beschriebene Politikmüdigkeit und das Desinteresse finden sich überwiegend dort, wo die direkten Auswirkungen auf den eigenen Lebensbereich nicht erkennbar sind, man selbst nicht einbezogen wird und auch keine Möglichkeit sieht, sich einzubringen oder gar durchzusetzen. Jugendliche können eine politische Handlungskompetenz nur entwickeln, wenn sie erkennen und übersehen können, was in welchem Rahmen geht und was nicht.

Politische Bildung fragt nach der Sicht von Jugendlichen und nach deren Perspektive, um sie für die Herausforderungen zu motivieren und zu mobilisieren, die im Zentrum ihrer Lebensführung und der alltäglichen Lebenswelt präsent sind. D.h. es geht z.B. durch biografische Arbeit darum, Jugendliche zu befähigen, die bestehenden Ambivalenzen nicht nur auszuhalten, sondern Fähigkeiten zum Aushandeln zu vermitteln und damit Lebenschancen und -perspektiven zu verbessern. Damit zielt politische Bildung auf das politische Handeln der Jugendlichen, will sie befähigen und unterstützen, ihre Positionen auf unterschiedliche Weise in den politischen

Meinungsbildungsprozess oder in der Praxis einzubringen. Die Ansatzpunkte und auch Formen für eine solche Arbeit sind dabei so unterschiedlich wie die jeweiligen konkreten Lebensbedingungen. Der Bezugsrahmen kann das Jugendzentrum sein, der Stadtteil, die Schule, der Jugendverband usw.

Und die präsentierten Beispiele zeigen ein Weiteres: Neben der direkten Arbeit im Lebensumfeld der Jugendlichen kommt auch der Arbeit in Bildungsstätten, d.h. unter Internatsbedingungen, gerade bei diesen Zielgruppen eine herausragende Bedeutung zu. Hier besteht bewusst außerhalb und isoliert vom Lebensalltag der Jugendlichen ein Spiel-, Experimentier- und Fantasieraum, in dem nicht jede gefundene Lösung gleich durch den Druck des Alltags schon im Ansatz erstickt wird. Und gerade auch bei diesen Zielgruppen kaum zu überschätzen: Bildungsarbeit unter Internatsbedingungen heißt auch, eine Woche zusammenleben, Unterschiedlichkeiten und Andersartigkeiten erleben und damit umgehen müssen, Regeln einhalten usw. Dies sind bei allen alltäglichen Schwierigkeiten die Möglichkeiten und Chancen politischer Jugendbildungsarbeit.

Sie ist überfordert, wenn sie es mit Jugendlichen zu tun hat, die sich aufgrund mehr oder weniger bewusster Entscheidungen von jeglicher Form gesellschaftlicher Beteiligung verabschiedet haben. Sie ist in der Regel wohl auch überfordert, wenn sie es beispielsweise mit Jugendlichen zu tun hat, die über ein ideologisch verfestigtes rechtsextremes Weltbild verfügen.

Politische Bildung ist

- keine gesellschaftspolitische Feuerwehr
- keine Umerziehungsmaßnahme mit Sofortgarantie
- keine Zauberwerkstatt zur Blitzvermittlung neuer Werte
- kein Umformungsprogramm für jugendliche Abweichter.

Sie setzt eher auf mittel- und langfristige Lern- und Veränderungsprozesse, lässt Raum für neue An- und Einsichten, für Umwege, sie hilft, Einstellungen und Orientierungen zu vermitteln und Auseinandersetzungsprozesse zu initiieren.

Staatssekretär Haupt vom Jugendministerium hat bei einem anderen Forum zur Zielsetzung des E&C-Programms erklärt:

„Wir können es uns weder erlauben noch können wir es moralisch und politisch verantworten, dass Menschen in unserer Gesellschaft in Verhältnissen leben und aufwachsen, die ihnen keine Zukunftsperspektiven eröffnen und sie politisch auszugrenzen drohen.“

Wir sollten ihn beim Wort nehmen und die ausreichende Berücksichtigung, d.h. Beteiligung und Finanzierung der politischen Jugendbildung im Rahmen dieses Programms, einfordern und zwar nicht in Abgrenzung zu anderen Angeboten, sondern in Kooperation, natürlich unter Beibehaltung unserer spezifischen Aufgabenstellung. Nur so können die unterschiedlichen Arbeitsbereiche sich ergänzen.

Wir müssen allerdings auch immer wieder darauf hinweisen, dass die ver-

stärkte Förderung von Maßnahmen in sozialen Brennpunkten richtig ist, dass sie aber nicht zu Lasten anderer Angebote der Jugendhilfe gehen darf. So unverzichtbar Programme für so genannte Benachteiligte sind, so wichtig sind auch Angebote für die so genannte normalen Jugendlichen, die keine besonderen Auffälligkeiten zeigen, sich vielfach abwenden und einfach untertauchen. Politische Jugendbildung ist eine kontinuierliche Daueraufgabe mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Kultur und ihre Zielgruppe sind daher potentiell alle Jugendlichen.

Aus der Diskussion:

Projekt von Arbeit und Leben, Halle:

„Ich bin in der Medienkommunikationsklasse seit eineinhalb Jahren und ich werde etwas sagen zu dem Film, den wir seit September erarbeiten. Wir haben uns bereit erklärt an diesem Film, der schon seit zwei Jahren bearbeitet wird, weiterzuarbeiten. Wir haben am Anfang versucht, das vorhandene Konzept mit dem Rechts- und Linksradikalismus aufzugreifen. Uns war es sehr wichtig mit Kindern und Jugendlichen direkt in Kontakt zu kommen und auch mit Sozialarbeitern und mit Streetworkern, mit Leuten, die im Jugendknast arbeiten usw. Wir haben in den zwei Monaten unserer Arbeit festgestellt, die Kinder interessiert nicht die Bohne, was rechts und links betrifft. Die Zielgruppe, die sich den Film ansehen soll, liegt bei 14 bis 18 Jahren und da gibt es vielleicht 20%, die sich wirklich mit dem Thema auseinandersetzen.

Dann haben wir überlegt, was interes-

siert die Kids heutzutage? Wo liegen deren Interessen, was haben sie für Wutgefühle, wovor haben sie Angst, wo liegen die Hoffnungen, haben sie überhaupt Hoffnungen und Zukunft? Wir haben Interviews gemacht mit den Kids und sie gefragt, was sie wütend macht und haben dadurch unsere Idee verändert. Der Film soll so aussehen, dass wir eine Eingangsszene haben von einer scheinbar heilen Welt, etwa ein Junge, der friedlich spielt. Dann einen Schnitt zu machen und ein aktuelles Geschehen hineinzubringen mit Überschriften aus Zeitungen, ein paar Realitäten, die jetzt so passieren, was Jugendliche interessiert, was Jugendliche konkret für Wut herauslassen, das wollen wir darstellen. Und dann sollen kurz unkommentierte Aussagen von Jugendlichen stehen bleiben, die wir aus Interviews bekommen haben, z.B.: mir macht es Spaß, jemand in die Fresse zu hauen, das finde ich cool, da stehe ich drauf. Das wollen wir einfach so stehen lassen, weil Jugendliche es uns so sagen. Da wollen wir nicht sagen: so geht das nicht, das kannst du nicht so machen.

Dann wollen wir eine Kurzbeschreibung zum Thema Wut machen, wo z.B. ein Polizeipsychologe spricht oder ein Theaterpädagoge. Wir arbeiten auch sehr viel mit Theaterpädagogen in Halle zusammen, weil die ein Anti-Gewalt-Konzept haben in diesem Jahr.

Dann wollen wir zum Hauptteil übergehen, der mit Interviews mit den Kindern eingeleitet wird, aus denen wir uns drei Themen herausuchen. Diese Themen stehen noch nicht fest. Dann werden Interviews mit den Kindern gezeigt. Das wären dann Fragen wie: Was macht Dich wütend, hast Du überhaupt

Wut und wie gehst Du damit um? Versuchst du zu reden oder benutzt du gleich Gewalt, um zu zeigen, dass du den anderen doof findest? Da kommen die Aussagen von den Jugendlichen und immer zwischen diesen Themen fragen wir zu den Problemen der Jugendlichen Psychologen, Sozialarbeiter, Schauspieler, Erwachsene, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben und uns sagen können, warum reagiert ein Kind, ein Jugendlicher so und so, warum lernen die in unserer Gesellschaft nicht damit umzugehen, warum sagt man den Kindern nicht, ihr dürft nicht auf Vögel schießen?

Als abschließenden Teil wollen wir dann eine Aussage stehen lassen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass eine ältere Frau oder ein Politiker sagen, früher war sowieso alles besser, die Jugend heute, na ja. Also so ein Angriffspunkt, dass die Jugend, die sich den Film anguckt, sagt, na ihr habt doch 'ne Macke, so ist es ja nun wirklich nicht und ein bisschen nach dem Film diskutieren. Wir wollen die Jugendlichen schon zum Denken anregen.“

„Wo wird der Film vorgeführt, in Schulklassen und an anderen Stellen?“

„Vorgesehen ist, dass kein Kommerz mit dem Film gemacht wird, dass er an Schulen gegeben werden kann, dass die Schüler sich den Film im Unterricht ansehen, dass er an die Universitäten und an Bildungseinrichtungen kommt, wo auch Sozialarbeiter sich den Film ansehen können, weil da direkt was mit den Kindern passiert und nicht nur über die Kinder geredet wird.“

„Ich könnte diesen Film dann z.B. auch bestellen für ein Seminar oder so?“

„Ja. Der Film soll in Halle im ISA-Institut stehen. Das ist ein Institut, wo Lehrer hingehen und sich Filme ausleihen können. Der Film wird auch bei uns liegen. Wir wollen, dass er zur Verfügung gestellt wird. Es wurde auch der offene Kanal angedacht oder auch der Kinderkanal, soweit sie anfragen. Arte haben wir schon mal gefragt. Die wollen nicht, weil sie ihre eigenen Filme produzieren wollen.

Wir haben gerade gesagt, dass wir den Linksradikalismus nicht thematisieren wollen, weil die Kinder etwas total Anderes interessiert. Wir hatten zuerst vor Rechts und Links zu thematisieren. Also ich bin 21 und als ich im Alter der Kids war, da stand es noch auf der Tagesordnung - aber heute interessieren sie sich dann doch mehr für die andere, eher unpolitische Gewalt, deswegen beziehen wir uns nicht mehr ausdrücklich darauf.

Die Band, die in dem Film mitmacht, ist uns mittlerweile so wichtig geworden, weil die wirklich politisch was zu sagen haben. Sie sind wirklich links-extrem. Die haben sich früher auf der Straße geprügelt. Und da können die Kids sehen, dass sie auch was zu sagen haben. Die Band ist auch im Film, weil wir zeigen wollen, dass die Leute ihre Wut auch anders rauslassen können, z.B. indem sie Lieder spielen und sich Texte ausdenken und so mit ihrer Wut und ihrer Aggression umgehen. Sie bringen Sachen so richtig auf den Punkt.“

„Eine Anregung: Es gibt ja alle zwei Jahre in Köln ein Videofilmfest. Ihr

könnt da z.B. einen Film einreichen und dabei auch Superpreise gewinnen und zwar einen Praktikumsplatz in der Medienbranche.“

Zur Arbeit mit Mädchen osteuropäischer Herkunft:

„Ich habe mit einer Frau eine Fortbildung für die Kolleginnen angeboten. Es ist ganz wichtig, dass die Mädchen Ansprechpartnerinnen aus dem mittel- und osteuropäischen Raum haben, die bestimmte Familienstrukturen und Problemlagen kennen. Die nutzen regelmäßig den Mädchentreff und kommen auch in die Seminare.“

„Ich würde so etwas auch gerne machen wollen. Die Situation der Aussiedler hat auch etwas damit zu tun, zu welchem Zeitpunkt oder mit welchem Alter sie eingewandert sind, wie sich die sozialen Umstände gewandelt haben und wie sie es geschafft haben sich innerhalb eines Stadtteils integrieren zu können.

Ich habe in diesem Zivilcourage-Seminar im LidiceHaus z.B. zur Hälfte Mädchen gehabt, die aus russischen und kasachischen Zusammenhängen gekommen sind. Sie sind aber alle mehr oder weniger als Kind hierher gekommen und haben es inzwischen geschafft, auch mit hoher Akzeptanz bei den anderen Mädchen, ihren Weg zu finden und auch das häufig unterstellte Muster abzulegen, dass Russen insgesamt ja nicht gerne über Probleme reden, also sich mit solchen Vorurteilen auseinander zu setzen. Sie haben auch bestimmte Barrieren innerhalb ihrer Herkunftskultur, zumindest konkurrieren diese Erfahrungen mit neuen Möglichkeiten, die sie sich hier ange-

eignet haben. Da müssen wir Kraft einsetzen, zum Teil viel mehr als bei Jugendlichen aus anderen Regionen, weil für die Jungen teilweise in der Tat gilt, dass es noch viel schwerer ist, überhaupt mit ihnen ins Gespräch zu kommen, insbesondere in Gruppenzusammenhängen.“

„Noch einmal zu den Aussiedlern. Es gibt ja in Berlin die Erfahrung, dass da, wo sie in großer Menge hingebracht wurden – in Berlin lösen sie damit teilweise auch Leerstandsprobleme in Plattenbausiedlungen – es dazu führt, dass die Auseinandersetzung Deutsche - Ausländer ganz massive Formen annimmt. Ich sage es auch deshalb auf die Aussiedler bezogen, weil Verhaltensweisen zu beobachten sind, dass sie im ersten Jahr unglaublich angepasst sind und in dem Moment, wo sie ein bisschen mehr verstehen, ziemlich Anspruchshaltungen hochkommen, die sich dann gegen die türkischen Jugendlichen richten, nach dem Motto: der hat ja alles und mir als Deutschem fehlt alles Mögliche.“

„Ich will noch ergänzen, dass es ein rotes Tuch gibt für uns als Deutsche und für die türkische Bevölkerung auch. Es gibt Familienzusammenhänge innerhalb der russischen und kasachischen Kultur, die funktionieren schlicht und einfach besser, zum Teil auch für die Jugendlichen, auch was Überbrückungssysteme betrifft. Das heißt, dass sie, trotz sehr schwieriger Bedingungen, die sie haben, zum Teil Häuser und ganze Straßenzüge aufkaufen. Das sieht der Deutsche an sich nicht gerne. Ich wohne selbst in einem Neue-Heimat-Stadtteil mit einer ge-

wachsenen deutschen Bevölkerung und einem hohen Zugang aus türkischen Kulturen, da gab es eigentlich eine sehr fremdenfreundliche Stimmung. Diese Stadtteile haben eine hohe Integrationsleistung geschafft. Aber wenn dann noch die Gruppe der Spätaussiedler dazukommt mit zum Teil hoch problematischen Auffassungen, dann kann das nur kollidieren.“

Politische Bildung mit Aussiedlern, Evangelische Akademie Bad Boll:

„Es gab eine Zeit, da waren in den Klassen 50, 60 bis 66% jugendliche Spätaussiedler. Da waren wir am Ende unserer Weisheit mit unserem klassischen Konzept. Wir haben das erst einmal als Störung wahrgenommen. Es gab Schlägereien, eine Fastvergewaltigung mit vielen Folgen und jede Menge disziplinarische Dinge, wo wir uns fragten, wie sollen wir jetzt reagieren. Sollen wir das einfach als Störung verbuchen, die passen einfach nicht in unser Konzept. Das fing bei der Sprache an, bei Verabredungen mit Damen und auch bei der Anfrage an unsere Konzeption und unsere Methoden. Wir haben uns für den gegensätzlichen Weg entschieden, indem wir gesagt haben, wir müssen dieses Phänomen erstmal selbst ernst nehmen, von unserer Routine Abstand nehmen und sehen, was sind eigentlich die Spezifika dieser Gruppe und wie finden wir da einen eigenen Ansatz?

Die Frage war: wo können wir Verbündete in diesem Feld suchen? Wir haben sie gefunden bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, bei der Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit. Zuerst haben

wir LehrerInnen, MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, MitarbeiterInnen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit und andere Verantwortliche in der Jugendsozialarbeit mit jugendlichen Spätaussiedlern angesprochen. Wir haben dann versucht, uns grundsätzlich zu nähern und wir haben analytisch angefangen. Das ganze hieß ‚Sprache zur Mitsprache‘. Wir haben über die Bedeutung von Sprache geredet und darüber, was kultureller Wandel heißt, wenn man aus einer anderen Herkunftsgesellschaft in neue Bedingungen kommt. Dann sind wir in Foren und Workshops in konkrete Arbeitsfelder gegangen um zu zeigen, wo gibt es Ansätze, die es verdienen, vernetzt zu werden, haben die Anforderungen an sprachliche und schulische Förderung, an außerschulische Angebote, Identität, Berufsausbildung formuliert. Als es dann um die Ebene der politischen Forderungen ging, haben wir gesagt: wir brauchen so etwas wie ein Netzwerk in Baden-Württemberg für jugendliche Spätaussiedler. Es war eigentlich klar, alles was nicht über die Selbstorganisation geht, ist sinnlos. Wobei dieses Feld noch schwieriger ist als die Arbeit mit anderen MigrantInnen, weil das Selbstverständnis dieser Zielgruppe ja die Frage ist: Wer bin ich? Bin ich jetzt Deutscher oder nicht? Unter welcher Fahne organisiere ich mich selber?“

„Es geht um drei Ebenen, also die Arbeit mit Jugendlichen selber, die Arbeit mit Multiplikatoren und die Grundsatztagungen. Wir haben z.B. Seminare nicht nur für jugendliche Spätaussiedler ausgeschrieben, sondern für alle Berufsschüler, auch aus anderen Re-

gionen, und haben dadurch automatisch gerade diesen Konflikt von Deutschen und Aussiedlern in der Gruppe auch gehabt.“

„Zwei Punkte. Einmal zum Begriff der Benachteiligung. Peter hat gesagt, so um die 10%, da dachte ich, verdammt noch mal, sind denn alle meine Schülerinnen, von denen ich heute morgen sprach, was ja in dem Stadtteil 30% sind, die den einfachen oder erweiterten Hauptschulabschluss erreichen, sind die denn nun alle benachteiligt? Klar, wenn ich mich umgucke bei uns strukturell, weil sie keine Ausbildung bekommen, zumindest keine qualifizierte, keine vernünftige Lebensplanung haben. Aber mit dem, was sie mitbringen an Ressourcen und Fertigkeiten, würde ich sagen, nein, benachteiligt sind sie nicht. Wir machen sie qua dieser Struktur zu Benachteiligten. Punkt zwei. Politische Bildung muss politische und gesellschaftspolitische Fragestellungen aufgreifen. Da hab ich mich gefragt, was tu ich da mit meinen Mädels, die zu mir kommen mit Gewalterfahrung, Missbrauchserfahrung, Frühschwangerschaften? Sie haben persönliche Gewalterfahrungen, was hat das zu tun mit der Gewalt in der Gesellschaft, mit den Hierarchieverhältnissen in der Gesellschaft. Wie kann ich das mit ihnen problematisieren? Ich bin dann ganz schnell an einem politischen Punkt in der Diskussion. Die Frage ist, wie kriege ich sie über die Stufe eins in die Stufe zwei, bis sie ihre Identität erreicht haben, damit sie Stufe zwei erreichen, nämlich handeln können. Das ist die Schwierigkeit. Im Prinzip muss ich nämlich ganz lange politisch, gesellschaftspolitisch mit

ihnen arbeiten, damit sie die Stufe zwei erreichen.“

„Wenn wir Gesellschaft analysieren, verständigen wir uns ja sehr schnell darüber, dass die Gesellschaft sich ausdifferenziert, dass sich unterschiedliche Milieus bilden, die über unterschiedliche Chancen in dieser Gesellschaft verfügen usw., dass wir auch sagen können, von der gesellschaftlichen Analyse her machen wir Prozesse von Ausgrenzungen, von Desintegration kenntlich. Auf der anderen Seite sind die, die ausgegrenzt werden, die mit anderen Chancen, anderen kulturellen Ressourcen ausgestattet sind, im Vergleich zu anderen benachteiligt. Das ist für mich eine Frage des Wertmaßstabes, über den dann diskutiert wird. Das ist natürlich ein Wechsel der Perspektiven unserer Gesellschaftsanalyse hin zu einer anthropologischen Frage, einer Wertefrage. Es ist manchmal schwierig in dieser ganzen Auseinandersetzung, z.B. auch um das E&C-Programm, wo ich auf der einen Seite sage: natürlich ist es ein gesellschaftspolitisches Ziel, Ausgrenzung zu verhindern, Verarmung zu verhindern. Nur, die entscheidende Frage ist, welche Funktion politische Bildung, Jugendhilfe usw. im Prinzip haben kann. Weil

das natürlich eine Arbeit ist, die sich auf konkrete Zielgruppen hin orientiert, die diesem Definitions- und Stigmatisierungsprozess schon von vornherein unterliegen. Ich denke, wir müssen dieses Dilemma auch diskutieren. Wie können wir unabhängige Kriterien finden für das, was politisch ist?“

„Ich arbeite auch mit benachteiligten Gruppen und ich frage mich, ist das Sozialarbeit oder politische Bildung? Für mich geht es eher darum Partizipation oder Alltagskompetenzen zu erreichen. Wir haben unterschiedliche Voraussetzungen und Herangehensweisen, Methoden, Wege und Bedingungen. Aber ich würde gar nicht an vielen Stellen so unterscheiden, auch wenn es sich manchmal so anhört. Aber wenn ich am Ende eines Kurses so überlege, was abgelaufen ist, weiß ich nicht, ob diese Kritik tatsächlich so berechtigt ist. Was da an Prozessen, an Beteiligungen herausgekommen ist und rückwirkt auf die Stadtteile, auf Projekte! Da denke ich, sie haben viel gearbeitet und es ist viel dabei herausgekommen, was ich wirklich von der Urform her als politische Bildung ansehe, auch wenn es weit von solchen Fragen entfernt ist wie: wie funktioniert der Bundestag.“

„Heiße Pflaster – Was tun, wenn’s brennt...“ – Möglichkeiten und Grenzen von Streetwork und Mobiler Jugendarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit

Referat Elvira Berndt

Die Situation, die zur Gründung von Gangway führte, entstand ziemlich schlagartig 1989. Als Reaktion auf ausländerfeindliche Übergriffe von rechtsorientierten Jugendgruppen, insbesondere Skinheads, entstanden in einigen Stadtteilen sehr schnell multiethnische Jugendgruppen. Diese Gruppen, die für die Jugendlichen ein außerordentlich wichtiger Schutzraum waren, hatten bis zu 150 Mitglieder, entwickelten Gangstrukturen. Natürlich waren diese Gangs, deren Mitglieder ihre Zugehörigkeit durch Jacken mit entsprechender Aufschrift dokumentierten, in ihrem Freizeitverhalten ausgesprochen auffällig - schon allein durch ihre zahlenmäßige Stärke, aber auch durch ihr Verhalten im öffentlichen Raum. Die polizeiliche Kriminalstatistik vom Sommer 1989 weist denn auch einen deutlichen Anstieg von Diebstählen und Überfällen auf.

Und plötzlich war ein öffentlich wahrgenommenes und störendes Problem da. Die Jugendhilfe war gefordert, aber sie hatte den Kontakt zu diesen Jugendlichen ja längst verloren. Und eine Gang mit 130 Mitgliedern kann man auch nicht mal kurz in eine Jugendeinrichtung holen, schon gar nicht zum Keramikkurs. Die einzigen Erwachsenen, die zu diesen Jugendlichen sehr schnell Kontakt aufnahmen, waren

Polizisten. Aber auch die Polizei war auf dieses Phänomen nicht vorbereitet und ihr Handeln gerade in der ersten Zeit nicht unbedingt deeskalierend.

Und so wurde ein Konzept ausgegraben, das vorher in Berlin nicht umsetzbar schien. Gangway entstand als Vereinsgründung von Leuten, die jugendpolitisch in der Verantwortung standen und denen offensichtlich klar war, dass dieses Arbeitsfeld Streetwork eine Flexibilität und eine Nähe zu den Jugendlichen braucht, die unter den Bedingungen des öffentlichen Dienstes kaum zu entwickeln sind. Zunächst waren es nur zwei Teams, aber seitdem ist der Verein stetig gewachsen. Heute gibt es bei uns 42 Streetworker, die in 13 Teams in 13 Bezirken arbeiten. In jedem Team arbeiten drei, im Idealfall vier Streetworker beiderlei Geschlechts und in den Bezirken, in denen wir mit jugendlichen Migranten arbeiten, sind unsere Teams grundsätzlich bi- oder trilingual besetzt.

Die erste vor acht Jahren in heftigen Auseinandersetzungen getroffene Grundsatzentscheidung war die über den Einsatz der Teams. Nicht die Bahnhöfe und sehr zentralen Plätze, an denen die Jugendlichen auffällig geworden sind, sollten Einsatzort werden, sondern die Bezirke, in denen die Jugendlichen leben und den größten Teil

ihrer Zeit verbringen. Der Grund: unsere Teams sind beweglich, können überall in der Stadt zu den Jugendlichen Kontakt aufnehmen und sie in ihrem Freizeitverhalten begleiten.

Aber konkrete Lebenshilfe benötigt ein stabiles Netzwerk an Hilfemöglichkeiten, und Veränderungsmöglichkeit von sozialem Verhalten benötigt eine Beziehung zum Umfeld: beides findet sich eben nicht an den zentralen und anonymen Brennpunkten der Stadt, sondern im Stadtteil, in dem die Jugendlichen leben. Heute, wo die Arbeit mit den großen Gangs längst ein Stück Gangway-Geschichte ist und wir es mit vielen Klein- und Kleinstgruppen zu tun haben, wird die Sinnhaftigkeit dieser Entscheidung für eine enge Verflechtung im Stadtteil besonders deutlich. Eine Gang ist, bei aller Problematik in der Phase der Kontaktaufnahme, nämlich letztlich wesentlich leichter zu erreichen als die vielen zersplitterten Grüppchen; aber heute sind die Streetworker im Stadtteil bekannt und vertraut - und damit ist dieses Problem der Erreichbarkeit der Jugendlichen nur noch halb so groß.

Bei Streetwork im Rahmen der Jugendhilfe haben wir es mit jungen Menschen zu tun, die sich oft eben noch nicht selbstbestimmt für einen Lebensweg entschieden haben, die auf der Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft sind und die gerade in dieser Lebensphase die Auseinandersetzung, die Reibung mit der Erwachsenenwelt dringend brauchen - zu denen aber eben diese Erwachsenenwelt weitgehend den unmittelbaren Kontakt verloren hat.

Unsere Erfahrung ist: Gerade in benachteiligten, meist sehr schwierigen Jugendlichen stecken oft eine Menge Kraft und Kreativität, die schwer zu finden sind, an die man glauben muss (was manchmal nicht leicht fällt), die aber unter einem noch so dicken Panzer von Aggressivität und Coolness vorhanden sein können. Das in der Öffentlichkeit produzierte Bild dieser Jugendlichen und ihrer Gruppen setzt in seiner Oberflächlichkeit auf die Assoziation von Bandenkriminalität und Gewalt und lässt diese andere Seite der Jugendlichen gar nicht erst ins öffentliche Bewusstsein rücken. Aber liegt das nur an den Medien?

Die Jugendhilfe hat zu dieser Stigmatisierung leider einiges beigetragen, indem sie über Jahre hinweg, um das Geld für ihre notwendige Arbeit zu bekommen, den Jugendlichen immer wieder den Stempel aufgedrückt hat, den das jeweilige Sonderprogramm vorgab. Je nach Finanzierungsmöglichkeit waren plötzlich alle Jugendlichen drogengefährdet, gewaltbereit, rechtsorientiert usw. Damit wir hier nicht auch in diese Falle tappen, möchte ich euch herzlich bitten, eins im Kopf zu behalten: was ich beschreibe, ist nur eine Nuance des Bildes, vielleicht eine Farbe - es ist nicht das Bild.

Die Berliner Entwicklung hat ein rasant Tempo angenommen, bei dem in vielen Bereichen die Bewohner der Stadt nicht mehr mitgenommen werden. Vielen sie unmittelbar betreffenden Auswirkungen stehen sie eher mit einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber, das wesentlich öfter in Rückzug und Resignation mündet als in ver-

stärktes bürgerschaftliches Engagement. Diese Entwicklung ist in den eher problembelasteten Stadtteilen natürlich am dramatischsten spürbar.

Momentan werden im Berliner Senat Konzepte zum Quartiersmanagement entwickelt, mittels derer versucht werden soll, die Selbstorganisationspotenziale der Stadtteilbewohner stärker zu unterstützen und für eine Stabilisierung der Stadtteile zu nutzen. Leider kommt dieser Gedanke bzw. diese Herangehensweise ziemlich spät, nämlich zu einem Zeitpunkt, wo diejenigen, die es sich leisten können, die Stadtteile bereits verlassen haben, die Verödung öffentlicher Straßen und Plätze bereits immens fortgeschritten ist, in einigen Fällen die soziale Struktur bereits gekippt ist.

Leider passiert vieles wie bei Sonderprogrammen üblich: der schnelle, oft plakative Erfolg steht im Mittelpunkt und es passiert ganz schnell, dass aus der sehr zu begrüßenden Absicht der Stärkung der Stadtteilbewohner ein Prozess wird, in dem die Bürger zu Objekten politischer Schnellschüsse degradiert werden. Nach einem Jahr lässt sich nur wenig dazu sagen, wie diese Konzepte greifen, ich bin aber sicher, dass dieser Prozess in jedem Fall länger dauert als drei Jahre und eins meiner wichtigsten Anliegen wäre, dass in dieser Zeit nicht nur diese Stadtteile im Mittelpunkt stehen und gleichzeitig noch funktionierende Stadtteile kippen, weil der dort noch existenten Bürgerbeteiligung aus politischen oder fiskalischen Gründen kein Ohr geschenkt wird.

Die eigentlichen Probleme der Entwicklung der letzten Jahre, zu denen als ein wichtiger Punkt auch die Vernichtung fast der Hälfte der Industriearbeitsplätze gehört, werden dabei immer weniger thematisiert, aber genau diese treffen in besonderem Maße Kinder und Jugendliche:

- ca. jedes neunte Berliner Kind lebt von Sozialhilfe, in bestimmten Stadtteilen ist es jedes dritte Kind; in den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Berlin fast verdoppelt
- fast 20% der 15- bis 25-Jährigen werden vom Ausbildungs- und Beschäftigungssystem strukturell ausgegrenzt; und auch das Jugendsofortprogramm der Bundesregierung wird daran nur dann etwas ändern, wenn es einen langen Atem hat - kurzfristige Maßnahmen ohne eine langfristige Perspektive können die vorhandene Perspektivlosigkeit von Jugendlichen u.U. eher verstärken.

Jedem wird einleuchten, dass diese strukturellen Probleme - sozusagen die Hardware bei der Entwicklung von Lebensperspektiven - nicht durch soziale Arbeit gelöst werden können, aber auch wenn es um Gewalt, Straffälligkeit und andere für die Gesellschaft problematische Verhaltensweisen geht, sind Streetworker keine Feuerwehr, die man mal kurz ruft, wenn's brennt, und die dann jedes Problem löschen. Damit man unsere Teams rufen kann, wenn's irgendwo mal so richtig Stress gibt, muss ein langer Weg mit einer hohen personellen Kontinuität gegangen werden. Wir sagen: das Vertrauen der Jugendlichen ist unser ganzes Kapital und nur dieses gibt uns die Inter-

ventionsberechtigung auch in sehr schweren Konflikten. Dieses Vertrauen von Jugendlichen zu bekommen, die von der Erwachsenenwelt enttäuscht sind, die ausgegrenzt werden oder sich selbst ausgrenzen, die manchmal kaum noch beziehungsfähig sind, die Gewalt erlebt haben und die selbst Gewalt als kostengünstiges, einfaches und ständig verfügbares Kommunikations- und Machtmittel einsetzen, ist alles andere als einfach, aber es ist möglich. Streetworkteams begegnen den Jugendlichen an ihren Treffpunkten im öffentlichen Raum als Personen, die es ernst meinen und sich freiwillig auf sie einlassen. In den meisten Fällen gehen die Jugendlichen auf dieses Angebot ein. Wir signalisieren den Jugendlichen immer wieder, dass wir an den Personen, die hinter ihrer Aggressivität und hinter ihren oft martialischen Gebärden stecken, ein wirkliches Interesse haben. Das kann man, bei aller Professionalität, nicht spielen, das muss man ganz authentisch vermitteln. Alles Unechte spüren die Jugendlichen sofort, damit haben sie ausreichende Erfahrungen. Und wir wissen, dass wir dieses einmal gewonnene Vertrauen nicht enttäuschen dürfen. Auch deshalb nicht, weil dieses Vertrauen bei manchen Jugendlichen die letzte schmale Brücke zur Erwachsenenwelt und damit zur so genannten Normalgesellschaft und deren Normen ist. Vor allem deshalb sind die für Streetwork inzwischen auch bundesweit festgeschriebenen Qualitätsmerkmale oberste Grundsätze dieses Arbeitsfeldes. Ohne hier auf alle Standards der Arbeit näher eingehen zu können, möchte ich noch einige Punkte herausgreifen.

1. Eine unserer wichtigsten Zugangsfor-

men zu Jugendgruppen im öffentlichen Raum sind freizeitpädagogische Angebote, also die gemeinsamen Gruppenaktivitäten. Wir wissen, dass die Clique für die Jugendlichen eine Bedeutung hat (das ist auch hinlänglich empirisch nachgewiesen), die inzwischen weit



vor der Bedeutung von Schule, Familie oder anderen Sozialisationsinstanzen rangiert. Auch wenn unsere Auftraggeber (und damit Geldgeber) es oft lieber hätten, wenn unsere Interventionen dazu führen würden, dass sich die Gruppen auflösen, ist das nicht unser Ansatz. Wir halten es für viel sinnvoller, die Gruppen nicht zu zerschlagen, sondern sie im wahrsten Sinne des Wortes „in Bewegung zu bringen“. Damit tragen wir auch der Erkenntnis Rechnung, dass Jugendliche in ihrer Gruppenzugehörigkeit viele Erfahrungen machen, die für ihre Selbstfindung enorm wichtig sind.

Dabei sind wir uns aber der Problematik gruppenspezifischen Verhaltens, des Konformitätsdrucks in vielen Gruppen, der schwierigen Situation der Mädchen usw. durchaus bewusst und wir würden einen schweren Fehler be-

gehen, wenn wir unsere Arbeit mit diesen Jugendlichen dadurch verteidigen würden, dass wir problematisches Verhalten beschönigen oder entschuldigen. Ich sage das deshalb, weil ich oft genug erlebt habe, wie schnell genau dieses passiert, wenn man als SozialarbeiterIn mitsamt seiner Zielgruppe in die Schmutzdecke gedrückt wird. Gemeinsame Gruppenaktivitäten, die an den realen Bedürfnissen und der Vorstellungswelt der Jugendlichen ansetzen, aber immer auch ein kleiner Schritt ins Fremde sind, bei denen Regeln gemeinsam entwickelt und gemeinsam eingehalten werden, bei denen Neues ausprobiert und eigene Kreativität entdeckt werden können, sind auch deshalb ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit, weil Gruppenverhalten nach außen und Innenverhältnisse von Gruppen veränderbar sind. Parteilichkeit heißt eben gerade nicht, dass alles so bleiben soll wie es ist, sondern heißt auch und vor allem alltägliche Auseinandersetzung - und wenn sie noch so mühselig ist. Meines Erachtens ist die Auslegung des Begriffes „Akzeptanz“ mancherorts sehr zu problematisieren, vor allem dann, wenn sie zu einer Überidentifikation mit bestimmten Zielgruppen führt und die Gesamtsituation im Stadtteil oder der Region keine Beachtung mehr findet.

2. Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit ist es, Jugendlichen eine Lobby zu schaffen. Dabei reicht es nicht, dies für die Jugendlichen zu tun, sondern es geht vielmehr darum, Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre eigenen Beteiligungsformen zu entwickeln, ihre Interessen auf eine Art und Weise durchzusetzen, die nicht ihrem sonsti-

gen Alltagsverhalten entspricht. Jugendliche können die Erfahrung machen: Reden macht Sinn, auch wenn das Gegenüber zunächst als übermächtig empfunden wird; und: auch die Polizei muss rechtmäßig handeln, es gilt nicht das Gesetz des Stärkeren. Nicht immer geht es so dramatisch zu, regelmäßiger Alltag aber sind die Interessenvertretung und das Suchen nach Konfliktlösungen mit Wohnungsbaugesellschaften, Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Anwohnern usw., aber das Muster ist das Gleiche: der öffentliche Raum ist legitimer Lebensraum (auch) von Jugendlichen und es geht nicht darum, sie dort wegzuholen um sie andernorts „aufzubewahren“, sondern es geht darum, einen Prozess von Toleranzentwicklung und Interessenausgleich unter aktiver Mitwirkung der Jugendlichen zu begleiten.

Das beinhaltet zunehmend auch, öffentliche Plätze für die Öffentlichkeit und damit auch als Treffpunkte für Jugendliche zurückzuerobern, sowohl dort, wo öffentliche Plätze veröden als auch dort, wo der öffentliche Raum so stark kommerziell verwertet und verwaltet wird, dass Jugendliche schon a priori stören und verdrängt werden. (Die Problemlösungen sind manchmal simpel, man muss nur drauf kommen, und zwar mit den Jugendlichen gemeinsam, damit sie die Lösungen auch annehmen. Aufgeschlossenheit aller im Stadtteil Beteiligten ist Bedingung, nur mit Sozialarbeit sind solche Lösungen nicht realisierbar).

Übrigens: Durch den tiefen Einblick in die reale Lebenswelt haben Streetworker, wenn sie gut sind, eine wichtige seismographische Funktion im Stadtteil.

Wir nehmen manche Entwicklungstendenzen sehr viel eher wahr als die Öffentlichkeit. Kluge Politiker und aufgeschlossene Verwaltungen nutzen diesen Wissensvorsprung und kooperieren deshalb sehr eng mit „ihrem“ Streetworkteam. (Leider haben wir es aber nicht nur mit solchen Politikern und Verwaltungen zu tun, so dass wir oft genug auch in Situationen zum Krisenmanagement gezwungen sind, die eigentlich vorhersehbar waren.) Wir wiederum müssen uns daran messen lassen, inwieweit es uns gelingt, die zu diesem Spagat fähigen Personen zu sein - Personen, die einerseits das Vertrauen der Jugendlichen haben und andererseits als fachkompetente Partner auch von den anderen im Stadtteil wirkenden Institutionen akzeptiert werden.

3. Gruppenarbeit und Stadtteilarbeit sind eine wichtige Basis, um die individuellen Problemlagen der Jugendlichen kennenzulernen und im Prozess der Einzelbegleitung tragfähige Lebensperspektiven entwickeln zu können. Dabei umfasst das Spektrum der Probleme alles, was Jugendlichen auf dem widersprüchlichen Weg ins Erwachsenenleben begegnet: also vom normalen Zoff mit Eltern und Schule bis zum Untertauchen, um der Jugendhaft zu entgehen. (Letzteres passiert übrigens gar nicht so selten aus purer Hilflosigkeit, man könnte auch sagen, mangelnder sozialer Kompetenz: da bekommt ein Jugendlicher monatelang Post vom Gericht und weil er das „Behördendeutsch“ ja sowieso nicht versteht, fliegen die Briefe ungelesen in die nächste Ecke. In der Konsequenz ist der Brief eines Tages ein Haftbefehl. Die angehäuften Probleme scheinen

dem Jugendlichen nicht mehr lösbar, sind ihm schlicht über den Kopf gewachsen und er entzieht sich dem Problem, statt sich ihm zu stellen.) Unser Anspruch ist es dabei immer, die Subjektposition des Jugendlichen zu stärken. Sprich: wir begleiten Jugendliche bei einer Problemlösung, und zwar in dem Maße, das sie brauchen und annehmen können. Der Erfolg der Anstrengung muss immer ihr Erfolg sein, nicht der der Streetworker. Gerade in der seit einiger Zeit laufenden Ökonomisierungs- und Qualitätsdebatte in der sozialen Arbeit ist dieser konsequente Ansatz schwer durchzuhalten, denn wir sollen ja unsere Erfolge darstellen und verkaufen. Wir halten dennoch daran fest, weil es ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Arbeit ist. Nicht eine pädagogische Rundumbetreuung, die letztlich neue Abhängigkeiten schafft, sondern das notwendige Maß an Unterstützung, um sein Leben außerhalb von Gewalt und Straffälligkeit selbst in die Hand nehmen zu können, ist Aufgabe und Anspruch von Straßensozialarbeit.

Ihre volle Wirksamkeit kann Straßensozialarbeit allerdings nur entfalten, wenn sie von den anderen Trägern sozialer Angebote und Hilfeformen als Ergänzung ihrer Tätigkeit und nicht als Konkurrenz betrachtet wird. Viele Jugendliche brauchen, um weiterführende Hilfen annehmen und den Hilfeprozess verbindlich durchhalten zu können, ihre Vertrauensperson, die diesen Weg über alle Hemmschwellen hinweg und durch alle Höhen oder Tiefen mit ihnen gemeinsam geht, solange sie es nicht aus eigener Kraft schaffen. Jugendliche wollen nicht als versächlich-

tes Problem weitergereicht werden; und wo dies passiert, haben wir häufig den berühmten „Drehtüreffekt“ - alle Instanzen durchlaufen und doch wieder am Ausgangspunkt angekommen. Durch eine enge Kooperation mit den Streetworkern kann dieser Drehtüreffekt vermieden werden, können auch höherschwellige Hilfeformen zielgerichteter und wirkungsvoller sein. Deshalb ist es ausgesprochen fatal, wenn im politischen Diskurs des jährlichen Kampfes um die immer geringer werdenden finanziellen Ressourcen Streetwork statt als Ergänzung als kostengünstiger Ersatz anderer Angebote gehandelt wird.

Drehtüreffekte und die berühmten Maßnahmekarrieren entstehen aber auch immer wieder an den Schnittstellen zwischen Streetwork und höherschweligen Hilfeformen. Meist dort, wo die Kapazitäten von Streetwork für den erforderlichen Bedarf an Unterstützung und Begleitung nicht ausreichen, aber die Voraussetzungen für die Erreichbarkeit der Jugendlichen durch weiterführende Hilfen noch nicht geschaffen sind. Die Tendenz, dass bei ständig komplexer werdenden Problemlagen die innerhalb der Straßensozialarbeit notwendigen Einzelbegleitungen immer mehr Raum einnehmen, ist sicher nicht nur ein Berliner Phänomen. Unseres Erachtens ist es nach zehn Jahren KJHG dringend geboten, in den Lücken, die zwischen den verschiedenen Säulen des KJHG immer deutlicher werden, Hilfeformen zu entwickeln, mit denen an der Schnittstelle zwischen den niedrigschwelligeren Angeboten der Jugendsozialarbeit und den weiterführenden, individuell einklagbaren Hilfen flexibel auf

akute Problemlagen reagiert werden kann. In diesem Prozess hat Streetwork eine immens wichtige Funktion, da hier durch die Nähe zur Lebenswelt der Jugendlichen Lücken am schnellsten sichtbar werden.

4. Versäulungen nehmen wir aber nicht nur wahr in Bezug auf die weiterführenden Hilfen oder die Berufsfindung, sondern auch innerhalb der Angebotspalette von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit gibt es meiner Ansicht nach zu viel Abgrenzung und zu wenig methodische Durchdringung, was unter anderem zur Folge hat, dass die Jugendlichen, mit denen wir es zu tun haben, von anderen Angeboten sozialer Arbeit eher immer weniger angesprochen werden. Die Kooperationsanforderung ist hier ausdrücklich an beide Seiten gerichtet: es kann nicht angehen, dass die mobilen und flexiblen Streetworker innerhalb von Kooperationsbeziehungen mit stationären Angeboten eine ständige Bringepflicht haben (was leider meist der aktuelle Zustand ist), aber auch Streetworker werden den Anforderungen an die eigene Profession nicht gerecht, wenn ihre größere Nähe eher zu stärkerer Abgrenzung von anderen Arbeitsbereichen führt.

Da wir in der Sozialarbeit nicht die einzigen sind, zu denen die Jugendlichen einen regelmäßigen Kontakt haben, möchte ich noch auf unser Verhältnis zu zwei weiteren Bereichen eingehen: der eine ist, wie könnte es anders sein, die Polizei und der andere ist Schule. Unsere Beziehungen zu beiden Bereichen sind ambivalent und oft davon geprägt, dass wir es in beiden

Fällen mit einer ungeheuer großen, sehr hierarchisch organisierten Behörde zu tun haben, deren Spielräume selbst bei sehr großem Engagement des Einzelnen als Institution ziemlich eingeengt sind. Ein Spannungsfeld ist auch, dass die gleichen Jugendlichen, mit denen man es zu tun hat, sehr verschieden gesehen und auch bewertet werden. Es macht einen verdammt großen Unterschied im Blickwinkel aus, ob man einen jungen Menschen in der Vielfalt seiner Lebensverhältnisse kennen und verstehen lernt oder ob ein Polizist dem gleichen Jugendlichen begegnet, der als möglicher Täter vor ihm steht.

In unserem Verhältnis zur Berliner Polizei haben wir in den acht Jahren unserer Tätigkeit so ziemlich alle vorstellbaren Nuancen erlebt. Am Anfang mussten wir häufig mit totaler Abgrenzung gegenüber der Polizei reagieren, da es massive Anforderungen der Polizei an uns gab, wir mögen doch die Nähe zu den Jugendgruppen und unsere Kenntnis des Innenverhältnisses der Gruppe dazu nutzen, durch gezieltes Weitergeben von Informationen die polizeiliche Ermittlungstätigkeit zu unterstützen. Es hat lange gedauert, bei der Polizei eine Akzeptanz dafür zu bekommen, dass wir als Grundlage und Grundsatz unserer Arbeit jede Zusammenarbeit mit der Polizei im Sinne einer Weitergabe von personen- oder gruppenbezogenen Daten prinzipiell ausschließen. Auseinandersetzungen sind in dieser Zeit nicht ausgeblieben, es gibt sie auch heute noch, aber es ist in den letzten Jahren etwas entstanden, was sich als konstruktiver Dialog beschreiben lässt. Dieser beinhaltet

eine gewachsene Akzeptanz der verschiedenen Aufgaben von Polizei und Streetwork (auch und gerade, wenn wir es mit den gleichen Jugendlichen zu tun haben) sowie eine Klärung der Unterschiede von polizeilicher und sozialpädagogischer Prävention, ihren jeweiligen Zielsetzungen und Möglichkeiten.

Gegenwärtig bemerke ich in diesem konstruktiven Dialog zwei gegensätzliche Tendenzen, die ich mit großer Sorge sehe:

1. Jugendhilfe insgesamt und Jugendarbeit im Besonderen werden zunehmend einseitig als Kriminalitätsprävention gesehen und gefordert. Diese Anforderung hat sehr viel mit der, auch durch die Art und Weise der Medienberichterstattung geprägten, öffentlichen Debatte über das Schreckgespenst Jugendkriminalität zu tun, der ein völlig schiefes gesellschaftliches Jugendbild zugrunde liegt.

Damit wird Jugendhilfe in eine Ecke gedrängt, die ihrem gesetzlichen Auftrag widerspricht und ihr wird eine gesellschaftliche Aufgabe zugeordnet, die sie nicht lösen kann. Die Aufgaben der positiven Unterstützung und Entwicklung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen sowie die gesellschaftliche Verantwortung für die Bereitstellung förderlicher Entwicklungsbedingungen für die heranwachsende Generation geraten in dieser Debatte ziemlich schnell aus dem Blick. Wenn sich Jugendhilfe dem Druck der öffentlichen Debatte an dieser Stelle beugt, heißt das in der Konsequenz, dass sie diejenigen vergisst, die auf die mannigfaltigen Probleme, mit denen sie auf dem Weg in die Erwachsenenwelt innerhalb einer völlig veränderten und immens

verlängerten Jugendphase zu kämpfen haben, nicht mit Gewalt und Straffälligkeit reagieren. Damit gäbe sie auch die Verantwortung für die Jugendlichen ab, die auf Anforderungen, denen sie nicht gewachsen sind, nicht aggressiv nach außen, sondern eher aggressiv nach innen reagieren - mit diversen Formen der Selbstzerstörung.

2. Parallel dazu, völlig gegensätzlich und meines Erachtens ebenso problematisch: In manchen Bereichen der Jugendarbeit ist es gelungen, sich der benachteiligten, schwierigen und eben unbequemen Jugendlichen durch Ausgrenzung zu entledigen. Da gibt es neben dem altbekannten Hausverbot auch ganz subtile, unauffällige Methoden. Die einfachste ist: mach die Einrichtung eine Weile zu, ändere dein Konzept in Richtung spezialisierter Gruppenarbeit, und öffne die Einrichtung wieder mit einer klaren Altersbegrenzung und ohne offenen Bereich. Es passiert mir immer häufiger, dass ich bei Gesprächsrunden und Tagungen das größte Verständnis für die Probleme, Schwierigkeiten und die Notwendigkeit unserer Arbeit bei Vertretern der Polizei finde, während Vertreter der Jugendhilfe eher mit Unverständnis reagieren. Diese „verkehrte Welt“ kann im Einzelfall so weit gehen, dass die Polizei darauf aufmerksam macht, dass sie an einem bestimmten Ort regelmäßige, aber völlig sinnlose Einsätze fährt, dort doch aber eigentlich nur ein Freizeitangebot oder ein Raum als Treffpunkt für die Jugendlichen fehlt, während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der benachbarten Jugendfreizeiteinrichtung nach Sanktionen rufen und von der Polizei erwar-

ten, dass sie ihnen diese Jugendlichen vom Hals hält.

Beide Tendenzen sind, wenn wir unsere Arbeit ernst nehmen, nicht zu akzeptieren und nicht stillschweigend hinzunehmen und es liegt in der Natur der Sache, dass wir uns mit dem Thematisieren dieser Probleme permanent zwischen alle Stühle setzen.

Zwei kurze Anmerkungen zum Thema Schule:

1. Weder Schule noch Jugendhilfe haben sich dem zunehmenden Problem der Schulverweigerung tatsächlich gestellt, von einigen engagierten Einzelkämpfern mal abgesehen. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Schon bei den wesentlich älteren, arbeitslosen Jugendlichen haben wir das Problem, dass die „Entwöhnung von der Gewohnheit“ - nämlich morgens aufzustehen, den Tag zu strukturieren, etwas geleistet zu haben usw. - Folgen hat, die später nur schwer aufzufangen sind. Und 24 Stunden Zeit am Tag, die im Wortsinn keine „Frei“zeit mehr sind, können auch durch ältere Jugendliche mit dem eigenen Geldbeutel und den eigenen Fähigkeiten nur sehr selten halbwegs sinnvoll ausgefüllt werden. Das setzt die Schwelle zum möglichen Einstieg in Gewalt und Straffälligkeit enorm herab und dies umso mehr, je jünger die Jugendlichen sind.

2. Wir haben ja eigentlich ein gutes Bildungssystem, das aber in seinem Bildungsziel auf einen „normalbiografischen“ Lebensweg vorbereitet, der vielleicht vor 15 Jahren noch realistisch war, der aber für die meisten Jugendlichen heute keine Normalität mehr ist.

Die Fähigkeiten, die ein Mensch z.B. braucht, um ein Leben befriedigend gestalten zu können, in dem nichts sicher ist, das von einer permanenten Rotation geprägt ist, also: Job - arbeitslos - anderer Job - arbeitslos - Umschulung usw., in dem einmal Gelerntes keinen Bestand hat, weil ständiges Neu- und Umlernen gefordert ist, diese Fähigkeiten werden kaum vermittelt und auch die Eltern sind in der Regel nicht in der Lage, diese Orientierung zu geben.

Auch wir sind ganz oft hilflos, wenn wir Jugendlichen nach der 80. Bewerbung, wo nur bei zwölf wenigstens eine ablehnende Antwort kam, wieder Mut machen und dennoch nicht so genau wissen, wie man diese dauerhaften Frustrationen letztlich auffangen kann, bevor sie in Destruktivität umschlagen. Dieses Umschlagen bei allem Engagement nicht verhindern zu können macht ein gutes Teil der Rückschläge in unserer Arbeit aus - und diese Rückschläge sind schwer zu verkraften.

Ich hoffe, dass damit deutlich geworden ist, dass wir uns an solchen Fragestellungen nicht vorbeischlängeln dürfen, wenn wir es ernst meinen mit unserem Anspruch, die Jugendlichen in der Vielschichtigkeit ihrer Lebenswelt wahr- und ernstzunehmen. Da es dabei auch oft um Bereiche geht, für die wir ja eigentlich nicht zuständig sind, stoßen wir mit mancher Fragestellung auf Widerstand und sind oft unbequem. Es geht darum, Probleme zu thematisieren, bevor sie unlösbar erscheinen und häufiger als bisher zu ressortübergreifenden und überparteilichen Handlungsstrategien zu kommen.

Streetworker sind keine Universalgenies, die für jedes Problem eine Lösung parat haben. Meistens haben auch wir mehr Fragen als Antworten. Wir können vor allem nichts herbeizaubern - schon gar nicht die so dringend benötigten Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Und wir können gesellschaftlich verursachte Probleme nicht stellvertretend für die Gesellschaft lösen. Aber wir können eine ganze Menge tun, damit Jugendliche im Ämter- und Behördenchungel oder auch auf dem so genannten freien Markt das finden, was ihnen in ihrer individuellen Lebenssituation weiterhilft und wir können dafür sorgen, dass das, was die Gesellschaft den Jugendlichen an Unterstützung anbietet, diese auch wirklich erreicht.

Angesichts der sehr existentiellen Probleme, mit denen ein ständig größer werdender Teil der Jugendlichen zu kämpfen hat, erscheint uns dennoch unsere Arbeit auf der Straße oft selbst wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber es ist ein Tropfen, der seine Adressaten tatsächlich erreicht. Und das kann, vor allem in sehr schwierigen Lebenssituationen, unter Umständen für den Einzelnen auch lebensentscheidend sein.

Aus der Diskussion:

„Der gesamte Arbeitsbereich Streetwork/Mobile Jugendarbeit wäre ohne Kooperation und Vernetzung eigentlich nicht lebensfähig. Es gibt keinen anderen Arbeitsbereich, der so sehr darauf angewiesen ist. Viel mehr gibt es eher die informellen Kooperationsbeziehungen, die sich mehr auf Personen bezie-

hen, von denen man weiß, da kann man auch mit jemandem an der Hand kommen und übergeben. Und es gibt die vielen Vernetzungsgremien, wo das Bedürfnis mit StreetworkerInnen zu kooperieren immer von allen Seiten ganz groß ist, aber immer auch als Bringpflicht eingefordert wird: Ihr seid doch so mobil und flexibel, ihr kommt bitte zu uns und stimmt euch mit uns ab. Umgekehrt passiert das selten. Da braucht man einen unheimlich langen Atem, um tatsächlich Partnerschaften hinzukriegen.“

„Ich denke, vertraglich binden in irgendeiner Form kann man Kooperation sowieso nicht so einfach. Und gerade im Bereich der Straßensozialarbeit brauchen wir eben eine Vielzahl von verschiedenen Partnern. Der personelle Kontakt zu unseren Jugendlichen verpflichtet uns dann auch, vielleicht auch mit den Jugendlichen gemeinsam zu den einzelnen Institutionen und Trägern hinzugehen und das mit ihnen gemeinsam durchzustehen.“

„Bei uns in Berlin-Hellersdorf können wir Jugendliche gar nicht mehr alleine irgendwo hinschicken, weil wir genau wissen, die kommen in diesem oder jenem Amt sowieso nicht an. D.h. dass Begleitung ein wichtiger Ansatz unserer Arbeit ist.

Gremienarbeit, Kooperation, Vernetzung usw. - das ist eigentlich ein sehr altes Thema. Es wird gerade mal wieder frisch aufgebracht. Weil die Gelder überall knapp werden, denkt man sich, wenn man auf einmal wieder vernetzt, könnte man einsparen. Ich denke, gerade im freien-Träger-Bereich, speziell im Jugendbereich, ist ohne Vernetzung,

ohne Kooperation, die Arbeit schon gar nicht mehr möglich. Ich denke, das geht mehr so in die Richtung, dass man versucht das auszuschlachten, um das Streichen von Mitteln besser begründen zu können.“

„Ich halte eine ganze Menge davon, Kooperation vertraglich zu fixieren. Die BAG hat in ihren Standardpapieren zu Recht aufgenommen, welche Rahmenbedingungen ein Stadtteil, in dem Straßensozialarbeit geleistet werden soll, garantieren muss, damit nicht ein isoliertes Angebot geschaffen wird, bei dem die Jugendlichen, die stören, abgegeben werden. Dass man als StraßensozialarbeiterIn sich darauf berufen und sagen kann, wir organisieren Straßensozialarbeit nicht mit unseren Jugendlichen, sondern wir arbeiten in einem Stadtteil und helfen ihm bei der Organisation seiner Problemlösungen. Insofern halte ich es für notwendig zu sagen, wir sind nur bereit, Straßensozialarbeit in Stadtteilen zu organisieren, die auch selber bereit sind, Leistungen zu erbringen.

Und es ist eine ambivalent Sache: Ich gehe mal nur davon aus, ein Bedürfnis, das Jugendliche häufig nennen, ist Zugang zu Räumen. In fast jeder Clique ist genau das ein dringender Bedarf. So werden wir als Straßensozialarbeiter auch häufig in die Situation versetzt, gemeinsam mit den Jugendlichen oder als Lobbyisten Zugang zu erwirken für die Jugendlichen, die diesen Bedarf erklärt haben. Und das heißt ganz häufig, dass diejenigen, die eigentlich dafür zuständig wären eine Infrastruktur für Jugendarbeit zu entwickeln, sich zurücklehnen und sagen: lass die doch machen, lass die sich mal mit den

Kollegen kloppen. Damit wird die öffentliche Auseinandersetzung abgegeben an die Straßensozialarbeit. Eine Kooperationsvereinbarung müsste auch sehr deutlich formulieren, dass, nur weil wir relativ nahe dran sind an den Jugendlichen, Bedarfe vielleicht schneller feststellen als Leute in Einrichtungen, es nicht unsere Rolle sein kann, als die einzigen dafür einzutreten, solche Infrastruktur von Jugendarbeit und Kooperationsmöglichkeiten zu beleben.“

„Das würde bedeuten in Richtung Gemeinwesenarbeit zu gehen. Und wenn man das machen will, sollte man diesen Schritt bewusst tun. Das heißt aber, dass man ihn aus der Rolle des Lobbyisten oder kritischen Anwalts von bestimmten Jugendszenen heraus geht. Gemeinwesenarbeit bedeutet eigentlich auch mehr, bedeutet Moderation, Vermittlung, aber zunächst erstmal die Feststellung von Interessen. Der Arbeitsauftrag würde sich dann m.E doch ein wenig verändern.“

„Ob unbedingt die Rolle der Anwaltschaft verloren gehen muss, dadurch, dass ich die Interessen vermittele oder moderiere, ist mir nicht ganz klar. Ich kann mir durchaus vorstellen, partiell zu sein für Jugendliche und trotzdem zu moderieren und zu vermitteln.“

„Es geht auch, ohne diese anwaltschaftliche Geschichte aufzugeben. Gemeinwesenarbeit in der Jugendarbeit heißt sich anwaltlich auf die Seite der Jugendlichen zu stellen und nicht der Anwalt z.B. der Wohnungsbaugesellschaft zu werden. Was natürlich passieren kann ist, dass sich die Zielgruppen erweitern.“

„Wenn die Finanzen knapper werden, müssen wir uns umgucken, wo wir Geld herkriegten. Ich habe z.B. mit einem Einkaufszentrum verhandelt. Diese Einkaufsleute waren sehr interessiert und bereit uns auch finanziell zu unterstützen. Die Frage war nur, aus welchem Grund? Sie hatten natürlich eine andere Zielvorstellung von dem, was du als Streetworker eigentlich machen solltest. Sie wollten so eine Art ‚Wachschutz‘, sagten, ich gebe Ihnen so und so viel Geld, und Sie nennen mir dann irgendwann mal die Rädelführer, die hier so die Gänge unsicher machen. Dann unterhalten wir uns mit denen, dann werden wir die Sache klären und dann ist das gegessen. So ungefähr sehen die Sozialarbeit. Das ist natürlich für Sozialarbeiter erstmal schwierig. Dahinter steckt natürlich eine ganz spezifische, durchaus berechnete Interessenlage. Das muss man dann auch anerkennen. Die haben ihre berechtigten Interessen und die Jugendlichen eben auch. Da muss einfach der Schwerpunkt mehr in die vermittelnde Rolle gehen.

Noch etwas zur zunehmenden Konsumorientierung unter Jugendlichen: Immer mehr Jugendliche verbringen ihre Freizeit tatsächlich, indem sie konsumieren sozusagen um die Zeit totzuschlagen. Der Konsum bestimmter Dinge dient zur Ausgestaltung des eigenen Lebens. Ich sage mal nur Markenklamotten, sich darüber zu präsentieren, einer bestimmten Gruppe zugehören, einer bestimmten Kultur usw. Und es ist für Jugendliche ganz selbstverständlich, in einer Welt zu leben, wo Konsum und privatwirtschaftliche Elemente eine Rolle spielen. Es ist mittlerweile selbstverständlich, dass

Firmen sich durchaus an der Freizeitgestaltung Jugendlicher beteiligen, z.B. Radiostationen oder Knax-Club oder Banken, die irgendwelche Veranstaltungen machen, oder Nike, die über die Sportplätze ziehen und Sportfeste organisieren. Ich denke, dass es für die Zukunft eine Tendenz ist, der wir uns auch stellen müssen, dass wir immer mehr mit Leuten konfrontiert werden, die durch ‚unsere‘ Kieze ziehen und mit ‚unseren‘ Jugendlichen mit knallhart wirtschaftlich orientierten Zielen arbeiten.“

„Gerade in dem letzten Gedanken sehe ich eine ganz große Gefahr. Wir haben erlebt, dass man gesagt hat, eigentlich bräuhete die Stadt Stendal als freiwillige Aufgabe keine Jugendarbeit mehr zu leisten, die leistet ja ein großer Autobetrieb. Der macht immer drei Veranstaltungen. Da gibt es jetzt eine breite Diskussion, dass Jugendarbeit nicht gleichzusetzen ist mit irgendeiner Veranstaltung. Ich hoffe, wir haben es bei uns jetzt vom Tisch und es haben sogar einige begriffen.

Aber ich will noch mal auf die Kooperation zurückkommen. Ich denke, da wo es klappt, braucht man nicht unbedingt einen Vertrag. Aber meine Erfahrung ist auch, dass es gerade mit denen, wo man es einfach braucht, z.B. mit dem Jugendamt, nicht klappt. Da waren wir gezwungen eine Kooperation zu schließen, weil die immer der Meinung waren, wir machen ihre Arbeit und nehmen denen was weg.“

„Nochmal ein Satz zur Gemeinwesenarbeit. Bei Gemeinwesenarbeit, habe ich die Erfahrung gemacht, kann es nicht nur um Ressourcen gehen, um Geld,

sondern in meinem Ansatz der mobilen sozialraumorientierten Arbeit geht es z.B. auch um die Verortung der Jugendlichen in ihrem Kiez, darum, den Kiez für die Jugendlichen wieder interessant zu machen, sie nicht wegzuholen von da, sondern da zu lassen. Wir machen in Berlin-Altglienicke eine starke Elternarbeit, arbeiten mit den Geschäftsleuten zusammen und versuchen über Gemeinwesenarbeit bei den Anwohnern Interesse für die Arbeit zu wecken, die die Jugendlichen selber tun. Damit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Es ist für die Jugendlichen natürlich ein Erfolg, wenn ihre Stammkneipe an ihren organisierten Kiezfesten teilnimmt und dadurch auch andere Anwohner angelockt werden, und dass dann auch Politiker kommen, ohne groß eingeladen zu sein, weil sie einfach Interesse haben. Das hat natürlich eine andere Bedeutung als nur Geld irgendwo zu akquirieren. Und das kann für die Jugendlichen in ihrem Kiez eine ganz andere Lebensperspektive entstehen lassen.

Es geht uns nicht immer nur darum, ob man bei einer Kaufhalle Geld locker machen kann, sondern zu gucken, wo sind Anknüpfungspunkte und wo nicht. Da muss man auch eine Kaiser's Kaufhalle stecken lassen können. Es gibt eben auch andere private Geschäftsleute, die dankbar sind, sich mit darstellen können. Und das ist dann auch nicht immer das große Autohaus, sondern bei uns eben kiezorientiert doch lieber der Bäcker, zu dem die Jugendlichen auch einen Bezug haben. Und diesen Aspekt der Gemeinwesenarbeit finde ich ganz wichtig, weil dadurch Jugendliche auch selbst zu ihrem Anwalt werden. Die brauchen mich dann nicht

mehr, dass ich hingehe und sage: tut was für die Jugend. Sondern sie fordern das selber ein. Und das ist für mich entscheidender.“

„Ich finde, dass wir so eine Tendenz haben, durch das Aufsetzen von Begrifflichkeiten und die fachliche Hochglanzpolitik, unsere Arbeitsbereiche permanent zu verbessern, indem ständig der Anschein erweckt wird, es machen alle alles. Die Jugendeinrichtungen haben auch eine Verantwortung für den Stadtteil. Sie gehen zweimal in der Woche durch den Stadtteil und haben in ihrem Konzept zu stehen: Wir machen Streetwork. Oder der Träger mobiler Arbeit, der auch mal mit der Gruppe ein erlebnispädagogisches Angebot realisiert, schreibt in sein Konzept: Wir sind auch Anbieter von Erlebnispädagogik. Oder wenn man mit einer Gruppe oder mit einzelnen Jugendlichen mal trainiert innerhalb des Gruppenkontextes z.B. mit Aggressivität anders umzugehen, dann ist das Anti-Gewalt-Training. Ich habe damit Probleme, weil mir die Erkennbarkeit der Arbeitsbereiche unheimlich wichtig ist. Und ich würde, bezogen auf uns, nicht gemeinwesenorientiert und auch nicht Gemeinwesenarbeit sagen. Wir sagen, wir machen lebensweltorientierte Arbeit. Und wenn Jugendliche in diesem Kiez leben wollen und dort Konflikte haben, gehört es natürlich zu Streetwork und mobiler Arbeit dazu, auch entsprechend zu intervenieren und Brücken zu bauen zu den anderen dort beteiligten Anspruchstellern.“

„Ein großes Problem ist, dass die Arbeit im Bereich Streetwork/Mobile Jugendarbeit auch eine Crux hat: man

kann das so unheimlich schwer kontrollieren.“

„Dass es diese Streetworker und mobilen Jugendarbeiter, solche Exoten gibt, die man so schlecht kontrollieren kann, hat ja auch noch einen anderen Grund. Eigentlich ist das Arbeitsfeld immer auf dem Tablett der Öffentlichkeit und es wird ständig von allen Seiten evaluiert. Jeder evaluiert, der Jugendamtleiter sagt: Die Kollegen habe ich aber schon lange nicht auf der Straße getroffen. Und die Polizei sagt: Wieso wart ihr denn da nicht etc. Transparent ist es bis zum geht nicht mehr. Und dass die Partner im Stadtteil trotzdem so weit davon entfernt sind, dass sie sie als die Exoten betrachten, hat manchmal was damit zu tun, dass sie den Bezug zu diesen Jugendlichen tatsächlich nicht mehr haben oder verloren haben.“

„Mir gehen die persönlichen Kompetenzen noch mal durch den Kopf. Ich denke, gerade in diesem Arbeitsbereich ist es unheimlich wichtig, wie gut die Personen sind, die da arbeiten. Und zwar nicht nur deshalb, weil sie nun mal nur sich als Personen haben, sondern auch weil es diese permanente Spannung gibt zwischen den verschiedenen Polen, ob nun im Stadtteil oder sonstwo.

Nochmal zur Kofinanzierung: Als wir angefangen haben mit der Kofinanzierung, die notwendig war, weil Berlin gespart hat, war ja die erste Diskussion: Das raubt uns die Unabhängigkeit. Das ist völlig richtig, weil im Stadtteil entstehen völlig andere Druckpunkte, Begehrlichkeiten und Erpressungsversuche und der Feuerwehreinsatz wird

eingefordert. All das macht die Arbeit schwieriger. Auf der anderen Seite passiert aber auch genau das Gegenteil: Nämlich dass die Bezirke, seitdem sie Geld geben, interessierter an der Arbeit sind, dass das, was man miteinander vereinbart, verbindlicher ist, dass man zu bestimmten Hilfesystemen einen verbindlicheren Zugang

hat etc. Auch in diesem Spannungsfeld stehst du ja als Person, da kann dein Träger noch so sehr hinter dir stehen. Und das heißt auch diese Spannung so auszuhalten, dass man mit vollem Selbstbewusstsein sagen kann, hier ist die Grenze, auch wenn ihr da an mir zerzt.“

„Die Muskeln spielen lassen...“ – Sport als Chance zur Brückenbildung

Deutsche Sportjugend

Dr. Christoph Breuer, Deutsche Sporthochschule Köln

Sport als Re-Integrationsinstanz?

Es stellt sich die Frage, welchen Beitrag der Sport zur Brückenbildung zwischen Sozialer Arbeit und den Jugendlichen leisten kann bzw. inwieweit der Sport eine Chance zur Brückenbildung darstellt. Die Potenziale des Sports als Re-Integrationsinstanz sind zu differenzieren in die allgemeinen Potenziale von Sport, die Potenziale des Sportvereins, die Potenziale des wettkampfgebunden Vereinssports und in Aspekte der neueren Organisationsentwicklung im organisierten Sport.

Allgemeine Potenziale des Sports

Zu jenen sozialen Formationen und Institutionen, die erfolgreiche Prozesse der Re-Integration ermöglichen, zählen insbesondere (a) Jugendkulturen, die

Heranwachsenden Möglichkeiten sozialer Nähe und Gruppenidentifikation bieten, (b) Formen des politischen und/oder ökologischen Engagements sowie (c) ein expressiver Individualismus, bei dem die Thematisierung des Körpers im Vordergrund steht und der Körper zugleich als Sinninstanz fungiert (Rittner 1998).

Der Sport verbindet verschiedene dieser sozialen Formationen. Er verbindet eine Jugendkultur, die die Möglichkeiten sozialer Nähe und Gruppenidentifikation beinhaltet – wenn nicht sogar bedingt – mit einer expressiven Thematisierung des Körpers. Aber auch aufgrund seiner weiteren Merkmale bietet das Medium Sport eine Gegenstruktur zu den multiplen Verunsicherungen der Individualisierung. So stellt der Sport den Unsicherheiten einer komplexen Gesellschaft seine eigene Überschaubarkeit und klare Regeln gegenüber. Der Abstraktheit der komplexen Gesellschaft und ihrem Mangel an

Identifikationsmöglichkeiten stehen die Konkretheit des Sports sowie die Zurechenbarkeit menschlicher Leistungen im Sport gegenüber. Während in der modernen Gesellschaft Differenzierung und Pluralität vorherrschende Momente sind, zeichnet sich der Sport durch Entdifferenzierung und Einheitlichkeit aus. Den gesellschaftlichen Zwängen zur Rollendifferenzierung steht im Sport eine Personalisierung bzw. eine Macht von Personen (Stars) gegenüber. Der Körper wird nicht verdrängt, sondern inszeniert. Zugleich werden Gemeinsamkeiten erzeugt. Und schließlich wirkt er gegen die Monotonie und Spannungsarmut des Alltags.

Potenziale des Sportvereins

Bei der Diskussion um die Potenziale des Mediums Sport ist allerdings zu beachten, dass nicht sämtliche Erscheinungs- und Organisationsformen des Sports gleichermaßen für Zwecke der Jugendsozialarbeit geeignet sind. So ist insbesondere der klassische Sportverein für Zwecke der Jugendsozialarbeit nur begrenzt tauglich. In diesem Zusammenhang stellen Brettschneider/Schierz (1993, 7) fest, dass Bewegungs-, Spiel- und Sportaktivitäten zwar für immer mehr Kinder und Jugendliche zu den selbstverständlichen Elementen ihrer Lebenswelt gehören, sie aber gleichfalls über deren Inszenierung zunehmend selbst entscheiden wollen. Diesem Bedürfnis nach flexibler Bewegungs-, Spiel- und Sportgestaltung stehen jedoch oftmals relativ unflexible Vereinsstrukturen gegenüber. Für die Jugendsozialarbeit insbesondere mit delinquenten Jugendlichen sind die Angebote der Ver-

eine häufig nicht flexibel genug. Sielert/Grenz (1996, 25ff.) weisen zudem darauf hin, dass seitens der Vereine delinquenten Jugendlichen z.T. erhebliche Vorbehalte entgegengebracht werden. Dies könnte u.a. auch darauf zurückzuführen sein, dass Jugendliche in sozial deprivierten Lebenslagen zwar dem Medium Sport gegenüber durchaus aufgeschlossen sind, es bei ihnen in der Regel jedoch nicht zu einem stabilen und kontinuierlichen Engagement kommt (Klein 1989, 186).

Darüber hinaus bemerkt Kothny (1995, 241), dass bei sozial desintegrierten Jugendlichen die Hürde Vereinsbeitritt meist zu hoch ist. Zugleich hat sozialpädagogisch gestützte Betreuungsrbeit, die am ehesten geeignet erscheint Zugangsbarrieren zu überwinden, in den meisten Vereinen ebenso wenig Verbreitung gefunden wie das Bewusstsein für die Notwendigkeit, veränderte Angebots- und Organisationsstrukturen zu entwickeln. Ansätze hierzu sind über das Projektstadium meist nicht hinausgekommen.

Kurz/Sonneck (1996, 83f.) kommen in der Jugendsportstudie Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis, dass Kinder von Ausländern und Aussiedlern trotz der Integrationsinitiativen des organisierten Sports im Sportverein deutlich unterrepräsentiert sind. Während fast die Hälfte (49,4%) der deutschen Nichtaussiedlerkinder des 3. und 5. Schuljahres Zugang zum Sportverein finden, sind es nur 20,0% der Kinder von Deutschen aus Polen oder Russland, 25,2% der türkischen Kinder sowie 20% der Kinder aus sonstigen Staaten. Eine ähnliche Diskrepanz zeigt

sich bei den Jugendlichen (7. bis 13. Schuljahr). Der Organisationsgrad der deutschen Jugendlichen beträgt 41,7%, der Organisationsgrad von Jugendlichen mit ausländischen Eltern 25,1%. Dabei liegt der Organisationsgrad der türkischen Jugendlichen mit 20,8% noch deutlich unter dem Durchschnitt der ausländischen Jugendlichen insgesamt. Bei einer weiteren Differenzierung fällt auf, dass vor allem jugendliche Migrantinnen nur ganz vereinzelt Zugang zum Sportverein finden.

Diese soziale Ungleichheit der Mitgliedschaft im Sportverein ist ein deutlicher Indikator dafür, dass der Sportverein in seinen klassischen Strukturen für viele Zielgruppen der Jugendsozialarbeit nicht hinreichend attraktiv ist.

Potenziale des wettkampfgebundenen Vereinssports

Ein besonderes Dilemma für die sportbezogene Jugendsozialarbeit besteht darin, dass sich Sozialisationseffekte vor allem bei wettkampfgebundenem Vereinssport einstellen dürften (vgl. Rittner/Breuer 2000), dieser jedoch für das Gros der Zielgruppen der Jugendsozialarbeit uninteressant sein dürfte. So bilden sich im leistungsorientierten (Jugend-)Vereinssport die Strukturen der gesamten Leistungsgesellschaft in mehrfach verschränkter Weise ab (Ferchhoff/Brinkhoff 1989, 449). Leistung wird im Sportverein insbesondere für Jugendliche zum legitimen Mittel, sich unter vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen zu bewähren und erste hochbewertete Erfolge zu erringen, die „oft ergänzend, aber auch kompensierend zu passablen schulischen Leistun-

gen treten und so das ‚innere‘ und ‚äußere‘ Bild eines Jugendlichen ergänzen oder aber auch im ‚positiven‘ wie im ‚negativen‘, Sinne stark beeinflussen können“ (ebd.). Kurz/Brinkhoff (1989, 107f.) bezeichnen den Sportverein daher auch als „bedeutendstes, außerschulisches Konstitutiv jugendlicher Gruppen“.

Aber gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass negative Wettkampfergebnisse weitreichende Konsequenzen haben können – und dies insbesondere in Mannschaftssportarten: „Bei häufigem Versagen können neben Selbstzweifeln insbesondere die Reaktions- und Wirkungsweisen der Gleichaltrigengruppe zur Last oder gar zur Tyrannei werden“ (Ferchhoff/Brinkhoff 1989, 449).

Relativierend ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es Sieger und Verlierer nicht nur im Sport gibt. Abgesehen von spezifischen Formen der Jugendarbeit ist die soziale Organisation und Integration von Heranwachsenden auch in schulischen und betrieblichen Einrichtungen durch leistungsbezogene Konkurrenzsituationen bestimmt. Ferchhoff/Brinkhoff (1989, 449) vermuten allerdings, dass die Grundlagen für die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz dieser „Regularien“ aber nicht unwesentlich durch den Sport mitkonstituiert und durch die ständige Anwendung im Sport intensiviert werden.

Wettkampfsport im Verein erfordert ein kontinuierliches, stabiles Sportengagement, das gekennzeichnet ist durch die Prinzipien des „Auf-etwas-hin-Arbeiten“, des Bedürfnisaufschubs und

der Askese. Diese Prinzipien entsprechen jedoch in der Regel nicht den Interessen und Motivlagen vieler für die Jugendsozialarbeit besonders relevanter Zielgruppen.

Organisationsentwicklung im organisierten Sport

Dass in den Sportverbänden tatsächlich eine Organisationsentwicklung stattgefunden hat, zeigen die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung zu den sozialen Initiativen des deutschen Sports. Im Rahmen der Erhebung wurden der DSB, die dsj sowie sämtliche Landessportbünde und –jugenden nach sozialen Offensiven befragt, die über die eigentliche Sportarbeit hinaus reichen. Zusätzlich wurden in Nordrhein-Westfalen alle Kreis- bzw. Stadtsportbünde, Landesfachverbände sowie Verbände mit besonderer Aufgabenstellung befragt. Insgesamt wurden 162 Verbände angeschrieben. 73 Verbände haben geantwortet, was einem Rücklauf von 45,1% entspricht.

Dabei wurden alles in allem 278 soziale Initiativen erhoben; 209 (75,2%) davon sind jugendspezifische Maßnahmen. Sie zeichnen sich durch folgende besonderen Merkmale aus:

Der organisierte Sport hat sich durch die Entwicklung einer sozialen Problematik verändert. Die drei größten Interventionsfelder stellen Integration, Sozialarbeit und Gewaltprävention dar. Gut bzw. knapp die Hälfte aller jugendspezifischen Maßnahmen greift derlei Ziele auf. Es folgen die Bereiche Bildung/Ausbildung, Interkulturelle Arbeit sowie Emanzipation/Gleichstellung. Jede vierte bzw. fünfte soziale Jugend-

initiative hat Zielsetzungen in diesen Bereichen. Von Bedeutung sind auch die Interventionsfelder Streetwork und Suchtprävention. Die Bereiche Resozialisierung, Arbeitslosigkeit und Europäische Integration werden dagegen weniger häufig aufgegriffen.

Auffällig ist ein hoher Vernetzungsgrad der Initiativen. Fast die Hälfte sind mit dem Jugendamt vernetzt, knapp 42% mit Schulen. Es folgen als wichtigste Kooperationspartner Unternehmen aus



der Wirtschaft und die Polizei. Zahlenmäßig nicht zu vernachlässigen sind Vernetzungen mit Wohlfahrtsverbänden, dem Landesjugendamt, dem Sozialamt, Jugendverbänden sowie dem Arbeitsamt. Mit Kirchen und Bürgerinitiativen wird dagegen weniger häufig kooperiert.

Auffallend ist auch ein hohes bürgerschaftliches Engagement bei den so-

zialen Jugendinitiativen des organisierten Sports. Knapp 44% der Arbeit wird von Ehrenamtlichen geleistet.

Dennoch sind die sozialen Jugendinitiativen des organisierten Sports problembehaftet. Als Hauptproblem werden insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen genannt. Mehr als die Hälfte aller Projektleiter sieht hierbei ein starkes oder sehr starkes Problem. Schwierig sind auch die Auswirkungen personeller Unterbesetzung sowie des 630-DM-Gesetzes. Dies zeigt, dass Probleme der Zielgruppe nicht im Vordergrund stehen. Nur 9,1% der Befragten sind der Meinung, dass Jugendsozialarbeit im Sport ein generell zu schwieriges Problemfeld sei. Allerdings meinen 20,6% die Motivierbarkeit und 23,4% die Erreichbarkeit der Zielgruppe sei ein starkes oder sehr starkes Problem.

Bei einer Konzeptanalyse von 18 ausgewählten sozialen Initiativen im Jugendsport, die im Rahmen des Fachforums der Deutschen Sportjugend „Soziale Offensive im Jugendsport“ Ende November 1999 in Berlin vorgestellt worden sind, zeigte sich, dass in den Sportverbänden und -vereinen im Feld der Jugendsozialarbeit durchaus professionell gearbeitet wird. Die – allerdings sicherlich nicht repräsentativen, sondern vermutlich viel eher mit Vorzeigecharakter behafteten – Maßnahmen sind hinsichtlich der Qualitätskriterien Problembezug, Empowerment, Sozialraumbezug, Partizipation und Vernetzung teilweise schon erstaunlich gut entwickelt. Ein größerer Optimierungsbedarf zeigte sich allerdings im Bereich der Qualitätssicherung.

Sozialräumliche Potenziale des Sports

Einen anderen Ansatzpunkt erhält man durch eine sozioökonomische Ursachenbetrachtung der „sozialen Entmischung“ von Wohngebieten. Es stellt sich dabei die Frage, ob Sportangebote die Lebensqualität in spezifischen Wohngebieten erhöhen können, so dass Personengruppen mit einem höheren Nettoeinkommen in diesen Wohngebieten gehalten werden können.

Von verschiedenen Untersuchungen ist bekannt, dass Sportangebote in der Wahrnehmung der Bevölkerung einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität leisten können. So sind einer repräsentativen Studie aus Österreich zufolge 75% der Befragten der Ansicht, Sport hätte eine sehr bis recht wichtige Bedeutung für die Lebensqualität.

Damit verbinden sich gewisse Hoffnungen, mittels einer adäquaten Sport- und Freizeitinfrastruktur nicht nur das Image eines Wohngebietes zu verbessern, sondern auch die Wohnqualität zu erhöhen. Auch für die Ansiedlung von Betrieben insbesondere mit höherer Mitarbeiterqualifikation ist die Qualität der Sport- und Freizeitinfrastruktur nicht uninteressant. Beides sind Faktoren, die den Wegzug sozioökonomisch besser gestellter Personengruppen aus belasteten Wohngebieten abmildern dürften. Verhindert werden kann er alleine durch eine attraktive Sportinfrastruktur jedoch kaum.

Herausforderungen

Wenn der Sport als Chance zur Brückenbildung zwischen Sozialer Arbeit und

den Jugendlichen systematisch genutzt werden soll, so sind einige Herausforderungen zu meistern. Die sozialen Offensiven des Sports im Bereich der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit weisen noch immer einen experimentellen Charakter auf und arbeiten von daher mit hohem Risiko. Sie sind experimentell hinsichtlich des Verhältnisses zu den klassischen Sportorganisationen; sie sind experimentell im Umgang mit dem Medium Sport, experimentell im sozialen Raum und im Umgang mit anderen Akteuren des sozialen Felds. Und sie sind nicht zuletzt experimentell im Umgang mit den jeweiligen Zielgruppen, die oftmals nicht über die für Sportaktivitäten üblichen Dispositionen und Ressourcen verfügen.

Insgesamt kommt es bei der Entwicklung eines Handlungsprogramms „Sport als Chance zur Brückenbildung“ darauf an, die Eigenrationalität der jeweiligen Praxisfelder sozialer Arbeit und der dort vorfindbaren Handlungsmuster zu berücksichtigen und in Beziehung zu setzen zu den strukturellen Voraussetzungen erfolgreicher Jugendhilfe. Neben der Mikroebene des Handelns sind demnach auch die Vorgaben der Meso- (organisatorische bzw. institutionelle Ebene) und Makroebene (wohlfahrtsstaatliche Vorgaben) bei der Programmplanung und Umsetzung zu berücksichtigen.

Herausforderungen auf der Mikroebene

Hier stellen sich vor allem Fragen, (a) wie das Medium Sport besser verfügbar gemacht werden kann für Zwecke der mädchen- bzw. frauenspezifischen Jugendsozialarbeit sowie (b) wie Ele-

mente des systematischen „Auf-etwas-hin-Arbeitens“ in attraktive Konzepte der sportbezogenen Jugendsozialarbeit integriert werden können.

Herausforderungen auf der Mesoebene

Auf der Mesoebene liegen die Herausforderungen unter anderem darin, das Organisationspotential der erfolgreichsten Freiwilligenvereinigung in Deutschland, des organisierten Sports mit 27 Mio. Mitgliedern und 3,5 Mio. Ehrenamtlichen in gut 86.000 Vereinen, unter Berücksichtigung seiner speziellen Systemlogik besser für Zwecke der Jugendsozialarbeit zu nutzen. Weiterhin ist zu fragen, wie sich kommerzielle Sportanbieter in konkrete Konzepte der sportbezogenen Jugendsozialarbeit einbringen können.

Eine weitere Herausforderung liegt im organisationellen Lernen der Sportorganisationen selbst. Sinnvoll wäre hierzu, einen Datenpool zu den sozialen Initiativen des organisierten Sports anzulegen. Aus dem Pool könnten „models of good practice“ herausgefiltert werden, die wichtige Hinweise für die Qualitätssicherung bestehender und die Entwicklung neuer sozialer Initiativen des Sports liefern können. Auf diese Weise wird ein systematisches organisationelles Lernen möglich. Entsprechende Erkenntnisse können dann in die Strategieentwicklung und Steuerung der Sportorganisationen ebenso einfließen wie in eine Leitlinienentwicklung für die Qualitätssicherung sozialer Initiativen sowie in die Übungsleiter-Ausbildungen. Darüber hinaus könnten im Sinne einer intersektoralen Sportberatung Jugendverbände, Jugendämter, aber auch die Polizei und andere

Institutionen über bestehende Initiativen und Teilnahmemöglichkeiten daran informiert werden. Der Datenpool könnte somit Aufgaben der Institutionen- und Bürgerinformation übernehmen.

Aus der Diskussion:

„Die Ziele sind bei unserem Projekt die soziale Integration der Jugendlichen in den Stadtteilen mit den Möglichkeiten des Sports, Verbesserung und Erschließung neuer Bewegungsräume im Stadtteil, Verbesserung der Angebotsstruktur und Vernetzung der Akteure. Wir haben drei inhaltliche Projektansätze.

Die Stadtteilbüros, das ist das, was oftmals als Quartiersmanagement bezeichnet wird, sind die Koordinierungsstellen. Sie sind vom Land eingerichtet. Es sind oft ausgegliederte Stätten der Stadtplanung. Es sind auch viele andere Akteure und die Wohlfahrtsverbände involviert. Die Städte haben die Möglichkeit zu sagen, wir haben den Stadtteil XY, der ist ganz schwer belastet, wir planen dazu das und das. Sie müssen ein integriertes Handlungskonzept schreiben. Die Landesregierung entscheidet in einer interministeriellen Arbeitsgruppe darüber, ob das gefördert wird, ob das ein belasteter Stadtteil ist, den man tatsächlich aufnehmen muss oder ob man andere Wege gehen kann.

Die Stadtteilbüros vernetzen vor Ort die Akteure. Sie sorgen sich um Bürgerbeteiligung und all diese Punkte. Das ist auch für uns der erste Ansprechpartner in der Kooperation neben den Sportvereinen. Dann gibt es auch die Jugendhilfe und die Jugend-

zentren im Ort. Ein wichtiger Punkt sind außerdem die Schulen. Zum Teil arbeiten wir auch mit Kirchen zusammen, Polizei, Kulturverein. Das was vor Ort ist, kann im Verbund sein.

Was wird gemacht? Letztendlich ist es ein Bauchladenprojekt, weil alles, was möglich und denkbar ist innerhalb des Sports und innerhalb der Kooperation, gemacht werden kann, wenn es sinnvoll vor Ort erscheint. Es soll geguckt werden, was für Ansätze es schon gibt. Das erste ist das Klassische: man versucht Spiel-, Sport- und Stadtteilstefestemitzugestalten. Das ist allerdings noch kein Projekt, sondern ein Baustein, der überall vorkommt. Offene Angebote, das kann z.B. Streetball ein bis zweimal die Woche sein, je nach Stadtteil. Oder ein Tor im Jugendzentrum aufbauen, wo eine Anlage angeschafft wird, wo auch ein Übungsleiter dabei ist, ein Pädagoge aus dem Jugendzentrum, der sich um die Jugendlichen kümmert. Das kann ein Stadtteilpark sein, das kann auf dem Platz sein, je nachdem, wie die Gegebenheiten vor Ort sind. Einige Sportjugenden bei uns haben Sportmobile oder man kooperiert mit den städtischen Spielmobilien. Park-Events sind auch eine Form des offenen Angebots, oder man nutzt die Hallen mit. Basketball und auch Fußball sind ein Medium, das die Jugendlichen in den Stadtteilen annehmen.

Zur Zielgruppe: Wir haben keinen klassischen zielgruppenspezifischen Ansatz. Oft gab es und gibt es immer noch das Projekt ‚Sport mit Aussiedlern‘. Wir sagen, wir machen das eher stadtteilbezogen, gemeinwesenorientiert, wir arbeiten mit allen, die dort sind. Natürlich gibt es einen großen ausländischen Anteil. Aber wir nennen

es nicht Sport mit Immigranten, weil das ausgrenzend ist. Es sind zum Teil auch die Deutschen, die dort marginalisiert sind. Wir versuchen alle Jugendlichen im Stadtteil anzusprechen. Wir haben unser Angebot auch auf Kinder erweitert. Und wir arbeiten auch mit Grundschulen und Kindergärten zusammen. Aber der Schwerpunkt liegt auf Jugendlichen, denen das Angebot von Spiel im Verein gemacht wird. Das sieht so aus, dass man als Sportverein Schnuppertage in der Schule macht und im Nachmittagsbereich Arbeitsgemeinschaften anbietet. Es gibt auch Ganztagsbetreuungsangebote, d.h. eine Kombination von Hausaufgabenhilfe und Sportangeboten, da tut man sich auch wieder mit Trägern zusammen. Das Ziel ist, die Kinder dann auch in den Sportverein zu bekommen. Aus den Projektmitteln werden dabei häufig auch die Vereinsbeiträge gezahlt, weil die Eltern sie oft nicht zahlen können oder wollen. Dann haben wir noch den Bereich der Ferienfreizeiten. Das ist nichts Neues. Bewegungsförderung ist vielleicht ein bisschen der Anlass, weil festgestellt wurde, dass häufig Defizite im körperlichen Bereich, Haltungsschäden vorliegen, dass auch motorische Mängel vorhanden sind. Übergewicht ist auch ein großes Problem. Besonders in den sozial belasteten Gebieten gibt es auch im Gesundheits- und Bewegungsbereich im Vergleich zu anderen Stadtteilen große Probleme. Wir machen auch Aktionstage mit niederschweligen Angeboten, Angebote für die Kinder. Wir haben Rampen gebaut, wenn die einen Skaterpark wollten. Es ist natürlich nicht alles so schnell umzusetzen, sondern nur in

ersten Schritten. Wir haben mit den entsprechenden Gremien der Stadt und mit Firmen darüber verhandelt. Aber dass etwas passiert, ist enorm wichtig. Wir haben den Vorteil, dass im Zusammenhang mit dem Großprojekt auch andere Mittel fließen, die wir mit unseren 10.000 DM gar nicht hätten, dass da z.B. auch Bolzplätze und Skateranlagen gebaut werden. Das haben wir alles aus den Stadtentwicklungs- und Sportstättenmitteln. Das können wir natürlich mit den paar Mark nicht. Die sind hauptsächlich dafür da, Übungsleiter zu bezahlen und einen Materialpool zu schaffen. Auch Platzgestaltung mit Kindern ist ganz wichtig.“

„Wenn ich das richtig verstanden habe, ist unter dem Schlagwort ‚Koordination‘ eigentlich zu verstehen, dass ihr euer Know-how in die Arbeit anderer Träger hineingetragen habt? Habt ihr auch was ganz Eigenständiges gemacht oder immer nur in Zusammenarbeit mit der Schule, mit dem Kindergarten und dem Jugendfreizeitheim? Eigentlich könnten diese Kollegen sich freuen, dass da sportlich interessierte und profilierte Leute kommen und deren Arbeit machen.“

„Wir sind der Ansicht, dass man als Sportorganisation auch soziale Verantwortung trägt und mit diesem Medium auch etwas zu bieten hat. Es gibt auch vieles, was wir allein machen, z.B. wenn man als Verein Angebote für die Kids macht. Auch die Sportjugend führt eigene Projekte durch. Formal gibt es da auch eine Kooperation mit der Schule, die abends auch eine Halle und ein offenes Inlineskateangebot hat. Da ist nicht nur ein Übungsleiter,

sondern es sind auch Pädagogen mit dabei. Die Intention und die Philosophie ist: Sport kann viel machen. Wenn ich es nicht alleine schaffe, kann ich etwas schaffen in Kooperation mit Partnern. Das ist kein Grund sich auszuruhen. Ich arbeite vorrangig ehrenamtlich. Es ist möglich aktiv zu werden mit dem Medium Vereinssport, auch in Kooperation.

Wenn man so sieht, was ausgelöst worden ist, insbesondere als auch der Sport mit dazu kam. Wir kamen ja auch nicht mit leeren Händen, sondern hatten 10.000 DM. Auch so ein kleiner Betrag ist Geld. Sonst war es schwierig, Geld zu finden, um mal einen mobilen Basketballkorb zu kaufen. Die Schulen haben ähnliche Probleme z.B. bei der Ausstattung von Spielecontainern. Das ist etwas, wovon der Stadtteil profitiert und auch die Jugendlichen. Es ist auch vieles Andere möglich. Es hat auch von der Stadt Initiativen gegeben die Bewegungsbereiche zu initiieren. Es wurden Schulen umgestaltet. Dafür gibt es auch andere Mittel, die z.B. genommen wurden um Kletterwände zu bauen. Und es wurden noch andere Partner gefunden. Das ist dann der Schneeballeffekt, den es haben sollte: die Vernetzung und eben nicht nur Kooperation in der Arbeitsweise, sondern auch für den Stadtteil.“

„Hat es dann auch dazu geführt, dass andere Gruppen in die Sportvereine gegangen sind? Ich muss fairerweise sagen, dass ich aus Köln komme und weiß, wie in Chorweiler diese 10.000 DM über den Tisch gegangen sind. Da ist mein Eindruck gewesen, dass dieser Verein sehr geschickt war und für

10.000 DM eine relativ gute Ausstattung bekommen hat, was o.k. ist, weil ich denke, die übernehmen danach die Aufgabe und haben wohl auch ein oder zwei solcher Wochenenden veranstaltet. Und da hab ich mich gefragt, ob das wirklich dazu geführt hat, dass in diesem extrem belasteten Gebiet, das ist Chorweiler eben, auch andere Leute einen Zugang zu diesem Verein gefunden haben? 10.000 DM sind wirklich nicht viel Geld, und ich will auch nicht sagen, dass man Kontrollen ohne Ende dranhängen muss, andererseits ist mir nicht aufgefallen, was das Besondere und das Neue daran war.“

„Das Problem ist einerseits, dass wir eine Rahmenkonzeption erarbeitet und Anhaltspunkte gegeben haben. Und vor Ort sollen sie selber schauen, wie sie sie umsetzen. Ich nehme ein bisschen Geld, ich mach etwas damit, das ist der Nachteil von diesem Gießkannenprinzip.“

„Es gibt keine Kontrolle?“

„Die gibt es schon. Ich weiß schon was da läuft, wenn man erst mal eine Kooperation angestoßen hat. Die ganz kleine Sportjugend, die ehrenamtlich organisiert ist, wird auf einmal im Stadtteil aktiv. Und dann kommt immer mehr zustande. Natürlich waren sie auch unsicher, bekamen Beratung und Kooperation. Da kommt dann wirklich was ins Rollen. Das sind eigentlich auch die besten Projekte. Es gibt 28 Projekte. Ich finde, wo etwas direkt vor Ort passiert, da kann der Stadtteil auch profitieren. Mit den Vereinsstrukturen, das ist so eine Sache. Es gibt Vereine, die sagen,

was soll ich mich mit den Assis abgeben, da kommt man sowieso nicht ran, und andere, die es wirklich versuchen. Der Unterschied ist auch, ob sie im Umfeld tätig sind oder sich auch als Teil des Stadtteils sehen. Wenn sie das tun, dann ist auch ihre Arbeit zum Teil ganz anders. Viele sind dann sehr aktiv.“

„Haben die Sportvereine überhaupt Interesse oder können die Interesse haben Sozialarbeit zu machen? Die Fußballvereine bei uns in NRW sagen, ich mach nur Sozialarbeit mit unseren Fußballmannschaften. Aber letztendlich ist es nicht unser Job, benachteiligte Kinder und Jugendliche in den Sportverein zu holen.“

„In Köln unterhält die Arbeitsgemeinschaft der Offenen Türen, alles offene Jugendeinrichtungen, eine eigene Fußballliga. Es gibt Strukturen, die außerhalb von Sportvereinen funktionieren aber ähnlich strukturiert sind. Diejenigen, die sich im Verein für benachteiligte Kinder und Jugendliche interessiert haben, waren relativ schnell überfordert, weil sie von ihrem Verein allein gelassen wurden. Es war halt deren eigenes Interesse. Wenn es dann gelungen ist, sie in den Verein zu integrieren, war man dort völlig überfordert mit den Problemen, die auf sie zugekommen sind. Das ist auch eine Diskrepanz.“

„Es gibt auch die Möglichkeit einer kooperativen Sportstättenutzung. Ähnlich wie bei solchen Projekten, gibt es auch Arbeitskreise, wo man diese Dinge bespricht. Dabei handelt es sich jeweils um öffentliche Sportanlagen, die

man nutzen kann, denn gerade für die Jugendsozialarbeit sind die Zeiten interessant, wo die eben nicht vereinsbezogen belegt sind. Da gibt es auch durchaus Möglichkeiten. Das ist dann auch ein Gang durch die Institutionen, mit einem Anruf ist es sicherlich nicht getan.“

„Ich glaube, dass die verhärteten Ansichten von Sportvereinen in Bezug auf die Mitnutzung von Sportstätten durch Verbandsfremde überhaupt nicht aufzubrechen sind. Ich finde es erfreulich, wenn es an manchen Stellen laufen kann, aber ich glaube, dass diese Verhärtung für unser Arbeitsfeld nicht aufzubrechen ist. Man kann es vielleicht vereinzelt oder auf der politischen Schiene machen, aber generell ist es schwierig. Ich würde es sinnvoller finden, wenn finanzielle Mittel auch Trägern zur Verfügung gestellt werden, die konkret mit bestimmten Zielen auf bestimmten Gebieten sportlich-soziale Angebote übernehmen. Es ist lange bekannt, wie wichtig Sport ist, dass man damit Jugendliche erreichen kann, die man sonst nicht erreichen kann. Aber die Vereine halten an ihrer Vereinsmeierei fest.“

„Wir haben auch diese Erfahrung gemacht, z.B. in Detmold, wo die Jugendlichen obligatorisch den Vereinsvorstand gewählt haben, damit sie auch die Anlagen nutzen konnten. Dann hat man einen eigenen Sportverein gegründet, der dann wiederum alle Rechte hat.“

„Ein Patentrezept gibt es zurzeit nicht. Die Kids wissen meist, wann was frei ist. Aber gerade die Vereine wollen das nicht.“

„In Essen-Katterberg, ein Stadtteil, der vom Zechensterben betroffen ist, gibt es mittlerweile einen Ausländeranteil von 80% mit rund 20 Nationalitäten. Da ist so gut wie nichts mehr, nur noch ein paar Schulen. Jeden Freitag findet dort ein Mitternachtsoccer statt. Das ist ein offenes Angebot. Da ist ein Übungsleiter, der das betreut, der auch eine sozialpädagogische Ausbildung hat. Im Umkleideraum kreist der Joint. Trotzdem - wichtig ist, die kommen da regelmäßig hin.“

„Ich berichte mal kurz über einen Stadtteil in Dortmund. Dortmund hat drei anerkannte Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Man sagt das immer, als ob das ein besonderes Prädikat wäre, aber es ist eigentlich besonders traurig. Die Ministerin ist die Frau Ilse Kruse, zufällig kommt sie aus Dortmund. Vielleicht kann man hier auch den Zusammenhang sehen, warum Dortmund drei Stadtteile anerkannt bekommen hat. Aber das ist reine Spekulation. Aber wenn man sieht, wieviel Millionen Mark in diese Stadtteile hineinfließen, denke ich, hat das auch was damit zu tun, welche politische Partei in der Stadt gerade das Sagen hat. Die drei Stadtteile sind Dortmund-Hörde/Klarenberg, das ist eine Betonsiedlung in den 70er Jahren entstanden, mit hohem Ausländeranteil, Dortmund-Scharnhorst, der ist nicht ganz so extrem, hat 3.400 Einwohner. Und der dritte und größte Stadtteil ist die Dortmunder Innenstadt Nord mit 60.000 Einwohnern und einem Ausländeranteil von fast 38%. Dazu kommt, dass die deutschen Bewohner, die dort leben, häufig arbeitslos sind und es gibt viele alleinerziehende Mütter und Väter. Das

ist der soziale Brennpunkt schlechthin. In diesem Stadtteil gibt es auch sehr viele Sportvereine. Und im Grunde genommen, wenn sie überhaupt Kinder und Jugendliche betreuen, können sie in unseren Augen auch Sozialarbeit machen. Diese Kinder wachsen nun mal anders auf als die Kinder im Dortmunder Süden. In diesem Stadtteil konzentriert sich die Aktivität von ganz vielen Organisationen im Jugendbereich. Das Jugendamt ist aktiver als in anderen Stadtteilen, einfach weil es dort größere Probleme gibt. Und es gibt auch Gruppierungen und Organisationen, die sich gebildet haben, um dort mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Es gibt eine Arbeitsgruppe in diesem Stadtteil, da sitzen 60 bis 65 Leute, davon sind 64 Hauptamtler und ein Ehrenamtler, und das ist der Vertreter der Sportjugend.

Die Polizei hat mittlerweile auch erkannt, dass man im Bereich Kinder- und Jugendarbeit etwas tun muss. Das nennt sich ‚Kriminalpräventive Räte‘, die in allen Stadtteilen Dortmunds installiert wurden und wo die Sportjugend auch mit ihrem ehrenamtlichen Mitarbeiter tätig ist. Es ist aber dennoch eine gewisse Konkurrenz da, weil die einen oder anderen Angst haben, dass man ihnen die Kinder und Jugendlichen wegnimmt. Deshalb ist es auch nicht immer so einfach mit anderen zusammenzuarbeiten. Die Kooperation oder Vernetzung stellt sich manchmal als sehr, sehr schwierig dar.

Ein paar Beispiele, was wir konkret in diesen Stadtteilen gemacht haben und noch machen: Wir haben bspw. das türkische Bildungszentrum unterstützt bei einem Schwimmkurs für Mütter mit Kindern. Man muss dazu sagen, dass

es mit dem Schwimmen relativ schwierig ist, weil es nicht überall Schwimmbäder gibt. Und in diese Lehrschwimmböden oder in Bewegungsbecken der Altenheime kommt man ja nicht ohne weiteres rein. Und dann ist das Problem, wenn man für türkische Mütter etwas anbieten möchte, dass sie ja nicht überall hingehen dürfen. Von daher waren wir eigentlich ganz glücklich darüber, dass wir diese Gruppe unterstützen konnten. Sie haben von uns z.B. Schwimmhilfen geschenkt bekommen und die Übungsleiterin wurde von uns bezahlt.

Wir haben auch einen Frauenkarateverein unterstützt, der Mädchengruppen installiert hat, die im Bereich Selbstbehauptung und Selbstverteidigung tätig sind. Wir haben zwei Gruppen einrichten können, eine Gruppe für Mädchen bis zu acht Jahren und eine Gruppe für Mädchen von acht bis 12 Jahren. Dortmund hat auch einen Bundesliga-

verein mit einem Fanprojekt, das zwar vom Ministerium und ich glaube auch von der Borussia unterstützt wird.

Dennoch werden die nicht mit Geld überschüttet und darum haben wir denen ein paar Mark dazu gegeben, damit sie eine Jumpramp kaufen konnten. Dieser Fanclub arbeitet nicht nur in diesem Stadtteil, sondern auch in allen anderen Stadtteilen und baut da etwas auf, z.B. können Kinder auf Festen Streetsoccer spielen.

Der Stadtsportbund führt seit zwei Jahren Mitternachtsbasketball-Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und mit anderen Trägern durch. Die Sportjugend hat für diese Veranstaltungen Helfer zur Verfügung gestellt, die die Arbeiten rund um diese Veranstaltungen übernommen haben. Das machen dann meistens Gruppenhelfer von uns, die dann für diesen Abend ein paar Mark bekommen. Das haben wir gefördert.“

„Allein machen sie dich ein...“ – Ansätze und Konzepte aus der Jugendverbandsarbeit für benachteiligte Kinder und Jugendliche

Deutscher Bundesjugendring

Aus der Diskussion:

Streetwork mit Aussiedler-Jugendlichen in Augsburg-Lechhausen

„Das Projekt wird vom Bundesverwaltungsamt finanziert, es ist begrenzt auf drei Jahre und soll Spätaussiedler-Jugendliche erreichen. Träger ist der Jugendring Augsburg.“

Der Stadtjugendring hat für Streetwork eine extra Konzeption und sieht Streetwork als Erweiterung der Jugendarbeit an, weil man mit der stationären Arbeit nicht alle Jugendlichen erreichen kann. Es gibt Jugendliche, die wollen nur Hockey spielen. So kann auch Kontakt hergestellt werden. Streetwork ist nied-

rigschwellig. Die Arbeit basiert sehr stark auf Kooperation und Vernetzung und sie ist gemeinwesenorientiert. In jeder Region ist ein Streetworker tätig. Beim Stadtjugendring ist der Streetworker an ein Jugendhaus angebunden, wo er auch regelmäßigen Austausch und Rückhalt bekommt.

Der Stadtteil Lechhausen ist mein Einsatzbereich. Hier wohnen 34.000 Einwohner davon 2.100 Jugendliche von 12 bis 18 Jahren. Es gibt zwei Übergangsheime. In einem wohnen 300, in dem anderen 100 Aussiedler. Meist bleiben sie im Stadtteil, weil es da auch erschwingliche Sozialwohnungen gibt. In diesem Stadtteil gibt es nur wenige Einrichtungen, aber ich kann immer auch auf die Strukturen und die Angebote des Jugendhauses zurückgreifen. Ich kann den Jugendlichen z.B. sagen, hier gibt es einen Breakerworkshop, da könnt ihr mitmachen.

Besonders interessant ist die Vernetzungsarbeit. Hier gibt es eine Fachbasis mit Vertretern verschiedener Einrichtungen auch aus anderen Stadtteilen, wie Kirchen, Polizei, Horte, Schulen und die Wirtschaft. Wir kooperieren untereinander und veranstalten z.B. ein Stadtteilfest. Damit haben wir versucht, türkische und andere Jugendliche einander näher zu bringen.

Die Spätaussiedler leben speziell in Lechhausen. Die meisten kommen aus Russland und Kasachstan, wenige aus Polen, und sie haben ihre spezifischen Probleme, vor allem Integrationsprobleme. Und genau aus diesem Grund habe ich einen Streetworktreff aufgebaut vor einem Jahr, ein kleines Jugendzentrum für Spätaussiedler. Im offenen Treff gibt es Angebote wie Kochen und Freizeitgestaltung. Es gibt einen offenen Treff als

kleines Café. Man kann sich unterhalten, Spiele und Inlineskates ausleihen. Die Jugendlichen kommen oft gegen ihren Willen mit ihren Eltern nach Deutschland. Es ergeben sich Fremdheits- und Desorientierungsprobleme, weil sie hier einen Kulturschock bekommen.

Um die neuen Werte und Normen einzuüben, hatten wir uns überlegt, Angebote wie die Kochgruppe zu machen. Bei den Spätaussiedlern hat man ja das Vorurteil, dass der Mann das Sagen hat.

Ein Jugendlicher dazu: ‚Zuhause muss der Mann das Wort haben und nicht die Frau. Frauenarbeit ist, dass sie kocht und alles sauber macht. Wenn ich abends von der Arbeit komme und müde bin, dann muss alles auf dem Tisch stehen. Dann esse ich und lege mich nachher auf die Couch, sehe fern oder gehe mit der Frau ein bisschen spazieren und nicht mehr. Und wenn jemand zu Besuch kommt, muss die Frau springen und alles machen.‘

Und bei der Kochgruppe hat man gut sehen können, da haben plötzlich die Jungen mitgemacht. Erst haben sie gesehen, dass der Praktikant kocht, und sich gefragt, warum das nicht eine Frau macht. Inzwischen kochen die Jungs auch und die Mädchen dürfen mitessen.

Ich bin nicht nur im Treff, sondern gehe auch auf die Straße und treffe dort die Jugendlichen. Ich habe einen Treffpunkt vor dem Übergangwohnheim für Jugendliche, die erst kurz in Deutschland sind und z.B. Alkohol- oder Drogenprobleme haben. Dann habe ich noch Treffpunkte mit Aussiedlerjugendlichen, die schon seit fünf bis sechs Jahren hier sind, aber trotzdem

noch große Probleme mit der Integration haben, keinen Arbeitsplatz finden usw. An anderen Treffpunkten sind türkische und deutsche Jugendliche. Bei den einen macht man Sportangebote und bei den Junkies z.B. Beratungsangebote.

Der Stadtjugendring wird von der Stadt Augsburg bezahlt für Hauptamtliche und Projekte. Die bayerischen Kreisjugendringe sind Rechtspersonen und können direkt Geld von den Kommunen bekommen. Unsere Arbeit wird vom Kreisjugendring kontrolliert, als eigene Rechtsperson, die ihrerseits Kontakt zu den Jugendverbänden hat. Der ehrenamtliche Vorstand vom Kreisjugendring Augsburg, genauso wie vom Kreisjugendring München-Stadt, sind die Vertreter der Jugendverbände.“

„Das ist eine bayerische Spezialität. Das würde es in Bremerhaven nicht geben. Da gibt es nur die Jugendbildungsreferenten und es werden keine Gelder freigeschaufelt. Wenn der Stadtjugendring Bremerhaven sagen würde, wir wollen ein Streetworkprojekt machen, würde die Stadt sagen, dafür haben wir kein Geld, das macht die Kommune.“

„In Sachsen-Anhalt können durchaus die Jugendringe, die Landkreise oder kreisfreien Städte Projektträger sein.“

„Habt ihr ein eigenständiges Budget, mit dem ihr frei arbeiten könnt?“

„Wir haben wenig Geld, also müssen wir einfach flexibel sein. Die Inline-skates z.B. haben wir als Spende von einem Sportgeschäft. Wir haben da unsere Kontakte, wo wir immer wieder was bekommen.“

Kontakt:

**Stadtjugendring Augsburg, Nina Gapp
Schwibbogenplatz 1, 86153 Augsburg**

Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen in München

„Es gibt in München unbesetzte Ausbildungsplätze. Es gibt aus meiner Sicht kein Arbeitslosigkeitsproblem, sondern ein Problem von benachteiligten Jugendlichen, die nicht so einfach einen Ausbildungsplatz bekommen, weil sie selber dazu nicht in der Lage sind. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Arbeitsplätze mit geringem Zugangsniveau. Die Zahl der SchulabgängerInnen steigt in den nächsten Jahren um 14%. Derzeit gibt es etwa 4.000 Arbeitslose unter 24 Jahren.

Natürlich wird in der Stadt reagiert. Es gibt ca. 350 SchülerInnen im Berufsvorbereitungsjahr. Es gibt im Jahr ungefähr 1.700 Zugänge in berufsvorbereitende Maßnahmen des Arbeitsamtes. Das Problem ist, was machen diese Jugendlichen danach? Die meisten kommen dann auch nicht unter. Es werden jährlich etwa 100 Jugendliche in städtische Arbeitsförderungsmaßnahmen übernommen. Und es gibt jährlich ungefähr 200 bis 600 Jugendliche, die uns ganz wegbrechen. Pro Jahr bleibt ca. 2.500 Schulabgängern die Berufsausbildung verwehrt.

Wir haben das Projekt ‚Jugendarbeit mit Perspektiven‘. Als Projektansatz passiert das dezentral vor Ort in den Einrichtungen, wo betroffene Besucher sind, und präventiv an den Hauptschulen. Gleichzeitig ist ein wesentliches Moment dieses Ansatzes, dass eine

Vernetzung der MitarbeiterInnen in den betroffenen Einrichtungen stattfindet und dass es für sie Fortbildungen gibt, damit sie qualifiziert auf die entsprechenden Lagen reagieren können. Bezogen auf das Programm E&C fällt auf, dass es auch in eigentlich unauffälligen Stadtvierteln einzelne belaste-



te Wohngebiete gibt, die natürlich aus der Fokussierung der ‚Sozialen Stadt‘ herausfallen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass wir mit dem jetzigen Maßnahmenkatalog flexibler und direkter reagieren können auf die Probleme und Lagen der betroffenen Jugendlichen vor Ort.

Das Projekt ‚Übergang Schule und Arbeitswelt‘ setzt an der Hauptschule an, denn es gibt dort kaum eine Vorbereitung auf den Einstieg ins Arbeitsleben. Da geht eine Mitarbeiterin von uns gezielt in zwei Hauptschulen und bespricht mit den Abgangsklassen, aber auch schon mit anderen Klassen, wie man sich bewirbt, wie eine Bewerbung aussieht. Was bei einem Bewerbungsgespräch passiert, wird in Workshops und Trainings geübt.

Dann gibt es Projekte der beruflichen Eingliederung und Qualifikation für schwer vermittelbare Jugendliche. Das sind Projekte in einem Stadtteil, der

an und für sich relativ unproblematisch ist, wo es aber Jugendliche gibt, die aufgefallen sind, die delinquent sind. Es geht darum, dass sie in Einrichtungen erst mal zehn Stunden mitarbeiten können und das auch in einem bestimmten Rahmen bezahlt bekommen. Das ist die Geschichte der sozialen Integration, aber gleichzeitig der Anerkennung.

Es gibt ein Malerprojekt, das in der Theorie die klassische Ausbildung bietet. In der Praxis renoviert der Kreisjugendring mit diesem Projekt auch seine eigenen Einrichtungen, und die so gesparten Kosten werden auch in Personal bei dem Projekt gesteckt. Dabei gibt es einen wesentlich besseren Betreuungsschlüssel für die Jugendlichen, und wir können gerade auf die sozialen Probleme besser eingehen.

Dann gibt es ein Radioprojekt im Aus- und Fortbildungskanal, an dem der Kreisjugendring beteiligt ist. Da wird z.B. Kontakt zu den Medien vermittelt. Man macht selber Radiosendungen und es findet auch Qualifizierung statt. Ein Projekt, das vielleicht ausläuft, ist ‚Aufsuchen, Begleiten und Unterstützen‘. Es wurde bisher finanziert vom Arbeitsamt. Damit haben wir mit zwei ganzen Stellen, aufgeteilt auf vier Sozialpädagogen, in verschiedenen Einrichtungen versucht, Jugendliche, die eben gerade verloren gehen, diese 200 bis 600, anzusprechen, zu begleiten und zu unterstützen. Die haben oft aufgegeben, Maßnahmen abgebrochen, weil es einfach zu viel war. Sie sollten wieder in Strukturen hineinkommen. Dieses Projekt wird von den Jugendlichen sehr gut angenommen. Wir wollten praktisch genau die erreichen, die herausgefallen sind. Aber das Arbeitsamt

hat gesagt, alle die schon mal bei uns in der Kartei waren oder sind, können wir nicht nehmen. Denn dann kann aus der Sicht des Arbeitsamtes dieses Projekt nicht erfolgreich sein. Wobei das Arbeitsamt in München bei sozialer Arbeit sagt: das ist nicht unser Thema. Es gibt noch das Projekt ‚Jugendkneipe‘, wo Jugendliche selber eine Kneipe betreiben, die dann auch sieben Tage die Woche geöffnet hat.

Ausgehend davon, dass wir recht viele Einrichtungen haben, wo es auch Beschäftigungspotentiale gibt, kann man sich z.B. Projekte vorstellen, die sich mit Gebäudereinigung befassen. Da sind wir noch im Planungsstadium, weil wir noch nicht so genau wissen, wie es da mit der Akzeptanz aussieht. Denn ein türkischer männlicher Jugendlicher sagt sicherlich im Normalfall, Raumpfleger, schön und gut, aber ich putze nicht.

Und zum E&C Programm, denke ich, sollten zusätzliche Projekte ermöglicht werden, und es sollte auch möglich werden, dass bestehende Projekte vertieft und weitergeführt werden. Die Verknüpfung von E&C-Programm und ‚Soziale Stadt‘ greift an sich ein bisschen zu kurz. Es wäre natürlich wichtig in diesem Rahmen eine weitere Vernetzung auf Bundesebene oder sogar europaweit anzustreben.“

„Warum habt ihr das Projekt durchgeführt, wenn das Arbeitsamt sagt, wir setzen ganz andere Zielkriterien?“

„Es war ja für uns auch spannend. Wir wollten sehen, ob es diese Jugendlichen gibt. Das Arbeitsamt hat immer gesagt, die kann es nicht geben, weil sie ja immer irgendwie erfasst werden.

Grundsätzlich sehen wir das auch so. Doch wir werden immer wieder welche finden. Aber es ist interessant, über dieses Projekt die Möglichkeit zu haben, an diese Jugendliche noch einmal heranzukommen, weil es relativ offen ist. Eine Weiterfinanzierung durch das Arbeitsamt kommt so erst einmal nicht in Frage. Es kann aber sein, dass wir auf der Grundlage dieser Arbeit, die wir ein Jahr lang gemacht haben, relativ gute Chancen haben, zur Stadt zu sagen, hier gibt es einen entsprechenden Bedarf und wir benötigen die Mittel dafür. So hat uns das Arbeitsamt die Möglichkeit gegeben, um qualifiziert zu sagen, so und so ist die Lage. Das ist der Punkt, warum man so etwas dann wieder macht.“

„Manchmal denken die Arbeitsämter auch um, wie beim Jump-Programm, wo sie gemerkt haben, dass ihr erster Ansatz nicht so richtig gegriffen hat. Jetzt holen sie Streetworker in angebotene Maßnahmen und benutzen nicht umgekehrt Streetworker, um ihre Jugendlichen in Maßnahmen zu bringen, das ist nämlich eine andere Geschichte.“

„Die Bereitschaft des Arbeitsamtes ist schon da. Aber es ist fraglich, ob das Arbeitsamt überhaupt noch den Etat bekommt. Sie wollen schon investieren, aber es ist unsicher.“

Kontakt:

Kreisjugendring München-Stadt
Gerhard Mayer

Paul-Heysel-Str. 22, 80336 München

Schülercafe Dortmund

„Wir arbeiten im Schülerclub Scharnhorst. Das ist einer von fünf Schülerclubs der Falken in Dortmund, die an Hauptschulen in benachteiligten Wohngebieten angesiedelt sind. Scharnhorst ist ein Stadtteil im Nordosten Dortmunds, der eigentlich aus zwei Teilen besteht, einem gewachsenen Teil und einer Großsiedlung, die in den 70er Jahren dort rangeklotzt wurde, um schnell und preiswert Wohnraum zu schaffen. Das sind Hochhäuser, gleich mitgeplant ein Einkaufszentrum und eine Schule, Kindergärten, Polizeistation, Bezirksverwaltungsstellen. Dieser Ort hat sich zum Problemstadtteil entwickelt. Dort wohnen viele Ausländer, Spätaussiedler, Übersiedler, es gibt eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Sozialhilferate und dementsprechend hohe Kriminalität und Jugendarmut. Viele der Kinder und Jugendlichen, die hier aufwachsen, besuchen die Hauptschule, in der wir arbeiten. Sie hat in den unteren Jahrgängen Integrationsklassen für die Aussiedlerkinder, wo man sich besonders um sie kümmert. Diese Schule bietet als einzige Hauptschule in Dortmund über den Nachmittag Unterricht an. Die Schüler haben zwischendurch Freistunden. Danach folgt wieder Unterricht oder es gibt Hausaufgabenhilfe.

Wir fangen die Schüler auf, die Freistunden haben und die, die wegen Unterrichtsausfalls sonst auf der Straße hängen würden oder die einfach schon frei haben. Das Angebot richtet sich hauptsächlich an Schüler der 5. bis 8. Klasse. Es kommen auch mal Schüler aus der 9. oder 10. Klasse oder aus der Realschule von nebenan.

Die Schülerclubs haben eigentlich drei Zwecke. Das ist zum einen Hausaufgabenbetreuung, also keine Hausaufgabenhilfe, das können wir zu zweit nicht leisten. Und es ist die Verpflegung. In diesem Stadtteil gehen viele Kinder unversorgt in die Schule, frühstücken und haben danach kein Essen, das bieten wir dann an. Die dritte Sache sind Freizeitangebote, Kreatives, Sport und Spiel.

Um das für die Schüler klar zu machen, haben wir jedem Öffnungstag ein Motto zugeordnet. In Absprache mit der Schulleitung haben wir dienstags, mittwochs und donnerstags geöffnet. Das wird je nach Stundenplan von Halbjahr zu Halbjahr geändert. Wir haben am Di. unseren kreativen Basteltag, am Mi. den bunten Spieletag und am Do. den Kochtag. Wir haben einen ehemaligen Klassenraum in der Schule, wo das typische Schulmobiliar noch drinsteht. Um die Klassenatmosphäre herauszubekommen haben wir Tischdecken auf den Tischen und Deckenfluter. Wenn es voll ist, sind 35 bis 40 Schüler da, manchmal sind es auch nur zehn. Insgesamt ist der Treff relativ gut besucht.

Wir haben noch andere Angebote, z.B. eine schöne Dekoration zu machen für diesen Raum, damit sich die Schüler mit ihm auch ein wenig identifizieren können. Und die Schüler werden aktiv an der Programmauswahl und an der Vorbereitung von Veranstaltungen beteiligt, z.B. ein Tag der offenen Tür in Kooperation mit der Schule. Beim Elternsprechtag haben die Schüler ein Elterncafé mit aufgezogen. Einer hat Musik gemacht. Das machen die nach unserer Anleitung in Eigenregie.

Mit der Schule arbeiten wir eng zusammen. Wir haben mindestens 14-tägig Gespräche mit der Schulleitung und auch Gespräche mit den Klassenlehrern.

Wir haben einen relativ guten Kontakt zum Schulamt und zur örtlichen Kommunalpolitik, die sich bspw. dafür einsetzen, dass wir Anfang nächsten Jahres eine Küche und einen dritten Raum bekommen und dass eine ABM-Stelle eingerichtet wird. Wir arbeiten ja auf Honorarbasis.“

„Ist ABM ein Fortschritt gegenüber der jetzigen Situation?“

„Klar, derjenige bekommt dann mehr Stunden und kann sich mehr um die Schüler kümmern. Es geht auch um die Verpflegung, dass jemand vormittags schon da ist und vielleicht auch Frühstück ausgibt und Mittagessen vorbereitet.“

„Er soll nicht euch ersetzen, sondern eine andere Arbeit machen?“

„Wir machen unsere Arbeit weiterhin. Die Ausweitung des Verpflegungsbereiches können wir nicht leisten. Der Bedarf ist zu groß. Und wir können uns auf die Arbeit im Kreativ- und Spielbereich konzentrieren. Wir hatten seit März 1.400 Schüler zu Besuch. Da kommt man zu zweit schon kaum mehr nach.“

„Von der Funktion her ist das ein klassischer Schülerhort. Wenn ich das mit den neuen Bundesländern vergleiche, dann sind es genau die Funktionen, die wahrgenommen werden, in Sachsen nur bis zum 10. Lebensjahr, in

NRW eben 5. bis 8. Klasse. Ist das reiner Zufall, dass es sich in so vielen Bereichen überschneidet?“

„NRW hat seit 1.1.1999 einen neuen Landesjugendplan. Da sind die Bereiche festgeschrieben, Jugendarbeit und Schule. Man hat es aus der Jugendverbandsarbeit herausgeschnitten und an einen Aufgabenbereich gekoppelt, z.B. die Zusammenarbeit Schule und Jugendarbeit. Deshalb sind plötzlich in NRW auch Jugendverbände in dem Bereich tätig.“

„Das ist wahrscheinlich NRW-spezifisch. In Bayern gibt es dieses Programm zur Nachmittagsbetreuung auch, aber nur bis zur 4. Klasse, ab der 5. Klasse gibt es sie praktisch nicht mehr.“

„Sind da Hortplätze abgebaut worden? Es klingt ja wie eine Doppelstrategie.“

„Die Hortsituation in NRW sieht eigentlich eher bescheiden aus. Viele Gemeinden arbeiten daran, dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gerecht zu werden. Aber der Bedarf an Hortplätzen ist auch enorm. Man hat festgestellt, dass gerade bei den 12- bis 14-Jährigen ein hoher Bedarf besteht, dass aber Jugendarbeit sie nicht als Zielgruppe hat. Dem was entgegenzusetzen war ein Grund.“

„Dabei wurden die Ressourcen verschoben. Was vorher für die Jugendverbandsarbeit da war, wird jetzt gebunden an Aufgaben, die eigentlich in den anderen Bereich hineinragen.“

„Im Prinzip machen wir nichts anderes, als die verschiedenen Ansätze zu bündeln. Der eigentliche Hintergrund unseres Projekts ist das Programm ‚Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf‘ in NRW.“

Kontakt:

**SJD - Die Falken, Marion Jantzen
Ernst-Mehlich-Str. 7, 44141 Dortmund**

Julius B. - Jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke-Nord (Gelsenkirchen)

Das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in NRW wirbt mit einem neuen Ansatz, bei dem bei der Förderung von Stadtteilen die unterschiedlichen Handlungsfelder gebündelt werden; wo nicht nur Wohnumfeldverbesserung stattfindet oder Straßenbau, sondern das Ganze kombiniert werden soll mit Kulturarbeit oder offener Jugendarbeit. Dazu sollen dezentrale Organisationsstrukturen aufgebaut werden, die den gesamten Erneuerungsprozess koordinieren und vernetzen. Dabei soll die Bevölkerung sehr stark einbezogen werden.

Das ist auch der Hintergrund von Julius B., einem Projekt, das entstanden ist aus der Diskussion darüber, wie speziell im Kinder- und Jugendbereich vernetzte Strukturen entstehen können. Anfangs wurden freie Träger mit Projekten beauftragt, die stark zielgruppenorientiert und weniger sozialraumorientiert waren. Wir haben angefangen mit einer offenen Zielvorstellung, die übernommen worden ist aus dem Landesprogramm. Wir sind der Auffassung, dass der Aufbau und die Qualifi-

zierung von nachbarschaftlichen Kontakten eine wesentliche Voraussetzung sind für einen Erneuerungsprozess und die Vernetzung von sozialer Arbeit. Die Bewohner des Stadtteils sollen den gesamten Erneuerungsprozess mittragen. Über diesen Prozess sollen Jugendliche Integrationschancen erhalten. Das klappt auch auf der Basis des Ortsteils. Wir haben eine jugendspezifische Aufgabenstellung. Es geht bei unserem Projekt zunächst darum, eine Bestandsaufnahme zu machen: Welche Angebote bestehen im Stadtteil? Wo treffen sich Jugendliche? Welche Lebenssituationen oder Problemkonstellationen gibt es? Wie schätzen die Jugendlichen das ein?

Julius B. ist ein Projekt, das in seiner breiten Aufgabenstellung eine Vertretung für Jugendliche darstellt. Das Stadtteilmanagement wird erweitert um die jugendspezifische Komponente. Wir ergänzen uns im Arbeitsprozess ganz gut. Alle im Stadtteil vorhandenen Akteursgruppen sind mittlerweile eingebunden. Wir haben angefangen mit kleinen Veranstaltungen, einer Sommer- und Winterveranstaltung, um die Gruppen aufeinander zu zu bewegen. An unserem Weihnachtstag haben 43 Gruppen aus dem Stadtteil mitgewirkt, wie Kirchengemeinden, Jugendverbände, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen, Sportvereine, also die gesamte Palette von Organisationen professioneller und ehrenamtlicher Arbeit. Nach nunmehr dreijähriger Arbeit ist eine Grundlage für eine zielgerichtete und lösungsorientierte vernetzende Arbeit vorhanden. Wenn ich mir überlege, dass Julius B. drei Jahre dauern sollte, dann zeigt das, dass solche Prozesse oft länger brauchen als geplant.

Ein Paradoxon in unserem Stadtteil ist, dass ein ganz anderer Vernetzungsansatz versucht wird. Dabei geht es eher darum, die Angebote der Jugendhilfe einzubinden, sprich, den Allgemeinen Sozialdienst, die Jugendberufshilfe. Wir haben angefangen, mit der Jugendgerichtshilfe zusammenzuarbeiten, wo es um Dinge geht wie Soziale Gruppenarbeit, um erst einmal Grundstrukturen für Jugendliche herstellen zu können und zu erfahren, welche Hilfsangebote man experimentell entwickeln kann. Dabei standen zunächst Gruppenangebote im Vordergrund, um die Kinder und Jugendlichen kennen zu lernen. Daraus haben sich konkrete präventive Maßnahmen der sozialen Gruppenarbeit entwickelt. Das hat sich mittlerweile erweitert. Wir haben im April einen Bürgerladen eröffnet, wo Informations- und Beratungsangebote gebündelt sind. Er wird getragen vom Stadtteilbüro, d.h. vom Stadtplanungsamt. Wir haben dabei eher konzeptionelle und inhaltliche Aufgaben zu erfüllen mit dem Ergebnis, dass auf einmal die Nachbarschaft aktiv wird, in den Laden kommt und Wünsche anmeldet. In diesem Wohngebiet, wo sich der Laden befindet, lebt zu 70-80 % türkische Bevölkerung mit den entsprechenden nachbarschaftlichen Konflikten mit der deutschen Bevölkerung. Dass aber auch die türkische Bewohnerschaft auf einmal anfängt, sich einzubinden und Problembereiche zu benennen, die ihre Kinder und Jugendlichen betreffen, das macht Julius B. zu dem was es sein soll: wirklich erlebbare und effektive Hilfen für Kinder und Jugendliche umzusetzen.

Die Eröffnung des Bürgerladens war ein wesentlicher Schritt, Kontinuität in

nachbarschaftsbezogene Arbeit zu bringen und dauerhafte Kontakte aufzubauen. Mittlerweile haben wir einen Überblick, um welche Themen und Problemlagen es konkret in den Wohnquartieren geht und womit wir anfangen müssen. Und wir haben eine Basis, mit der Bewohnerschaft zusammenzuarbeiten. Inzwischen gibt es Freizeitangebote in der Straße, mobile Sportangebote. Es geht um Hausaufgabenhilfe, um Fahrten nach außerhalb, um psychosoziale Einzelfallhilfe für Kinder und Jugendliche. Und wir erweitern unsere Arbeit auch dahingehend, weniger stationär zu arbeiten, sondern uns wirklich auch im Stadtteil zu bewegen.

Inzwischen werden wir akzeptiert als eine neutrale, stadtteilorientierte Einrichtung und werden nicht als Bauvereinorientierte Einrichtung betrachtet.

Kontakt:

Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V., Uwe Zenker

**Düppelstr. 51, 45897 Gelsenkirchen
Tel. 0209/959 22 33**

Weitere Projekte aus dem Spektrum des DBJR finden Sie im Abschnitt „Praxisbeispiele aus dem Markt der Möglichkeiten und aus den Workshops“.

Praxisbeispiele aus dem Markt der Möglichkeiten und aus den Workshops

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung

Die Praxisbeispiele finden Sie im Workshop „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...“ Seite 58 und Seite 64

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/Gemeinsame Initiative der Träger der politischen Jugendbildung (GEMINI)

„Neue Pfade der außerschulischen politischen Jugendbildung“

Jugendbildungsstätte Kaubstraße e.V. (Berlin) im Rahmen eines Modellprojektes des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

Ausgangspunkt der Projekte, die hier beschrieben werden sollen, war eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Form der Bildungsarbeit und der Wunsch neue Wege zu beschreiten.

Bisher sah die Praxis so aus, dass die Jugendlichen für fünf Tage oder ein Wochenende zu einem selbstgewählten Thema in die Bildungsstätte kamen und dort im Rahmen eines Internatsbetriebes an einem Seminar teilnahmen. Über die „thematische Arbeit“ hinaus, kam dabei sehr vieles an Lebensvorstellungen, Einstellungen, Hoffnungen, Problemen und Sorgen zur Sprache. Wir mussten dabei immer wieder feststellen, dass der Wirkungskreis in entwickelten neuen Ideen des

Umgangs mit existierenden Problemen, zeitlich, örtlich und auch inhaltlich relativ begrenzt blieb. D.h. eine Umsetzung der in der Retortensituation Jugendbildungsstätte entwickelten Vorstellungen ins „reale Leben“ war zum Teil kaum noch möglich.

Um neue Wege in der politischen Jugendbildung zu gehen, wurde daher vor gut zwei Jahren ein Modellversuch eingerichtet, der mit einer JugendbildungsreferentInnenstelle ausgestattet ist.

Charakteristisch für die Arbeit, um die es hier gehen soll, ist, dass sie

1. den kurzzeitpädagogischen Rahmen überschreitet,
2. den Ort Bildungsstätte verlässt bzw. um Orte des konkreten Lebensumfeldes erweitert,
3. zum Ziel hat, Jugendliche dabei zu unterstützen, sich in der Schule und im Stadtteil zu beteiligen, sich einzumischen und mitzugestalten und
4. sich an eine Zielgruppe von Jugendlichen richtet, die, obwohl meistens hier geboren, nicht als Deutsche gelten und auch nicht über einen deutschen Pass verfügen und aufgrund dieser

nichtdeutschen Herkunft und/oder aufgrund ihrer Schulbildung (meistens Haupt- und Gesamtschule) nur geringe Chancen auf Ausbildungsplätze und Beschäftigung haben.

Das Lebensumfeld vieler ist zusätzlich gekennzeichnet durch hohe Erwerbslosigkeit, knappen Wohnraum, mangelhafte soziale Infrastruktur, Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb der Familie usw.

Stadtteilorientierte politische Jugendbildung

Hintergrund dieses Ansatzes ist eine seit mehreren Jahren bestehende Zusammenarbeit mit einem Kreuzberger Jugendzentrum, das inhaltlich und räumlich in ein Stadtteilzentrum mit vielfältigen Angeboten auch für andere Generationen integriert ist. Idee war, innerhalb des Jugendzentrums, in dem bisher ausschließlich Angebote der Freizeitpädagogik stattfanden, auch Angebote der politischen Bildung zu entwickeln.

Das erste unserer Angebote bestand in einem wöchentlich stattfindenden Videoprojekt, in dem die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten sollten, einen Film über ihren Stadtteil zu drehen. In dem Film sollte ihre Sicht auf den Kiez im Mittelpunkt stehen, und es sollte auch ihre Entscheidung sein, welche konkreten Themen der Film behandelt. Ziel dieses Projektes war es, herauszufinden, womit die Jugendlichen zufrieden und unzufrieden sind in ihrem Stadtteil, wo nach ihrer Meinung Defizite liegen, Handlungsbedarf besteht und wie konkrete Veränderungen an-

gegangen werden können. Dieses Angebot hat nie in der gedachten Form stattgefunden. Wir sind verschiedene Wege der Ansprache und Motivation gegangen, das Ergebnis blieb leider immer gleich: es kam entweder niemand bzw. es gab ein Treffen mit drei Jungen, die einmal zufällig vor Ort waren, und die dann aber zum nächsten Termin nicht erschienen. Die Gründe für das Scheitern sind m.E. vielfältig und können daher hier nur teilweise benannt werden:

- Ein Angebot, in dem die Jugendlichen Initiative zeigen müssen, spricht den Durchschnitt der Besucher (80% Jungen) nicht an bzw. entspricht nicht ihrem Interesse dort abzuhängen, Billard zu spielen, mit anderen zu quatschen usw. Die „engagierten“ Jugendlichen aber sind schon in festen Gruppen aktiv.
- Es fehlte die Kontinuität von unserer Seite. Jugendliche vergessen Termine sehr schnell und da wir nicht täglich bzw. mehrmals wöchentlich vor Ort präsent sein konnten, gab es kein Erinnerungszeichen „ach ja, das sind ja die beiden, mit denen wir morgen verabredet sind“.
- Es fehlte der Beziehungsaspekt - „unattraktives“ Angebot und „unbekannte“ Personen, die es anbieten.

Natürlich haben wir uns auch gefragt, ob unser Angebot, Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung zu entwickeln und selbst Verantwortung für die Gestaltung des Lebensumfeldes zu übernehmen, die Interessen der Jugendlichen zuwenig berührt und deshalb nicht genutzt wird. Stand doch das Ergebnis unserer Bemühungen im scheinbaren Gegensatz zum Ergebnis

einer aktuellen Umfrage im Jugendzentrum, bei der über 40% der Befragten angaben, Verantwortung im Stadtteilzentrum übernehmen zu wollen. Eine der von uns weiterhin diskutierten offenen Fragen ist daher, was Jugendliche konkret meinen mit der Bereitschaft, Verantwortung übernehmen zu wollen? Geht es vielleicht „nur“ um die „Verantwortung“, zwischen mehreren Angeboten eines auszuwählen? Was hindert sie, die selbst formulierten Ansprüche umzusetzen? Ist es die Einschätzung oder Erfahrung, dass alles eh nichts bringt, ist es mangelndes Wissen und Phantasie, wie man für die eigenen Interessen eintreten kann?

Aufgrund der oben beschriebenen Schwierigkeiten mit „freien“ sehr offenen Angeboten haben wir verschiedene Konsequenzen für die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendzentrum und der Bildungsstätte bzw. für die Entwicklung von Angeboten, die sich auf das Lebensumfeld der Jugendlichen beziehen, gezogen. Konkret schlägt sich dies im Aufbau von drei neuen Projekten nieder:

A. Start eines Radioprojektes

Mit einem Kurs der 8. Jahrgangsstufe einer Gesamtschule, die im Einzugsbereich des Jugendzentrums liegt, haben wir ein Radioprojekt gestartet, d.h. Fortsetzung der Zusammenarbeit von Jugendzentrum und Bildungsstätte mit anderen Mitteln.

Warum Radio? Seit einiger Zeit sendet das Radio „Stadtteilzentrum Alte Feuerwache“ im Rahmen des Offenen Kanals, so dass die technischen Möglichkeiten und auch die professionelle Unterstützung gegeben sind.

Es handelt sich hierbei um ein „halbfreiwilliges“ Angebot. Die Jugendlichen des Wahlpflichtkurses haben sich unter verschiedenen Optionen für ein Radioprojekt entschieden. Durch den Rahmen Schulveranstaltung ist aber gesichert, dass die Jugendlichen auch wirklich für zunächst geplante zwei Monate dabeibleiben. Wunsch oder Vorhaben ist es, danach mit einem Teil von ihnen ganz losgekoppelt vom Unterricht weiterzumachen.

B. Fit fürs Leben

Das Angebot richtet sich an Jugendliche, die entweder über keinen Schulabschluss verfügen bzw. die Hauptschule abgeschlossen haben. Da wir davon ausgehen, dass ein großer Teil von ihnen auch langfristig auf dem



ersten Arbeitsmarkt chancenlos ist, stellt das Projekt einen Versuch dar, diesen Jugendlichen Motivations- und Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten, die sie in die Lage versetzen, auch jenseits der gängigen Berufs- und Arbeitswelt, „sinnvolle Beschäftigungsfelder“ zu finden (d.h. nicht morgens eine Wand zu mauern, die abends wieder eingerissen werden muss).

Konkret wird die Möglichkeit angeboten, sich in verschiedenen Werkstatt-

bereichen bzw. im Gastronomiebetrieb des Stadtteilzentrums im Laufe eines Jahres so zu qualifizieren, dass die Jugendlichen im Anschluss im Rahmen selbstständig organisierter kleiner Projekte (z.B. Baguette-Service, Druckaufträge usw.) in die Lage versetzt werden, den eigenen Lebensunterhalt zumindest zu einem Teil selbst zu bestreiten und somit nicht dauerhaft von öffentlichen Leistungen oder sonstigen Unterstützungen abhängig zu sein.

Neben den berufs-, betriebs-, arbeitsplatz- oder ausbildungsspezifischen Qualifikationen, die vom Stadtteilzentrum organisiert werden, ist es unsere Aufgabe, die wir sehr wohl als politische Bildung verstehen, fachübergreifende (extrafunktionale) Qualifikationen wie Flexibilität, Kompetenz zur Rezeption von aktuellen Entwicklungen, Verständnis von Zusammenhängen, Kommunikationsfähigkeit, Lernfähigkeit, Problemlösungsfähigkeit und Teamwork, sowie Kritikfähigkeit und Fähigkeit zur Artikulation und Durchsetzung eigener Interessen, Möglichkeiten der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu vermitteln.

C. Mediationsprojekt

Die Jugendlichen, mit denen wir es zu tun haben, sind häufig einen gewalttätigen Umgang mit Konflikten aus den verschiedenen Lebensbereichen Familie, Schule, Freizeit usw. gewohnt. Sie kennen ebenfalls die typischen Reaktionen von Erwachsenen aus Institutionen, die in der Regel mit Worten intervenieren, um Konflikten Einhalt zu gebieten. Wir wollten das nicht genauso machen, nämlich mit klugen überleg-

ten Argumenten und moralisch erhobenen Zeigefinger die Jugendlichen von unserer Konfliktlösungslogik überzeugen. Statt dessen wollten wir den Jugendlichen selbst die Verantwortung für ihren Umgang mit Konflikten übergeben. In diesem Zusammenhang erschien uns Mediation eine sehr geeignete Methode.

Was ist Mediation?

Bei Mediation handelt es sich um ein lösungsorientiertes Konfliktgespräch, in dem unparteiische Dritte (die MediatorInnen) zwischen den Streitenden vermitteln. Es werden nur Lösungen akzeptiert, denen beide Konfliktparteien zustimmen können. In dem Gespräch gelten bestimmte Regeln, wie Freiwilligkeit, keine Gewalt, keine Beschimpfungen - die MediatorInnen moderieren das Gespräch und achten auf die Einhaltung der Regeln. Die Tätigkeit als MediatorIn bedarf vielfältiger Kompetenzen der Gesprächsleitung, Wissen um Kommunikationstechniken, aber auch der Empathiefähigkeit und des Interesses für die Probleme anderer.

Konzeption und Durchführung

Wir haben uns entschieden, zunächst ein Mediationsprojekt mit einer Schule durchzuführen, da dieser Rahmen eine gewisse Planungssicherheit ermöglicht. Gleichzeitig verbinden wir damit die Hoffnung, dass die neuen Erfahrungen nicht in der Schule stehen bleiben, sondern langfristig von den Jugendlichen auch in andere Lebensbereiche wie Familie, Freizeit und das gesamte Lebensumfeld weitergetragen werden. Wesentliche Voraussetzungen und Cha-

- rakteristika dieses Projektes sind, dass
- Jugendliche selbst in Konfliktsituationen vermitteln, während die Erwachsenen außen vor sind,
 - Jugendliche Fähigkeiten in Konfliktmanagement, Kommunikationsfertigkeiten, Wissen über Konflikt- und Kommunikationsmodelle erwerben,
 - eine Übergabe von Verantwortung an Jugendliche stattfindet und so die Eigenverantwortlichkeit gestärkt wird und
 - keine folgenlosen Sandkastenspiele stattfinden, d.h. konkret, dass es uns wichtig war und ist, nicht nur eine qualifizierte Ausbildung für die Jugendlichen zur Mediatorin/zum Mediator zu gewährleisten, sondern auch Bedingungen zu schaffen, in denen die Jugendlichen tatsächlich ihr Wissen und ihre Kompetenz praktisch einsetzen können.

Das hieß konkret, dass wir zunächst mit dem gesamten Lehrerkollegium einen Fortbildungstag zum Thema Mediation an der Schule veranstalteten. In geheimer Abstimmung konnten die Lehrerinnen und Lehrer entscheiden, ob sie das Projekt an ihrer Schule befürworten. Unsere Bedingungen für den Start waren, dass mindestens 60% des Kollegiums für das Mediationsprojekt stimmten, dass mindestens fünf LehrerInnen sich bereit erklärten, die 20 Mediatorinnen und Mediatoren intensiv zu betreuen und schließlich von der Schule ein Raum zur Verfügung gestellt würde, in dem die Mediationen stattfinden können sowie auch Unterrichtsbefreiungen für die Ausbildung der Jugendlichen zugesichert wurden.

Die Ausbildung der Jugendlichen umfasste 40 Zeitstunden, aufgeteilt in

eine intensive Ausbildungswoche, die in der Jugendbildungsstätte stattfand, sowie nachmittägliche Arbeitsgruppenstunden in der Schule. Nach Abschluss der Ausbildung gab es eine öffentliche Übergabe der Zertifikate. Die jugendlichen Mediatorinnen und Mediatoren nahmen ihre Arbeit auf und machten noch einmal durch verschiedene Aktionen wie Plakate, persönliche Vorstellung in verschiedenen Klassen usw. auf ihre neue Tätigkeit und das neue Projekt aufmerksam.

Erste Erfahrungen und Probleme

Es sollen hier nicht die Schwierigkeiten und Probleme, die der Aufbau eines neuen Projektes mit sich bringt, unterzogen werden. Ein Problem liegt in der Anlaufzeit, die ein solches Vorhaben braucht. In den ersten Wochen nach Abschluss der Ausbildung und dem Start des Projektes an der Schule gab es erst mal gar keine „Fälle“ und das hat bei den Jugendlichen der Mediationsgruppe für großen Frust gesorgt und hatte zur Folge, dass mittlerweile von ursprünglich 20 Jugendlichen nur noch mit zehn verlässlich zu rechnen ist.

In der Zwischenzeit haben jetzt einige Mediationen (ca. 15) stattgefunden und hier zeigt sich ein klarer Unterschied in der Wahrnehmung der Erwachsenen bzw. der Jugendlichen: Wir Erwachsenen - LehrerInnen wie TrainerInnen - sind sehr zufrieden und auch erleichtert, dass das Projekt anläuft und langsam aber stetig angenommen wird. Den Jugendlichen sind es nach wie vor zu wenig Fälle, sie fühlen sich unterbeschäftigt, werden ihr Wissen „nicht richtig los“. Probleme, die am

extremsten sicher für die „erste Generation“ der MediatorInnen auftreten, aber uns auch weiterhin beschäftigen werden, wenn es zu wenig Fälle gibt, um die Motivation zum Weitermachen aufrecht zu erhalten.

Allheilmittel Mediation ?

In der öffentlichen Diskussion gibt es Tendenzen, Mediation als neues Allheilmittel gegen Gewalt zu handeln. Ich war vor einigen Wochen auf einer Veranstaltung über Streitschlichter, auf der vorgeschlagen wurde, ob diese Jugendlichen nicht auch auf dem Weg zur Schule, z.B. in der S-Bahn eingesetzt werden könnten, da hier ja oftmals Gewaltsituationen, wie Jacke abziehen usw. stattfänden. Auch wenn es grundsätzlich positiv ist, Jugendlichen Verantwortung zu übertragen, ist anzumerken, dass hier nicht die eigene Verantwortung abgegeben werden darf, denn sichtbare Gewalt in der S-Bahn, auf der Straße usw. sollte alle betreffen, alle motivieren einzugreifen und mit „alle“ meine ich hier die gesamte Zivilgesellschaft.

Mediation wird in solchen Zusammenhängen oftmals verwechselt mit Interventionstechniken in „aktuellen“ brenzligen Situationen. Das ist Mediation nicht, da sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht, d.h. nicht für jede Konfliktsituation ist Mediation das richtige Mittel und nicht jeder Konflikt ist mit Mediation zu klären.

Ausblick

Trotz der oben beschriebenen Schwierigkeiten möchte ich noch einmal die

positiven Möglichkeiten und die Chancen eines Mediationsprojektes benennen.

Jugendliche - auch HauptschülerInnen - sind fähig und bereit, anderen zuzuhören, zu moderieren, Verhandlungen zu führen und dabei Erlerntes und Erfahrenes für die Lösung ihrer eigenen Konflikte nutzbar zu machen. Jugendliche - auch HauptschülerInnen - sind fähig, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen, wenn ihnen das notwendige Handwerkszeug vermittelt wird. Eine Voraussetzung ist allerdings, dass vor allem PädagogInnen, LehrerInnen und Eltern ihnen solche Lösungen nicht nur zutrauen, sondern auch „unkonventionelle“ Lösungen akzeptieren.

Die Ausbildung zur Mediatorin/zum Mediator bietet Jugendlichen eine Möglichkeit, auf die psychische und physische Gewalt unter SchülerInnen zu reagieren und andere Wege der Konfliktlösung zu erproben. Ein Mediationsprojekt bietet LehrerInnen und SchülerInnen langfristig die Chance, durch die Übertragung von Verantwortung an die Jugendlichen auf beiden Seiten neue Aspekte und Verhaltensweisen aneinander kennen zu lernen. Die Übernahme von Verantwortung kann Jugendliche mutiger machen, sich auch andere schulische Funktionen zuzutrauen und ihren Lebensort Schule bewusster und konstruktiver mitzugestalten.

Kontakt:

Jugendbildungsstätte Kaubstraße,

Susanne Blome

Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin

Tel. 030/861 93 59

„Jede Chance nutzen?“ - Entwicklung von neuen Angeboten durch Kooperation von Schule, außerschulischer politischer Jugendbildung und Sozialarbeit

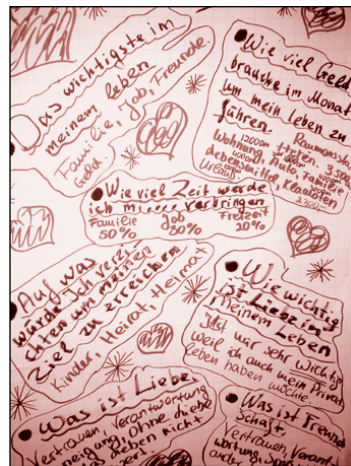
„Putzen - oder Putz machen?“ - Mädchen und ihre Lebensplanung in einem belasteten Wohngebiet (Bremen-Gröpelingen)

LidiceHaus, Jugendbildungsstätte Bremen

Es muss meines Erachtens eine eigenständige bewusste parteilich-feministische Mädchenarbeit, die den Lebensalltag von Mädchen samt ihrer Fragen, Bedürfnisse und Problemlagen in den Mittelpunkt stellt, notwendiger integraler Teil unserer Bildungs- und Sozialarbeit sein. Damit meine ich die Berücksichtigung des Zusammenhangs von individuellen geschlechtsspezifischen Lebenswirklichkeiten und strukturellen Bedingungen und Realitäten. Weibliche und männliche Identitäten außerhalb und losgelöst von den Wandlungsprozessen von Gesellschaft gibt es nicht - und insofern ist auch immer von uns nach den „Selbstverortungen“ der Mädchen zu fragen.

Haben wir bis vor geraumer Zeit noch in Seminaren ganz selbstverständlich unser Hauptaugenmerk auf die Unterstützung eines gradlinigen Einstiegs in eine qualifizierte Ausbildung der Mädchen gelegt - und dabei Rollenzuweisungen und Problematiken der „doppelten Lebensplanung“ von Mädchen thematisiert - so müssen wir uns jetzt vermehrt mit einem „inneren Rückzug“ und auch mit einem Wertewandel der Mädchen beschäftigen -

und über die Zugänge zum Thema „Lebenswegplanung“ neu nachdenken! Bei vielen „unserer Mädchen“ - überwiegend Hauptschülerinnen aus den so genannten belasteten Wohngebieten - löst der hohe Anpassungsdruck ein „Sich-Zurückziehen und Einrichten“ mit den wenigen Restoptionen und damit schlecht bezahlten Frauenarbeitsplätzen aus. Hinzu kommt häufig die Sehnsucht nach Sicherheit und Harmonie in Familie und Partnerschaft, sind dies doch Bedürfnisse, die sie oftmals vergeblich in ihren Herkunftsfamilien such(t)en. Die Abhängigkeitsrisiken sind damit sehr hoch. So haben wir



während der letzten Seminare und Mädchen-Projekte mit Gruppen aus Gröpelingen das Thema „Schwangerschaft/Mutterschaft“ mehrfach aufgreifen und vertiefen müssen und auch Seminare mit ausschließlich jungen minderjährigen Müttern durchgeführt.

Die Entscheidung, mit einem Schulzentrum und einer Vielzahl von Trägern der Jugend- und Sozialarbeit im Stadtbezirk Gröpelingen zusammenzuarbeiten, liegt

zum einen in unserer Erfahrung begründet, dass langfristige Kooperationen mit Schulen auch die Begleitung von Schulentwicklungsprozessen ermöglichen und eine Öffnung von Schule in den Stadtteil und in die Landschaft von außerschulischen Trägern hinein völlig neue Chancen des Lernens und Selbstlernens ermöglichen. Ein weiterer Grund für unsere enge Verzahnung mit dem Schulzentrum und der Trägerlandschaft in Gröpelingen liegt in der großen Nachfrage nach Angeboten außerschulischer sozialer und politischer Bildung durch die Gruppen sowie in der mittlerweile nicht mehr wegzu-denkenden Vernetzung „die auf dem schnellen Wege, wenn es nötig ist oder gewünscht wird, Kontakte und Hilfen vermitteln kann“. Dies erfordert natürlich auch ein Umdenken in dem Selbstverständnis von Jugendbildungs- bzw. Mädchenbildungsarbeit: Wenn wir uns nicht rausbegeben in den Bezirk, in den Stadtteil, in die Schulen und in die Netzwerke, wird es uns auch nicht gelingen, die Mädchen, die Jugendlichen, für unsere Einrichtung und unsere Arbeit zu interessieren.

Gröpelingen gehört zum Bezirk West, ca. acht Kilometer von der Bremer City entfernt. Diese Entfernung ist nicht nur topografischer Natur, sondern sie bedeutet auch, dass unser Einzugsbereich außerhalb des Wohn- und Arbeitsblickfeldes der Menschen ist, die leitende Positionen in Politik und Behörden innehaben. Der Stadtteil - ehemals ein Stadtteil des Lebensraumes für den aufblühenden Hafen-, Werften- und Industriebereich - wurde seit den 70er Jahren durch die Werftenkrisen und -schließungen sowie die

Krise der Klöckner-Hütte (Stahlwerke Bremen) stark gebeutelt. Gröpelingen gilt in Bremen als Stadtteil mit der größten Strukturschwäche im Hinblick auf die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen und SozialhilfeempfängerInnen, den Anteil der Menschen ausländischer Herkunft und der allein Erziehenden etc.

Die Schule ist seit nunmehr drei Jahren dabei sich umzuorientieren, sich zu öffnen und neue Rollen zu übernehmen. Die Angebote des Lidice Hauses - sowohl die reflektiven koedukativen Seminare und Projektstage als auch die Mädchenspezifischen Angebote - sind seither fester integraler Bestandteil des Kooperationskonzeptes.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass neben den geschlechtsbewussten, also reflektiven koedukativen Seminaren und Projekttagen, die eigenständigen Angebote für die Mädchen außerordentlich wichtig sind:

- als Raum, der eigene Stärken und Ressourcen aufdeckt und benennt,
- als Raum, der Wertschätzungen und Solidarerfahrungen ermöglicht,
- als Übungsraum, um neue Verhaltensweisen auszuprobieren,
- als Erfahrungsraum, um zu erkennen, dass Träume ein wichtiger Ausgangspunkt zum Verfolgen von Lebensentwürfen sind,
- als Raum für das Entwerfen von Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Unsere Felder und Orte, in denen wir mit den Mädchen arbeiten, sind vielfältig:

- eintägige „Präsentationsveranstaltungen“ im Schulzentrum selbst
- dreitägige „Rund-um-die-Uhr-Semina-

- re“ mit den Mädchen im LidiceHaus
- fünftägige „Rund-um-die-Uhr-Semina-re“ mit Mädchen und Jungen (ge-schlechtsdifferenzierte Gruppen)
- Projektstage in den Schulen bzw. im Stadtteil, Berufsorientierungstage (z.T. nur für Mädchen)
- Mädchenspezifische Stadtteilerkundu-ngen/Stadtteilrallyes
- Mädchenforen/Mädchenparlamente.

Ganz wichtig sind für uns die begleiten- den Arbeitskreise bzw. der „Runde Tisch Mädchenarbeit“ rund um das SZ Pesta- lozzistraße. Mitarbeiterinnen aller für die Mädchenarbeit im Stadtteil wichti- gen Instanzen, nehmen daran teil: von der Anlauf- und Beratungsstelle „Schat- tenriss“ über die Frauenbeauftragte des Arbeitsamtes, die Vertreterin der Gleich- stellungsstelle, Mitarbeiterinnen aus der offenen Tür bis hin zu Vertreterinnen des Landesinstituts für Schulpraxis und der Schulbegleitforschung.

Fragen und Anforderungen im Hinblick auf eine Demokratisierung des Ge- schlechterverhältnisses in und außer- halb von Schule sind zentraler Gegen- stand unseres „Runden Tisches“. So haben wir:

- die Notwendigkeit von „sozialen Prak- tika“ für die Jungen als selbstverständ- lichen Teil neben den bislang üblichen Betriebspraktika eingefordert;
- die Enttabuisierung von Gewalterfah- rungen der Mädchen problematisiert und entsprechende Beratungs- und Hilfeangebote mit „ins Boot“ geholt;
- die Ebene der Mädchen- und Frauen- förderung bzw. -politik mit angedacht und einbezogen;
- gemeinsam mit der Frauenbeauftrag- ten des Arbeitsamtes das neue

„Aktionsprogramm gegen Jugendar- beitslosigkeit“ aus dem frauenpoliti- schen Blickwinkel betrachtet und An- forderungen formuliert.

Lassen wir zum Schluss eines der Mäd- chen sprechen, das sich nun im zeh- nten Jahrgang befindet und bereits an mehreren Projekten teilgenommen hat: „Ja, man hat da so einen Plan fürs Le- ben, was man so vorhat... und man kann ja nicht vorher wissen, was für Fehler einem so passieren und wofür man so vielleicht 'ne Hilfe braucht - weil ich ja nicht weiß, was so auf einen zukommt... Jetzt mach ich was, das ist so auch nicht mein Traumjob und im BIZ da kriegt man immer die gleichen Informationen - und immer das gleiche Schriftliche auf dem Blatt... dass man da doch mehr Hilfen gekriegt hätte, das wäre gut gewesen... Ja, und in der 8. oder 9. Klasse, dass man da anfängt - und vielleicht schon zu Hause oder woanders, denn in der Klasse, da wird dann darüber gelacht - und der eine guckt beim anderen auf den Zettel - und dann wird es auch noch bewertet. Ich meine, so ein Projekt sollte man schon in der 8. oder 9. Klasse machen. Ich zum Beispiel hatte panische Angst davor - oh, was soll ich denn nun ma- chen. Jetzt, nach den Projekten hab ich so eine innerliche Ruhe - aber davor, das war schlimm... ich hatte eine tieri- sche Panik davor, wenn ich meinen Ab- schluss nicht schaffe - oder auch als ich die Klasse gewechselt habe, da hat- te ich auch so ne tierische Angst - und weil ich jetzt 'nen Weg gefunden habe, den ich einschreiten will - und das ist ganz in Ordnung, weil ich jetzt keine Angst mehr habe. Eigentlich will ich ja jetzt einen richtigen guten Beruf - ich

will was aus meinem Leben machen.“

Wenn wir nun nach Ergebnissen und Perspektiven fragen, dann stellen wir als Einrichtung der politischen Jugendbildung fest, dass es

1. wichtig ist, mit einigen wenigen Schulzentren zu kooperieren und dabei mit ihnen intensiv und kontinuierlich konzeptionell zusammenzuarbeiten, was die Fachdebatte wie z.B. „Runder Tisch“ und Fortbildungen zur Konzeptentwicklung mit einschließen muss,
2. ebenso nötig ist, in die Stadtteile und Netzwerke/Arbeitskreise hineinzugehen und mit ihnen vor Ort die Situation, Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen und Jungen zu ermitteln und entsprechende Konzepte für die Aktivitäten und Angebote außerschulischer Art zu entwickeln, - dies können dann auch z.B. Mädchenrallyes, Projekttage zur Berufsorientierung oder aber Mädchenparlamente bzw. Jugendparlamente sein. Wir gewinnen dadurch vieles für unsere Einrichtung zurück.
3. immer auch eine kritische Begleitung in Jugendhilfe und Politik hinein

geben muss: Wenn wir Mädchen und Jungen befähigen und unterstützen wollen in ihrem Prozess der Persönlichkeitsentwicklung und möchten, dass sie in der Lage sind selbstbewusst und verantwortlich zu handeln, dann müssen wir so etwas wie Partizipation und Einmischung auch leben, vorleben und üben. Dazu brauchen wir m.E. je nach Alter, sozialer und kultureller Herkunft und Geschlecht adäquate differenzierte Beteiligungsformen.

Die Verantwortung für „das Ergebnis“ tragen aber nur zum Teil wir PädagogenInnen - es tragen sie auch die Verantwortlichen in Jugendhilfe und Politik, also diejenigen, die mangelnde Partizipation von Jugendlichen anklagen und für die Rahmenbedingungen und Ressourcen im Land, in den Kommunen sowie Stadtteilen verantwortlich sind.

Kontakt:

**LidiceHaus, Jugendbildungsstätte
Bremen, Anette Klasing
Auf dem Hohen Ufer 118/122,
28759 Bremen, Tel. 0421/692 72 14**

Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit

Mobile Jugendarbeit mit Aussiedler-Jugendlichen OUTREACH-Teams in Berlin-Marzahn

Marzahn - das größte zusammenhängende Neubaugebiet Europas - liegt am Stadtrand von Berlin. Über Marzahn und seine Bewohner wurde und wird in den Medien viel berichtet.

Meist bedient man dabei gängige Klischees: Rechtsradikale, Glatzen, Gewalt, Vandalismus - die Liste ließe sich fortsetzen. Was es noch gibt, darüber wird wenig erzählt, vielleicht weil es nicht spektakulär genug ist.

Seit 1992 arbeitet das Projekt Outreach in Marzahn. Im Laufe der Zeit ha-

ben sich die Bedingungen im Bezirk und damit auch die Anforderungen an uns verändert. Während hier am Anfang ein Dreier-Team arbeitete, ist heute ein Großteam mit sechs Personen in drei unterschiedlichen Sozialräumen und Schwerpunkten tätig. Es ist ein Zusammenschluss von „Experten“, die Erfahrungen und unterschiedliche Fähigkeiten bündeln, um den Aufgaben gewachsen zu sein. Neben praktischer Jugendarbeit, Vernetzung und Gremienarbeit erfordert die sozialräumliche Jugendarbeit gutes Zeitmanagement.

„...die stehen immer so unter sich!“ - Erfahrungen in der Arbeit mit Aussiedlern

Im Wohngebiet Kolbeke leben ca. 9.000 Einwohner. Das Durchschnittsalter liegt bei 30-40 Jahren. Es gibt einen Aussiedleranteil von ungefähr 10%, andere ethnische Gruppen sind kaum vertreten. Das öffentliche Nahverkehrsnetz ist gut ausgebaut, es gibt großzügig gestaltete Grünflächen zwischen den Häusern. Im Sozialraum existieren für die Jugendarbeit zwei kommunale Jugendfreizeiteinrichtungen und ein Freier Träger.

In diesem Stadtteil arbeitet eines unserer Teams. Der Schwerpunkt des Auftrags ist die Arbeit mit jugendlichen Aussiedlern. Die Erreichbarkeit der Jugendlichen im Rahmen der aufsuchenden Arbeit entwickelte sich für den Sozialraum zu einem Problem. Niemand traute sich so recht an die Gruppen heran, und wenn es zu Kontakten kam, wurden sie nicht angenommen. Aus Erfahrungen in der Arbeit mit anderen ethnischen Gruppen legten wir

großen Wert darauf, einen Mitarbeiter einzustellen, der die russische Sprache beherrscht und mit der kulturellen Lebenswelt der Aussiedler vertraut ist. Dabei stand nicht die fachliche Ausbildung, sondern die soziale Kompetenz im Vordergrund. Die russische und deutsche Sprache nehmen eine Schlüsselfunktion in dieser Arbeit ein. Sie bedeuten gleichzeitig Abgrenzung und Integration. Sie sind die erste Hürde in der Kontaktaufnahme, bieten aber auch die Möglichkeit, unterschiedliche Lebenswelten zu akzeptieren.

Ausgehend von unterschiedlichen Treffpunktstrukturen und einem hohen Grad an Mobilität im Freizeitbereich, war es wichtig, alle Initiativen und Erfahrungen aus diesem Arbeitsfeld zu bündeln und sich zu vernetzen. Daraus entwickelten sich Kontakte zu Schulen, Klubs und Vereinen.

Das Wort „Integration“ war in aller Munde und wurde benutzt wie ein Zauberwort. Die verschiedensten integrativen Ansätze wurden gemeinsam diskutiert, ausprobiert, verworfen und verändert. Es gab auf diesem Weg nicht nur Erfolge. Inzwischen hat sich die Arbeit stabilisiert.

Die sozialräumliche Jugendarbeit schließt die Arbeit mit mehreren unterschiedlichen Gruppen ein. Die Mitarbeiter des Teams haben bei den von ihnen begleiteten Cliquen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, das ihnen ermöglicht, zwischen den verschiedenen Gruppierungen zu agieren. Dadurch bietet sich die Chance, einzelne Cliquen für gezielte Aktionen zusammenzuführen, Informationen auszutauschen und eine bessere Verständnisebene für unterschiedliche kulturelle Lebenswelten zu schaffen.

In Zusammenarbeit mit Einrichtungen konnten Räume und Ressourcen erschlossen werden, es gibt Elternkontakte und es ist selbstverständlich, dass Fahrten mit deutschen und Ausiedlern gemeinsam stattfinden.

„...die stehen immer so unter sich“ ist der Titel eines Filmes, der die Situation der hier lebenden jugendlichen Ausiedler und unsere Arbeit dokumentiert. Er zeigt Schwierigkeiten des Alltags auf, wie damit umgegangen wird und wie man sie an manchen Stellen lösen kann - nicht alleine, sondern gemeinsam mit anderen.

Kontakt:

**Verband für sozial-kulturelle Arbeit,
Landesgruppe Berlin e.V.
Projekt Outreach/Mobile Jugendarbeit
Manja Mai
Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin
Tel. 030/253 99 74**

Gemeinwesenorientierte Mobile Jugendarbeit mit Migranten Modellprojekt Berlin-Neukölln

Jugendarbeit in „belasteten Wohngebieten“

Das Projekt Outreach im Verband für sozial-kulturelle Arbeit führt in Zusammenarbeit mit dem Neuköllner Jugendamt seit Mai 1998 ein Modellprojekt durch, bei dem Handlungsansätze der mobilen und der stationären Jugendarbeit miteinander verzahnt werden. Das auf fünf Jahre angelegte Projekt richtet sich an Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen von den her-

kömmlichen Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe nicht oder kaum mehr erreicht werden bzw. dort Hausverbot haben und ihre Freizeit hauptsächlich auf der Straße bzw. im öffentlichen Raum verbringen.

Die Erfahrungen der mobilen Jugendarbeit in Neukölln haben jedoch gezeigt, dass auch diese Zielgruppen ein vehementes Bedürfnis nach möglichst selbstbestimmbaren Räumen haben, die sie ausgestalten, sich aneignen und in denen sie ihre eigenen soziokulturellen Bedürfnisse relativ frei von Reglementierungen und Zwängen der Erwachsenenwelt ausleben können. Der Erkenntnis Rechnung tragend, dass Jugendliche die Straße häufig aufgrund mangelnder adäquater Alternativen als Lebensort wählen, wurden in den Sozialräumen Reuterkiez und Schillerpromenade/Warthestraße fünf Jugendstadteilläden eingerichtet. Die innere Struktur der Läden ist, im Gegensatz zu Strukturen klassischer Jugendeinrichtungen, auf Selbstorganisation und Eigenverantwortung von Jugendlichen ausgerichtet. Dementsprechend stehen für die fünf Jugendstadteilläden lediglich sechs Personalstellen zuzüglich Honorarmittel zur Verfügung. Neben der Begleitung der Läden ist es Aufgabe der MitarbeiterInnen, die Jugendlichen auch weiterhin an ihren Treffpunkten im Sozialraum aufzusuchen, dort als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und zu Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Läden zu motivieren.

Davon ausgehend, dass die Förderung von Selbstorganisationspotenzialen und Eigenverantwortlichkeit Jugendli-

cher, im Sinne einer Empowerment-Struktur, als pädagogischer Prozess gestaltet werden muss, haben wir ein Modell entwickelt, welches den Jugendlichen ermöglicht, entsprechend ihrer Entwicklung pädagogisch begleitete oder selbstorganisierte Nutzungsformen in den Jugendstadteilläden wahrzunehmen.

Die Rolle der PädagogInnen besteht in diesem Verbundsystem von pädagogisch begleiteter und selbstverantworteter Nutzung darin, die Fähigkeiten der Jugendlichen einzuschätzen und daraus pädagogische Handlungsziele abzuleiten, d.h. zu entscheiden, ob Vertrauen oder Kontrolle, begleiten oder gewähren lassen die adäquate Maßnahme darstellt. Je verantwortlicher sich die Jugendlichen in den pädagogisch begleiteten Stützpunkten verhalten, desto mehr Autonomie wird ihnen bei der selbstorganisierten Nutzung von Räumen zugestanden.

Der bislang 20-monatige Verlauf hat gezeigt, dass die konzeptionellen Ansätze des Modellprojekts die Möglichkeit bieten, auf die Problemlagen Jugendlicher in belasteten Wohngebieten adäquat zu reagieren. Das Projekt hat sich in den jeweiligen Sozialräumen gut etabliert. Die hohe Frequentierung sowohl der Stadteilläden als auch der Aktivitäten außerhalb der Stützpunkte zeigt, dass die Nutzungsmöglichkeiten und Angebote den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen. Ein besonderer Erfolg des Projekts ist, dass es den MitarbeiterInnen zum Großteil gelungen ist, diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die sich in den klassischen Jugendeinrichtungen als nicht oder

kaum integrierbar gezeigt haben. Eine wesentliche Ursache für diesen Erfolg liegt, neben dem konzeptionellen Ansatz, in der Zusammensetzung des Teams.

Die Erfahrungen der mobilen Jugendarbeit in Stadtteilen mit hohem Anteil an Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft haben gezeigt, dass Teams mit aus-



schließlich deutschen JugendarbeiterInnen aufgrund mangelnder Kenntnis bezüglich der kulturellen Lebenswelten, der Sprache und des Wertesystems dieser Zielgruppen häufig überfordert sind. Als optimal hat sich deshalb eine Teamzusammensetzung erwiesen, in der sowohl deutsche SozialarbeiterInnen als auch JugendarbeiterInnen aus anderen Kulturkreisen vertreten sind.

Unter dem Aspekt der sozialräumlichen und kulturellen Integration der Jugendlichen ist es in den vergangenen 20 Monaten durch die Erschließung von Ressourcen im Sozialraum (Jugendstadteilläden, Sportplätze, Turnhallen, Nutzbarmachung von Parkanlagen für Jugendliche) und durch Gemeinwesenansätze (Beteiligung an Stadteilfesten, Eltern- und Anwohnerbeteiligung) gelungen Bedingungen zu schaffen, die eine Integration der Jugendlichen in das Stadteilgefüge und somit eine

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Stadtteil eher ermöglichen. Schlechter bestellt sind die Chancen der Jugendlichen bezüglich der Integration in den Arbeitsmarkt. Trotz vielfältiger Beratungs- und Unterstützungsangebote gelingt es den meisten Jugendlichen nur noch selten, dauerhaft oder auch nur zeitweise einen Job oder gar einen Ausbildungsplatz zu finden. Demzufolge entwickeln sie Substrategien, die es ihnen ermöglichen, auch ohne Job zurechtzukommen. Anknüpfend an diese Substrategien, die sich nicht selten am Rande oder jenseits der Legalität bewegen, käme es darauf an, realistische Berufsperspektiven für Jugendliche z.B. im Bereich Dienstleistung, Kultur, Dritter Arbeitsmarkt etc. zu entwerfen.

Obwohl wir aufgrund der oben genannten Problemlagen versuchen, kiezbezogene Lösungsmodelle wie „Zukunftsfrühstück“, Akquirierung von Aushilfsjobs im Kiez etc. zu entwickeln und auch mit neuen Formen von eventuellen Jobmöglichkeiten experimentieren (e-commerce), ist Jugendarbeit mit dieser Problematik letztendlich völlig überfordert. Hier sind die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft gleichermaßen gefordert, gemeinsam mit Jugendarbeit und Jugendberufshilfe lokale Konzepte zu entwerfen und umzusetzen.

Kontakt:

**Verband für sozial-kulturelle Arbeit,
Landesgruppe Berlin e.V.
Projekt Outreach/Mobile Jugendarbeit
Ralf Gilb
Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin
Tel. 030/253 99 75**

Zwischen Strohfeuer und Straßenschlacht

Konflikte im Wohngebiet und die Aufgaben der Jugendarbeit.

Erfahrungen eines Streetworkers

Stefan Schützler von „Kietz für Kids“ aus Berlin berichtet aus der Zeit, als er noch als Streetworker bei Gangway tätig war:

Was ist eigentlich ein Massenauflauf?

Im Mai des Jahres 1994 erlebte der Stadtteil H., in dem ich damals als Streetworker arbeitete, die bis dato schwerste Krise seiner noch jungen Geschichte. Ihr Anlass war ein nichtiger, die Wirkung eine ungeheure. Und alles kam so:

In H. gab es zwei Schulen, die sich dasselbe Gebäude teilten - ein Provisorium, das zu dieser Zeit nicht eben ungewöhnlich war in Berlin. In die eine Schule gingen vornehmlich Kinder und Jugendliche aus dem umliegenden Wohngebiet, die andere war eines jener „Integrations“projekte. Das bedeutete nichts weiter, als dass alle Kinder von Aus-, Um- und Spätaussiedlern, von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem (relativ großen) Ausländerwohnheim H.s in Großklassen zusammengefasst und miteinander integriert wurden. Dass solches nicht gut gehen konnte, war eigentlich von vornherein klar, aber auf mich hört ja immer keiner. Und so kam es folgerichtig zu Rangeleien auf dem Schulhof, zu Stress zwischen Cliquen und und und.

Eines Tages gerieten dann zwei Mädchen - eine „Russland“- und eine „Deutschland“-Deutsche - einander in die Haare wegen eines Jungen, der (natürlich) „totaal süüüß“ war. Und wie das so zugeht unter Mädchen, erst gifteten sie sich an, dann prügelten sie sich (unter großer Anteilnahme der versammelten Schülerschaften) - und plötzlich hatten sie Streit. Ehrlich gesagt weiß ich nicht, wer gewonnen hat, für den Fortgang der Ereignisse ist das auch nicht relevant. Fest steht, dass man (frau) sich für „Nach der Schule, draußen!“ verabredete und dass dort dann statt zweier Mädchen etwa 50 erregte Jugendliche beiderlei Geschlechts warteten.

An dieser Stelle kamen wir ins Spiel. Mein Kollege Uwe und ich, wir gingen unsere tägliche Runde durch den Bezirk, als uns eine Horde hektisch schwatzender und gestikulierender 13-, 14-jähriger Mädchen über den Weg lief. Wir kannten sie nicht und hätten ihrem Verhalten auch keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt, wenn wir nicht zufällig Ohrenzeugen des folgenden Gesprächs geworden wären:

Alte Dame (hält eines der Mädchen am Ärmel fest): „Jottchen, Jottchen, ihr habt det aba eilich! Wo wollta denn hin?“

Mädchen (setzt wichtige Miene auf): „Na nach da hinten, da kloppen sich gleich die Deutschen mit den Türken!“

Alte Dame (versonnen lächelnd): „Jaja, tut die ma richtig vajacken, det Ausländapack!“

Mädchen (nickt nur kurz und hastet dann seinen Freundinnen hinterher)

Das machte uns neugierig, das durften wir nicht verpassen, wenn wir unseren Job ernst nehmen wollten. Und wir nahmen ihn sehr ernst, zu dieser Zeit. Kaum am Ort des Geschehens angelangt, umging uns auch schon dessen energiegeladene Schulhof-Atmosphäre. Einige der Anwesenden hatten uns erkannt, kamen zu uns und berichteten in allen Einzelheiten - natürlich erfand jeder seine eigenen - von dem dramatischen Ereignis und dass gleich die „Russen“ kämen und überhaupt. Zunächst jedoch geschah einmal gar nichts. Nur wir, die einzigen Erwachsenen weit und breit, nutzten die Gunst der Stunde, stellten uns mal so richtig bei der Jugend von H. vor und wurden eine Menge Visitenkarten los.

Und dann kamen die anderen. Plötzlich tauchte ein Trupp von etwa zwanzig Mann hinter einer Mauer auf. Einige setzten - sportlich, sportlich - elegant darüber, die anderen hatten so eine Art Sturmformation gebildet und kamen im Laufschrift auf unseren Haufen zu. Das reichte schon. Unisono gellte ein Schrei auf: „Die Russen kommen!“ - den müssen sie von Opa gelernt haben. Und im Handumdrehen zerstob die eben noch aufgeregte Truppe Deutschlanddeutscher Helden, gejagt von einer blitzsauberen Phalanx, die den ollen Griechen Tränen der Rührung in die Augen getrieben hätte. Aber H. ist groß und irgendwann verloren alle die Lust an dem Herumgerenne. Es war ja auch warm und so. Der Tag endete, ohne dass es zu größeren Zwischenfällen gekommen wäre.

Wer nun aber gemeint hatte, damit sei die Sache erledigt, der irrte gewaltig. Denn H. ist, wie alle diese „Platten“-

Siedlungen, doch nichts weiter als ein ins Gigantische gewachsenes Dorf, wo es der Attraktionen wenig hat und wo besonders die Jugend einander kennt - aus der Kita, der Schule, dem Sportverein etc. Irgendwo in diesem komplizierten Beziehungsgeflecht entstanden und kursierten während des nun folgenden (Schul-)Tages allerlei Gerüchte. Sie führten dazu, dass sich nunmehr schon zweihundert kampflüsterne Kids versammelten, um es den „Russen“ mal so richtig zu zeigen. Die kamen dann auch, entdeckten angesichts der großen Überzahl ihre Friedensliebe und wollten „verhandeln“.

Nun ist ja verhandeln recht gut, eigentlich. Doch bevor man verhandeln kann, braucht man zuvörderst einen Grund. Und außerdem Verhandlungspartner. Mit letzterem hatte die Spätaussiedler-„Delegation“ kaum ein Problem, vor allem wegen ihrer übersichtlichen Anzahl und recht straffen Struktur. Bei den Eingeborenen jedoch herrschte Hilflosigkeit angesichts dieser pazifistischen Überforderung. Also verfiel man auf die clevere Idee, uns, die „Schrietwörka“ in die Pflicht zu nehmen und zu Parlamentären zu ernennen. Eine einseitige Einmischung dieser Art lag zwar nicht in unserer Absicht, aber was hätten wir schon tun sollen? Wir also hin und verhandeln.

Blöderweise fiel uns auch nichts Besseres ein als die lahme Frage, warum es denn gehe und warum alle so furchtbar aufgeregt seien. Das war dann auch schon das Ende der „Verhandlungen“, denn an dieser Stelle erhob sich erneut ein ohrenbetäubendes Geschrei. Jeder zeigte auf jeden, alle wussten alles ganz genau und insgesamt waren überhaupt immer die an-

deren Schuld. Aber allmählich merkten alle, dass sich so wohl nichts ändern würde. Und als sich der Nachmittag wieder hinzog, ohne dass Blut geflossen wäre, da liefen sie auseinander. Aber morgen, da wollten sie sich wieder treffen und verhandeln oder aber gegenseitig terminieren.

Mein Gott, was für eine Sensation! Hunderte junger Menschen aus H. konnten den kommenden Nachmittag kaum erwarten. Was war geschehen? Wie würde es weitergehen? Würde es Verletzte, gar Tote geben? Warum pasierte sowas immer nur den anderen? Und nochmal: Was war eigentlich los?

Dreihundert Jugendliche lungerten am nächsten Nachmittag auf der Wiese vor der Schule und wollten genau das herausbekommen. Es wäre müßig, all die Gerüchte wiederzugeben, die jetzt über den Platz schwirrten. Sie wurden immer phantastischer, es ging heillos durcheinander. Nicht einmal der Feind diente mehr als kleinster gemeinsamer Nenner, die „Russen“ hatten sich zwischenzeitlich erst in Albaner, dann in „Jugos“, dann in Türken und schließlich auf wundersame Art wieder in „Russen“ verwandelt. Und die tauchten den ganzen Nachmittag über nicht mehr auf. Schade eigentlich, ich hatte mich schon so auf die „Verhandlungen“ gefreut. Vor allem darauf, dass ich endlich erfahren würde, was überhaupt los war. Doch das zu erfahren blieb mir, wie gesagt, verwehrt, und wahrscheinlich wäre der ganze Spuk damit vorbei gewesen, wenn nicht ...

Ja, wenn wir nicht unsere Polizei hätten. Die Masse begann schon an den Rändern abzubrockeln, weil Mutti zu-

hause mit dem Essen wartete, da rasten mit heulenden Sirenen und quiet-schenden Reifen drei Streifenwagen heran. Einer schlitterte spektakulär über die Wiese - die Bremsspuren waren noch wochenlang zu sehen - und kam erst unmittelbar vor den verdutzten Nasen der Jugendlichen zum Stehen. Heraus sprang ein energischer junger Mann in Uniform, der mit schneidigem Schwung die Tür hinter sich zuschmiss und laut in die Runde



fragte, was denn hier los sei. Betretenes Schweigen antwortete ihm, denn genau das wollten neun Zehntel der hier Anwesenden ja auch wissen. Und eine Frage, schon gar nicht die eines Polizisten, soll man schließlich nicht mit einer Gegenfrage beantworten (etwa: „Na, was glauben Sie denn?!“). Dies verwirrte den tapferen Beamten nun und so schaute er etwas hilflos in die Runde. Und er erblickte - mich, Den Hier Anwesenden Erwachsenen. Wie von einer Tarantel gestochen schoss er auf mich zu, sah mich mit diesem Blick an und fragte mich, ob ich für dies alles verantwortlich sei. Und ob ich den Haufen nicht auflösen könne. Ich verneinte beide Fragen höflich und ehrlich. Anschließend wünschte ich ihm noch viel Glück (natürlich sehr, sehr leise) und zog mich dann an den Rand des „Haufens“ zurück. Von

da aus beobachtete ich seine immer hektischer und dadurch fruchtloser werdenden Bemühungen, die anarchische Versammlung aufzulösen. Schließlich, nach anderthalb Stunden etwa, stieg er in sein Auto, warf mir noch einen bitterbösen Blick zu und verschwand. Mit ihm ging die letzte Attraktion dahin und plötzlich erinnerten sich alle an ihre Schularbeiten, das Training oder wasweißichnichtnochales. Es war mal wieder vorbei.

Dies war an einem Freitag gewesen. Da sich bisher alles auf das Umfeld der beiden Schulen beschränkt hatte, stand eine Eskalation der Ereignisse übers Wochenende nicht zu erwarten. Dachten wir. Und mit uns die Jugendlichen, denn tatsächlich erlebte H. zwei ereignislose Tage wie eh und je. Doch irgend jemand - ein gnädiges Schicksal wollte, dass er auf immer unerkannt blieb - hatte die tolle Idee, einen Polizei-Mannschaftswagen direkt vor dem Gebäude zu platzieren. Dort langweilten sich nun also zehn Beamte und ließen sich von allen sehen, sogar von jenen, die bisher noch gar nichts mitbekommen hatten. Und so wuchsen dem Gerüchtebaum neue, schillernde Blüten. Einer Lehrerin sei in den Bauch geschossen worden. Auf den Dächern ringsum seien Scharfschützen postiert. Die Russen kämen und schnitten allen blonden Mädchen die Haare ab (das machen die halt so, die Russen). Die Russen machten Jagd auf Jungen mit Markenjacken (wahlweise auch Bomberjacken). Ein Video existierte, das alles, aber auch alles beweisen würde (was eigentlich?). Und so weiter und so fort. Zu allem Überfluss erschien nun auch

noch ein Artikel in der Zeitung. Damit wussten dann auch die Eltern Bescheid und verboten ihren Kindern unter Androhung schwerster Strafen, „zu den Russenschlägereien“ zu gehen.

Alle hatten also in die richtige Richtung gearbeitet und so kam es am Montag, wie es kommen musste: Einige Eltern ließen ihre Kinder nicht in die Schule, Schüler bewaffneten sich, einer schoss tatsächlich seine Lehrerin an (ein Sechstklässler mit Papis Luftgewehr - Gottseidank ist ihr nichts passiert). Auch wurden geheimnisvolle Autos gesichtet, die um die Schulhöfe kreisten. Waren das die Russen, die nach blonden Mädchen mit Marken-Bomberjacken Ausschau hielten? Man wusste ja genug über die Russen-Mafia, ja-wohl! (In Wirklichkeit waren es wohl Zivilfahrzeuge der Polizei, die die Lage beobachten sollten - wenn überhaupt.) An diesem Vormittag überschritt dann die Gerüchtewelle auch endgültig die Bezirksgrenzen von H. und begann ihre rasende Fahrt durch ganz Berlin (die noch mehrere Monate dauern sollte). Folgerichtig hatte sich die Zahl der „Schlachtenbummler“ am Nachmittag schon wieder verdoppelt, wir mittendrin. Wenigstens aber waren wir nicht mehr die einzigen Erwachsenen. Ganz in der Nähe standen nun Sehr Aufmerksame Völlig Unbeteiligte Junge Männer Mit Schwarzen Lederjacken und versuchten, bekannte Gesichter zu identifizieren. Ob ihnen das gelungen ist, weiß ich nicht, ich war zu sehr mit Staunen beschäftigt. So viel jugendliche Energie, so viel Engagement - man stelle sich nur vor, es wäre hier tatsächlich um irgendetwas gegangen! Da bekommt man doch eine Ahnung

davon, wie das damals mit der Bastille gewesen ist.

Doch hier ging es nur ums Dabeisein. „Russen“ waren - natürlich - schon lange nicht mehr zu sehen, aber das aufgestaute Gewaltpotential, zusätzlich genährt durch Gerüchte und die ungewöhnlichen Umstände, musste sich irgendwie entladen. Also nutzte man die Gelegenheit eben um alte Rechnungen miteinander zu begleichen. Da wurde gehauen, gezerrt und getreten, manchmal auch nur ein bisschen geschubst, dass es eine reine Freude war. Fröhliches Jugendleben eben. Irgendwann riss dann aber doch der Geduldsfaden der (uniformierten) Polizei, die sich bis dahin vornehm zurückgehalten hatte. Man schritt ein, trieb die ärgsten Knäuel auseinander und nahm wohl auch ein paar der wildesten Raufbolde mit. Ich gestehe davon nicht allzuviel mitbekommen zu haben, denn wieder einmal schrie die Menge panisch auf (diesmal zur Abwechslung: „Die Bullen kommen“), stob auseinander und riss mich mit sich fort. Als ich mich nach zehn Minuten freigekämpft hatte, herrschte wieder Ruhe am Platz. Doch erneut nur oberflächlich. Der „brutale Polizeieinsatz gegen die Nazi-Zusammenrottung“ (O-Ton von einem, der nicht dabei war, aber alles haarklein wusste) zeigte Wirkung. Leider war ich am folgenden Tage - ausgerechnet zum Höhepunkt der Veranstaltung! - nicht zugegen, aber mein Kollege Uwe hat mir einen angenehm unaufgeregten Bericht gegeben. „Es war“, sagte er, „wie Love-Parade, bloß ohne Love“. Russen wären zwar wieder keine da gewesen, wohl aber die unvermeidlichen italienischen Eisverkäufer, jede Menge Polizei mit und

ohne Grün und vor allem eine Riesengemeinde Jugendlicher. Die üblichen Rangeleien untereinander hätte es gegeben und irgendwie wären plötzlich lauter Autos mit Brandenburger Kennzeichen dahergekommen, von der Polizei aber sofort des Platzes verwiesen worden. Das wären Brandenburger Nazi-Größen gewesen, hieß es später. Plötzlich sei eine Nachricht von Mund zu Mund geflogen: Die Russen seien am anderen Ende von H. auf einem Sportplatz entdeckt worden! Sofort setzte sich der Zug von Jugendlichen in Bewegung, quasi eine Demonstration für und gegen gar nix. Bedenkt man es allerdings recht, so wurde hier schon für etwas demonstriert: Für das Recht junger Menschen auf die Aufmerksamkeit der „erwachsenen“ Gesellschaft, gegen Ignoranz und das Allein-Gelassen-Werden. Allein, hätte man dies den Beteiligten verraten, so wären sie spornstreichs abgehauen („Wat, ne Demo?! Aba ohne mia!“) Uwe, der zum Glück mit dem Fahrrad da war, schleckte erst mal sein Eis auf und radelte dann entspannt hinterher. Dem Zug folgend erlebte er in der Folge eine ganz seltsame Stadtrundfahrt nach dem System „Hase und Igel“, denn überall, wo der Zug auftauchte, waren die Russen gerade weg. Dafür aber waren sie ganz woanders gesehen worden. So ging das Stunde um Stunde rings durch die ganze „Platte“ (die ist recht groß) und am Ende langte man erschöpft, aber glücklich wieder am Ausgangspunkt, der Wiese vor der Schule, an.

Man war dabei gewesen und nur das zählte. Man hatte miterlebt, wie das Ghetto den Aufstand probte - auch

wenn es ohne Ziel, ohne Gewalt, ohne Ghetto und überhaupt ohne Aufstand abgegangen war. Man schwatzte also noch ein bisschen, schubste wohl auch noch herum - die nächste Abrechnung lässt grüßen - und trollte sich dann. Als am nächsten Tag ein Rummel öffnete, gingen alle da hin und die Show schien völlig unspektakulär zusammengefallen zu sein. Keiner interessierte sich mehr für die „Russen“ und alles drumrum. Kein Jugendlicher. Denn jetzt begannen die Mühlen der Erwachsenenwelt erst richtig zu mahlen. Weitere Artikel erschienen, H. war plötzlich in Balkenüberschriften präsent, im Fernsehen wurde gar berichtet. Konferenzen wurden abgehalten, Präventionsräte gebildet, Eltern organisierten den gemeinsamen Schulweg ihrer Zöglinge. In den Schulen kam es zu Sonder-Elternversammlungen mit tumultartigen Szenen. An einer nahm ich teil und schilderte die Geschehnisse so, wie ich sie erlebt hatte. Weil ich aber so gar nichts von Kalaschnikows und geschändeten blonden Mädchen erzählen konnte, zieh man mich einen Lügner und verwies mich des Saales. Aber nur zwei Monate (!) später gründete die damalige Bezirksbürgermeisterin von H. einen Arbeitskreis, der die „Massenaufmärsche jugendlicher Nazis“ zum Gegenstand hatte. Da durfte ich dann dabei sein. Geglaubt hat mir aber wieder keiner. Doch in der Folge entschloss sich das Bezirksamt, Streetwork eine Priorität in der bezirklichen Förderung einzuräumen. Zwar gerieten wir als Streetworker dadurch oft genug in die unangenehme Lage, als eine Art Sozialfeuerwehr betrachtet zu werden, aber das ist eine andere Geschichte.

PS: Fragt man heute die Leute in H. nach der „Russen-Geschichte“ von damals, so erntet man bestenfalls ein unverständiges Lächeln. Das kollektive Gedächtnis hat das alles, so scheint es, in die tiefsten Urgründe seines Innern verdrängt. Doch ob es dort nur schlummert, wie und wo es erneut zum Vorschein kommt, das vermag niemand vorherzusagen. Wer weiß, vielleicht träumen gerade jetzt wieder zwei Mädchen unterschiedlicher Herkunft von ein und demselben Jungen. Ob es mir dann gelingen würde, die Situation entscheidend zu deeskalieren, darf zumindest in Frage gestellt werden. Ich bin ja nur der, der ich bin, ein einfacher Streetworker eben. Aber meine Voraussetzungen für den Versuch, es zu tun, wären heute bedeutend besser als damals. Ich kenne die Jugendlichen besser und sie mich, wir sind mehr und erfahrene KollegInnen, wir haben unsere Angebote stärker mit

den stationären anderer Träger vernetzt, wir finden in Gremien Gehör - manchmal glaubt man uns jetzt sogar. Und indem ich meine Erfahrungen so wie hier darlege, kann ich vielleicht auch ein wenig von dem Umfeld ändern, das Jugendliche zu so spektakulären Handlungen treibt.

Dieses Erlebnis von Stefan Schützler ist auch in dem sehr empfehlenswerten Buch „U.S.O. – Das Buch“, Hrsg. Kietz für Kids, Berlin 1999, veröffentlicht. Das Buch beschäftigt sich mit der Situation von Jugendlichen im „Sozialraum Einkaufszentren“.

Kontakt:

**Kietz für Kids e.V., Projekt U.S.O.
Stefan Schützler
Neubrandenburger Str. 62
13059 Berlin
Tel. 030/920 946 82**

Deutsche Sportjugend

Projekt „Jugend mit Zukunft ins nächste Jahrtausend - Bewegung, Spiel und Sport mit Mädchen und Jungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ der Sportjugend NRW

Mädchenbauprojekt in Duisburg-Bruckhausen

Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“

Seit 1993 gibt es in Nordrhein-Westfalen das Programm „Stadtteile mit be-

sonderem Erneuerungsbedarf“. Dieses ressortübergreifende Handlungsprogramm wurde für Stadtteile entwickelt, in denen die wirtschaftliche und die soziale, die städtebauliche, die infrastrukturelle und die ökologische Situation besonders schwierig ist. Von den 28 bisher ins Landesprogramm aufgenommenen Stadtteilen (Stand 1999) in 22 Städten, liegen die meisten in den traditionellen Industriegebieten und Ballungskernen an Rhein und Ruhr. Das Besondere an diesem Konzept ist der integrierte Politikansatz: Arbeits-

markt- und strukturpolitische Maßnahmen werden mit Städtebau- und Kulturförderung ebenso verknüpft wie mit Jugend- und Schulpolitik. Hinzu kommen Projekte zur Gewaltprävention und zur Förderung des Zusammenlebens mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Ziele des Projekts „Jugend mit Zukunft“

Das Projekt „Jugend mit Zukunft“ wird gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW (MASSKS) und dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW.

Mit sportbezogenen innovativen Lösungsansätzen und ganzheitlichen Handlungskonzepten wollen das Sportministerium und die Sportjugend NRW dazu beitragen, die soziale Integration und die kulturelle Vielfalt mit den Möglichkeiten des Sports in den betroffenen Stadtteilen zu stärken und weiterzuentwickeln. Ziele des Projektes sind die Verbesserung der sozialen Integration, die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung durch Bewegung, Spiel und Sport, die Erschließung neuer Bewegungsräume für die Jugendlichen im Stadtteil und die Verbesserung und Vernetzung der Angebotsstrukturen vor Ort. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die soziale Einbindung sozial benachteiligter junger Menschen sowie die Verbesserung ihrer Bewegungs-/Begegnungsräume und -möglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen und Wünsche. Dabei soll die geschlechtsspezifische Differenzierung besondere Beachtung finden.

Die Projektpartner

Projekttträger ist in der Regel die örtliche Sportjugend des Stadt- oder Kreissportbundes oder ein in dem Stadtteil ortsansässiger Sportverein.

Grundsätzlich gilt, dass die Jugendlichen im Rahmen der Projektarbeit an der Gestaltung ihrer Bewegungsräume zu beteiligen sind. Des Weiteren sollte die Projektarbeit in bestehende Kooperationsstrukturen im Stadtteil eingebunden sein. Hierbei ist insbesondere die Zusammenarbeit mit den örtlichen Stadtteilbüros zu betonen. Dadurch werden die einzelnen Aktivitäten innerhalb des Projekts „Jugend mit Zukunft“ mit den Aktivitäten der Stadteilerneuerung vernetzt. Neben der Zusammenarbeit mit den Stadtteilbüros finden in vielen Stadtteilen weitere Kooperationen mit Sportvereinen, Einrichtungen der Jugendhilfe (Jugendamt, Jugendzentren, Jugendverbände etc.), Kirchen/Moscheen, Schulen, der Polizei und anderen Trägern (z.B. Kulturvereine, Migrantenvereinigungen) statt.

Die Projekte

Folgende Aktivitäten und Maßnahmen finden in den einzelnen Projektstandorten statt:

- Bewegungs- und Stadtteilstadt
- offene Angebote im Bereich der Trendsportarten bzw. Einsätze der Sport- und Spielmobilie
- Night-Events
- Kurse in Kooperation von Schule und Verein
- Ferienfreizeiten
- Bewegungsförderung
- Mädchenkurse und -projekte
- Bauprojekte

- Aufbau von Vereinsstrukturen bzw. Gewinnung von Mitgliedern
- Öffentlichkeitsarbeit u.a.

Zusammengefasst heißt dies, dass im Projekt „Jugend mit Zukunft“ drei Ansätze vorherrschen:

- Offene und mobile Einsätze, die regelmäßig ein- bis dreimal wöchentlich an festen Plätzen und zu festen Zeiten stattfinden. Hierbei werden die Jugendlichen von ÜbungsleiterInnen bzw. Honorarkräften, aber oftmals auch von SozialpädagogInnen betreut.
- Ausweitung der Bewegungsangebote sowie Nutzung und Schaffung von Bewegungsräumen im Stadtteil. Bei diesem Ansatz besteht ein starker Stadtteilbezug und es wird mit vielen Partnern kooperiert.
- Angebote in Kooperation von Schule und Verein.

Die Rahmenkonzeption „Jugend mit Zukunft“ sieht Geschlechtsspezifisch als Querschnittsaufgabe analog der „Grundlagenkonzeption – Mädchen und junge Frauen im Sport“ der Sportjugend NRW vor. Als ein besonderes Beispiel für parteiliche Mädchenarbeit soll das Mädchenbauprojekt in Duisburg Bruckhausen vorgestellt werden.

Mädchenbauprojekt in Duisburg Bruckhausen

Im Rahmen des Projekts „Jugend mit Zukunft“ hat in Duisburg Bruckhausen vom 30.03. - 03.04.1998 ein Mädchenbauprojekt stattgefunden. Kooperationspartner waren das MASSKS, die Sportjugend NRW, die Sportjugend Duisburg, das evangelische Jugendzen-

trum Bruckhausen und der Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit Marburg e.V. (bsj).

Die Idee für dieses Bauprojekt ist in einer Ideenwerkstatt der Sportjugend Duisburg im November 1997 entstanden. Anlass war das Angebot der Thyssen AG, einen Teil des Firmenparkplatzes kostenlos der Entwicklungsgesellschaft Duisburg zur freien Nutzung zu überlassen. Hierdurch ist die Möglichkeit entstanden, das unzureichende Angebot an Bewegungsräumen für Kin-



der und Jugendliche im Stadtteil zu verbessern. Dabei zeigte sich aber deutlich, dass die (überwiegend türkischen) Mädchen lieber geschützte Innenräume als Außenräume aufsuchen und diese auch gestalten wollen.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee des Bauprojekts entstanden. Vordringliches Ziel dieses Teilnehmungsangebots für Mädchen in einem solchen Stadtteil war es, ihnen Hilfestellung bei der Aneignung und Behauptung „eigener“ Räume zu geben. Darüber hinaus sollten die Mädchen erfahren können, dass sie Einfluss auf Gestal-

tungsprozesse haben. Die Tätigkeit des Bauens bot sich deswegen an, weil dabei der Prozess der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes eindeutig erfahrbar wird. Die Mädchen erhielten die Gelegenheit, sich mit professioneller Hilfe von Schreinerinnen selber eine Rückzugsmöglichkeit in Form einer Holzhütte im Innenhof des Jugendzentrums zu bauen. Darüber hinaus äußerten die Mädchen den Wunsch, den recht tristen Innenhof mit Hilfe von Mosaikwänden und Holzauflagen für die Betonbänke zu verschönern.

Die bis zu 16 Teilnehmerinnen im Alter von fünf bis 16 Jahren waren mit großem Eifer bei der Sache. Dies zeigt, wie viel Spaß allen Beteiligten das Bauprojekt gemacht hat. Die älteren Mädchen konnten schon bald mit den Werkzeugen sicher umgehen und brauchten nur in seltenen Fällen Hilfestellungen. Auch die jüngeren Mädchen konnten selbstständig mit bestimmten Werkzeugen (Hammer, Akkuschrauber) umgehen, bei manchen war etwas Hilfe (z.B. die Sägen halten) nötig. Bei allen Mädchen und Frauen ist da, wo vorhanden, die anfängliche Scheu vor den Maschinen schnell gewichen. Der Bewegungs- und Kraftaspekt kam bei dem Bauprojekt schließlich auch nicht zu kurz: Material tragen, die eigenen Kräfte und Grenzen kennen lernen, hämmern, klettern, Sand schaufeln etc. Außer ein paar Splittern und etwas Muskelkater gab es keine ernsthaften Schmerzen oder Verletzungen.

Dadurch, dass das gesamte Bauprojekt gut voranschritt und alle Mädchen und Frauen mit den Werkzeugen sehr gut

umgehen konnten, wuchs das Selbstbewusstsein und das Gefühl: „wir als Frauen können das auch“ bzw. „ich kann das auch“. Über diese Erfahrungen haben die Mädchen auch zu Hause berichtet.

Ebenso war die Reaktion der Passanten (weibliche wie männliche) meistens positiv. Zwar drehten sich die meisten Personen überrascht um, als sie sahen, dass hier Mädchen und Frauen mit Holz und Maschinen arbeiteten, die Reaktionen waren aber anerkennend. Das Bewusstsein, dass Mädchen eigentlich alles können, wenn sie gelehrt werden bzw. wenn man sie lässt, konnte bei den Teilnehmerinnen beobachtet werden.

Eine ausführliche Dokumentation über das Mädchenbauprojekt in Duisburg Bruckhausen wurde von dem Planungsbüro "Stadt-Kinder" aus Dortmund und der Sportjugend NRW gemeinsam erstellt.

Kontakt:

**Sportjugend NRW, Birgit Buchholz
Friedrich-Alfred-Str. 25, 47055 Duisburg,
Tel. 0203/738 18 39**

Integration von jugendlichen Spätaussiedlern

Modellprojekt „Aufsuchende Jugendverbandsarbeit mit Jugendlichen, die mit traditionellen Angeboten der Jugendarbeit nicht erreicht werden“, Meppen

Knapp ein Jahr nach der Einrichtung des Modellprojektes gibt es bereits zahlreiche Projekte und Arbeitsgemeinschaften, mit denen größtenteils solche Jugendliche angesprochen sind, die mit herkömmlichen Methoden oder von bestehenden Einrichtungen gar nicht oder nur in geringem Maße erreicht werden. Hauptzielgruppe sind jugendliche Spätaussiedler, denen einerseits neue Freizeitgestaltungsmuster aufgezeigt werden und die andererseits durch die Angebote mit einheimischen Jugendlichen zusammengeführt werden. Durch den einfachen Umgang miteinander und durch die zielgerichtete Arbeit an gemeinsamen Projekten sind persönliche Kontakte entstanden. Bestand zu Beginn des Modellprojektes das Problem der Kontaktaufnahme zu der besonderen Zielgruppe, werden durch die zahlreichen attraktiven Angebote viele Jugendliche erreicht. Musste zunächst auf die Jugendlichen zugegangen werden, geschieht es nun immer häufiger, dass sie sich bei uns melden, um an den Maßnahmen teilzunehmen. Im Folgenden werden verschiedene Gruppen und Projekte dargestellt.

Integratives Sommerzeltlager

Im August haben wir auf der holländischen Nordseeinsel Texel ein integratives Zeltlager mit 47 Jugendlichen durchgeführt. Die Resonanz bei der Anmeldung bestätigte schon das große Interesse sowohl bei jugendlichen Aussiedlern als auch bei einheimischen Jugendlichen. Das Zeltlager selbst verlief für alle Beteiligten zur vollsten Zufriedenheit. Obwohl andere Träger der Jugendpflege ebenfalls Sommermaßnahmen anbieten, war die Nachfrage nach unserer Freizeit groß. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Teilnahme an Maßnahmen anderer Träger größtenteils Mitgliedern oder aktiven Jugendlichen vorbehalten ist. Das gemeinsame Erleben im Zeltlager sollte die Integration in einem für alle Teilnehmer fremden Land beschleunigen und sie eventuell in entstandene Gruppen oder Arbeitsgemeinschaften ein- und zusammenführen.

Rock-AG

Die im Februar mit einem Intensiv-Wochenende entstandene Rock-AG setzt sich aus einheimischen und Aussiedler-Jugendlichen zusammen. In wöchentlichen Proben werden die Kenntnisse vertieft, an neuen Songs wird gearbeitet. Die Entstehung von Eigendynamik ist mittlerweile sehr gut erkennbar, so dass die Gruppe bald selbständig weiterarbeiten kann. Der Landkreis Emsland hat durch Sonderförderung, die Kreissparkasse Meppen durch eine Spende einen Großteil des Instrumentariums finanziert.

Hip-Hop-AG

An diesem Projekt, das ebenfalls wöchentlich stattfindet, nehmen ausschließlich jugendliche Aussiedler teil. Mittlerweile haben sich daraus eine Hip-Hop- und eine Techno-Gruppe entwickelt, die ehrgeizig an eigenen Stücken arbeiten. Höhepunkt der Hip-Hop-Gruppe ist die Teilnahme am Projekt „act '99 - Musik gegen Gewalt in der Schule“. Die gemeinsame Arbeit an der Musik fördert nicht nur das Selbstvertrauen der Teilnehmer. Die Ergebnisse werden auch den einheimischen Mitschülern präsentiert, von ihnen anerkannt und honoriert. Dies erhöht den Stand der Jugendlichen in einem so komplizierten System wie einer multikulturellen Klassengemeinschaft. Abgesehen von den erzielten Ergebnissen führt das Schreiben der Texte zu einer Reflexion des Erlebten. Die Texte handeln größtenteils von der Aussiedlung und den Problemen, mit denen jugendliche Aussiedler konfrontiert werden.

Zeitungs-/Radio-AG

Im Mai haben wir einen Teil des Projektes „Integration durch mediales Lernen“ von der DEKRA-Akademie, der Deutschen Angestellten-Akademie und der Erwachsenenbildung übernommen. Dieses Projekt betrieb ein Internet-Café und erstellte eine Zeitschrift sowie eine CD-Rom für Spätaussiedler. Die Redaktionsgruppe der Zeitschrift zeigte große Motivation, weiter journalistisch tätig zu sein. Es ist eine Radio-AG entstanden, die mittlerweile regelmäßige Sendungen im offenen Kanal der Region, der „Ems-Vechte-Welle“, produziert. Als Einstieg für diese Gruppe führten wir im Juni eine Projektwoche

durch. Hier wurde die Dokumentation eines Jugendaustausches mit der polnischen Partnerstadt Ostroleka erstellt. Abgeschlossen wurde mit einer zweistündigen Live-Sendung vom Mepener Marktplatz. Besonders erwähnenswert ist, dass wir mit der Hilfe von Sponsoren und der Unterstützung der Stadt ein eigenes Sendestudio in unserem Jugendheim installiert haben. Der Umbau eines Raumes zum Medienraum ist zusammen mit den Jugendlichen durchgeführt worden. Erste Test-Sendungen sind bereits ausgestrahlt worden. Ab Januar 2000 werden Mep-



pener Jugendliche, insbesondere jugendliche Spätaussiedler, live und regelmäßig ihre eigenen Radiosendungen ausstrahlen können.

Die Beschäftigung mit den Medien Zeitung und Radio fördert nicht nur das Selbstvertrauen und bietet eine Lobby für die Jugendlichen, auch die Medienkompetenz der Teilnehmer wird ausgebildet, was in einer Gesellschaft, die sich in zunehmendem Maße durch Medien und Kommunikation identifiziert, „überlebenswichtig“ ist.

Die Sendereihe „Jugend im Emsland“ startete im November mit einer Live-Sendung zum Thema „Integrations-

stand jugendlicher Aussiedler im Landkreis“. Gäste waren der Sozialdezernent des Landkreises Emsland, der Bürgermeister von Meppen, eine Vertreterin der AWO, Vertreter des Landesjugendamtes, Vertreter von einheimischen und Aussiedler-Jugendlichen.

Internet-Café

Das Projekt „Integration durch mediales Lernen“ hat bis Mitte Mai ein Internet-Café betrieben. Ein neuer Betreiber wurde gesucht. Wir haben uns beworben und den Zuschlag bekommen. Wir werden ab Jahresende einen regelmäßigen Internet-Café-Betrieb anbieten und Kurse im Bereich Internet und Windows/Word durchführen. Die Bewirtschaftung soll ehrenamtlich von jugendlichen Spätaussiedlern übernommen werden. In Bezug auf den Integrationsgedanken hätte dies den besonderen Aspekt, dass einheimische Jugendliche zu den Aussiedlern kommen würden und nicht - wie so oft umgekehrt - die Aussiedler zu den Einheimischen.

Beteiligung am Ferienpass der Stadt Meppen

Im August haben wir eine „Grusel-Nacht“ für Kinder im Rahmen des Ferienpasses durchgeführt. Nach gemeinsamem Grillen wurden ca. 25 Kinder in Gruppen durch den benachbarten Wald geführt, in dem Jugendliche Geisterstationen errichtet hatten und die Kinder erschreckten. Eine Übernachtung im Haus mit dem Erzählen von Gruselgeschichten beendete die Aktion. Die Beteiligung an der Ferienpass-Aktion war außerdem Gelegenheit, den Kindern und deren Eltern unsere Arbeit vorzustellen und sie ggf. hierfür zu gewinnen.

Zusammenarbeit mit der Kardinal-von-Galen-Schule

Im Laufe einer Projektwoche hat der Musiklehrer mit einheimischen und ausgesiedelten Schülern der 5. bis 9. Klasse Fertigkeiten an verschiedenen Instrumenten der Rock- und Popmusik vermittelt und ein Stück einstudiert. Als Abschluss der Projektwoche sollte der Song mit Hilfe der DJO-Meppen aufgenommen werden.

Durch den Blick „hinter die Kulissen“ des Musik-Business erfuhren die Kinder und Jugendlichen, wie die Musiktitel, die sie täglich im Radio hören, produziert werden. Hierbei lag ein Hauptaugenmerk darauf, wie aufwändig es einerseits ist einen Titel zu produzieren, welche Möglichkeiten man andererseits jedoch hat den Hörer zu täuschen. Mit Hilfe moderner Studio-technik hat die Projektgruppe nach nur einer Woche relativ gute Ergebnisse erzielt. Bei vielen Teilnehmern ist das Bewusstsein geschärft worden, dass viele „Stars“ der Musikbranche ohne Studioteknik wohl niemals so weit gekommen wären. Durch das Erzielen sehr passabler Ergebnisse trug der Workshop außerdem zur Stärkung des Selbstvertrauens der Teilnehmer bei. Durch die gemeinsame zielgerichtete Arbeit an einem Projekt ist die zunächst bunt zusammengewürfelte Gruppe zusehends stärker zusammengewachsen. Da jeder Teilnehmer an seinem speziellen Instrument „Experte“ war, konnte kein Konkurrenzdenken auftreten. Mit Hilfe der Musik als nonverbalem Medium wurden alle Teilnehmer auf eine Stufe gestellt. Die Sprache spielte, im Gegensatz zum Schulunterricht, keine Rolle mehr.

Kanu-Tour

Durch die unterschiedlichen Projekte sind Kontakte und Beziehungen mit jugendlichen Aussiedlern entstanden, die durch eine solche erlebnispädagogische Maßnahme, die wir zusammen mit dem Meppener Jugendzentrum organisiert und durchgeführt haben, vertieft werden sollten. Es nahmen Schüler und Auszubildende aus der Meppener DJO-Arbeit im Alter von 15 bis 20 Jahren (Einheimische und Aussiedler) teil. Kanuwandern als Methode erschien aus mehreren Gründen sehr geeignet zu sein:

- Gemeinsames Erleben von Einheimischen und Aussiedlern, Sammeln neuer Erfahrungen
- Erleben eines Gruppengefühls und Erleben von Gruppendynamik
- Kennenlernen der näheren Umgebung und Kennenlernen einer neuen Freizeitgestaltungsmöglichkeit, die das Emsland durch die zahlreichen Wasserstraßen bietet.

Die Kanu-Tour hat in hohem Maße dazu beigetragen, dass Beziehungen zwischen den Teilnehmern entstanden oder verstärkt wurden. Auch die Beziehungen zwischen Leitern und Teilnehmern wurden ausgebaut, so dass etliche Teilnehmer für weitere integrative Maßnahmen (Radio-Projekt, Zeitungs-Projekt, Zeltlager auf Texel) gewonnen werden konnten.

Offener Treff für jugendliche Aussiedler

Gegenwärtig bauen wir unseren Keller aus als offenen Treff für die Aussiedler, die sich z.Z. vor einem russischen Geschäft in der Meppener Innenstadt treffen. Es beteiligen sich ca. 15 junge Aussiedler am Umbau.

Kontakt:

DJO - Deutsche Jugend in Europa

Karsten Streek

Jahnstraße 3, 49716 Meppen

Tel. 05931/28 37

Der „Callboy“

Modellprojekt „Mobiler Jugendpfleger“, Kreis Calw, Baden-Württemberg

Im Landkreis gibt es zwei Städte mit jeweils 22.000 Einwohnern und eine mit 12.000 Einwohnern. Das sind die drei Orte, die hauptamtliches Personal in Jugendhäusern haben. Daneben gab es noch einige Jugendtreffs, die es schon seit 20 Jahren gibt. Und es gibt eine Bauwagenkultur. Jugendliche kaufen sich für 200 DM einen Bauwagen, stellen den aufs Land und treffen sich dort. Das gibt es im Landkreis ungefähr 40 mal.

Die Jugendarbeit ist nicht ideal. Bauwagenkultur heißt: keine Kontrolle. Es wird bemängelt, daß zu viel Alkohol getrunken und das Jugendschutzgesetz nicht beachtet wird.

Es gibt rechtsradikale Probleme. Es gibt ethnische Konflikte, russische, türkische Jugendliche und rechtsradikale. Es gibt keinen einzigen Stadtjugendpfleger und auch keine Kreisjugendpflege. Es ist ein ideales Gebiet für eine Pionierarbeit.

So ist im Landratsamt 1997 die Idee entstanden, sich stärker um die offene Jugendarbeit zu kümmern. Viele kleine Gemeinden gibt es. Für die ist es natürlich zu teuer einen hauptamtlichen Jugendpfleger einzustellen. So ist die Konzeption des Jugendpflegerleasings entstanden.

Das Landratsamt gibt dafür jährlich 100.000 DM aus. Der Einsatz des mobilen Jugendpflegers kostet die Gemeinden pro Stunde 35 DM, die gehen dann wieder an den Landkreis zurück. Jugendpflegerleasing heißt, dass man den Städten und Gemeinden des Landkreises für eine zeitlich befristete Dauer, in der Regel sechs Monate, für einen begrenzten Stundensatz, in der Regel fünf bis zehn Stunden, einen hauptamtlichen Jugendpfleger zur Verfügung stellt.

Das bedeutet für mich: Mithilfe beim Aufbau eines neuen Jugendtreffs und Unterstützung der Eltern und der Jugendinitiative, die diesen Treff betreiben will. Es kann auch Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Jugendtreffs sein oder die Einbindung einer auffälligen Jugendgruppe oder die Stützung. Neu dazu gekommen ist die Verflechtung von kirchlicher und kommunaler Jugendarbeit, da es in der Region sehr viele offene Treffs der evangelischen Kirchengemeinde gibt. Weil der politischen Gemeinde Räumlichkeiten fehlen, greift man auf die Räume der Kirche zurück und nutzt sie gemeinsam als kommunalen Jugendraum. Es müssen dann Betreuer gefunden werden von beiden Seiten.

Ziel ist, dass sich der Jugendpfleger überflüssig macht. Anspruch ist die Selbstorganisation und Selbstverantwortung der Jugendlichen. Eigentlich bin ich ein Ehrenamtsberater, der versucht den Jugendtreff aufzubauen, zu organisieren und ihn nach einem halben Jahr zurückzugeben in ehrenamtliche Hände in der Hoffnung, dass es dann ohne meine Hilfe funktioniert. Deshalb ist meine Arbeitsweise, sehr stark im Hintergrund zu arbeiten. Ich

sehe mir an, was die Betreuer machen, versuche neue Betreuer zu finden, versuche die Öffentlichkeitsarbeit zu stabilisieren, eine Lobby im Ort für den Jugendtreff zu schaffen, die Integration in das Dorf oder die Stadt zu fördern und den Jugendtreff einfach zu einer stabilen Einrichtung zu machen im Gemeinschaftsleben.

Der Auftrag muss klar sein, die Ausgangslage, ein Arbeitsplatz im entsprechenden Ort, dass ich telefonieren und kopieren kann usw. und ein fester Ansprechpartner im Rathaus, das ist meist der Bürgermeister, damit ich die Politik der kurzen Wege gehen kann. Es bedarf einer langen Vorbereitungszeit, damit man weiß, wo man steht und wo man hin will.

Die Stelle als mobiler Jugendpfleger ist so konzipiert, dass etwa die Hälfte der Arbeitszeit für die Leasingeinsätze gedacht ist. Von 38,5 Stunden sind 20 Stunden für die konkrete Arbeit vor Ort. Der Rest dient den Vorarbeiten und der Nachbereitung. Deshalb wird man nie von einer Kostendeckung ausgehen. 35 DM pro Stunde sind nicht kostendeckend. Die Deckung beträgt ca. ein Viertel der ausgegebenen Mittel. Die Vor- und Nachbereitungszeit ist für die Städte und Gemeinden kostenlos.

Ich habe mich bei allen Bürgermeistern im Landkreis vorgestellt und dabei schon herausgehört, wer ein gewisses Interesse hat. Manche haben gesagt, wir haben hier engagierte Eltern, die wollen etwas in der Jugendarbeit machen, setzen Sie sich doch mal mit denen auseinander. Und so habe ich zwei Monate, nachdem ich angefangen habe, die ersten beiden Einsätze gehabt

und den dritten gleich einen Monat später.

Mit vielen der Bürgermeister habe ich regelmäßig Kontakt. Die anderen sagen, unsere Jugend ist o.k., wir brauchen so etwas nicht.

Zuerst lade ich die Betroffenen, also die Jugendlichen und interessierte Erwachsene, zu einem Jugendforum ein. Es kommen nicht alle, aber viele. Einmal waren es 100 Personen. Meistens sind es 60 bis 80 Jugendliche und dazu 30 Erwachsene. Man spricht sich aus. Klassische Themen sind Jugendtreff, Busverbindungen, Skatingplatz, Basketballplatz. Es werden Arbeitsgruppen gebildet und es werden natürlich die Namen der Leute aufgeschrieben. Man hat nicht nur die Jugendlichen, man hat auch die Erwachsenen, die dann später für eine Betreuung eines Jugendtreffs in Frage kommen. Sollte es dann wirklich konkret werden, unterschreiben wir einen Vertrag.

Es kann auch sein, dass ich von den Jugendinitiativen, inzwischen kenne ich sie ja alle, angesprochen werde: komm mal, bei uns läuft nichts, es kommen keine Jugendlichen, wir machen keine Programme, uns laufen die Mitarbeiter weg usw. Dann führen wir Gespräche, ich gehe zum Bürgermeister und sage, ich habe gehört, dass Ihr Jugendtreff schön ist, da sollte man doch was tun. So berate und begleite ich den Verein Offener Jugendtreff und stelle auch die Vernetzung im Ort her, damit der Treff nicht im luftleeren Raum schwimmt, sondern dass wirklich mit dem Sportverein und den anderen Institutionen eine Kooperation entsteht. Denn der Jugendtreff soll ein wichtiger Bestandteil des Gemeindelebens werden.

Nach einem halben Jahr bekommen sie ein Feedback in Form eines Abschlussberichts. Ich berichte dem Gemeinderat, was lief, und gebe Empfehlungen. Diese können manchmal vom Ziel des Überflüssigmachens meiner Person abweichen, wenn man sieht, wie es vor Ort läuft.

Ehrenamtliche braucht man ab und zu. Da hab ich gute Erfahrungen mit einem Fragebogen gemacht, den ich im Gemeindeblatt veröffentlicht habe, das an alle Bewohner verteilt wird. Und es sind immerhin sieben Leute zusammengekommen, die im Jugendtreff mitarbeiten. Das hat sich bewährt, das mache ich inzwischen auch in anderen Orten.

Inzwischen bin ich bekannt wie ein bunter Hund. Ich fahre ja auch jeden Monat über 1.000 km herum. Und überall heißt es: ah ja, der **Callboy** kommt. Diesen Namen habe ich durch die Presse bekommen, aber es lässt sich auch ganz gut damit arbeiten. Man will was in der Jugendarbeit machen und ruft halt den Callboy an. Der kommt für ein halbes Jahr und danach wird unser Jugendtreff von alleine weiterlaufen. Bisher hat es fast immer geklappt.

Wenn der Bürgermeister sagt, gucken Sie doch mal nach meinen Jugendlichen, dann nehme ich zuerst Kontakt zum Jugendclub auf. Dabei mache ich auch klar, dass ich die Betreuer keinesfalls ersetzen will. Manche von ihnen sagen, ja gut, dann kann ich mich ein halbes Jahr zurückziehen - so eine Haltung wird gleich ausgeschaltet. Denn ich brauche die Ehrenamtlichen, sie sind der Motor des Ganzen. Ich kann

nicht selber in 25 Gemeinden Jugendarbeit machen. Sie müssen meine Arbeit als Serviceangebot annehmen, dass ihnen jemand professionell hilft, es besser zu machen.

Zu den Jugendtreffs zähle ich bspw. die Bauwagen nicht, die sind für mich kein Jugendtreff. Die Treffs, die ich aufbaue, sollen offen für alle sein und zumindest über einen Raum mit sanitären Anlagen und eine einigermaßen ausreichende Innenausstattung verfügen. Bei den Jugendforen sind auch schon Treffs für Inlineskate usw. angesprochen worden. Dann wurde eben eine Arbeitsgruppe Jugendtreff und eine Arbeitsgruppe Jugendskating gemacht. Die meisten Gemeinden haben kein Geld, also haben wir auch Handwerker, die eventuell so eine Skatinganlage mitbauen können, dazu eingeladen. In zwei Orten ist aus dem Jugendforum eine Skatinganlage entstanden.

Es gibt kleinere Orte mit 2.000-3.000 Einwohnern. Da gibt es z.B. einen rechtsradikalen Bauwagen mit etwa 15 Jugendlichen. Dann dient mein Einsatz dazu, einen Jugendtreff aufzubauen, um den Rechtsradikalen das Wasser abzugraben, denn es gibt Jugendliche, die nicht daheim bleiben wollen und nur deshalb in den Bauwagen gehen. Für diese Jugendlichen sehe ich als Ziel, mit den Ehrenamtlichen vor Ort einen neutralen Jugendtreff aufzubauen, damit der Bauwagen keinen Nachwuchs mehr bekommt. Das kann allerdings an der Größe des Problems durchaus mal scheitern. Solche Probleme fallen aber auf jeden Fall auch in meinen Bereich.

Auch für die Qualifizierung der Ehrenamtlichen bin ich zuständig. Am Anfang eines Einsatzes werden alle eingeladen, die Kirche, die Sportvereine, Musikvereine, alle Institutionen, die es im Ort gibt, damit das Ganze auf eine breite Basis gestellt wird. Ich versuche auch während der Arbeit immer Kontakt mit allen zu halten. Träger ist in der Regel die Gruppe, die den Jugendtreff betreut, oder auch ein neu entstehender Förderverein.

Diese Vereine werden auch Mitglied im Kreisjugendring. Inzwischen haben wir drei Vertreter im Vorstand vom Kreisjugendring. Und wir haben vier Sitze im Jugendhilfeausschuss. Davon haben wir zwei an die offene Jugendarbeit vergeben, einen an die drei hauptamtlichen und einen an die drei ehrenamtlichen Vereine, ein Sitz evangelische Jugend und einer Sportkreisjugend.

Kontakt:

Kreisjugendring Calw
Wolfgang Borkenstein
Vogteistr. 44, 75365 Calw
Tel. 07051/16 04 77

Arbeit mit arabischen Jugendlichen

Jugendzentrum Essen-Schönebeck,
Träger: Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Die Jugendlichen sind zum größten Teil aus Flüchtlingsfamilien, d.h. der Aufenthaltstatus ist nicht gesichert. Viele haben nur eine Befugnis oder eine Duldung. Sie leben seit 15 Jahren in Deutschland, immer auf gepackten Koffern, und haben Angst vor einer Abschiebung. Die meisten sind delin-

quent. Ich kann die, die noch nicht im Gefängnis gesessen haben, an einer Hand abzählen. Dementsprechend haben wir einen anderen Besucherstamm als andere Jugendzentren.

Unsere Einrichtung ist ein Grundschulgebäude mit zehn Räumen. Wir haben eine Küche, einen Bodybuildingraum, einen Bastelraum, eine Werkstatt, einen Sportraum mit Spiegelwand, Disco mit Videobeamer. Aber es sind teilweise keine Arbeitskräfte vorhanden, um mehr Gruppenarbeit anzubieten. Einer von den Hauptamtlichen muss grundsätzlich in der Teestube bleiben. Es ist schwer, das an Ehrenamtliche oder Honorarkräfte zu übergeben, da muss immer einer mit anerkannter Autorität sitzen. Sobald wir den Rücken drehen, wird was kaputt gemacht oder es fängt eine Prügelei an, also das Übliche, was man aus der Ausländerarbeit so kennt.

Im Außengelände gibt es einen Fußballplatz und einen Spielplatz. Für den Fußballplatz habe ich eineinhalb Jahre um die Baugenehmigung für einen Ballfangzaun gekämpft. Die Gelder waren schon längst auf dem Konto, aber es hat eben mit der Baugenehmigung gehapert.

Wir machen intensive Elternarbeit, weil wir oft an Grenzen stoßen, wo wir mit Jugendlichen nicht weiterkommen und deshalb ist es manchmal wichtig, die Eltern einzubeziehen. Man muss auch, um Projekte, Fahrten oder so durchzuführen, immer mal wieder bei Eltern zum Kaffee vorbeigehen. In dieser arabischen Mentalität muss man sich hinsetzen, etwas essen, ein bisschen Zeit mitbringen und einfach reden. Das klappt dann immer über Übersetzer,

weil die Eltern, bis auf ganz wenige Ausnahmen, fast kein Deutsch sprechen, was teilweise bei den Kindern genauso ist. Sie sprechen zwar Deutsch, aber nicht in dem Sinne wie sie sollten, zumal sie teilweise hier geboren sind. Das liegt u.a. auch daran, dass es bis vor kurzem für Flüchtlingskinder keine Schulpflicht gab. Sie sind zwar morgens losgegangen, die Tasche in der Hand, sind aber nicht in die Schule gegangen. Es interessierte auch keinen. Die Lehrer sind froh, dass ein paar Störenfriede weniger da sind, da sie ja auch schlecht mitkommen wegen mangelhafter Deutschkenntnisse. Was man den Lehrern auch nicht zum Vorwurf machen kann, weil sie mit Sicherheit überfordert sind, wenn sie 50% libanesische Kinder in der Klasse haben, die einfach Schwierigkeiten haben, den Stoff mitzubekommen.

Der größte Teil unserer Besucher ist auf der Sonderschule. Wobei ich da den Vorwurf erhebe, dass diese Kinder schneller auf die Sonderschule abgeschoben werden als andere. Wir wollen das ändern und versuchen mit den Grundschulen zusammenzuarbeiten. Ansonsten haben wir ein sehr vernetztes Arbeiten im Bezirk. Es tagt regelmäßig bei uns im Haus ein Arbeitskreis, der sich speziell um diese Gruppe kümmert. Daran nehmen Politik, Uni, Kriminalpolizei, Jugendhilfenetzwerk, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Schulen, Jugendamt und ASD teil. Das ist ein guter Austausch und eine gute Zusammenarbeit. Wir stellen dann auch Anträge aus dem Arbeitskreis heraus oder suchen uns Unterstützung bei den jeweiligen Institutionen. Es gibt bei uns einen hohen Verwaltungsanteil im Gegensatz zu anderen

Jugendzentren. Sie haben halt ständig irgendwelche Sozialhilfebescheide, die ausgefüllt werden müssen, oder sie versuchen, eine Einbürgerung oder eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Sie kommen mit allem zu uns. Da kommen sie eben mit einer Überweisung an und sagen: mach mal. Dann fülle ich sie aus und zeige ihnen wie es geht. Aber sie kommen am nächsten Montag wieder an. Dieses Verselbständigen klappt nicht immer so.

Wir begleiten die Jugendlichen auch zu Gerichtsterminen, besuchen die Inhaftierten und übernehmen teilweise auch Aufgaben der Jugendgerichtshilfe, weil die auch gnadenlos überfordert ist in diesem Stadtteil. Wir setzen uns mit der Ausländerbehörde, dem Arbeitsamt, dem Sozialamt auseinander. Wir machen auch Infoveranstaltungen für die Eltern mit einem Übersetzer und laden Leute von Behörden ein, um einfach mal offene Fragen zu beantworten.

Die Eltern kommen auch ins Haus. Im Grunde genommen ist es eine Art Bürgerhaus. Es läuft als Jugendzentrum, ist dementsprechend hauptamtlich bestückt und mit Geldern ausgestattet, was natürlich vorne und hinten nicht reicht. Überstunden sind alltäglich. Ansonsten besitzen die Jugendlichen eine hohe Gewaltbereitschaft, auch untereinander, wo ich dann schon den Unterschied zu dem Jugendhaus, in dem ich vorher gearbeitet habe, merke. Es geht nicht nur nach außen gegen andere, sondern wer Freund ist wird auch ganz schnell Feind. Es sind alles streng moslemische Familien, die wirklich patriarchalische Machtstruktu-

ren haben, wie im letzten Jahrhundert. Die Kinder werden mit 15 Jahren nach islamischem Recht verheiratet. Sie bekommen dann mit 16 Jahren Kinder, vier, fünf. Was natürlich viel ist, zumal die Mütter noch selbst Kinder sind, wenn sie die ersten Kinder bekommen. Es geht dann los: Sie dürfen keine Hosen tragen, dürfen keinen Führerschein machen, dürfen nicht aus dem Haus, ohne vorher ihren Mann zu fragen. Sie dürfen grundsätzlich nicht in unser Haus kommen außer am Mittwoch, am Mädchentag. Sie sind im Sommer mit den kleinen Kindern zwar auf dem Spielplatz, kommen aber wirklich nur bis zur Tür, schicken dann jemand rein, der ein Getränk kaufen und rausbringen soll.

Da habe ich intensiv Arbeit hineinsteckt, habe durch Hausbesuche versucht, den Mädchentag wieder anzuleiern. Dann waren plötzlich 40 bis 50 Mädchen und junge Frauen da, was mit zwei Leuten nicht mehr zu bewältigen war. Ich habe dann zugesehen, dass ich noch ein paar Honorarkräfte dazu bekomme und habe es so einigermaßen im Griff. Sie kommen ja auch regelmäßig und haben Spaß daran. Ich denke allerdings, ein Tag in der Woche ist zu wenig. Man merkt es auch. An dem einen Tag lassen sie die Sau raus. Es ist ein Lärmpegel, der ist die ganze Woche nicht da. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, oben zwei Räume umzugestalten für einen Mädchenraum. Der ist dann etwas abgeschottet vom offenen Bereich, um den Frauen und Mädchen die Möglichkeit zu geben, während des offenen Bereiches die Räume zu nutzen. Wenn es sich erst einmal eingespielt hat, können sie auch über jemand, der

dafür verantwortlich ist, einen Schlüssel dafür haben. Das hat natürlich seine Schwierigkeiten. Ich musste erst einmal bei den Männern antesten, geht das überhaupt? Lohnt es sich, den Antrag zu schreiben? Sonst habe ich die Räume und keine darf kommen. Wir sind jetzt kurz vor der Fertigstellung. Und die Männer fragen schon nach, ob die Räume jetzt fertig sind.

Wir hätten gerne Aufnahmen gemacht von den Wohnverhältnissen der Leute. Man muss das gesehen haben, sonst glaubt man nicht, dass es so etwas in Deutschland noch gibt, die ganze Wand voller Schimmel und es regnet rein. Es sind Zustände wie in Dritte-Welt-Ländern. Wir führen einen ewigen Krieg mit den Vermietern. Es gibt nur einen, und der hat den ganzen Stadtteil in der Hand. Es gibt inzwischen Bürgerinitiativen und seit Jahren wird erfolglos versucht, ihm die Hölle heiß zu machen. Das Sozialamt finanziert ja die Mieten und darf sie nicht kürzen. Das müssten die Bewohner selbst machen. Und die werden nicht aktiv, weil sie Angst haben, sie werden rausgeschmissen. Für eine zwölköpfige libanesische Familie ist es ziemlich aussichtslos eine Wohnung zu finden. Oder man versucht, mit dem Sozialamt einen Deal zu machen, dass man die Familie auf zwei Wohnungen verteilt.

Selbst dann muss man einen Vermieter finden, der bereit ist, eine Wohnung zu vermieten.

Sie haben dann eben auch den entsprechenden Ruf. Keiner will mit ihnen was zu tun haben. Wir sind das einzige Jugendzentrum, wo sie überhaupt rein dürfen, und sie verbringen hier mehr Zeit als zuhause.

Einer von den Jugendlichen ist z.B. verhaftet worden. Da rief die JVA an, ob ich den kennen würde. Ich habe gesagt, ja. Ob wir mal bei ihm zuhause Bescheid sagen könnten, dass er verhaftet worden wäre? Die Nummer von zuhause wusste er nicht, er kannte nur die Nummer des Jugendzentrums. Es ist schon Lebensmittelpunkt und dadurch gibt es hier auch viele zwischenmenschliche Beziehungen, wo ich oft das Gefühl habe, ich komme mit der Pädagogik nicht weiter. Sicherlich, das Hintergrundwissen muss man sich aneignen, aber man muss sich einlassen können auf diese Klientel und bereit sein, auch seine Freizeit zu opfern.

Kontakt:

Jugendwerk Arbeiterwohlfahrt

Nadja Khalaf

Saatbruchstraße 55, 45309 Essen

Tel. 0201/21 67 70

Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugend- einrichtungen - BAG OKJE

Ausbildungs- und Beschäftigungs- initiative für Jugendliche in Weinheim

JOB-CENTRAL - Regionale Initiative für Ausbildung- und Beschäftigung Badi- sche Bergstraße

Ausgangsbedingungen

Die Region Badische Bergstraße umfasst den nördlichen Teil des Rhein-Neckar-Kreises mit der Stadt Weinheim als regionalem Unterzentrum. Viele Firmen verringern oder verlagern ihre Standortgröße, womit auch in der Region die Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze dramatisch zurückgeht. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen und die Problematik verschärfen.

Es gibt ein vergleichsweise gutes Angebot an Hilfen für junge Menschen mit Problemen im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Wie in vielen anderen Regionen genügt jedoch dieses Angebot in der bisherigen Form den in den letzten Jahren offenkundig gewordenen veränderten Problemstellungen des „Übergangs“, d.h. jener Lebensphase zwischen Schule, Ausbildung und beruflicher Integration, nicht mehr.

Ziele des Projekts

Hauptziel des Projekts ist die Sicherung der Lebenschancen junger Menschen hinsichtlich ihrer Integration in Ausbildung und Beruf mittels des Auf- und Ausbaus eines Verbundsystems aller am Übergangssystem beteiligten Akteure.

Dies schließt folgende Teilziele ein:

- Regionale Koordination der Angebote aller beteiligten Träger von Maßnahmen der Jugendberufshilfe zur Sicherstellung einer aus Sicht der Jugendlichen individuell nützlichen Hilfekette
- Bündelung der vorhandenen Ressourcen und Vermeidung von Parallelentwicklungen
- Ergänzung des bestehenden Angebots zur Schließung von Angebotslücken auf der Basis einer regionalen Bedarfsplanung und fortwährende Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen auf der Grundlage ihrer kontinuierlichen Fortschreibung.

Träger des Projekts ist der Verein „Regionale Jugendagentur Badische Bergstraße e.V. - Initiative Jugend-Bildungs-Arbeit“. In diesem Verein sind neben der Stadt Weinheim und anderen Gemeinden alle freien Träger von Maßnahmen der Jugendberufshilfe und freie Träger von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit organisiert.

Kernstück des Gesamtprojekts ist die regionale Jugendagentur „Job Central“. Sie ist auch die unmittelbare Anlaufstelle für Jugendliche, die ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für alle Fragestellungen rund um Schule, Ausbildung und Beruf und - damit untrennbar verbunden - für die persönliche Lebensplanung bereitstellt als auch zentrales Instrument für die Koordination des Gesamtprojekts „Regionale Jugendinitiative Badische Bergstraße“ ist. Beide Aufgabenbereiche

sind aufeinander bezogen und in dieser Wechselwirkung für den Erfolg des Gesamtprojekts von entscheidender Bedeutung.

Aufgaben der regionalen Jugendagentur "Job Central" als Anlaufstelle für Jugendliche:

- Junge Menschen finden hier ein niedrigschwelliges Beratungsangebot vor, in dem alle Fragestellungen rund um Schule, Ausbildung und Beruf ihren Platz haben. Dieses Angebot wird ergänzt durch „aufsuchende“ Elemente, d.h. die Jugendlichen kommen nicht ausschließlich zur Jugendagentur, sondern die MitarbeiterInnen suchen Jugendliche z.B. an deren Treffpunkten auf, um Kontakte mit ihnen zu knüpfen.
- Die Fragen rund um den Übergang Schule, Ausbildung und Beruf stellen sich aus Sicht der jungen Menschen nicht isoliert, sondern im Kontext ihrer gesamten Lebensplanung bzw. individuellen Persönlichkeitsentwicklung. Darum besteht ein zentraler Grundsatz der Arbeit der Jugendagentur in einer durchgängigen „Subjektorientierung“.
- Die Jugendagentur kooperiert eng mit Schulen, Betrieben, der Berufsberatung und anderen relevanten Institutionen.
- Die Jugendagentur wird versuchen, mit allen Rat suchenden jungen Menschen individuelle Perspektiven zu erarbeiten und die Wege dorthin aufzuzeigen bzw. mit den Jugendlichen im Sinne eines individuellen Hilfeplans konkrete Maßnahmen zu vereinbaren. Dabei können Jugendliche je nach ihrer individuellen Lebenssituation ein Angebotskontinuum in

Anspruch nehmen, das von einem einmaligen Beratungsgespräch bis zu längerfristigen Begleitungsprozessen über mehrere Jahre und unterschiedliche Stufen des Übergangs hinweg reicht.

- Eine entscheidende Qualität des Leistungsangebots der Jugendagentur besteht darin, dass sie allen Jugendlichen konkrete Angebote unterbreiten kann. Dies ist v.a. im Hinblick auf solche - als benachteiligt geltende - Jugendliche wichtig, die schon mehrere erfolglose und demotivierende Anläufe zur Bewältigung ihres Übergangsprozesses durchlitten haben.
- Diese Angebote umfassen das gesamte Spektrum an Maßnahmen und Projekten, die im Rahmen des Gesamtprojekts von den Kooperationspartnern angeboten werden. Eine weitere entscheidende Qualität des Leistungsangebots der Jugendagentur liegt in der Bündelung aller Informationen über die angebotenen Projekte und Maßnahmen der Region und der Möglichkeit, das individuell „passende“ Angebot gemeinsam mit den Jugendlichen auszuwählen bzw. mit ihnen eine sinnvolle, weil aufeinander abgestimmte, Abfolge unterschiedlicher, aufeinander aufbauender Maßnahmen zu planen. Oberstes Ziel ist, die klassische Zuweisung Jugendlicher in die jeweiligen Maßnahmen zu durchbrechen, die individuelle Motivation durch die aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen zu erhöhen und damit das Risiko des Scheiterns zu minimieren. (Dadurch können Fehlinvestitionen vermieden werden.)

Aufgaben der regionalen Jugendagentur „Job Central“ als Koordinierungsstelle für das Gesamtprojekt

Aus dem beschriebenen (Beratungs-) Konzept wird deutlich, dass es in einem weiteren Schritt sinnvoll ist, in der regionalen Jugendagentur „Job Central“ die zentralen Steuerungsfunktionen des Gesamtprojekts zu bündeln:

- Die Jugendagentur verfügt durch ihren unmittelbaren Kontakt zu Jugendlichen mit Problemen im Übergang über eine Vielzahl von Informationen, die - wenn sie entsprechend systematisiert werden - direkte Rückschlüsse auf die aktuelle Bedarfssituation zulassen. Dieses Wissen wiederum lässt sich in konkrete Maßnahmeplanungen im Sinne einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Struktur des regional verfügbaren Gesamtangebots an Hilfen im Übergang umsetzen.
- Ein solches Koordinierungs- und Entwicklungskonzept darf jedoch nicht auf der Ebene der beteiligten Träger von Übergangshilfen stehen bleiben, sondern muss weitere Akteure des regionalen Arbeitsmarktes als Kooperationspartner einbeziehen. Diese sind neben den beteiligten Ebenen der Arbeits- und Kommunalverwaltung (Jugendamt, Sozialamt, Wirtschaftsförderung) v.a. die regionalen Arbeitgeber. Dabei sind diese nicht nur potenzielle „Abnehmer“ von Jugendlichen, die in unterschiedlichen Maßnahmen qualifiziert werden, sondern diese Qualifizierungsmaßnahmen sollen möglichst in den Betrieben selbst stattfinden, um eine hohe Praxisnähe zu gewährleisten.

Angebote und Maßnahmen der Regionalen Jugendinitiative Badische Bergstraße

Folgende Angebote gibt es bisher:

- Berufsorientierung bzw. Berufsfindung
- Berufsvorbereitung einschließlich Verbesserung der Sprachkompetenz
- Ausbildungsbegleitung
- (temporäre) Beschäftigung und Qualifizierung im Rahmen von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes und Projekten im dritten Sektor für arbeitslose Jugendliche.

Diese Angebote und Maßnahmen werden zukünftig ergänzt durch:

- Initiativen zur Akquisition zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplatzangebote, v.a. bei Dienstleistungsunternehmen und Betrieben, die von ausländischen Mitbürgern geführt werden
- Initiativen zur Unterstützung von Betrieben, die zwar ausbildungsbereit sind, jedoch aus unterschiedlichen Gründen dazu nicht in der Lage sind, z.B. durch die Initiierung von Ausbildungsverbänden
- Einrichtung einer Jobbörse in Ergänzung zu den Angeboten der Arbeitsverwaltung
- Hilfestellungen zur Erleichterung der Bewältigung der zweiten Schwelle.

Angebote zur Berufsorientierung bzw. Berufsfindung:

Ergänzend zu den berufsorientierenden Angeboten der Schulen und der Berufsberatung benötigt eine größere Anzahl junger Menschen ergänzende Angebote, um sich im Dschungel der möglichen Berufe nicht zu verheddern. Das Augenmerk richtet sich dabei zum

einen auf leistungsschwächere Jugendliche, denen es angesichts des knappen Lehrstellenangebots sowie steigender Anforderungen in den Ausbildungsberufen zunehmend schwerer fällt, sinnvolle persönliche Berufswahlentscheidungen zu treffen. Zum anderen gerät zunehmend das eingeschränkte Berufswahlspektrum von Mädchen in den Blick, dessen Ursachen in einem komplexen Zusammenwirken von individuell antizipierten gesellschaftlichen Rollenerwartungen und nach wie vor existenten strukturellen Zugangsbarrieren zu „Männerberufen“ zu suchen ist.

Angebote zur Berufsvorbereitung:

- Berufsvorbereitendes Jahr und ergänzende Angebote: Jugendberufshelfer, Schulsozialarbeit, Berufsfachschule
- klassische Angebote der Berufsvorbereitung (im Auftrag der Arbeitsverwaltung)
- zusätzliche Angebote z.B. Arbeiten und Lernen

Angebote zur Beschäftigung und Qualifizierung von arbeitslosen Jugendlichen:

- Qualifizierungs-ABM
- Projekte des Jugend-Sonderprogramms JUMP
- neue Beschäftigungsmodelle im „dritten Sektor“.

Die Entwicklung der praktischen Arbeit des Projekts JOB CENTRAL:

Die Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“ des Landes Baden-Württemberg stellte in ihrem Bericht über die Situation von jungen Menschen fest, „dass der Übergang Jugendlicher von der Schule in Ausbildung und Be-

ruf erleichtert und verbessert werden muss. Hieran haben sich alle gesellschaftlichen Kräfte zu beteiligen. Insbesondere müssen innovative Wege der Beratung und Begleitung entwickelt werden.“

Sowohl durch eine Untersuchung der Freudenberg Stiftung - Memorandum „Jugend-Bildung-Arbeit“ - als auch durch eine lokale Befragung des Stadtjugendrings Weinheim wurden diese Ergebnisse auch für die Region Badische Bergstraße bestätigt. Ausgehend von den Untersuchungen und Ergebnissen der genannten Berichte entwickelte sich im Frühjahr 1999 im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative die Jugendagentur „Job Central“ mit dem Grundsatzziel:

Alle Jugendlichen in der Region sollen eine tragfähige, zukunftsorientierte berufliche Perspektive entwickeln und Hilfestellung zu deren konkreter Umsetzung erhalten.

Schwerpunkt Kontaktstelle

Jugendlichen und Heranwachsenden bis 25 Jahre bietet die Jugendagentur eine niedrigschwellige Kontaktstelle. Ohne bürokratischen Aufwand erhalten junge Menschen Informationen über mögliche Wege der beruflichen Integration und vorhandene Hilfsangebote. Durch die enge Verknüpfung der Jugendagentur mit lokalen und regionalen Institutionen und Maßnahmeträgern finden die Jugendlichen nicht nur Hilfestellung bei der Berufslaufbahnplanung, sondern ebenso Unterstützung bei der persönlichen Lebensplanung.

Die Beratung schließt die Klärung der Berufswünsche, die Suche nach

Ausbildungsbetrieben oder geeigneten schulischen Qualifikationsmöglichkeiten, auch die Qualifikation über Aushilfsjobs und Praktika ein.

Die Begleitung beginnt mit der Gestaltung einer ansprechenden Bewerbung und führt weiter mit einer längerfristigen Begleitung sowohl der Jugendlichen als auch der Betriebe über die ganze Ausbildung hinweg.

Auch bei der Überwindung der so genannten zweiten Schwelle, dem Übergang Ausbildung-Beruf, hilft die Jugendagentur in gleicher Weise.

Im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg entwickelte die Freudenberg Stiftung in Zusammenarbeit mit „Job Central“ einen „Quali-Pass“, der in verschiedene Rubriken unterteilt ist. In diesem Pass können Jugendliche alle ehrenamtlichen Tätigkeiten und (Berufs-)Praktika eintragen und bestätigen lassen.

Der/die Jugendliche kann so zweierlei Nutzen aus dem Quali-Pass ziehen: der schriftliche Nachweis wertet ehrenamtliche Tätigkeiten auf und die Eintragungen weisen Qualifikationen des/der Jugendlichen nach. Angestrebt wird, dass die einzelnen Qualifikationen zusammengenommen und eventuell ergänzt zu einer Art anerkanntem Berufsabschluss führen. Der Quali-Pass wird als Pilotprojekt demnächst in drei Regionen in Baden-Württemberg eingesetzt.

Als präventive Maßnahme arbeiten die MitarbeiterInnen von „Job Central“ mit verschiedenen regionalen Schulen und Schultypen zusammen. Zum Beispiel stehen sie auf regionalen Ausbildungsbörsen als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung, führen in Absprache mit

den jeweiligen LehrerInnen aufeinander abgestimmte Bausteine eines Bewerbungstrainings durch oder halten in Schulen Sprechstunden zum Thema „berufliche Lebensplanung/Bewerbungssituation“ ab. Geplant sind in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und der Frauenbeauftragten Aktionstage zum Thema „Berufsmöglichkeiten für Hauptschülerinnen“.

Des Weiteren motivieren die MitarbeiterInnen der Jugendagentur die Jugendlichen dezentral, z.B. in Jugendtreffs, beim Projekt „Basketballnight“, bei Jugendforen und ähnlichen Veranstaltungen in den Gemeinden, sich mit ihrer (beruflichen) Lebensplanung auseinander zu setzen.

Schwerpunkt Netzwerk

Bei gleichzeitigem, ständigem Kontakt von „Job Central“ zu Jugendlichen und Betrieb/Maßnahmeträger/Institution kann bei auftretenden Problemen frühzeitig gegengesteuert werden. Projekte und Maßnahmen, die bisher isoliert nebeneinander bestanden, können und müssen im Netzwerk aufeinander abgestimmt und verknüpft werden. Durch die Mitarbeit in der Gemeinschaftsinitiative kennen sich die Anbieter untereinander nicht nur besser, sondern müssen eng zusammenarbeiten.

Projekte/Maßnahmen mit verschiedenen Namen aber gleicher Zielsetzung existieren im Verbund nicht mehrfach nebeneinander. Dem Jugendlichen wird so die Orientierung erleichtert. Ebenso ermöglicht die Konzentration eines Angebots bei nur einer Institution den Ausbau und die Verbesserung dieses Angebots, setzt gleichzeitig bei anderen Institutionen Kapazitäten für neue

Projekte frei. Die Angebote der Jugendberufshilfe insgesamt werden erweitert.

Zurzeit entstehen in der Gemeinschaftsinitiative Projekte, die nur durch die Bündelung vorhandener Ressourcen möglich sind. In Zusammenarbeit von Stadt, Arbeitsamt, Firmen, Industrie- und Handelskammer, Berufsschulen, DGB und „Job Central“ wurde zum Beispiel ein Modellprojekt entwickelt, das Jugendlichen, die im ersten Anlauf an der Ausbildungssituation gescheitert sind, eine sichere Perspektive für eine anerkannte Berufsausbildung und spätere Berufstätigkeit bietet. Gerade haben Gespräche über die Möglichkeiten einer Verbundausbildung und in Kooperation mit Trägern von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit der Orientierung auf den dritten Arbeitsmarkt begonnen. Ausgehend vom Bedarf der jungen Menschen können in der Gemeinschaftsinitiative so neue Qualifizierungs- und Arbeitsangebote geschaffen werden.

Über all die Einzelziele hinweg will die Regionale Gemeinschaftsinitiative einen Umdenkungsprozess gegenüber Jugendlichen einleiten. Grundsatz des Netzwerks ist es, nicht über, sondern mit den Jugendlichen zu sprechen. Konkreten Anlass bietet hier die Regionale Jugendkonferenz, die im Juli 2000 stattfindet. Zur Vorbereitung dieses Aktionstages laufen im Verbund der Kinder- und Jugendeinrichtungen des Netzwerkes Workshops, die mit und für Jugendliche ausgearbeitet wurden. Den Schwerpunkt bildet die Darstellung der Lebenssituation von Jugendlichen in verschiedenen Abschnitten. Die Organisatoren hoffen, durch die beglei-

tenden Aktionen das Verantwortungsbewusstsein der BürgerInnen gegenüber ihrer Zukunft, nämlich den Jugendlichen, zu stärken.

Kontakt:

**Marianne Volpp, Projekt-Leitung
Job-Central**

Bahnhofstr. 19, 69469 Weinheim

Tel. 06201/18 47 62

und

BAG OKJE, c/o AGJF Baden-Württemberg e.V., Jürgen Holzwarth

Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart

Tel. 0711/896 91 50

Schulhofgestaltung

kiste e.V./Nürtingen: Schulhofprojekt in Kirchheim/Teck

kiste (Kinderfreundliche Stadtentwicklung e.V.) ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel der Förderung und Schaffung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche im städtischen Raum. Schwerpunkte in der Arbeit sind Stadtteilmforschung, Spielraumplanung, Schulhofgestaltung, Mädchenarbeit... Wichtige Arbeitsgrundsätze sind Kooperation und Partizipation.

Die kiste kooperiert temporär mit verschiedenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und führt für Projektrealisierungen sinnvolle Kooperationspartner zusammen. In allen Projekten werden die betroffenen Kinder, Jugendlichen, Lehrer, Eltern etc. von Anfang an in die Planung einbezogen und bei der Umsetzung durch fachliche Anleitung unterstützt.

Das Schulhofgestaltungsprojekt an einer Schule für Erziehungshilfe mit Wohngruppenbereich in Kirchheim/Teck

Die Leitung dieser Einrichtung wandte sich an die Kiste, weil Bedarf bestand, das Schulgelände für die SchülerInnen attraktiver zu gestalten, insbesondere, da mangels Spiel- und Bewegungsanreiz die Schüler zunehmend Aggressionen gegeneinander richteten. Um eine nachhaltige Wirkung zu gewährleisten, sollten die Kinder und Jugendlichen selbst ihre Wünsche und Ideen einbringen und auch an der Umsetzung beteiligt werden.

Als Auftakt wurde ein Impulstag anberaumt, um die SchülerInnen in spielerischer Weise für das Vorhaben der Schulhofneugestaltung zu begeistern, Phantasien freizusetzen, Auskünfte über die Bedeutung verschiedener Orte zu erhalten und Gelegenheit zu geben für erste provisorische Veränderungen. Zu diesem Zweck wurden die Kinder zu einer phantastischen Reise ins All eingeladen. Eines Morgens stand die angekündigte Raumfähre (umgebauter Bauwagen) auf dem Schulhof. In seinem geheimnisvollen Inneren brachten Schwarzlicht, fluoreszierende Sterne und Tonbandgeräusche die Astronauten in neue Sphären. Begleitet von Nebelschwaden verließen sie das Raumschiff und betraten einen bislang unbekanntem Planeten, den es nun zu erforschen und zu besiedeln galt. Mit Video- und Fotokameras zogen die SchülerInnen aus und nahmen ihr Schulgelände mit neuen Augen wahr. Mit Stangen und farbigen Netzen konnten große Raumgebilde errichtet werden. So entstand für einen

Tag eine Vision vom neuen Schulhof. Damit die Objekte nicht mutwilliger Zerstörung anheim fielen, mussten sie wieder abgebaut werden.

Begünstigt durch den Motivations-schub aus dem Aktionstag folgte eine weitere Beteiligung in den Klassen. Nachdem zuvor mit den LehrerInnen eine Zukunftswerkstatt durchgeführt worden war, konnten diese nun ihre SchülerInnen anleiten, nach dem Motto „meckern, träumen, klotzen“ ihre Kritik am Schulhof vorzutragen, Wünsche zu äußern und Ideen zu entwickeln bis hin zum Modellbau. Die Ergebnisse wurden von der Kiste aufbereitet. Es ergaben sich thematische Schwerpunkte, die mit interessierten Kindern und Jugendlichen in altersspezifischen Gruppen im Modell nochmals konkreter bearbeitet wurden. Die Ergebnisse wurden auf einem Grundrissplan im Maßstab 1:200 verortet und mit Skizzen und Fotos versehen als Vorentwurf der Schul- und Heimleitung übergeben, zusammen mit einem Katalog, in dem Kritik und Wünsche/Ideen aus allen Beteiligungsphasen dargestellt sind. Die Gesamtkonzeption BAUSPIELPLATZ sollte mittelfristig als Leitwerk für die Neugestaltung des Schulgeländes dienen.

Um die SchülerInnen mit ihren Erwartungen nicht zu lange hinzuhalten, musste noch vor Schuljahresende etwas auf dem Schulhof passieren. In Absprache mit der Leitung der Einrichtung wurden zwei kleinere Projekte mit akutem Bedarf für eine kurzfristige Realisierung ausgewählt, darunter die Ausgestaltung der „Rauchergarage“. Die Schüler, die einen „Raucherpas“ besitzen, müssen sich in den Pausen

zum Rauchen in eine der Garagen am Rande des Schulgeländes zurückziehen. Je nach anderweitigem Bedarf waren die SchülerInnen in der Vergangen-



heit mal in diese, mal in jene Garage „verlegt“ worden und fanden sich so mit mehr abgestellt vor, als dass sie „ihren“ Raum gehabt hätten. Eine Identifikation erfolgte allenfalls über Wandschmierereien. Nun sollten sie Gelegenheit erhalten, ihre Rauchergarage als Treffplatz in Besitz zu nehmen und auszugestalten. In der Phase der Planungsbeteiligung war bereits darauf hingearbeitet worden. Einige Jugendliche verschiedener Nationalitäten legten Hand an. Gasbetonsteine dienten als „Möblierung“. Die SchülerInnen formten damit eine mehrstufige Sitzlandschaft entlang der Außenwände. Die Steine wurden zum Teil bearbeitet, etwa rund geformt, und dann verklebt. Schließlich wurde die ganze Anlage verputzt. Das zentrale Objekt, der Aschenbecher, ließ sich ebenfalls aus Gasbeton herstellen. Beim Weißer der Wände kam es zu aggressiven Übergriffen unter den Beteiligten. Sie rollten sich gegenseitig die Farbwalzen über ihre zum Teil wertvolle Kleidung. Der Streit musste mit Macht geschlichtet werden. In der Enge des Raumes waren die Jugendlichen gezwungen,

miteinander in Kontakt zu treten, um ihren eigenen Platz zu finden. In der neu zusammengewürfelten Gruppe ging es auch darum, gegenseitige Positionen abzuklären. Ein Junge wurde vom Projekt ausgeschlossen, kam aber am folgenden Tag wieder und arbeitete dann sehr konstruktiv mit. Als es an eine künstlerische Bemalung ging, herrschte zunächst Unsicherheit. Die Betreuer hatten Bücher mitgebracht mit Beispielen aus moderner Kunst und Graffiti. Aber was war den Jugendlichen selbst wichtig und wie konnten sie das umsetzen? Schließlich brachten sie eigene Poster als Vorlage. Und als klar wurde, wie die Bilder an die Wand projiziert werden konnten, fassten die jungen Künstler Zutrauen. Entgegen der Erwartungen der AnleiterInnen wurden nicht Wände und Decke vollflächig bemalt. Es entstanden in klaren Farben klar abgegrenzte Bilder: Helden, Popidole, Regenbogen, spirituelle Zeichen, Motive, aus denen die Jugendlichen offenbar Kraft schöpfen. Die SchülerInnen hatten sich an fünf halben Tagen ihren Rauchertreffplatz selbst geschaffen und waren zufrieden damit. Er erfüllt, was den Sinn des Hauses ausmacht: Schutz, Kraft, Kommunikation.

Die Zusammenarbeit mit der Sonderschule wird fortgesetzt. Als nächstes stehen an: Ein Kletterobjekt mit „thrill“ für die älteren Schüler, ein Skater- und Jugendtreffplatz, die Neugestaltung der Wohngruppenaußenbereiche, der Umbau des Streetballfeldes, evtl. ein Mädchenspezifisches Angebot.

Die Kiste strebt an, durch solche Projekte arbeitslosen Jugendlichen Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten und

auch mit der Jugendgerichtshilfe zusammenzuarbeiten. Temporär ist dies bereits geschehen, doch um ein verlässlicher Partner zu sein, müsste eine kontinuierliche Auftragslage gewährleistet sein. Um dieses Vorhaben zu realisieren, wäre mehr Entgegenkommen seitens der Stadtverwaltung wünschenswert, denn Bedarf an Spielraumgestaltung und -erneuerung besteht

allenthalben. Hilfreich wäre auch ein Förderprogramm für Schulen zur Gestaltung der Schulhöfe in einer Weise, die das soziale Miteinander begünstigt.

Kontakt:

kiste e.V. Nürtingen
c/o Klaus Pfaffenzeller
Vogelsangstr. 41, 70197 Stuttgart
Tel. 0711/636 68 28

Szenarien der Jugendarbeit in belasteten Gebieten

Feedback, Ideen, Diskussion

Sabine Pahlke (Moderation):

„Dieses ist eines von vielen Foren, die derzeit stattfinden, um Fachkompetenzen zu sammeln, zu bündeln im Sinne des Programms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ‚Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten‘. Wir wollen Ideen, Perspektiven, Anregungen zusammenzutragen, die wir dem Ministerium mit auf den Weg geben können, was die Entwicklung dieses Programmes betrifft, das ja die Mitwirkung und Mitgestaltung der Praktiker eindeutig vorsieht.“

Aus dem Workshop „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...“, Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung:

Hildegard Bockhorst: „Unser Anliegen war zu reflektieren, welche Chancen und Möglichkeiten unser Arbeitsfeld bietet und wie wir mit veränderten

Lebens- und Problemlagen von Jugendlichen umgehen. Wie nehmen wir darauf Bezug mit unseren Möglichkeiten von Musikspieltheater, Bildender Kunst, mit unseren verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten. Unsere Frage war: Was leistet so ein kreatives Arbeitsfeld, im Hinblick auf Beteiligung, auf Aktivierung, auf die Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten, um denjenigen jungen Leuten, die vielleicht nicht auf der Sonnenseite stehen, deutlich zu machen, wo ihre Interessen und Möglichkeiten sind, ihnen einen Ort zu geben, wo sie in ihren Fähigkeiten unterstützt werden? Dabei wird natürlich deutlich, dass in diesem Arbeitsfeld Kulturarbeit und Sozialarbeit auf jeden Fall zusammenkommen müssen. Wenn ich davon ausgehe, dass akzeptiert wird, dass das Theater und die Musik dem Einzelnen Selbstwertgefühl, Stärke, Möglichkeiten der Interessenartikulation, der Mitgestaltung von öffentlichen Räumen bieten, dann **wird gleichzeitig deutlich, dass**

es das nicht im Rahmen der bisher getrennten Strukturen gibt, sondern in Kooperation mit Kollegen, die entweder aus anderen Trägerbereichen kommen oder die in der Dualität unterschiedlicher Fachlichkeiten soziale und künstlerische Potenzen verbinden. Das kostet dann viel Geld. Ich finde die Programmphilosophie und die Anliegen des E&C-Programms sehr gut und richtig, stelle aber fest, dass der Umsetzung enge Grenzen gesetzt sind, weil mir die Programmlinien nicht offen zu sein scheinen für das, was ich denke beitragen zu können zur Lösung der Probleme junger Menschen in belasteten Wohngebieten. Eine zu enge Anlehnung an das Programm ‚Soziale Stadt‘ erscheint mir außerdem problematisch. **Denn letztendlich ist mein Anliegen dabei nicht, dass ich die Wohnquartiere stabilisieren will, wie es die Perspektive des Bauministeriums ist. Sondern mein Herangehen ist immer: Was bringt es dem Einzelnen? Was kann ich dem Einzelnen an Förderung, an Herausforderung, an Möglichkeiten mit auf den Weg geben? Sonst wäre das eine unangemessene Eingrenzung im Hinblick auf das KJHG.** Hier geht es ja um bessere oder um optimale Lebensbedingungen und Bedingungen des Aufwachsens für alle. Und auch darin wird mir als Problem klar, dass das Programm E&C eigentlich zu eng gefasst ist und eine Verkürzung des Anspruches auf gute Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendliche bedeutet.

Mein Votum wäre, das Programm auf den unterschiedlichen Feldern der Jugendarbeit, mit Bezug auf die Vielfalt der unterschiedlichen Interessen von Kindern und Jugendlichen, zu konkreti-

sieren. **Jugendliche bringen ja nicht eine Kultur der Orientierungslosigkeit mit ein, sondern das ist eher eine Kultur der Vielfalt ganz unterschiedlicher Anliegen.** Und wenn ich ernsthaft lebenslagenorientiert und anknüpfend an die Interessen und Möglichkeiten des Einzelnen arbeite, muss ich auch ein vielfältiges Angebot vorhalten. Und das ist in dieser Form bisher in den Programmen nicht gegeben.“

Aus dem Workshop „Politik geht mir cool am Arsch vorbei...“, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/GEMINI:

Klaus Waldmann: „Ich möchte deutlich machen, in welche Richtung politische Bildung und deren Arbeitsformen sich entwickeln. Es gibt ja inzwischen unterschiedliche Kombinationen und unterschiedliche Ebenen von Arbeitsformen und Arbeitsweisen, um mit benachteiligten Jugendlichen etwas zu machen, von künstlerisch-kreativen bis zu aktionsbezogenen Elementen, wo unterschiedliche Bereiche, unterschiedliche Muster angesprochen werden. Politische Bildung, das sind häufig vier bis fünf Tage Seminar in einer Bildungsstätte, in einem realitätsfernen Raum. Es sind aber auch offene, unterschiedliche, vielfältige Lernformen, Aktionsformen notwendig, um mit dieser Zielgruppe etwas zu erreichen oder um sie ansprechen zu können.

Die Kooperation der unterschiedlichen Arbeitsbereiche aus dem Sektor der Jugendhilfe, der Schule, der beruflichen Ausbildung, der Qualifizierung ist sinnvoll, um vor dem Hintergrund der Förderung der Chancen junger Menschen

sinnvolle und effiziente Projekte zu erreichen. **Das heißt aber vor allem, dass unterschiedliche Professionen ihre jeweiligen Kompetenzen einbringen** und dass diese Kompetenzen auch wirklich gefragt sind. Man muss in diesen Projekten auch darüber nachdenken, was denn die Grenzen unserer Handlungsfähigkeit sind. **Was heißt politische Bildung auf der einen Seite, was sind Aufgabengebiete der Sozialarbeit, Sozialpädagogik auf der anderen? Auch in diesen Projekten müssen unterschiedliche Elemente vorhanden sein. Aber man muss sich auch bewusst sein, dass man keine Omnipotenz hat in den Handlungsbereichen.**

Ein weiterer bezieht sich auf die Möglichkeiten der politischen Bildung, mit Jugendlichen gemeinsam ein bewussteres Bild von einer gerechteren



Gesellschaft, von Chancengleichheit für junge Menschen zu erarbeiten oder gegen Ausgrenzungsprozesse Politik zu machen oder Gesellschaft zu gestalten. Die positive Zielsetzung des Programms E&C heißt ja berufliche und soziale Integration. **Aber die Frage danach, ob so etwas wie Beteiligung, die Entwicklung von frei entfaltbarer Phantasie, eine Gestaltung der Lebenswelt und von Sozialräumen realisiert werden kann, die ist in dem Programm nicht vorgesehen.** Die Maßnahmen zielen auf berufliche Integration ab und

damit ist dann auch immer gleichzeitig die soziale Integration gemeint. Diese Vorstellung von beruflicher Integration muss auch im Hinblick darauf überprüft werden, in welche Arbeitswelt heute Jugendliche integriert werden. Dann muss natürlich auch überlegt werden, wo es Möglichkeiten gibt, Projekte zu realisieren, die Gestaltungs Kompetenzen und Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche in diesen Sozialräumen wirklich unterstützend fördern.“

m: „Im Programm ist klar ausgedrückt: mit Jugendlichen in belasteten Wohngebieten zu arbeiten beinhaltet für eine Einrichtung, einen langfristigen Entwicklungsprozess mit Jugendlichen in einem Stadtteil zu begleiten. Ich weiß, wie viel zusätzlicher Arbeit es bedarf, diese Prozesse nicht nur auf der Ebene der Jugendlichen zu begleiten, sondern insbesondere auch Eingriffe in Hilfe- oder Angebotsstrukturen im Stadtteil vornehmen zu können. Dies geht nur in sehr langfristigen Entwicklungsprozessen. Dafür muss auch Kapazität da sein. Wir machen solche Arbeit als Einrichtung der politischen Bildung fast nebenbei, es ist nicht eigentlich unser Auftrag. Gleichzeitig begreifen wir uns aber auch als Fortbildungs- und Qualifizierungsinstitution und ich habe, zumindest in meinem Arbeitsbereich, den Eindruck, gerade in solchen Entwicklungsprozessen ist es nötig, langfristig zu konzipieren, eine Analyse zu machen über Vorgänge, über Lebenssituationen im Stadtteil und dann das gemeinsame Ziel von Konsequenzen und Schlussfolgerungen zu bestimmen. In einigen Bereichen für Jugendhilfe nennt man das die Entwicklung eines adäquaten Hilfe-

angebotenes. Einrichtungen wie wir es sind, können an dieser Stelle eine Menge bieten, es muss aber auch eine Absicherung geben, dass innerhalb solcher Programme sowohl die Arbeit mit Jugendlichen innovativ entwickelt werden kann als auch Fragen von Konzipierungs- und Analyseprozessen berücksichtigt werden. Es sollte nicht nur um berufliche und soziale Integration gehen, sondern auch um demokratische Integration. Ich habe den Eindruck, dass Regierungen in diesem Land denken, Menschen wachen morgens um halb sieben auf und sind plötzlich Demokraten. Demokratie bringt sich nicht von selber ein und insbesondere nicht in Wohn- und Lebensverhältnissen, wo Demokratie sehr fraglich erscheint. Hier muss das Programm dann auch eine hohe demokratische Motivation fördern, um für die Menschen, die sowieso viele Zweifel haben an demokratischen Traditionen, Demokratie erlebbar zu machen.“

Aus dem Workshop „Heiße Pflaster - Was tun, wenn's brennt?....“, Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit:

Elvira Berndt: „Was also tun, wenn's brennt? Eigentlich sollte man dann die Feuerwehr rufen und nicht das Streetwork-Team, das war einer unserer Ausgangspunkte. Doch auch wenn wir keine Brände löschen können, so hat das Arbeitsfeld Streetwork/Mobile Arbeit durchaus die Eigenart, im Gegensatz zu manch anderen Arbeitsbereichen, oft schon genau in den Wohngebieten tätig zu sein, auf die jetzt alles fokussiert wird. Deshalb ist einer unserer

Appelle, sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Ebene der Jugendarbeit, zu **verhüten, dass wir in dem berechtigten Wunsch, viele Kräfte in genau diese Wohngebiete zu holen, in Zukunft alle Ressourcen dort binden und gleichzeitig zusehen, wie andere, noch halbwegs funktionierende Stadtteile, kippen, weil dort nichts mehr stattfindet.**

Ich versuche mal ein paar Punkte zu benennen, die wir im Workshop z.T. nur angerissen haben:
Das Arbeitsfeld Streetwork/Mobile Ar-



beit ist auf Grund der Nähe zu den entsprechenden Zielgruppen in der Lage, Angebote der Gesellschaft und auch Angebote einzelner Arbeitsfelder zu genau diesen hier angesprochenen Jugendlichen zu bringen. Was wir in der alltäglichen Praxis feststellen ist, dass dies oft missbraucht wird als Schlepperfunktion, so nach dem Motto, wir haben da in der Maßnahme noch fünf Plätze frei, ihr Streetworker kennt die doch, holt die uns mal her. Wenn man aber das KJHG mit seinem Anspruch auf Förderung junger Menschen ernst nimmt, dann sollte dies auch ernst genommen werden: Alles, was wir unterbreiten, sind Angebote.

Die Streetworker und die mobilen Jugendarbeiter stellen sich gern zur Verfügung, Angebote dahin zu bringen, wo sie die Jugendlichen auch erreichen, aber nicht in dem Sinn, dass sie Jugendliche irgendwo hinschleppen, damit sie dann genau in ein bestimmtes Programm passen.

Ein Punkt, der uns sehr wichtig war, der in Sonderprogrammen immer aus dem Blickfeld gerät, ist: Wir haben immer weniger öffentlichen Raum. Und der öffentliche Raum, der einerseits zu gestalten und zu beleben ist, gerade in solchen Stadtteilen, muss auf der anderen Seite als solcher auch geschützt werden. **Wir brauchen eine wachsende öffentliche Meinung, die auch politisch gefördert wird, die der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Räume etwas entgegensetzt.**

Ein weiterer Punkt: Wir sollten nicht zu Gunsten von Programmen in Omnipotenz-Fantasien verfallen, die sich dann in Begrifflichkeiten widerspiegeln. Uns ist mehr gedient, wenn wir Klarheit und eine Abgrenzung der jeweiligen Arbeitsbereiche auch in den Begrifflichkeiten haben und innerhalb dieser Abgrenzung **dafür sorgen, dass wir uns unsere Kompetenzen gegenseitig nahe bringen, also das Know-how der anderen Arbeitsbereiche mit einfließen lassen und das sowohl auf der Ebene der Fachdiskussion als auch konkret im Stadtteil.**

Eine Forderung ist, wenn es um Kooperation und Vernetzung im Stadtteil geht, dann bitte nicht Vernetzung als Selbstzweck und alle sitzen sich in den Gremien platt, sondern dann tatsächlich mit einer fundierten Sozialraumanalyse, vielleicht auch in einem begleiteten Prozess. Diskutiert wurde

auch, dass **wir dringend eine positive Zielgruppendefinition brauchen, weil wir ständig in der Sackgasse sind, noch zusätzlich zu stigmatisieren und zu Gunsten der entsprechenden Gelder noch ein Label aufzukleben, welche Defizite unsere Jugendlichen nun schon wieder haben.**

Und es hängt keineswegs alles am Geld. Streetwork/Mobile Arbeit braucht z.B. dringend flexible, offene Stadtteil-Ressourcen. Das betrifft die gesamte Spannbreite: von Angeboten der politischen Bildung, wo wir nicht die Schlepper spielen, sondern die man tatsächlich in die normale Arbeit integrieren kann, bis zu so etwas Simplem, aber für uns Lebensnotwendigem, wie einer Turnhallenöffnungszeiten oder einem nutzbaren Sportplatz, wo man sich eben nicht erst in einem Verein einschreiben muss. Mit einer Öffnung aller Arbeitsbereiche zueinander und ernstgemeinter politischer Unterstützung kann da durchaus eine Menge bewegt werden.“

Aus dem Workshop: „Die Muskeln spielen lassen...“, Deutsche Sportjugend:

Birgit Buchholz: „Wir haben, ausgehend davon, dass das Medium Sport einen guten Zugang zu Jugendlichen bietet, besonders in diesen Stadtteilen, überlegt, unter welchen Bedingungen ist es möglich, dass auch der organisierte Sport dort eine Rolle spielen kann. Wir haben schon viele Projekte im Bereich der sozialen Arbeit, aber es hat immer ein bisschen einen Experimentiercharakter und der kann im Moment auch nur mit bestimmten Bedin-

gungen sein, weil **Sportvereine eine andere Aufgabe haben. Die machen auch soziale Arbeit mit den Jugendlichen, sind aber oft sehr leistungs- und wettkampforientiert, was dann eine Schwierigkeit ist mit den Jugendlichen aus Stadtteilen mit Brennpunktlagen, die sich nicht längerfristig in Strukturen binden wollen.** Wir haben dann noch das Problem der Ehrenamtlichkeit. Schön, dass wir sie haben, aber es ist bei der Arbeit mit zusätzlichen Aufgaben eben schwierig, eine gewisse Hauptamtlichkeit ist eben doch nötig. Es muss zumindest Honorarkräfte geben. In Projektsituationen ist das zwar meistens gegeben, aber wenn man einen Anteil Sozialarbeit im Sport als Regelaufgabe definieren würde, müsste man passen.

Wir haben z.B. in Nordrhein-Westfalen ein Programm in 28 Stadtteilen, das so ähnlich ist wie die ‚Soziale Stadt‘ - Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf - wo wir als Sportorganisation und anerkannter Träger der Jugendhilfe aktiv werden. Wir sagen, **nur wenn sich ein Sportverein auch als Teil des Stadtteils sieht und sagt, diese Probleme sind auch meine Probleme und ich will zur Lösung beitragen, in Kooperation mit bestehenden Strukturen vor Ort, wie Schulen, Kindergärten, Jugendzentren, Kirchen, Polizei usw., dann ist es möglich, dass auch der organisierte Sport eine Rolle spielen kann.** Es können kleinteilige aber auch größere Sachen sein. Vielfach sind es offene Angebote oder mobile Formen, wo man sich gegenseitig ergänzt. **Ein wichtiges Thema ist die Schaffung von Bewegungsräumen, Zugang zu öffentlichen Plätzen zu ermöglichen. Das kann man nicht alleine**

schaffen und wir setzen da sehr stark auf Kooperation, die natürlich gegenseitig sein muss.

Ebenfalls einen besonderen Stellenwert hat die Mädchenarbeit. Gerade im Bewegungsbereich muss es besondere Zuwendung für die Mädchen geben, da sie anders als Jungs nicht einfach auf der Straße leben. Wenn man sie erreichen will mit dem Medium Sport, muss man andere Zugänge schaffen.“

Aus dem Workshop „Allein machen sie dich ein...“, Deutscher Bundesjugendring:

Gudrun Kreft: „Wir haben in unserem Workshop verschiedene Arbeitsansätze der Jugendverbandsarbeit mit benachteiligten Jugendlichen zusammengebracht, die häufig gar nicht bundesweit bekannt sind. Durch die Berichte über verschiedene sehr gute Projekte haben wir festgestellt, dass eine Menge an Qualität und Know-how in das E&C-Programm einfließen kann.

Jugendliche, die Benachteiligungen erfahren, sind nicht nur in benachteiligten Stadtteilen zu finden. Deshalb stellen wir die Frage: Kann es nur um die Stadtteile gehen, die das Bauministerium definiert? Aus unserer Sicht und von den Erfahrungen aus den Projekten her kann das eigentlich nicht so sein. Zweifelsohne ist der Bedarf in belasteten Wohngebieten hoch, aber wir sehen ihn auch an anderen Stellen. Wir haben bei den verschiedenen Projekten immer Beispiele von vernetzter Arbeit und Zusammenarbeit gehört, die an vielen Stellen vorhanden ist. Man muss das Rad, wie Frau Niehuis gesagt hat, nicht unbedingt neu erfinden. Das

sollte man noch viel stärker berücksichtigen, in dem was vom Programm her intendiert wird, aber es nicht als Zauberwort benutzen.

Ein ganz wichtiger Bereich, der wenig angesprochen worden ist, ist der ländliche Bereich. Wir haben ein Beispiel gehört aus einem Kreis mit relativ geringer Bevölkerungsdichte in Baden-



Württemberg, auf den ersten Blick sicherlich kein Kreis, der unter dem Aspekt der Dringlichkeit von Jugendproblemen unbedingt gefördert werden muss, der aber, was die Jugendstrukturen angeht, eindeutig benachteiligt ist, einfach auf Grund der geringen Bevölkerungsdichte. **Und mit dem Projekt des Jugendpflegerleasings werden dort inzwischen sehr gute Erfahrungen gemacht, die sicherlich auch übertragbar sind. Das ist ein interessanter Ansatz für den ländlichen Bereich, und wir sehen dafür im E&C-Programm bisher überhaupt keine klaren Ansätze, was da möglich sein kann.** Auf jeden Fall geht es aus unserer Sicht auch nicht ohne Geld. Es können nicht immer nur die Kommunen und die Kreise bezahlen. Das ist zwar in nicht benachteiligten Gebieten mit höherem Steueraufkommen möglich, aber in vielen Bereichen eben nicht. Wenn da Entwicklun-

gen für und mit den Jugendlichen angestoßen werden sollen, wenn die Bundesebene dort Impulse setzen will, dann kann sie das nicht nur mit wortreichen Papieren machen.“

m: „*Wer macht denn Vernetzung, wer ist Motor für so einen Prozess und wo sind die Kompetenzen in den Stadtteilen, die die Vernetzung in Gang bringen? Wir haben in allen Arbeitsbereichen, die vorgestellt worden sind, festgestellt, dass in den Verbänden und in den freien Trägern der Jugendarbeit sehr viele Kompetenzen versammelt sind, dass da sehr viele Motoren sind, die im Prinzip schon das machen, was im Programm geschrieben steht. Ich frage mich, ob ein Informationsaustausch stattfindet, auf unterschiedlichen Ebenen, um diese Kompetenzen abzurufen. Ich sehe da sehr viele Chancen.*“

m: „*Als Besucher des Workshops, der nicht aus diesem Bereich kommt, hat es mich fasziniert festzustellen, wie wenig manchmal Vorurteile stimmen. Offenbar sind auf Grund von Aufgaben, die im unmittelbaren Arbeitsumfeld gesehen und angepackt worden sind, in den vergangenen Jahren aus den Strukturen der Jugendverbände heraus Arbeitserfahrungen entwickelt worden, die zum Teil den Charakter von Gesamtkunstwerken angenommen haben, ohne dass sie in irgendeiner Form großartig waren, im Sinne von großartig finanziert, großartige Modellprojekte, sondern sie sind aus der Arbeit entstanden. Und es ist eine Menge an Know-how da. Das Problem ist der Transfer. Wie kommen die Erfahrungen und das Wissen auf die Schreibtische und in die Köpfe derjenigen, die die*

Programme schreiben? Diese Programme dürfen nicht jenseits dieser wichtigen Erfahrungen funktionieren. **Die Leute vor Ort haben meistens das Problem, ihre Arbeit zu machen aber kaum eine Möglichkeit zur gründlichen Auswertung zu haben, um das in so einen Prozess reinzugeben.** Wir müssen versuchen, auf der einen Seite die Arbeit zu machen und auf der anderen Seite richtig hinzugucken, die Ohren zu spitzen und Material zu liefern, was auch Gehör findet.“

Aus der weiteren Diskussion

m: „Wenn die **Bundesregierung** sagt, wir wollen Expertinnen und Experten zusammenrufen, um über dieses Programm zu sprechen, dann **wäre es einfach besser, wenn mehr Vertreter von ihr bei dieser Diskussion anwesend wären.**“

Frau Falconere: „Ich bin Vertreterin des Bundesministeriums. Es haben ja in den letzten zwei Monaten 15 oder 16 Foren stattgefunden. Es ist einfach nicht leistbar von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses oder der Abteilung, an allen Foren teilzunehmen, aber deren Inhalte und Ergebnisse werden sehr wohl reflektiert. Und **es wird sehr wohl aufgenommen, was hier diskutiert wird.**“

w: „**Ich möchte auf den Begriff positive Zielgruppendefinition zurückkommen.** Damit haben wir ein starkes Pfund, mit dem wir wuchern können, wenn wir unsere Arbeit dokumentieren, zeigen können, dass ja die Kinder und Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, in den Rollen oder den Aufgaben,

die sie bewältigen, eher Potenzen und Stärken zeigen. Wovon man nur den Hut ziehen kann und wo man in keiner Weise so ein Bild mittransportieren würde, dass sie nicht auch sehr leistungsstark, sehr motiviert, engagiert und couragiert sind.

Es hört sich so hochtrabend an, die Würde, die auch Menschen haben, die in belasteten Wohnquartieren oder unter schwierigen Bedingungen aufwachsen - wir haben die Chance, genau denen einen Ort zu geben.“

m: „Es hat sich in den Projektbeispielen gezeigt, dass eine bestimmte Infrastruktur auch eine besondere Qualität professioneller Arbeit kontrollierend begleitet und ermöglicht. **Man sollte auf keinen Fall im Interesse einzelner Formen professioneller Arbeit die Hintergrundstrukturen, die eine gute Qualität erst ermöglichen, zerschlagen.**“

m: „Ich würde gerne aus der Sicht einer Kommune etwas dazu sagen. Es ist wichtig an so einem Programm, dass die örtliche Ebene in der Lage ist, jemanden in so ein ausgewähltes Wohngebiet zu entsenden oder **jemanden dafür zu gewinnen, der diese Arbeit koordiniert.** Das ist der Dreh- und Angelpunkt. Ich kann für Köln sagen, wir haben solche Kräfte nicht und **die Qualität der Umsetzung ist m.E. ganz wesentlich davon abhängig. Deswegen wäre es wichtig, dass das Programm zumindest anteilig von der Kommune finanziert wird.** Dafür muss sie finanzielle Anreize erhalten, um die Förderung freier Träger in diesem Bereich zu ermöglichen. Wenn die Umsetzung so eines vielschichtigen Programms nur halbherzig koordiniert wird, weil das

Geld eigentlich nicht da ist, dann treten sehr viele negative Effekte auf.“

m: „Ich habe ein Projekt hinter mir, wo wir neue Kooperationen probiert haben, z.B. mit dem Gartenbauamt und anderen Ämtern, um in einem belasteten Viertel zu arbeiten. Wir haben da sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich finde es sehr interessant, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Bauministerium zusammenarbeitet. Ich sehe, dass vom Bauministerium diese Viertel mehr oder weniger vorgegeben worden sind und dass man jetzt darauf reagiert. **Wie wird das Bauministerium auf die Informationen reagieren, die aus dieser Tagung aus der Sicht von Jugendlichen und Jugendarbeitern zu**

ihnen kommen? Wie ist in den Ministerien die Zusammenarbeit und was für Möglichkeiten gibt es da für uns?“

Frau Falconere: „Die Prämisse ist die Einsicht, dass **die Veränderung von baulichen Strukturen oder baulichen Situationen alleine nicht ausreicht, sondern dass man sehr wohl die Fachkompetenz derjenigen, die sich mit Lebenslagen junger Menschen befassen, einbeziehen will, und zwar nicht nur die Träger, sondern auch die Personen, die es betrifft.** Das ist die Grundvoraussetzung des Zusammengehens beider Programme.“

m: „Dann wäre eigentlich das Nächste, was ansteht, ein Forum wie dieses, wo man auch mit Leuten vom Bauministerium diskutiert.“

Zukunftsvisionen eines Überraschungsgastes

Wolfgang Ullmann,

Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“, dann „Bündnis 90/Die Grünen“, Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied des Europäischen Parlaments, jetzt im Ruhestand

Neulich hat mir jemand, ohne unhöflich sein zu wollen, gesagt, Sie gehören doch sowieso zu einer aussterbenden Art. Ich habe dann gesagt, ganz bin ich nicht einverstanden. Erstens lebe ich noch und zweitens habe ich eine ganze Menge gegen das Aussterben meiner Art getan, nicht nur weil ich Kinder und Enkel habe, sondern auch eine ganze Menge von Schülern. Aber wie gesagt, ich lebe noch. Und infolgedessen muss ich mich auch mit der Zukunft beschäftigen. Dafür sorgen schon meine Kinder und Enkel, die

mich nach solchen Dingen fragen. Und ich habe gerade in letzter Zeit die interessante Beobachtung gemacht, dass sich im Bild der Zukunft möglicherweise eine Verschiebung vollzieht.

Meine jüngste Tochter, die erzählte, dass sie in der 11. Klasse, also noch in tiefsten DDR-Zeiten, um 1980, in der Schule einmal die Aufgabe bekommen hatten einen Aufsatz zu schreiben: Wie stelle ich mir die Welt im Jahr 2000 vor? Und sie erzählte, die meisten ihrer Klassenkameraden und -kameradinnen

schrieben oder malten sogar Bilder wie Ufos oder Raumschiff Enterprise vielleicht und dazwischen Röhren, die das miteinander verbanden. Das ist ja inzwischen auch weithin eingetreten. Ich kenne diese Szenerie etwa vom Pariser Flugplatz Charles de Gaulle.

Da herrscht die Technik voll und ganz. Man bewegt sich nicht mehr auf den beiden berühmten Beinen, sondern man steht nur noch auf Förderbändern und wird durch solche Röhren gefahren. Man hat das Gefühl, man sei eine Art Gasmolekül, das vom einen Ende zum anderen gefahren wird. So richtig verlockend erscheint mir das nicht mehr, seit ich das miterlebt habe. Das scheint aber auch der jüngeren Generation ähnlich zu gehen.

Im vergangenen Sommer, am Ende desurlaubes, saß ich im Auto mit meinen Enkelkindern und der zweitjüngste, elf Jahre alt, fragte mich plötzlich aus heiterem Himmel: „Sag mal Großvater, wie stellst du dir denn so die Welt im Jahre 2050 vor?“ Da versank ich natürlich in tiefes Nachdenken und rettete mich schließlich, indem ich sagte: Ach, weißt du Jonathan, es ist eigentlich viel interessanter, wenn wir mal darüber sprechen, wie du dir das vorstellst.

Er dachte auch nach und was er sagte, fand ich ganz interessant. Jonathan sagte folgendes: „Ja Großvater, ich stell mir das so vor, die Welt sieht dann von außen aus wie eins dieser schönen Fachwerkbauernhäuser, in dem wir gerade Urlaub gemacht haben. Aber drinnen ist die modernste Technik“. Das fand ich gar nicht so schlecht. Das scheint doch eine Art Zukunftsvorstellung zu sein, die sagt,

den technischen Fortschritt rückgängig machen zu wollen ist ohnehin Unsinn. Wir brauchen ihn auch. Aber es ist ebenso falsch zu meinen, der technische Fortschritt als solcher sei schon die Zukunft. Die könnte doch wohl nur darin bestehen, so würde ich mit meinem Enkel Jonathan meinen, dass dieser Fortschritt dazu dient, unsere Geschichte und unsere Traditionen in eine humane Zukunft fortzuschreiben.

Also wie sieht das innen aus? Ich glaube, die technischen Fortschritte, die sich ja auch im Haushalt niederschlagen, sind nicht rücknehmbar. Die Maschinen, die wir haben, werden wir auch weiterhin gebrauchen und die werden sicher noch perfektioniert werden. Sie werden kleiner, leichter, billiger. Interessant ist es, darüber nachzudenken, wie das in dem Bereich aussieht, der ja neuerdings unser Leben sehr stark bestimmt, nämlich in der Mediengesellschaft.

Da wird sich sehr viel ändern. Zum Beispiel glaube ich, dass die Bedeutung des Fernsehens, so wie wir es jetzt haben, zurückgehen wird. Ich glaube, die Möglichkeiten kann man jetzt schon ziemlich genau absehen. Ich stelle mir Folgendes vor: Es wird weiterhin, wenn unsere Gesellschaft nicht verrückt wird, was nicht auszuschließen ist, die Teilung in Öffentlich-Rechtliche und Privatfernsehen geben. Aber ich glaube, die Privatfernsehkanaäle haben eigentlich ihr Potenzial ausgeschöpft. Das alles strahlt eine immense Langeweile aus. Das ist natürlich der Eindruck eines alten Mannes. Aber ich sage es, wie ich es empfinde. Ich glaube auch von meiner

Arbeit im Europäischen Parlament her, dass sich die Privatkanäle gewaltig wandeln werden. Sie werden ihr Hauptschwergewicht auf Pay-TV, Electronic Commerce usw. legen, denn das hat eine ganz gewaltige Zukunft. Das wird natürlich die Lebensgewohnheiten sehr verändern, wenn man elektronisch kauft, elektronische Unterschriften leistet. Ich habe ja an einem Gesetz mitgewirkt über die Rechtsgültigkeit elektronischer Unterschriften. Gewisse Kolleginnen im Europäischen Parlament waren hellauf begeistert. Sie sagten, dann kann ich ja sogar elektronisch heiraten. Also da tun sich ziemlich aufregende Perspektiven auf.

Und das wird natürlich auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die Schulen haben. Die Kinder sollten aber ruhig weiter Schreiben und Lesen lernen. Das alles wird untergeordnet sein der Einführung in eine Gesellschaft, in der man nicht nur Verkehrszeichen lesen können, sondern sich in einer Flut von Informationen zurechtfinden muss.

Was wir in der derzeitigen Schule noch gar nicht haben, ist, der jungen Generation Urteilkriterien beizubringen, wie sie das Wichtige vom Unwichtigen unterscheiden kann. Das ist äußerst wichtig, da es ja massenhaft Philosophen gibt, die der ganzen Gesellschaft beibringen wollen, dass dieser Unterschied überflüssig ist, dass alles entweder gleich wichtig oder gleich unwichtig ist. Das halte ich schlicht für Unsinn. Dagegen muss man aber die Leute gefeilt machen.

Radio wird eher wieder an Bedeutung zunehmen. Das sage ich als jemand,

der die Medien auch von innen kennt, Talkshows in Masse mitgemacht hat. Während Rundfunkkonferenzen über weite Entfernungen sehr interessant sind. Wie weit man das auch im Internet nachmachen könnte, das kann ich nicht beurteilen. Aber ich denke, das wird auch eine wichtige Rolle spielen. Also so sieht das von innen aus.



Zum Telefonieren könnte man vielleicht noch sagen: Ich glaube die Handy-mode wird sich auch einpendeln. Das sieht man schon, wie die Leute heute mit ihrem Handy herumhantieren. Das ist nicht mehr die Angeberhaltung und sie brüllen nicht, so dass die ganze Straße mithört, welche wichtigen Termine sie gerade mit äußerst wichtigen Persönlichkeiten vereinbaren. Die Zeit ist zum Glück auch schon vorbei. Ich denke, dass auch wieder die Normalität zurückkehrt dergestalt, dass man nicht mehr auf dem Friedhof das Gequassel anhören muss von irgendjemand, der das Ding aus der Tasche

zieht. Das wird sich gewiss normalisieren, aber nicht mehr aus der Welt verschwinden. Und es ist vielleicht auch ganz nützlich für viele Dinge.

Wie sieht das nun außen aus? Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass die derzeitige Lage, dass der oberste aller Maßstäbe das Geld ist, sich nicht halten wird, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, dass unsere Ressourcen jetzt schon so knapp sind, dass man kein großer Prophet sein muss um vorauszusagen, die Luft wird knapp werden, das Wasser wird knapp werden und Grund und Boden werden knapp werden. Sie sind es ja in vielen Gegenden der Welt schon und da kann man nur sagen: Wer nicht hören will muss fühlen. Und wir werden fühlen, dass es so ist.

Was heißt das? Das heißt, dass man in den entwickelten Industrieländern davon ausgehen kann, dass der Markt in Bezug auf Autos und Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren erschöpft ist. Das kann man auf keinen Fall erweitern, sowohl aus räumlichen wie aus ökologischen Gründen. Und wenn man bedenkt, dass unsere Bundesrepublik ja beinahe von der Autoindustrie regiert wird - da denke ich nicht bloß an den Kanzler, sondern an die Gesamtlage der Wirtschaft und der Politik-, dann wird es einschneidend sein, dass die ökologischen Maßstäbe der Knappheit von Luft, Wasser und Grund und Boden unser Leben bestimmen.

Damit bin ich bei der Politik. Die Globalität ist eine Tatsache. Wir leben global, schon lange, seit dem Beginn des Jahrhunderts nämlich, seit es Weltkrie-

ge gegeben hat. Das ist auch unumkehrbar. Aber gerade deswegen werden die Mitglieder der Gesellschaftsgruppen und vor allen Dingen Einzelne einfach aus Selbsterhaltungstrieb dafür sorgen, dass die Regionen in dieser Globalität wieder stärker an Gewicht gewinnen. Und ich glaube nicht, dass die Regionen identisch sind mit den klassischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Das kann man jetzt schon sehen durch die Europäische Union aber auch durch deren Erweiterung nach Osten. Es schälen sich neue Regionen heraus, die gemeinsame Interessen haben. Sehen Sie sich das Mittelmeer an und zwar von Osten, von der Türkei bis Gibraltar, und die Nordküste Afrikas. Da sind die gemeinsamen Interessen derart stark, dass das irgendwann auch politisch zu Buche schlagen wird. Ganz anders z.B. die Region um die Ostsee, die Baltischen Staaten, die Skandinavien usw. Dabei glaube ich, dass unser Westeuropa trotz der großen Fortschritte der Europäischen Union auf die Länge der Zeit eher an den Rand rücken wird gegenüber der ungeheuren Dynamik der asiatischen Länder und des Riesengebietes Russlands und Osteuropas. Die Zukunft steckt dort, trotz der Mafiosität der Russischen Republik und vieler anderer chaotischer Entwicklungen. Aber die Zukunft wird dort liegen, weil nämlich die ungeheuren Ressourcen in diesen Gebieten noch gar nicht vernünftig ausgeschöpft sind, und der Kommunismus hat ja eher verzögernd gewirkt. Und vor allen Dingen, weil die ungeheuren schöpferischen Potenzen dieser Leute, die dort wohnen, auch bei weitem noch nicht ihre Entfaltung bekommen haben, wie sie

sie verdienen. Das wird bestimmt auch eintreten. Hier im Westen werden wir an der Peripherie sein, während das Zentrum sehr viel näher an Moskau und Peking zu suchen ist.

Was heißt das nun kulturell? Einen wichtigen Punkt habe ich schon angeführt: die derzeitige Maßstablosigkeit. Wenn das Geld der einzige Maßstab ist, dann ist das ein Zeichen von Maßstablosigkeit und Kriterienlosigkeit, von Mangel an Relevanzbewusstsein und Unterscheidungskraft. Das kann so nicht bleiben. Und ich glaube, es ist einfach nötig Maßstäbe zu setzen, wenn wir Menschen bleiben wollen und nicht bloße Verbraucher und Kunden. Aber die Gefahr ist akut, dass wir dazu gemacht werden.

Anekdote aus dem Europäischen Parlament: Bei der Neuformulierung der Aufgabenstellung der Parlamentsausschüsse, die nach dem Vertrag von Amsterdam 1997 nötig wurde, ergab sich für das Europäische Parlament ein erheblicher Zuwachs an Kompetenzbereichen, da mussten die Ausschüsse neu geschnitten und betitelt werden. Sowohl im Bundestag wie im Europäischen Parlament war ich immer Mitglied des Rechtsausschusses und der Rechtsausschuss heißt im Europäischen Parlament „Rechtsausschuss und Ausschüsse für die Rechte der Bürger“. Und was fand ich auf einmal in meinen Unterlagen? Da war der Vorschlag gemacht worden, diesen Ausschuss umzubenennen - Rechtsausschuss sollte wohl noch bleiben, aber die Rechte der Bürger sollten auf die Rechte der Verbraucher reduziert werden. Nun sind natürlich die Verbrau-

cherrechte ein ganz erhebliches und wichtiges Thema, gerade unter den Bedingungen des globalen und auch des europäischen Marktes. Aber der Mensch ist ja nun wahrlich nicht nur Verbraucher, sondern er ist zuerst Bürger. Aber dass jemand überhaupt auf die Idee kommen konnte, den Bürger auf den Verbraucher zu reduzieren, ist doch ein Zeichen der Zeit. Und da kann ich Sie nur ermuntern, rühren Sie sich dagegen und sagen: Skandal! Hier sollen wir zum bloßen Kunden, zur Zielgruppe von Werbung usw. gemacht werden. Das können wir doch nicht zulassen! Das wäre eine kulturelle Selbsterniedrigung. Ich denke, die Sensibilisierung für die humane Bedeutung von Kultur ist ein ganz wichtiges Thema.

Und deswegen hat mir dieses Bild von meinem Enkel so gut gefallen, Traditionen, man muss es ja dabei nicht gerade als Fachwerkhäuser denken, sondern man muss denken an die unaufgebbaren Errungenschaften der Menschheitsgeschichte bis dahin. Und wer sie nur als ein Objekt der Verhöhnung und der Anpöbelung betrachtet, der betreibt in meinen Augen Umweltzerstörung. Denn die Kultur ist ein unaufgebbarer Teil unserer Umwelt, vor allen Dingen einer humanen Umwelt. Wir müssen da etwas tun, sonst geht diese Tendenz weiter, dass die ganze Welt umgebaut wird in eine Autobahnraststätte oder in ein Gewerbegebiet. Das ist keine Satire, sondern das ist eine ernste Gefahr. Denken Sie mal an Rostock-Lichtenhagen, an die Exzesse, die es dort gegeben hat gegen die Asylanten, die man den Leuten dort sozusagen vors Haus geschüttet hatte. Das Ergebnis war, dass binnen weniger

Tage diese Umgebung dort verwandelt war in eine Autobahnraststätte ohne vernünftige sanitäre Verhältnisse usw. Das passiert aber, wenn wir meinen, der Markt und die finanziellen Interessen seien die Maßstäbe, mittels derer über menschliches Zusammenleben entschieden werden kann. Das ist nun wahrlich nicht so. Es ist wirklich lebensgefährlich, das zu meinen. Die Welt kann so nicht umgebaut werden, das wäre die Abschaffung der Humanität.

Nun will ich zum Schluss kommen. Und da muss ich mit einer Korrektur anfangen, die mir sehr wichtig ist. Ich wurde als einer von den Bürgerbewegungen vorgestellt, aber ich war eben nicht beim Demokratischen Aufbruch. Das ist für mich eine Bekenntnisfrage. Die Leute vom Demokratischen Aufbruch unterscheiden sich von mir und meinesgleichen darin, dass Demokratie jetzt, die ich mitgegründet habe, mit großer Wucht erklärt hat, wir wollen keine Partei werden. Wir sind es auch nie geworden. Wir haben uns eher aufgelöst und dann das Bündnis 90 gegründet und dann mit den Grünen zusammen Bündnis 90/Die Grünen.

Ich wollte das nur klarstellen und jetzt daran anknüpfen, dass die Ideale zu denen auch die parteienkritische, nicht parteienfeindliche, aber parteienkritische Position der Bürgerbewegung aus der friedlichen Revolution gehört, in hohem Maße aktuell sind. Muss ich das begründen? Sie brauchen nur die Zeitung aufzuschlagen. Da ist offenbar etwas aus dem Ruder gelaufen. Als der damalige Bundespräsident von Weizsäcker - er als Mitglied der CDU - eine parteienkritische Diskussion anregen

wollte, die ja dann auch zustande kam, erntete er das tiefe Missfallen seines damaligen Vorsitzenden Helmut Kohl und vieler anderer, die nichts anderes zu tun hatten, als die armen angegriffenen Parteien zu verteidigen. Hätten sie nur mal darüber nachgedacht über das, was ihnen jemand kritisch sagte, der es gut mit ihnen meinte! Nun kommt es wieder da hin: Wer nicht hören will, muss eben fühlen!

Die Ideale der Bürgerbewegung von damals sind in hohem Maße aktuell. Und dazu gehört nach meinem Dafürhalten eines, und das lege ich gerade Ihnen ans Herz, weil Sie der jüngeren Generation angehören oder ihr in Ihrer Verantwortung nahestehen, das ist die Losung: Keine Gewalt! Man muss eben nicht die Medien schelten, die uns von früh bis abends Horror und Action vorführen, sondern das ist doch das Spiegelbild einer Gesellschaft, in der das Geld als oberster Wertmaßstab gilt, in der die Gewalt dominiert, die darauf hinausläuft, dass es als schick gilt, andere zu übervorteilen, dass es als schick gilt, politisch korrekt zu sein, um sich möglichst eine Karriere aufzubauen.

Jetzt will ich mal etwas Polemisches sagen, weil ich vorhin gerade von Bewerbungsgesprächen gehört habe. Ich kenne solche Gespräche ja auch. Und es ist in meinen Augen eine entsetzliche Fatalität, weil diese Bewerbungsgespräche eine Schule vielleicht nicht der politischen aber der ökonomischen und Managementkorrektheit sind und damit eine Schule der Lüge und der Anpassung. Das ist schauderhaft. Ich bin auch für adrette Kleidung. Aber

wenn ich höre, wie Jugendliche abqualifiziert werden wegen ihrer Haare, wegen ihrer Jeans usw., da fällt mir all das ein, was ich aus der Ecke der SED gehört habe gegen die Bürgerrechtler, die auch nicht korrekt gekleidet waren, die hatten lange Haare und die waren asozial usw. Also: Aufpassen! Aufpassen, dass uns hier nicht aus einer anderen Ecke all das wiederkommt, was wir damals mit der friedlichen Revolution abschaffen wollten.

Das hängt eben damit zusammen, dass hier eine merkwürdige Kriterienlosigkeit herrscht und die hängt mit der Gewalt zusammen. Und da wundert man sich, wenn in den Schulen dies und jenes passiert. Die Schulen sind auch ein Bild der Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der Gewalt verherrlicht und angebetet wird. Dabei müssen wir uns doch darüber im Klaren sein, dass die Gewalt ein Zeichen von Schwäche ist, nämlich ein Zeichen von Schwäche von Charakter, von Schwäche an Grundsätzen, von Schwäche an Ehrlichkeit. Denn sonst würde man wissen, diese Gewalt ist etwas Verächtliches. Die Gewalttäter zeichnen sich ja nicht durch ihre besondere Tapferkeit aus. Sie kühlen ihr Mütchen immer an Wehrlosen, ob es eine Lehrerin ist, ob es Behinderte sind oder ob es in einer schwierigen sozialen Lage befindliche Ausländer sind. In all diesen Fällen zeigt sich die Verbindung von Feigheit und Grausamkeit. Und es muss doch in unserer Gesellschaft mal klar gemacht werden, dass das verächtlich ist. Und es muss auch klar gemacht werden, dass im politischen Bereich diese Losung „Keine Gewalt“ und die Friedensbewegun-

gen der 80er und 90er Jahre Zukunftsbewegungen waren.

Es kann mir doch niemand klar machen, dass die Wiederanwendung der Breschnew-Doktrin, die wir im Kosovo erlebt haben und die jetzt in Russland praktiziert wird gegen die Tschetschenen, etwas Neues sein soll. Das ist altes Denken, das wieder hochkommt, weil die Einsicht fehlt, die wir im Herbst 89 hatten, dass diese Waffen ein Zeichen der Schwäche und der politischen Konzeptionslosigkeit waren und dass sie darum in der friedlichen Revolution binnen weniger Tage verschrottet wurden, weil man sich einig war: Keine Gewalt.

Die Gewalt ist ein Rest aus dem Barbarischen, dem Kindheitszustand und der Unreife der Menschheit. Es kann doch nicht sein, dass Völker, erwachsene Menschen, übereinander herfallen wie die Kinder im Kinderzimmer, die sich um ein Spielzeug prügeln. Es kann doch nicht sein, dass es unter Menschen zugeht wie zwischen Rattenpopulationen. Und deswegen sage ich, dessen müssen wir uns doch erinnern: Wir haben damals im Herbst, nicht nur diese kleine Bürgerbewegung zu der ich gehört habe, sondern das war doch eine Mehrheitsmeinung, das war eine Meinung von 500.000 am 4.11. in Berlin, dass das die Zukunft ist und nicht die Wiederbelebung von Großmacht und Gewaltdoktrin. Darum sage ich, es ist für Zukunft äußerst wichtig, dass man daran erinnert: Keine Gewalt!

Das andere ist meine moralische Nutzanwendung von allem, was ich gesagt habe. Das ist: Wir sind das Volk. Das

heißt, ihr seid es und ich bin es auch. Und da spielen Jahreszahlen und Lebensalter keine Rolle. Das sollten wir nicht vergessen. Wir sind das Volk. Das heißt: Wir sind verantwortlich. Und wenn ein 11-Jähriger fragt: „Großvater, wie wird denn die Welt in 50 oder 60 Jahren aussehen?“, dann spürt man doch, der Junge hat Angst, dass er ein Opfer einer Politik wird, deren Maxime ist: nach uns die Sintflut. Wir wollen erst noch mal so viel verdienen wie wir können und die anderen mögen dann sehen, wo sie bleiben. Das Gefühl haben sie doch. Und darum fragen sie: Wie wird denn die Welt aussehen? Und da kann man wieder heraushören, wir sind dafür verantwortlich, wie die

Welt aussieht, welche Maßstäbe in ihr herrschen. Wir sind dafür verantwortlich, dass wir als erwachsene Menschen nicht mit Gewalt miteinander umgehen, sondern miteinander reden und miteinander kommunizieren und dieses unter den Bedingungen einer nicht rücknehmbaren Globalität. Und das bedeutet ja letzten Endes auch eine Gleichberechtigung all dessen was Menschenantlitz trägt und was deswegen verantwortlich ist für die außermenschliche Wirklichkeit. Soweit reichen meine Zukunftsvisionen und ich hoffe, dass Ihre Generation noch irgendetwas daraus wird machen können.

Name	Vorname	Einrichtung	Straße	PLZ/Ort	Tel.
Alt	Susanne	Jugendamt Hilden	Am Rathaus 1	40721 Hilden	02103/72512
Anders	Ralf	ÜAZ Waren/ Grevesmühlen	Grüner Weg 6	23936 Grevesmühlen	03881/713730
Andrich	Danuta	Coswiger Kinderzentrum	Oststr. 20	01640 Coswig	03523/60581
Bahl	Anke	IKAB Bildungswerk e.V.	Poppelsdorfer Allee 92	53115 Bonn	0228/636460
Bartholmes	Susanne	persönliche Mitarbeiterin MdB Jünger	Mauerstr. 34, Haus 3	10117 Berlin	030/22773018
Beer	Dr. Wolfgang	Ev. Akademien in Deutschland e.V.	Akademieweg 11	73087 Bad Boll	
Belz	Ute	Jugendamt Hilden	Am Rathaus 1	40721 Hilden	02103/72243
Bender	Angela	Rabenhau e.V.	Puchanstr. 9	12557 Berlin	030/65880165
Bengs	Anya	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539974
Bents	Herbert	Verband für sozial- kulturelle Arbeit	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539973
Berger	Reinhard	Treffpunkt Schmiede Nachbarschaftsverein für Marienfelde	Alt-Marienfelde 39	12277 Berlin	030/7217014
Berndt	Elvira	Gangway e.V.	Rosenthaler Str. 13	10119 Berlin	030/2830230
Beske	Manuela	Kinderzentrum Weinbergsweg	Weinbergsweg 22	10119 Berlin	030/4496903
Bien	Dr. Walter	Deutsches Jugendinstitut	Nockherstr. 2	81503 München	089/62306-234
Blaesen-Jansen	Agnes	Oswald-von Nell- Breuning-Haus	Wiesenstr. 17	52134 Herzogenrath	
Blome	Susanne	Jugendbildungsstätte Kaubstraße e.V.	Kaubstr. 9-10	10713 Berlin	030/8619359
Bockhorst	Hildegard	Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung	Küppelstein 34	42857 Remscheid	02191/794392
Borkenstein	Wolfgang	Kreisjugendring Calw	Vogteistr. 44	75365 Calw	
Brakhage	Monika	BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit	Voigtstr. 15	20257 Hamburg	040/859663
Bräuer	Marina	Europa-Zentrum Meißen	Elbstr. 8	01662 Meißen	03521/452209
Breuer	Dr. Christoph	Deutsche Sporthochschule Köln, Institut für Sportsoziologie		50927 Köln	0221/4982397
Brink-Stucht	Marita	Institut für Kirche und Gesellschaft der Ev. Kirche von Westfalen	Markgrafenstr. 7	33602 Bielefeld	
Buchholz	Birgit	Sportjugendprojekt NRW	Friedrich-Alfred-Str. 25	47055 Duisburg	0203/7381839
Bürmann	Heide	Kulturelle Koordinierung e.V. PF 100565 TU Ilmenau		98684 Ilmenau	03677/691013
Dänel	Andrea	KINDERLAND Sachsen e.V.	Tharandter Str. 3	01159 Dresden	0351/4228430
Dehnad	Farschid	AWO Streetwork Vahrenheide	Holzweiesen 61	30179 Hannover	
Dittrich	Bärbel	Sportjugendprojekt NRW	Friedrich-Alfred-Str. 25	47055 Duisburg	
Doant	Ilona	Stadt Leipzig/Schulver- waltungsamt/Abt. Schülerangelegenheiten	Rietschelstr. 2	04177 Leipzig	0341/1231367

Dönitz	Hans	Theaterpädagogisches Zentrum DAS EI	Hochstr. 31 RG	90429 Nürnberg	0911/265324
Duft	Manuela	Akademie für politische und soziale Bildung Haus am Maiberg	Ernst-Ludwig-Str. 19	64646 Heppenheim	06252/930621
Eckelt	Gerda	Jugendamt Hilden	Am Rathaus 1	40721 Hilden	02103/72538
Eidson	Ute	Stötteritzer Spielkiste	Holzhäuser Str. 1	04299 Leipzig	0341/8775507
Emirli	Ilhan	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539974
Emrich	Armin	Nachbarschaftsladen Huttenstraße	Huttenstr. 36	10553 Berlin	030/86421211
Engler	Ines	Gangway e.V.	Rosenthaler Str. 13	10119 Berlin	030/2830230
Eßmann	Willy	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539976
Falconere	Dr. Irene	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		11018 Berlin	
Farin	Klaus	Archiv der Jugendkulturen e.V.	Fidicinstr. 3	10965 Berlin	030/6942934
Fehrmann	Helma	JugendKulturZentrum Pumpe	Lützwowstr. 42	10785 Berlin	030/26484830
Fontana	Theo	Gangway e.V.	Rosenthaler Str. 13	10119 Berlin	030/2830230
Förster	Heike	Deutsches Jugendinstitut, Regionale Arbeitsstelle Leipzig	Stallbaumstr. 9	04155 Leipzig	0341/5665422
Frenzel	Werner	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539974
Frölich	Dr. Margrit	Evangelische Akademie Arnoldshain	Im Eichwaldsfeld 3	61389 Schmitten/Ts.	06084/944-133
Fuchs	Prof. Dr. Max	Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung	Küppelstein 34	42857 Remscheid	02191/794392
Fülbier	Jan	2. Fachschule für Sozialpädagogik	Halemweg 22	13627 Berlin	030/34305358
Gäbler	Ursula	KAOS e.V.	Wasserstr. 18	04177 Leipzig	
Gängler	Prof. Dr. Hans	Universität Chemnitz, Philosophische Fakultät		09107 Chemnitz	
Gapp	Nina	Stadtjugendring Augsburg	Schwibbogenplatz 1	86153 Augsburg	
Germann	Einhard	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/27591784
Giering	Marion	Gangway e.V.	Rosenthaler Str. 13	10119 Berlin	030/2830230
Gilb	Ralf	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539975
Godulla	Reinhilde	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539972
Götz	Michael	Akademie für politische und soziale Bildung Haus am Maiberg	Ernst-Ludwig-Str. 15	64646 Heppenheim	06252/9306-21-19
Große	Angelika	Universalstiftung Helmut Ziegner, Jugendwohnheim	Königsheideweg 248-250	12487 Berlin	030/63998812
Güstrau	Birgit	Stadt Flensburg, Kinder- und Jugendförderung	Junkerhohlweg 17c	24939 Flensburg	0461/852078

Hanel	Susanne	Akademie für politische und soziale Bildung Haus am Maiberg	Ernst-Ludwig-Str. 19	64646 Heppenheim	06252/930615
Hasenbein	Frank	ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V.	Bauernreihe 1	21706 Drochtersen-Hüll	04775/529
Heine	Dirk	Stadtjugendring Bremerhaven, Bremer Jugendring	Rheinstr. 109	27570 Bremerhaven	0471/3088540
Heitmann	Helmut	BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit	Willmannsdamm 8	10827 Berlin	
Hickstein	Claudia	2. Fachschule für Sozialpädagogik	Halemweg 22	13627 Berlin	
Hilke	Sigrid	Stadt Northeim	Scharnhorstplatz 1	37154 Northeim	05551/966188
Hinrichs	Kerstin	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Hannover-Stadt e.V.	Wilhelmstr. 7	30171 Hannover	0511/81140
Holzwarth	Jürgen	AGJF	Bahnhofstr. 19	69469 Weinheim	06201/31093
Huth	Wolfgang	Hallesche Sportjugend im SSB Halle e.V.	Döhlauer Str. 65	06120 Halle	0345/5512210
Iser	Angelika	Ev. Akademie Bad Boll	Melanchtonstr. 25	72074 Tübingen	07071/24815
Israel	Gudrun	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Tucholskystr. 11	10117 Berlin	030/8610191
Jansen	Lothar	Arbeit und Leben	Tersteegenstr. 61-63	40474 Düsseldorf	0211/434686
Jantzen	Marion	SJD - Die Falken	Ernst-Mehlich-Str. 7	44141 Dortmund	
Jörgensen	Ann-Christin	AWO Streetwork Vahrenheide	Holziesen 61	30179 Hannover	0511/3731215
Jünger	Sabine	Mitglied des Deutschen Bundestages	Mauerstr. 34, Haus 3	10117 Berlin	030/22773018
Kahle	Sina	Sportjugendprojekt NRW	Friedrich-Alfred-Str. 25	47055 Duisburg	
Kern	Uta-Maria	Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen	Alte Dorfstr. 87	70599 Stuttgart	0711/4579756
Khalaf	Nadja	Jugendwerk Arbeiterwohlfahrt	Saatbruchstr. 55	45309 Essen	
Klasing	Anette	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus	Auf dem Hohen Ufer 118/122	28759 Bremen	0421/6927214
Kleistner	Carmen	Mädchentreff MAID	Barlachstr. 26	04600 Altenburg	03447/836862
Kohn	Silke	Ländliches soziokulturelles Zentrum Jänschwalde	Schulstr. 11	03197 Jänschwalde	035607/73593
Kral	Beate	Arbeit und Leben	Magdeburger Str. 23	06112 Halle	0345/2051290
Kreft	Gudrun	DBJR	Haager Weg 44	53127 Bonn	0228/910210
Kürschner	Ute	Kreativschule Ilmkreis e.V. TU Ilmenau	Max-Planck-Ring 7/ PF 100565	98693 Ilmenau	03677/691732
Lappe	Dr. Lothar	Deutsches Jugendinstitut	Nockherstr. 2	81503 München	089/62306-148
Lattekamp	Heike	Deutscher Bundesjugendring	Haager Weg 44	53127 Bonn	0228/91021-0
Leeser	Oona	Netzwerk Südost e.V.	Stötteritzer Str. 43	04317 Leipzig	0341/9902309
Legde	Julius	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	

Leiprecht	Dr. Rudolf	Stichtung Beeldvormingen Onderzoek international	Bilderdijkkade 65 a	NL-1053 VJ Amsterdam	0031/20/6855993
Linke	Thomas	Bürgerverein Messemagistrale e.V.	Straße des 18.Oktober 10 a	04103 Leipzig	0341/2126211
Lohse	Peter	Kinder-Kultur-Werkstatt	Plochingerstr. 14 b	72622 Nürtingen	
Loider	Anita		Stadtberger Str. 19	86157 Augsburg	
Mai	Manja	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539974
März	Harald	Stadt Northeim	Scharnhorstplatz 1	37154 Northeim	05551/966270
Mayer	Gerhard	Kreisjugendring München-Stadt	Paul-Heyse-Str. 22	80336 München	
Merfeld	Mechthild	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten	Haager Weg 44	53127 Bonn	0228/91028-20
Müller	Andrea	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus	Auf dem Hohen Ufer 118/122	28759 Bremen	0421/69272-13
Müller	Manuela	Nachbarschaftshaus Wannseebahn	Mörchinger Str. 49	14169 Berlin	030/8114011
Naundorf	Gabriele	Wannsee Forum	Hohenzollernstr. 14	14109 Berlin	030/8068017
Niehuis	Dr. Edith	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		11018 Berlin	
Noack	Ralf	Evangelische Akademie Bad Boll	Akademieweg 11	73087 Bad Boll	07164/79262
Nobelmann	Martin				
Obst	Dr. Sven-Olaf	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend		11018 Berlin	
Ochs	Michael	Kiezspinne FAS e.V.	Schulze-Boysenstr. 20	10365 Berlin	030/55489635
Ogrzall	Peter	Jugendbildungsstätte Kaubstraße e.V.	Kaubstr. 9-10	10713 Berlin	030/8734214
Pabst	Thomas		Volksparkstiege 3	22525 Hamburg	
Paffendorf	Frank		Gracht 61	45470 Mülheim-Ruhr	
Pahlke-Grygier	Sabine		Wielandstr. 32	10629 Berlin	
Partenheimer	Ulrich	Verband für sozial- kulturelle Arbeit	Tucholskystr. 11	10117 Berlin	030/8610191
Pauls	Wolfgang	Bildungsstätte Bahnhof Görde		21369 Nahrendorf	05855/545
Pfaffenzeller	Klaus	kiste e.V. Nürtingen	Vogelsangstr. 41	70197 Stuttgart	0711/6366828
Platz	Inge	Netzwerk Südost e.V.	Stötteritzer Str. 43	04317 Leipzig	0341/9902309
Pleger	Angelika	Katholische Fachhoch- schule für Sozialwesen	Köpenicker Str. 37-59	10318 Berlin	030/501010-41
Poeschel	Sigrun	KAOS e.V.	Wasserstr. 18	04177 Leipzig	
Pohl	Georg	Netzwerk Südost e.V.	Stötteritzer Str. 43	04317 Leipzig	0341/9902309
Prautzsch	Brigitte	Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung	Sternwartenstr. 4	04103 Leipzig	0341/2577307
Rehberg	Michael	SJD - Die Falken	Quakmannsweg 20	44357 Dortmund	
Rektorik	Ralf	Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.	Leiterstr. 10	39104 Magdeburg	0391/5321030
Richter	Ralf	Europa-Zentrum Meißen e.V.	Elbstr. 8	01662 Meißen	03521/452274

Richter	Achim	Stötteritzer Margerite	Ferdinand-Jost-Str. 20	04299 Leipzig	
Ricker	Miriam	2. Fachschule für Sozialpädagogik	Halemweg 22	13627 Berlin	
Rochner	Ute	Mädchentreff MAID	Barlachstr. 26	04600 Altenburg	03447/836862
Rönnebeck	Gerd	Eigenart e.V.	Herrenstr. 20	99974 Ammern	03801/422415
Ruhe	Daniela	Bund der Deutschen Landjugend	Ernst-Reuter-Platz 3-5	10587 Berlin	030/31904255
Sanders	Martin	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Hannover-Stadt e.V.	Vinnhorster Weg 73 A	30419 Hannover	0511/2715875
Sbach	Ute	Heimvolkshochschule Lubmin e.V.	Gartenweg 5	17509 Lubmin	038354/22215
Schabler	Martin	SJD - Die Falken, Landesverband NRW	Blücherstr. 27	44147 Dortmund	
Schaffranek	Jürgen	BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit	Johann-Sigismund-Str. 15	10711 Berlin	030/89091925
Scherer	Dr. Herbert	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Tucholskystr. 11	10117 Berlin	030/8610191
Schlüßler	Peter	Kinder- und Jugendblockhäuser des „Kiek-in“ e.V.	Rabensteiner Str. 10	12689 Berlin	0173-2055898
Schmidt	Burkhard	Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern	Klopstockstr. 3	18057 Rostock	
Schneider	Monika	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Slabystr. 11	50735 Köln	0221/7606959
Schönemann	Jutta	Amt für Schule, Sport und Jugendförderung, Stadt Stendal	PF 101144	39551 Stendal	03931/651620
Schreiter	Birgit	Nachbarschaftshaus Wanneseebahn	Mörchinger Str. 49	14169 Berlin	
Schroot	Christine	Bildungsverein Arbeit und Leben Sachsen e.V.	F. -Ebert-Str. 33	04109 Leipzig	0341/7111281
Schulte	Dirk	Oswald-von-Nell-Breuning-Haus	Wiesenstr. 17	52134 Herzogenrath	02406/9558-0
Schulz	Norbert	Jugendhilfezentrum „Anlauf“ des „Kiek-in“ e.V.	Rosenbecker Str. 27	12689 Berlin	030/93666163
Schumann	Kerstin	Arbeit und Leben	Besenbinderstr. 60	20097 Hamburg	040/2840160
Schumann	Anke	Johanniter Unfallhilfe	Karl-Marx-Str. 17	04617 Grositz	034498/4620
Schützl	Stefan	Kietz für Kids e.V., Projekt U.S.O.	Neubrandenburger Str. 62	13059 Berlin	030/92094682
Schweitzer	Barbara	Kinder-Kultur-Werkstatt	Plochingerstr. 14 b	72622 Nürtingen	07022/55290
Schweitzer	Ariane	Rupert-Mayer-Haus, GP	Erzbergerstr. 4	73035 Göppingen	07161/9782412
Schweizzer	Joachim			Berlin	
Schwertner	Rico	Jugendtreff „Rote Zora“	Geschw.-Scholl-Str. 10	04600 Altenburg	03447/315035
Selbach	Ruth	Jugendamt Köln	Johannisstr. 66-80	50668 Köln	0221/22125423
Siebenhüner	Steffen	Nachbarschaftsheim Neukölln, Projekt „Stattknast“	Schierker Str. 53	12051 Berlin	030/6875097
Stotz	Peter	BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit	Heinestr. 70	72762 Reutlingen	07121/23164

Streek	Karsten	DJO-Jugendheim Meppen	Jahnstr. 3	49716 Meppen	05931/2837
Streek	Petra	c/o DJO-Jugendheim Meppen	Jahnstr. 3	49716 Meppen	
Stucht	Karl-Heinz	Institut für Kirche und Gesellschaft der Ev. Kirche von Westfalen	Markgrafenstr. 7	33602 Bielefeld	0521/5837167
Sykora	Bernd	Jugendfreizeitstätte Treib-Haus	Allee der Kosmonauten 170	12685 Berlin	030/5417089
Thalacker	Maik	Streetwork Hellersdorf, Förderverein für Jugend- und -sozialarbeit	Rungestr. 20	10179 Berlin	030/9939505
Thomas	Daniela	Outreach	Axel-Springer-Str. 40/41	10969 Berlin	030/2539974
Ulbrich	Barbara				
Ullmann	Wolfgang			Berlin	
Ullrich	Annette	Netzwerk Südost e.V.	Stötteritzer Str. 43	04317 Leipzig	0341/9902309
v. Wolfersdorff	Prof. Christian	Universität Leipzig, Fakultät für Erziehungswissenschaften	Karl-Heine-Str. 22b	04229 Leipzig	0341/9731475
Volpp	Marianne	Regionale Jugendinitiative Badische Bergstraße	Bahnhofstr. 16	69469 Weinheim	06201/184762
Wagner	Siegfried	Sozialpädagogische Einrichtung Mühle e.V.	Mühle 20	40724 Hilden	02103/54992
Waldmann	Klaus	Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung	Geschwister-Scholl-Str. 54	20251 Hamburg	040/4808352
Walter	Dr. Kurt	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	Deichmannsaeue 31-37	53179 Bonn	
Wanke	Reinhold	Caritas Kinder-, Jugend- und Familienzentrum	Liliensteinstr. 1	04207 Leipzig	0341/9414759
Weber	Birgit	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Slabystr. 11	50735 Köln	0221/7606959
Weber	Conny	Begegnungsstätte Mühlstr. e.V.	Mühlstr. 14	04317 Leipzig	
Weblus	Margot	Verband für sozial-kulturelle Arbeit	Tucholskystr. 11	10117 Berlin	030/8610191
Wendelmuth	Dirk	Kindervereinigung Weimar e.V.	Im Dorfe 64	99438 Weimar/Legefeld	03643/953020
Werner	Rita	Kulturamt Leipzig			
Westhoff	Carmen	Lück-Oase Kinderfreizeiteinrichtung	Lückstr. 18/19	10119 Berlin	030/4496903
Wiemeyer	Gabriele	Internationales Haus Sonnenberg	Clausthalerstr. 11	37444 St. Andreasberg	05582/944-116
Witte	Wolfgang	Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport	Beuthstr. 6-8	10117 Berlin	030/90265336
Wodzicki	Thomas	LKJ Thüringen e.V.	Juri-Gagarin-Ring 111	99084 Erfurt	0361/5623306
Wüsthof	Angela	Amt für Jugendarbeit, Ev. Kirche im Rheinland	Rochusstr. 44	40479 Düsseldorf	0211/3610-293
Zenker	Uwe	Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V.	Düppelstr. 51	45897 Gelsenkirchen	0209/9592233

Veranstalter:

Verband für sozial-kulturelle Arbeit

in Zusammenarbeit mit:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)/Gemeinsame Initiative
der Träger der politischen Jugendbildung (GEMINI)

Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit

Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (BKJ)

Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Deutsche Sportjugend (dsj)

Partner in Leipzig für Logistik vor Ort:

NETZWERK, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung einer gemeinwesen-
orientierten Sozialstruktur Leipzig Süd-Ost e.V.

**Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend**

Impressum

Herausgeber:

Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Slabystraße 11, 50735 Köln
Mai 2000

Redaktion: Gudrun Israel, Margot Weblus

Layout: Jörg H. Fischer, jofi@jkgf-berlin.de

Fotos:

Herbert Bents
DJO-Deutsche Jugend in Europa, Meppen
Jugendbildungsstätte Bremen, LidiceHaus
Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
kiste e.V., Nürtingen
Outreach, Berlin
Sportjugend NRW, Duisburg